Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
6 — 53203 — 2517/55 IV

Bonn, den 8. September 1955

An den Herrn
Präsidenten des Deutschen Bundestages

Anbei übersende ich den

Entwurf eines Gesetzes zur abschließenden Re-
gelung durch den Krieg und den Zusammen-
bruch des Deutschen Reichs entstandener
Schäden (Kriegsfolgenschlußgesetz)

nebst Begründung (Anlage 1) mit der Bitte, die Beschlußfassung des
Bundestages herbeizuführen.

Federführend ist der Bundesminister der Finanzen.

Der Bundesrat hat in seiner Sitzung am 22. Juli 1955 gemäß Ar-
tikel 76 Absatz 2 des Grundgesetzes beschlossen, zu dem Gesetz-
entwurf die aus der Anlage 2 ersichtlichen Änderungen und
Empfehlungen vorzuschlagen.

Im übrigen erhebt der Bundesrat gegen den Entwurf keine Ein-
wendungen. Er ist der Ansicht, daß das Gesetz seiner Zustimmung
bedarf.

Die Stellungnahme der Bundesregierung zu den Änderungsvor-
schlägen und Empfehlungen des Bundesrates zum Gesetzentwurf
ist als Anlage 3 beigelegt.

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers
Dr. h. c. Blücher

Entwurf eines Gesetzes

zur abschließenden Regelung durch den Krieg und den Zusammenbruch des Deutschen Reichs entstandener Schäden

(Kriegsfolgenschlußgesetz)

I

Inhaltsübersicht

Erster Teil

Allgemeine Vorschriften

Abgrenzung der Regelung	§ 1
Gleichgestellte Ansprüche	§ 2
Kriegsfolgenschäden	§ 3
Dem Gesetz nicht unterliegende Ansprüche und Kriegsfolgenschäden	§ 4
Vorbehaltene gesetzliche Regelungen	§ 5

Zweiter Teil

Zu erfüllende Ansprüche

Versorgungs- und Schadensersatzansprüche	§ 6
Ansprüche aus Verwaltungsmaßnahmen	§ 7
Ansprüche aus gegenseitigen Verträgen	§ 8
Auflösung gegenseitiger Verträge	§ 9
Ansprüche auf Grundstücksübergaben	§ 10
Ansprüche auf Nutzungsentschädigung	§ 11
Ansprüche aus Verwahrungen	§ 12
Ansprüche auf Abgabe von Erklärungen	§ 13
Zulässigkeit von Aufrechnungen	§ 14
Umstellung von Geldansprüchen	§ 15
Persönliche Voraussetzungen	§ 16
Persönliche Voraussetzungen bei Gemeinschaften zur gesamten Hand	§ 17
Dingliche Ansprüche	§ 18

Verweigerung der Herausgabe von Grundstücken	§ 19
Enteignungsrecht	§ 20
Erwerbspflicht der öffentlichen Hand bei Grundstücksbesitz	§ 21
Erwerbspflicht der öffentlichen Hand bei Grundstücks- beeinträchtigungen	§ 22
Anspruchsschuldner	§ 23
Zuständige Dienststellen	§ 24

Dritter Teil

Abzulösende Ansprüche

Erster Abschnitt

Ablösungsberechtigung

Der Ablösung unterliegende Anspruchsgruppen	§ 25
Von der Ablösung ausgeschlossene Anspruchsgruppen	§ 26
Von der Ablösung ausgeschlossene Gläubigergruppen	§ 27
Voraussetzungen für das Recht auf Ablösung	§ 28
Ablösungsschuld und Ablösungsschuldner	§ 29
Nennbeträge in Sonderfällen	§ 30
Verzinsung	§ 31
Tilgung	§ 32

Zweiter Abschnitt

Verfahren

Anmeldepflicht, Prüfstelle	§ 33
Anmeldebefugnis in besonderen Fällen	§ 34
Einreichen der Anmeldung, Anmeldestellen	§ 35
Anmeldung durch Kreditinstitute	§ 36
Inhalt der Anmeldung	§ 37
Ergänzende Angaben	§ 38
Anmeldefrist	§ 39
Vorlegung der Anmeldungen bei der Prüfstelle	§ 40
Frist für die Vorlegung der Anmeldungen	§ 41
Beweis	§ 42
Beweismittel	§ 43
Entscheidung der Prüfstelle	§ 44
Einspruch	§ 45
Zuständige Kammer für Wertpapierbereinigung	§ 46
Entscheidung der Kammer für Wertpapierbereinigung	§ 47
Vertreter des Bundesinteresses	§ 48
Sofortige Beschwerde	§ 49
Anzuwendende Vorschriften	§ 50
Beteiligung am Prüfungsverfahren	§ 51
Rückerstattungsanmeldungen	§ 52

Versicherungen an Eides Statt	§ 53
Auskunft, Aufsicht	§ 54
Kosten	§ 55
Aufgebotsverfahren	§ 56
Härtefälle	§ 57
Verwaltungsanordnungen	§ 58
Begriffsbestimmung	§ 59
Verfahren bei abzulösenden Grundpfandrechten	§ 60

Vierter Teil

Härteregelung

Erster Abschnitt

Voraussetzungen, Art und Umfang der Härtebeihilfen

Tatbestände	§ 61
Von der Regelung ausgenommene Ansprüche und Schäden	§ 62
Voraussetzungen bei Reparationschäden und Restitutionschäden	§ 63
Belegenheit der betroffenen Wirtschaftsgüter	§ 64
Personenkreis	§ 65
Härtebeihilfen	§ 66
Ausschluß der Übertragbarkeit	§ 67
Vertragshilfe und Schutz gegen Inanspruchnahme aus Fürsorgeleistungen	§ 68

Zweiter Abschnitt

Organisation und Verfahren

Organisation	§ 69
Vertreter des Bundesinteresses	§ 70
Anwendung von Vorschriften des Lastenausgleichsgesetzes	§ 71
Antragstellung und Antragsbegründung	§ 72
Antragsfrist	§ 73
Örtliche Zuständigkeit	§ 74
Prüfung des Schadenstatbestandes	§ 75
Anzeige von Veränderungen	§ 76
Änderung von Bescheiden	§ 77

Dritter Abschnitt

Sonstige Vorschriften

Haushaltsrechtliche Vorschriften	§ 78
Erlaß von Rechtsverordnungen	§ 79
Änderung des Einkommensteuergesetzes	§ 80

Fünfter Teil

Wirtschaftsfördernde Maßnahmen

Darlehen für Wiederaufbau- oder Ausbauvorhaben § 81

Sechster Teil

Schlußvorschriften

Unmittelbare Haftung der Beamten aus Amtspflichtverletzungen	§ 82
Aufhebung von Gesetzesvorschriften	§ 83
Zusatzversorgungsanstalten des öffentlichen Dienstes	§ 84
Ablösungsschuld der Deutschen Bundesbahn	§ 85
Nachversicherung ausgeschiedener Angehöriger des öffentlichen Dienstes	§ 86
Londoner Schuldenabkommen	§ 87
Leistungsausschluß bei Tätigkeit gebietsfremder Behörden	§ 88
Kosten anhängiger Gerichtsverfahren	§ 89
Amts- und Rechtshilfe	§ 90
Sondervorschriften für Berlin	§ 91
Berlin-Klausel	§ 92
Inkrafttreten	§ 93

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Erster Teil

Allgemeine Vorschriften

§ 1

Abgrenzung der Regelung

Auf Grund von Ansprüchen gegen

1. das Deutsche Reich einschließlich der Sondervermögen Deutsche Reichsbahn und Deutsche Reichspost,
 2. das ehemalige Land Preußen,
 3. das Unternehmen Reichsautobahnen,
- auf Grund von diesen gleichgestellten Ansprüchen (§ 2) sowie auf Grund von Kriegsfolgeschäden (§ 3) können Leistungen von der Bundesrepublik Deutschland einschließlich der Sondervermögen Deutsche Bundesbahn und Deutsche Bundespost (Bund) und von anderen öffentlichen Rechtsträgern nur nach Maßgabe dieses Gesetzes gefordert werden.

§ 2

Gleichgestellte Ansprüche

Den Ansprüchen gegen die in § 1 Nr. 1 bis 3 genannten Rechtsträger werden Ansprüche gleichgestellt, die sich nur auf Grund von Vermögens- oder Aufgabennachfolge nach den in § 1 Nr. 1 bis 3 genannten Rechtsträgern gegen den Bund oder einen anderen öffentlichen Rechtsträger richten könnten.

§ 3

Kriegsfolgeschäden

Kriegsfolgeschäden (§ 1) sind alle Schäden, die sich im Zusammenhang mit dem Zweiten Weltkrieg und dem Zusammenbruch des Deutschen Reichs sowie aus Maßnahmen der Besatzungsmächte ergeben haben oder ergeben.

§ 4

Dem Gesetz nicht unterliegende Ansprüche und Kriegsfolgeschäden

Die Vorschriften dieses Gesetzes gelten nicht für Ansprüche (§§ 1, 2) und Kriegsfolgeschäden (§§ 1, 3), soweit

1. diese bereits durch Gesetzgebung der Bundesrepublik Deutschland, ihrer Länder oder der Besatzungsmächte geregelt sind oder
2. eine gesetzliche Regelung in § 5 Nr. 2 vorbehalten ist.

§ 5

Vorbehaltene gesetzliche Regelung

Einer besonderen gesetzlichen Regelung bleiben vorbehalten:

1. Besetzungsschäden, für die nach dem Gesetz Nr. 47 der Alliierten Hohen Kommission (Amtsblatt der Alliierten Hohen Kommission S. 767) Entschädigung zu leisten ist.
2. Rückerstattungsrechtliche Geldverbindlichkeiten der in § 1 Nr. 1 bis 3 genannten Rechtsträger.
3. Schäden, die im Zusammenhang mit den Ereignissen des Zweiten Weltkrieges und der folgenden Besatzungszeit natürlichen Personen deutscher Staatsangehörigkeit oder Volkszugehörigkeit oder diesen gleichzustellenden juristischen Personen unmittelbar dadurch entstanden sind oder entstehen werden, daß ihre Vermögenswerte zum Zwecke der Reparation oder Restitution auf Grund von Gesetzen oder sonstigen Anordnungen fremder Staaten zur Liquidation deutschen Vermögens im Ausland oder auf Grund planmäßiger Anordnungen der Besatzungsmächte endgültig entzogen worden sind.
4. Ansprüche aus der Hinterlegung von Reichsmarkbeträgen bei Berliner Gerichten in der Zeit vor dem 9. Mai 1945.

Zweiter Teil

Zu erfüllende Ansprüche

§ 6

Versorgungs- und Schadensersatzansprüche

(1) Zu erfüllen sind

1. Ansprüche (§§ 1, 2) auf Zahlung von Renten, die der Versorgung der Berechtigten dienen und Ansprüche (§§ 1, 2) aus der Kapitalisierung derartiger Renten,
2. Ansprüche (§§ 1, 2), die auf einer Verletzung des Lebens, des Körpers, der Gesundheit oder der Freiheit beruhen,

soweit die Leistungen aus diesen Ansprüchen für die Zeit nach dem 31. März 1950 geschuldet werden. Bei Ansprüchen aus Tatbeständen, die auf Grund oder in sinngemäßer Anwendung des Gesetzes über den Ausgleich bürgerlich-rechtlicher Ansprüche vom 13. Dezember 1934 (Reichsgesetzbl. I S. 1235) geregelt worden sind, gilt Satz 1 mit der Maßgabe, daß Ansprüche nur insoweit geltend gemacht werden können, als sie nach den Vorschriften des bürgerlichen Rechts begründet sind.

(2) Absatz 1 gilt nicht

1. für Ansprüche auf Zahlung von Vorzugsrenten auf Grund des Gesetzes über die Ablösung öffentlicher Anleihen vom 16. Juli 1925 (Reichsgesetzbl. I S. 137) und für Ansprüche auf Zahlung von Liquidationsrenten zum Ausgleich von im Ersten Weltkrieg erlittenen Liquidations- und Gewaltschäden,
2. für Ansprüche, die unmittelbar oder mittelbar auf nationalsozialistischen Gewaltmaßnahmen im Sinne des § 1 Abs. 3 des Bundesergänzungsgesetzes zur Entschädigung für Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung vom 18. September 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 1387) beruhen,
3. für Ansprüche, die auf Rechtsverhältnissen der in Artikel 131 des Grundgesetzes bezeichneten Art beruhen.

(3) § 8 des Zweiten Gesetzes zur Überleitung von Lasten und Deckungsmitteln auf den Bund (Zweites Überleitungsgesetz) vom 21. August 1951 (Bundesgesetzbl. I S. 774) wird aufgehoben. Aus § 7 des vorbezeichneten Gesetzes können Ansprüche der Geschädigten gegen den Bund nicht hergeleitet werden. Auf Grund des Zweiten Überleitungsgesetzes durch Rechtsgeschäfte oder gerichtliche Entscheidungen bereits zuerkannte Ansprüche werden durch die Vorschriften dieses Gesetzes nicht berührt.

§ 7

Ansprüche aus Verwaltungsmaßnahmen

Zu erfüllen sind Ansprüche (§§ 1, 2), die nach dem 31. Juli 1945 durch Rechtsgeschäfte begründet worden sind oder im Zusammenhang mit der Verwaltung von im Geltungsbereich dieses Gesetzes belegenen Vermögensgegenständen der in § 1 Nr. 1 bis 3 genannten Rechtsträger kraft Gesetzes auf Grund einer nach dem 31. Juli 1945 begangenen Handlung oder Unterlassung entstanden

sind. Dies gilt nicht für die Erstattung von Verwaltungskosten und sonstigen Aufwendungen, die im Zusammenhang mit der Verwaltung von Vermögensgegenständen der in § 1 Nr. 1 bis 3 genannten Rechtsträger anderen öffentlichen Rechtsträgern entstanden sind; insoweit bleibt eine gesetzliche Regelung vorbehalten.

§ 8

Ansprüche aus gegenseitigen Verträgen

(1) Ansprüche (§§ 1, 2) aus einem gegenseitigen Vertrag, den ein in § 1 Nr. 1 bis 3 genannter Rechtsträger vor dem 1. August 1945 geschlossen hat, sind zu erfüllen, wenn der Vertrag von dem anderen Vertragsteil bis zu diesem Zeitpunkt noch nicht vollständig erfüllt war. Sind die beiderseitigen Leistungen teilbar, so sind die Ansprüche insoweit nicht zu erfüllen, als sie den vor dem 1. August 1945 erbrachten Leistungen des anderen Teils entsprechen.

(2) Absatz 1 gilt nicht

1. für Ansprüche aus gegenseitigen Verträgen, die nach § 9 Abs. 1, 2 als aufgelöst gelten oder bei denen der Rücktritt nach § 9 Abs. 4 erfolgt ist,
2. für Ansprüche aus einer vor dem 1. August 1945 begangenen Vertragsverletzung,
3. für Ansprüche, die daraus hergeleitet werden, daß eine auf Grund des Vertrages zurückzugebende Sache vor dem 1. August 1945 verändert oder verschlechtert worden ist.

§ 9

Auflösung gegenseitiger Verträge

(1) Ist ein gegenseitiger Vertrag, aus dem nach § 8 Abs. 1 zu erfüllende Ansprüche bestehen, auch beim Inkrafttreten dieses Gesetzes von dem anderen Vertragsteil noch nicht vollständig erfüllt, so gilt der Vertrag als mit dem 31. Juli 1945 aufgelöst, sofern nicht der an dem Vertrag beteiligte Rechtsträger (§ 1 Nr. 1 bis 3) oder dessen Vermögens- oder Aufgabennachfolger nach dem 31. Juli 1945 erklärt hat oder innerhalb eines Jahres seit dem Inkrafttreten dieses Gesetzes erklärt, daß an dem Vertrag festgehalten werde. Als solche Erklärung ist es insbesondere anzusehen, wenn die Erfüllung des Vertrages verlangt worden ist oder verlangt wird.

(2) Verlangt der andere Vertragsteil eine Erklärung darüber, ob an dem Vertrag festgehalten werde, so kann die Erklärung nach

Absatz 1 nur innerhalb einer Frist von drei Monaten seit Zugang des Verlangens abgegeben werden. Die Frist wird auch dadurch in Lauf gesetzt, daß der andere Teil die Abgabe der Erklärung anstatt vom Anspruchsschuldner (§ 23) von der Bundesrepublik Deutschland verlangt.

(3) Sind die beiderseitigen Leistungen teilbar, so gelten die Absätze 1 und 2 nur insoweit, als die Gegenleistung am 1. August 1945 noch nicht bewirkt war.

(4) Von einem gegenseitigen Vertrag der in Absatz 1 bezeichneten Art kann der andere Vertragsteil zurücktreten, wenn ihm nach den Umständen die Erfüllung nicht zugemutet werden kann. Der Rücktritt kann nur erfolgen

1. innerhalb von drei Monaten seit dem Inkrafttreten dieses Gesetzes, wenn die Erklärung im Sinne des Absatzes 1 vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes abgegeben worden ist,
2. unverzüglich nach dem Zugang der Erklärung im Sinne des Absatzes 1, wenn sie nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes abgegeben wird.

(5) Gilt ein Vertrag nach Absatz 1 als aufgelöst, so ist der andere Vertragsteil verpflichtet, eine auf Grund des Vertrages an ihn bewirkte Leistung nach den Vorschriften über die Herausgabe einer ungerechtfertigten Bereicherung zurückzugewähren; er kann hierauf die ihm durch den Abschluß oder die Ausführung des Vertrages entstandenen Aufwendungen anrechnen. Das gleiche gilt im Falle eines Rücktritts nach Absatz 4.

§ 10

Ansprüche aus Grundstücksübergangungen

(1) Ansprüche (§§ 1, 2) auf Leistung einer Enteignungsentschädigung oder eines vertraglichen Entgelts für Grundstücke im Geltungsbereich dieses Gesetzes, die ein in § 1 Nr. 1 bis 3 genannter Rechtsträger vor dem 1. August 1945 zu Eigentum erworben hat, sind, soweit diese Grundstücke von den Artikeln 89, 90, 134, 135 des Grundgesetzes sowie von den hierzu erlassenen oder noch zu erlassenden Ausführungsvorschriften erfaßt werden, in folgendem Umfange zu erfüllen:

1. Ansprüche auf Zahlung eines Kaufpreises: in Höhe des Umstellungsbetrages (§ 15);
2. Ansprüche auf Zahlung einer Enteignungsentschädigung: in Höhe von zehn vom Hundert des Nennbetrages;

3. Ansprüche, die nicht auf Geld oder die auf wiederkehrende Leistungen gerichtet sind: in Höhe von zehn vom Hundert eines Betrages, der in entsprechender Anwendung der §§ 69, 70 der Konkursordnung zu ermitteln ist.

(2) Unter den Voraussetzungen des Absatzes 1 ist ein Anspruch aus Absatz 1 Nr. 3 auch dann gegeben, wenn der Berechtigte auf Grund der Rechtsvorschriften zur Rückerstattung feststellbarer Vermögensgegenstände verpflichtet ist, ein Grundstück zurückzuerstatten, das er in rechtlichem oder wirtschaftlichem Zusammenhang mit der Übertragung seines früheren Grundstücks an einen der in § 1 Nr. 1 bis 3 genannten Rechtsträger von diesem erworben hat.

(3) Auf die Leistungen nach Absatz 1 ist der Wert der Ansprüche anzurechnen, die dem Berechtigten als Rückerstattungspflichtigen nach den Rechtsvorschriften zur Rückerstattung feststellbarer Vermögensgegenstände wegen des von ihm oder seinem Rechtsvorgänger für den Erwerb des der Rückerstattung unterliegenden Grundstücks geleisteten Gegenwertes zustehen.

§ 11

Ansprüche auf Nutzungsentschädigung

Ansprüche (§§ 1, 2) auf Nutzungsentschädigung, die auf einem vor dem 1. August 1945 begründeten Rechtsverhältnis beruhen und für die Zeit nach dem 31. Juli 1945 geschuldet werden, sind, sofern nicht bereits § 8 anzuwenden ist, zu erfüllen, soweit nach diesem Zeitpunkt im Geltungsbereich dieses Gesetzes die Nutzungen von den in § 1 Nr. 1 bis 3 genannten Rechtsträgern oder im Zusammenhang mit der Verwaltung von Vermögensgegenständen dieser Rechtsträger von anderen für diese zu handeln befugten Rechtsträgern in Anspruch genommen worden sind. Sind aus der Inanspruchnahme von Nutzungen der in Satz 1 bezeichneten Art Ansprüche (§§ 1, 2) nicht gegeben, so gelten die Nutzungen als auf Grund der Vorschriften des Gesetzes über Sachleistungen für Reichsaufgaben (Reichsleistungsgesetz) vom 1. September 1939 (Reichsgesetzbl. I S. 1645) in Anspruch genommen.

§ 12

Ansprüche aus Verwahrungen

Ansprüche (§§ 1, 2) auf Herausgabe von Vermögensgegenständen, die von den in § 1

Nr. 1 bis 3 genannten Rechtsträgern für einen anderen verwahrt oder verwaltet wurden, sind zu erfüllen, soweit die Gegenstände bei den Anspruchsschuldern (§ 23) noch vorhanden sind. Schadensersatzansprüche aus den vorgenannten Rechtsverhältnissen sind nicht zu erfüllen, wenn die Schadensursache auf Veranlassung der Besatzungsmächte gesetzt worden ist oder vor dem 1. August 1945 eingetreten ist.

§ 13

Ansprüche auf Abgabe von Erklärungen

Zu erfüllen sind Ansprüche (§§ 1, 2) auf Erteilung von Auskünften, Quittungen, Arbeitsbescheinigungen, Zeugnissen und ähnlichen Bescheinigungen sowie auf Abgabe von Erklärungen gegenüber den öffentlichen Registerbehörden, den Grundbuchämtern und dem Deutschen Patentamt, soweit der Inhalt der Register und Grundbücher mit der wirklichen Rechtslage nicht mehr im Einklang steht.

§ 14

Zulässigkeit von Aufrechnungen

(1) Mit einem Anspruch (§§ 1, 2), dessen Erfüllung in diesem Gesetz nicht vorgesehen ist, kann nur aufgerechnet werden, wenn dieser Anspruch mit dem Gegenanspruch in einem rechtlichen oder wirtschaftlichen Zusammenhang steht. § 395 des Bürgerlichen Gesetzbuches ist nicht anzuwenden.

(2) Eine Aufrechnung unter den Voraussetzungen des Absatzes 1 wird nicht dadurch ausgeschlossen, daß die aufzurechnenden Ansprüche oder einer von ihnen nicht auf Geld gerichtet oder noch nicht fällig sind. Der Geldwert dieser Ansprüche bestimmt sich nach den Vorschriften der Konkursordnung.

(3) Eine nach dem 31. Juli 1945 von einem Anspruchsberechtigten einseitig erklärte Aufrechnung gilt als nicht erfolgt, wenn die Voraussetzungen des Absatzes 1 im Zeitpunkt des Zugangs der Aufrechnungserklärung nicht vorgelegen haben. Rechtskräftige Gerichtsentscheidungen bleiben jedoch unberührt.

§ 15

Umstellung von Geldansprüchen

§ 14 des Umstellungsgesetzes tritt hinsichtlich der in den §§ 6 bis 12 bezeichneten, bisher nicht umgestellten Ansprüche außer Kraft.

§ 16

Persönliche Voraussetzungen

Für die Anwendung der §§ 6 und 14 ist Voraussetzung, daß die Ansprüche (§§ 1, 2) am 31. Mai 1950 oder, falls die Ansprüche später entstanden sind, im Zeitpunkt ihrer Entstehung zugestanden haben:

1. Natürlichen Personen, die am 31. Mai 1950 Deutsche im Sinne des Artikels 116 des Grundgesetzes waren und
 - a) am 31. Mai 1950 ihren Wohnsitz oder ständigen Aufenthalt im Geltungsbereich dieses Gesetzes oder in einem Staate hatten, dessen Regierung die Bundesrepublik Deutschland im Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes anerkannt hat oder
 - b) nach dem 31. Mai 1950 im Geltungsbereich dieses Gesetzes ihren Wohnsitz begründet oder ständigen Aufenthalt genommen haben
 - aa) als Heimkehrer nach den Vorschriften des Heimkehrergesetzes vom 19. Januar 1950 in den Fassungen der Ergänzungsgesetze vom 30. Oktober 1951 (Bundesgesetzbl. I S. 875) und vom 17. August 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 931) oder
 - bb) als Vertriebene (Aussiedler) gemäß § 1 Abs. 2 Nr. 3 des Bundesvertriebenengesetzes vom 19. Mai 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 201) innerhalb von sechs Monaten nach der Aussiedlung oder
 - cc) unter den in § 3 (Sowjetzonenflüchtlinge) des Bundesvertriebenengesetzes genannten Voraussetzungen oder
 - dd) im Wege der Familienzusammenführung durch Zuzug zu dem Ehegatten oder als Minderjährige zu ihren Eltern oder als hilfsbedürftige Elternteile zu ihren Kindern, vorausgesetzt, daß das Familienmitglied, zu dem der Zuzug erfolgt, seinen Wohnsitz oder ständigen Aufenthalt am 31. Mai 1950 im Geltungsbereich dieses Gesetzes hatte oder daß die Voraussetzungen eines der Doppelbuchstaben aa bis cc auf dieses Familienmitglied zutreffen.

Bei der Anwendung der Vorschrift des Buchstaben b stehen den nach den Doppelbuchstaben aa bis dd maßgebenden Gebieten die Gebiete von Staaten gleich, deren Regierungen die Bundesrepublik Deutschland im Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes anerkannt haben.

2. Juristischen Personen, die nach deutschem Recht errichtet sind und am 31. Mai 1950 den Sitz und den Ort ihrer Geschäftsleitung im Geltungsbereich dieses Gesetzes oder in einem Staate hatten, dessen Regierung die Bundesrepublik Deutschland im Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes anerkannt hat.
3. Staaten, denen gegenüber das Abkommen vom 27. Februar 1953 über deutsche Auslandsschulden (Bundesgesetzbl. II S. 331) im Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes wirksam geworden ist oder nach diesem Zeitpunkt wirksam wird.
4. Natürlichen Personen, die am 31. Mai 1950 Staatsangehörige eines der in Nummer 3 genannten Staaten waren oder zu diesem Zeitpunkt ihren gewöhnlichen Aufenthalt in einem dieser Staaten hatten.
5. Juristischen Personen, die am 31. Mai 1950 in einem der in Nummer 3 genannten Staaten ansässig waren. Sie gelten als in dem Staat ansässig, nach dessen Recht sie errichtet sind, oder, falls sich ihre Hauptniederlassung nicht in diesem Staate befindet, als in dem Staate ansässig, in dessen Register ihre Hauptniederlassung eingetragen ist.

§ 17

Persönliche Voraussetzungen bei Gemeinschaften zur gesamten Hand

Stehen Ansprüche der in den §§ 6 und 14 bezeichneten Art einer ehelichen Gütergemeinschaft oder Erbengemeinschaft zu, so müssen die Voraussetzungen des § 16 mindestens in der Person eines Mitberechtigten gegeben sein. Bei Ansprüchen dieser Art, die einer sonstigen Gemeinschaft zur gesamten Hand zustehen, müssen die Voraussetzungen des § 16 in der Person aller Mitberechtigten gegeben sein. Steht der Anspruch jedoch einer offenen Handelsgesellschaft, einer Kommanditgesellschaft, einer Reederei oder einer diesen vergleichbaren Gesellschaft ausländischen Rechtes zu, so sind die Voraussetzungen des § 16 auch dann als erfüllt anzusehen, wenn die Gesellschaft den Sitz und

den Ort der Geschäftsleitung in dem jeweils maßgebenden Zeitpunkt in einem der in § 16 Abs. 1 bezeichneten Gebiete hatte.

§ 18

Dingliche Ansprüche

(1) Ansprüche (§§ 1, 2) aus Rechten an einer Sache oder an einem Recht sind zu erfüllen. Dies gilt nicht für

1. Ansprüche auf Zahlung von Geld oder auf Leistung einer sonstigen vertretbaren Sache, die vor dem 1. August 1945 fällig geworden sind,
2. Ansprüche auf Schadensersatz, wenn die Schadensursache auf Veranlassung der Besatzungsmächte gesetzt worden ist oder vor dem 1. August 1945 eingetreten ist,
3. Ansprüche aus § 1004 des Bürgerlichen Gesetzbuches im Falle der Beeinträchtigung des Eigentums oder eines anderen Rechts an einer Sache, wenn die Beeinträchtigung durch die Besatzungsmächte veranlaßt worden ist oder von einem der in § 1 Nr. 1 bis 3 genannten Rechtsträger vor dem 1. August 1945 verursacht worden ist, es sei denn, daß die Beseitigung der Beeinträchtigung zur Abwendung einer unmittelbaren Gefahr für Leib und Leben erforderlich ist.

Ist ein Anspruch aus § 1004 des Bürgerlichen Gesetzbuches im Falle der Beeinträchtigung des Eigentums oder eines anderen Rechts an einer Sache zu erfüllen, so kann der Anspruchsschuldner (§ 23) den Anspruchsberechtigten in Geld entschädigen; dies gilt nicht, wenn die Beseitigung der Beeinträchtigung zur Abwendung einer unmittelbaren Gefahr für Leib und Leben erforderlich ist. Die Entschädigung soll den gemeinen Wert der Sache nicht übersteigen, den diese ohne die Beeinträchtigung haben würde.

(2) Ist nach Absatz 1 ein Anspruch (§§ 1, 2) auf Herausgabe eines Grundstücks zu erfüllen, so finden die Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches über Ansprüche aus dem Eigentum mit der Maßgabe Anwendung, daß bis zum Ablauf der in § 19 Abs. 1 Nr. 1 bezeichneten Frist die in den §§ 987 bis 992 des Bürgerlichen Gesetzbuches bezeichneten Voraussetzungen als nicht vorliegend zu erachten sind. Ansprüche auf Nutzungsentschädigung nach § 11 bleiben unberührt.

(3) Hypotheken, Grundschulden, Rentenschulden, Schiffshypotheken und Pfandrechte

erlöschen, soweit die durch sie gesicherten Ansprüche (§§ 1, 2) nicht zu erfüllen sind.

§ 19

Verweigerung der Herausgabe von Grundstücken

(1) Der Anspruchsschuldner (§ 23) kann, auch wenn ihm ein Recht zum Besitz nicht zusteht, die Herausgabe eines Grundstücks an den Berechtigten verweigern:

1. Bis zum Ablauf eines Jahres nach dem Zeitpunkt, in dem der Berechtigte die Herausgabe des Grundstücks vom Schuldner verlangt. Ist der Herausgabeschuldner nicht die Bundesrepublik Deutschland, so beginnt der Fristablauf auch dann, wenn der Berechtigte die Herausgabe anstatt vom Schuldner von der Bundesrepublik Deutschland verlangt.
2. Bis zur Beendigung eines Enteignungsverfahrens, das innerhalb der in Nummer 1 bezeichneten Frist nach § 20 beantragt wird.

(2) Auf ein Besitzrecht, das nur auf einer vor dem 1. August 1945 vorgenommenen öffentlich-rechtlichen Inanspruchnahme beruht, kann sich der Anspruchsschuldner unbeschadet der Vorschrift des Absatzes 1 nicht berufen.

§ 20

Enteignungsrecht

(1) Soweit ein Grundstück, das ein in § 1 Nr. 1 bis 3 genannter Rechtsträger anders als auf Grund eines Kauf- oder Tauschvertrages in Besitz genommen hat, zum Wohle der Allgemeinheit benötigt wird, kann der Anspruchsschuldner (§ 23) die Enteignung nach den Vorschriften des Absatzes 2 innerhalb der in § 19 Abs. 1 Nr. 1 bezeichneten Frist beantragen.

(2) Für die Enteignung gelten die Vorschriften des Zweiten bis Fünften Abschnittes des Baulandbeschaffungsgesetzes vom 3. August 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 720) mit folgender Maßgabe:

1. Abweichend von § 9 Abs. 3 des genannten Gesetzes ist für die Bemessung der Entschädigung der Zustand des Grundstücks in dem Zeitpunkt maßgebend, in dem ein in § 1 Nr. 1 bis 3 genannter Rechtsträger das Grundstück in Besitz genommen hat. Ist der Zustand in dem Zeitpunkt schlechter, in dem die Enteignungsbehörde über den Antrag entscheidet, so

ist er maßgebend, jedoch ist in diesem Falle eine zusätzliche Entschädigung für eine Wertminderung festzusetzen, die von den in § 1 Nr. 1 bis 3 genannten oder mit der Verwaltung des Grundstücks betrauten Rechtsträgern nach dem 31. Juli 1945 verursacht worden ist, es sei denn, daß die Wertminderung von den Besatzungsmächten veranlaßt worden ist.

Als Verschlechterung des Zustandes gilt nicht eine Veränderung des Grundstücks zu einem Zweck, für den das Grundstück im Zeitpunkt der Enteignung genutzt wird.

2. Abweichend von § 9 Abs. 4 des genannten Gesetzes beginnt die Verzinsung mit dem Zeitpunkt, in dem die Enteignungsbehörde über den Antrag entscheidet.
3. Abweichend von § 10 Abs. 1 und 2 des genannten Gesetzes bemißt sich die Höhe der Enteignungsentschädigung nach dem gemeinen Wert, den das Grundstück im Zeitpunkt der Enteignung unter Zugrundelegung des nach Nummer 1 maßgebenden Zustandes haben würde.
4. Die Entschädigung ist um bereits geleistete Wertentschädigungen zu mindern, und zwar, soweit sie vor dem 21. Juni 1948 geleistet worden sind, im Verhältnis von einer Reichsmark zu einer Deutschen Mark.
5. Ist die Enteignung nur für einen Teil des herauszugebenden Grundstücks beantragt worden, so kann der Eigentümer die Erstreckung der Enteignung auf diejenigen weiteren Teile dieses Grundstücks beantragen, die er infolge der Enteignung des einen Teils nicht mehr zweckmäßig nutzen kann. Für den Antrag gilt § 16 Abs. 5 des genannten Gesetzes entsprechend.
6. Abweichend von § 21 des genannten Gesetzes ist die Gemeinde nicht Beteiligte in dem Enteignungsverfahren. Einer Ladung der Gemeinde zur mündlichen Verhandlung bedarf es nicht.
7. § 16 Abs. 2 bis 4, § 18 Abs. 3, § 19, § 20, § 22 Abs. 1 Satz 3, Abs. 2, § 31, § 45 Abs. 2 Satz 2, § 50, § 51 des genannten Gesetzes sind nicht anzuwenden.

§ 21

Erwerbspflicht der öffentlichen Hand bei Grundstücksbesitz

(1) Hat ein in § 1 Nr. 1 bis 3 genannter Rechtsträger den Zustand eines herauszu-

gebenden Grundstücks oder eines Teils dieses Grundstücks so verändert oder verlangt ein Anspruchsschuldner (§ 23) für den Fall der Herausgabe des Grundstücks von dem Eigentümer so hohe Erstattungsleistungen, daß dem Eigentümer die Rücknahme des Grundstücks nicht zuzumuten ist, so kann der Eigentümer innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten dieses Gesetzes verlangen, daß der Anspruchsschuldner (§ 23) das Grundstück oder den veränderten Teil des Grundstücks gegen Entschädigung zu Eigentum erwirbt. Der Anspruchsschuldner kann den Erwerb des veränderten Grundstücksteils allein verweigern, wenn der Eigentümer ihm nicht binnen der vorbezeichneten Frist anbietet, diejenigen weiteren Teile des herauszugebenden Grundstücks gegen Entschädigung zu erwerben, ohne die der Anspruchsschuldner den veränderten Grundstücksteil nicht zweckmäßig benutzen kann. Ist der Herausgabeschuldner nicht die Bundesrepublik Deutschland, so gilt die vorbezeichnete Frist auch dann als gewahrt, wenn der Eigentümer das Grundstück zum Erwerb innerhalb der Frist anstatt dem anderen Rechtsträger der Bundesrepublik Deutschland angeboten hat. Die Höhe der Entschädigung bestimmt sich nach § 20 Abs. 2.

(2) Die Verpflichtung zum Erwerb des Grundstücks besteht nicht, wenn die Veränderungen an dem Grundstück durch die Besatzungsmächte veranlaßt worden sind.

§ 22

Erwerbspflicht der öffentlichen Hand bei Grundstücksbeeinträchtigungen

Ist ein Anspruch aus § 1004 des Bürgerlichen Gesetzbuches im Falle der Beeinträchtigung des Eigentums oder eines anderen Rechts an einem Grundstück durch § 18 Abs. 1 Nr. 3 ausgeschlossen und ist dem Berechtigten wegen der Beeinträchtigung nicht zuzumuten, sein Recht an dem Grundstück zu behalten, so ist § 21 entsprechend anzuwenden.

§ 23

Anspruchsschuldner

(1) In den Fällen der §§ 6 bis 22 ist Anspruchsschuldner der Bund.

(2) Handelt es sich

1. um einen Anspruch, der in einem rechtlichen oder wirtschaftlichen Zusammenhang mit einem einzelnen Vermögens-

gegenstand steht und ist dieser in das Eigentum oder in die Verwaltung eines anderen öffentlichen Rechtsträgers als des Bundes übergegangen, oder

2. um einen Anspruch, der im Rahmen von Verwaltungsaufgaben entstanden ist, die auf einen anderen öffentlichen Rechtsträger als den Bund übergegangen sind,

so ist Anspruchsschuldner dieser andere Rechtsträger.

(3) In den Fällen des Absatzes 2 kann auch von der Bundesrepublik Deutschland Erfüllung des Anspruchs verlangt werden, sofern diese nicht das Vorliegen der in Absatz 2 bezeichneten Voraussetzungen nachweist.

§ 24

Zuständige Dienststellen

(1) Ansprüche der in den §§ 6 bis 22 bezeichneten Art sind geltend zu machen

1. bei den Oberfinanzdirektionen, soweit es sich um Ansprüche gegen das Deutsche Reich, das ehemalige Land Preußen oder das Unternehmen Reichsautobahnen handelt,
2. bei den Bundesbahndirektionen, soweit es sich um Ansprüche gegen die Deutsche Reichsbahn handelt,
3. bei den Oberpostdirektionen, soweit es sich um Ansprüche gegen die Deutsche Reichspost handelt,
4. im übrigen bei den zuständigen Dienststellen der Anspruchsschuldner nach § 23 Abs. 2.

(2) Soweit ein Anspruch nach Absatz 1 bei einer Oberfinanzdirektion, Bundesbahndirektion oder Oberpostdirektion geltend zu machen ist, ist örtlich zuständig die Direktion, in deren Bezirk der Anspruchsberechtigte im Zeitpunkt der Geltendmachung des Anspruchs seinen Wohnsitz oder Ort der Geschäftsleitung hat oder in den Fällen des § 16 Nr. 1 b nach diesem Zeitpunkt seinen Wohnsitz genommen hat oder nimmt. Hatte der Anspruchsberechtigte zu diesem Zeitpunkt keinen Wohnsitz im Geltungsbereich dieses Gesetzes, so ist für die Zuständigkeit der Ort des ständigen Aufenthalts maßgebend. Ist hiernach die örtliche Zuständigkeit einer Direktion nicht gegeben, so ist die Oberfinanzdirektion (Bundesbahndirektion, Oberpostdirektion) Köln zuständig.

Dritter Teil

Abzulösende Ansprüche

ERSTER ABSCHNITT

Ablösungsberechtigung

§ 25

Der Ablösung unterliegende Anspruchsgruppen

(1) Folgende Ansprüche (§§ 1, 2) werden abgelöst:

1. Kapitalansprüche, die in den in der anliegenden Liste aufgeführten Schuldverschreibungen und verzinslichen Schatzanweisungen bei Inkrafttreten dieses Gesetzes verbrieft waren.
 2. Kapitalansprüche, die in dem Reichsschuldbuch, in dem Reichsbahnschuldbuch oder in dem Reichspostschuldbuch eingetragen sind; vorläufige Eintragungen (Vormerkungen) aus der Zeit nach dem 8. Mai 1945 gelten als Eintragungen.
 3. Kapitalansprüche aus Zertifikaten der Deutschen Reichsbank über Vorzugsaktien der Deutschen Reichsbahn (Reichsbahnvorzugsaktien).
 4. Ansprüche auf in der Zeit vom 1. Januar 1935 bis zum 9. Mai 1945 fällig gewordene Zinsen und Dividenden aus den in den Nummern 1 bis 3 genannten Kapitalansprüchen, sofern das Recht auf Ablösung der dazugehörigen Kapitalansprüche nach den Vorschriften des Zweiten Abschnitts dieses Teils festgestellt wird.
 5. Ansprüche aus dem Gesetz über die Aufwertung der Bürgschaftsschuld des Deutschen Reichs für die deutschen Schutzgebietanleihen vom 23. Juni 1933 (Reichsgesetzbl. I S. 391).
 6. Kapitalansprüche, für die vor dem 9. Mai 1945 Hypotheken oder Schiffshypotheken bestellt worden sind, sowie Kapitalansprüche aus Grundschulden und Rentenschulden, soweit die Kapitalansprüche nicht nach dem Zweiten Teil dieses Gesetzes zu erfüllen sind.
- (2) Schuldverschreibungen und verzinsliche Schatzanweisungen der in Absatz 1 Nr. 1 bezeichneten Art sowie die Urkunden, die über die in Absatz 1 Nr. 3 und 6 bezeichneten abzulösenden Ansprüche ausgestellt worden

sind, werden mit dem Inkrafttreten dieses Gesetzes kraftlos.

§ 26

Von der Ablösung ausgeschlossene Anspruchsgruppen

Nicht abgelöst werden

1. Ansprüche aus der 4¹/₂prozentigen Anleihe des Deutschen Reichs von 1938, zweite Ausgabe, soweit sie nach dem 8. Mai 1945 der Bundesrepublik Österreich oder österreichischen Staatsangehörigen zugestanden haben,
2. Ansprüche aus der 4¹/₂prozentigen Anleihe des Deutschen Reichs von 1939, zweite Ausgabe, die nach dem 8. Mai 1945 der Tschechoslowakischen Republik oder tschechoslowakischen Staatsangehörigen zugestanden haben.

§ 27

Von der Ablösung ausgeschlossene Gläubigergruppen

(1) Nicht abgelöst werden ferner Ansprüche, die am 21. Juni 1948 zugestanden haben

1. in § 1 Nr. 1 bis 3 genannten Rechtsträgern,
2. Gebietskörperschaften im Geltungsbereich dieses Gesetzes,
3. Geldinstituten (einschließlich der Berliner Altbanken), Versicherungs- und Rückversicherungsunternehmen und Bausparkassen im Sinne der Vorschriften zur Neuordnung des Geldwesens einschließlich der Zusatzversorgungsanstalten des öffentlichen Dienstes,
4. der Deutschen Reichsbank, der Deutschen Golddiskontbank, der Konversionskasse für deutsche Auslandsschulden, der deutschen Verrechnungskasse, der Hauptverwaltung der Reichskreditkassen und der Deutschen Gesellschaft für öffentliche Arbeiten,
5. den Trägern der gesetzlichen Rentenversicherung und dem Reichsstock für Arbeits-einsatz,
6. der ehemaligen nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei (NSDAP) sowie ihren Gliederungen, angeschlossenen Verbänden und ihren sonstigen aufgelösten Einrichtungen.

(2) Absatz 1 gilt nicht für Ansprüche, die nach dem 21. Juni 1948 auf Grund der Rechtsvorschriften für die Übertragung von Organisationsvermögen auf andere als die in Absatz 1 genannten Rechtsträger übertragen worden sind oder werden.

§ 28

Voraussetzung für das Recht auf Ablösung

Ein Recht auf Ablösung besteht nur, wenn die Voraussetzungen der §§ 16 und 17 erfüllt sind. Das Recht auf Ablösung steht demjenigen zu, der bei Inkrafttreten dieses Gesetzes Gläubiger des Anspruchs ist.

§ 29

Ablösungsschuld und Ablösungsschuldner

(1) Ist das Recht auf Ablösung festgestellt, so wird in Höhe von 6,5 vom Hundert des Nennbetrages des Anspruchs, dessen Ablösung verlangt wird (abzulösender Anspruch) für den Berechtigten eine Schuldbuchforderung (Ablösungsschuld) eingetragen.

(2) Schuldner der Ablösungsschuld sind

1. die Bundesrepublik Deutschland, soweit die abzulösenden Ansprüche sich gegen das Deutsche Reich oder das ehemalige Land Preußen richteten,
2. die Deutsche Bundesbahn, soweit die abzulösenden Ansprüche sich gegen die Deutsche Reichsbahn richteten,
3. die Deutsche Bundespost, soweit die abzulösenden Ansprüche sich gegen die Deutsche Reichspost richteten.

(3) Werden Ansprüche abgelöst, die in ein Schuldbuch als Einzelschuldbuchforderungen eingetragen waren, so wird auch die Ablösungsschuld als Einzelschuldbuchforderung eingetragen. In allen übrigen Fällen wird ein Anteil an einer Sammelschuldbuchforderung gewährt; der Ablösungsberechtigte kann jedoch die Eintragung einer Einzelschuldbuchforderung beantragen, es sei denn, daß der abzulösende Anspruch in einem Gemeinschaftsdepot für Eheleute verwahrt oder verwaltet wird.

(4) Pfandrechte und sonstige Rechte Dritter, die an dem abzulösenden Anspruch bei Inkrafttreten des Gesetzes bestanden haben sowie Verfügungsbeschränkungen setzen sich an der Ablösungsschuld oder an dem Anspruch auf Barablösung (Absatz 6) fort.

(5) Die Vorschriften des Reichsschuldbuchgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 1910 (Reichsgesetzbl. S. 840) und der Verordnung vom 17. November 1939 (Reichsgesetzbl. I S. 2298) finden mit der Einschränkung sinngemäß Anwendung, daß Schuldverschreibungen gegen Löschung der Schuldbuchforderungen nicht ausgereicht werden.

(6) Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, zum Zwecke der Verwaltungsvereinfachung durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates zu bestimmen, in welchem Umfang Klein- und Spitzenbeträge nach oben oder unten abgerundet oder durch Barzahlung abgelöst werden.

§ 30

Nennbeträge in Sonderfällen

(1) Als Nennbetrag des abzulösenden Anspruchs im Sinne des § 29 gilt

1. bei der Anleiheablösungsschuld mit Auslosungsrechten im Sinne des Gesetzes über die Ablösung öffentlicher Anleihen vom 16. Juli 1925 (Reichsgesetzbl. I S. 137) das 10fache, bei der Anleiheablösungsschuld ohne Auslösungsrechte das 0,4fache und bei Auslosungsrechten ohne Anleiheablösungsschuld das 9,6fache des Reichsmarknennbetrages,
2. bei Ansprüchen aus aufgekündigten Reichsbahnvorzugsaktien das 1,2fache des Nennbetrages.

(2) Ist die Anleiheablösungsschuld mit Auslosungsrechten vor dem 1. März 1945 fällig geworden, so beträgt der Nennbetrag des abzulösenden Anspruchs das 5fache des Kapitalbetrages zuzüglich $4\frac{1}{2}$ vom Hundert Zinsen für die Zeit vom 1. Januar 1926 bis zum Fälligkeitstage.

(3) Der Nennbetrag bei Hypotheken, Grundschulden und Schiffshypotheken bestimmt sich nach dem Nennbetrag im Zeitpunkt der Ablösung.

(4) Der Nennbetrag der Rentenschulden bestimmt sich nach § 16 des Reichsbewertungsgesetzes vom 16. Oktober 1934 (Reichsgesetzbl. I S. 1035) in der Fassung des Gesetzes zur Bewertung des Vermögens für die Kalenderjahre 1949 bis 1951 (Hauptveranlagung 1949) vom 16. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 22).

§ 31

Verzinsung

Die eingetragene Ablösungsschuld (§ 29) ist mit vier vom Hundert jährlich zu verzinsen. Die Zinsbeträge sind jährlich nachträglich zu zahlen. Die Verzinsung beginnt am 1. April 1955.

§ 32

Tilgung

Der Gesamtbetrag der Ablösungsschuld wird in vierzig möglichst gleichen Teilbeträgen durch Ziehung von Auslosungsgruppen und deren Einlösung jeweils am 1. April eines jeden Jahres getilgt; die erste Ziehung erfolgt am 1. April 1960. Die durch die Tilgung ersparten Zinsen sind zusätzlich zur Tilgung zu verwenden. Eine vorzeitige Tilgung durch Auslosung weiterer Gruppen ist zulässig. Ein Anspruch auf Zuteilung einer bestimmten Auslosungsgruppe besteht nicht.

ZWEITER ABSCHNITT

Verfahren

§ 33

Anmeldung, Prüfstelle

(1) Die nach § 25 Abs. 1 Nr. 1 bis 5 abzulösenden Ansprüche sind anzumelden (§§ 34 bis 41).

(2) Prüfstelle für die Anmeldungen ist die Bundesschuldenverwaltung.

§ 34

Anmeldebefugnis in besonderen Fällen

(1) Steht der abzulösende Anspruch mehreren gemeinschaftlich zu, so kann jeder Berechtigte ihn anmelden. Die Mitberechtigten sollen angegeben werden. Die Anmeldung wirkt für alle Berechtigten.

(2) Für einen Deutschen im Sinne des Artikel 116 des Grundgesetzes, der außerhalb des Geltungsbereichs dieses Gesetzes zurückgehalten wird oder der verschollen ist, können auch folgende Angehörige, sofern sie ihren Wohnsitz im Geltungsbereich dieses Gesetzes haben, die Anmeldung vornehmen:

1. der Ehegatte,
2. wenn kein Ehegatte vorhanden ist, jeder Abkömmling,
3. wenn weder ein Ehegatte noch ein Abkömmling vorhanden ist, jeder Elternteil.

(3) Derjenige, dem ein Pfandrecht oder ein sonstiges Recht an dem abzulösenden Anspruch zusteht oder zu dessen Gunsten eine Verfügungsbeschränkung besteht, kann die Anmeldung für den Berechtigten vornehmen; dies gilt nicht, wenn der abzulösende Anspruch nach § 36 von einem Kreditinstitut anzumelden ist. Soweit der abzulösende Anspruch als Einzelschuldbuchforderung eingetragen ist, gilt Satz 1 nur, wenn das Recht oder die Verfügungsbeschränkung im Schuldbuch eingetragen ist.

(4) Ist bei einer Schuldbuchforderung eine zweite Person nach § 7 des Reichsschuldbuchgesetzes eingetragen, so kann sie nach dem Tode des eingetragenen Gläubigers die Anmeldung vornehmen.

§ 35

Einreichen der Anmeldung, Anmeldestellen

(1) Ist der abzulösende Anspruch als Einzelschuldbuchforderung eingetragen, so ist die Anmeldung unmittelbar bei der Prüfstelle einzureichen; das gilt auch für nicht in das Reichsschuldbuch eingetragene Ansprüche aus Auslosungsrechten der Anleiheablösungsschuld, auf die Vorzugsrente bezogen wurde.

(2) In allen anderen Fällen ist die Anmeldung bei einer Anmeldestelle einzureichen. Anmeldestellen sind die Kreditinstitute im Geltungsbereich dieses Gesetzes, im Lande Berlin jedoch nur solche Kreditinstitute, die von der Berliner Zentralbank als Anmeldestellen im Wertpapierbereinungsverfahren zugelassen sind (§ 14 Abs. 1 Satz 2 des Wertpapierbereinigungsgesetzes). Wird der abzulösende Anspruch von einem Kreditinstitut im Geltungsbereich dieses Gesetzes bei dessen Inkrafttreten für einen Kunden verwahrt oder verwaltet, so ist Anmeldestelle nur das Kreditinstitut, das unmittelbar mit dem Kunden in Geschäftsverkehr steht.

(3) Die Anmeldestelle vertritt den Anmelder im Prüfungsverfahren; sie ist an seine Weisungen gebunden.

§ 36

Anmeldung durch Kreditinstitute

(1) Ein Kreditinstitut, das nach § 35 Abs. 2 Anmeldestelle ist, hat für einen Kunden die Anmeldung ohne besonderen Auftrag vorzunehmen, wenn

1. der abzulösende Anspruch

a) von dem Kreditinstitut ununterbrochen seit dem 1. Januar 1945 verwahrt oder verwaltet worden ist
oder

b) in einem Wertpapier verbrieft war, das dem Kreditinstitut nach dem 1. Januar 1945 in Verwahrung gegeben oder unter Angabe der Stücknummer gemeldet worden ist, und das Kreditinstitut das Wertpapier als Besitz des Anmelders bis zum 31. Mai 1950 der Schuldenverwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes oder der Bundesschuldenverwaltung gemeldet hat,
und

2. sich aus den Unterlagen des Kreditinstituts ergibt oder nach Absatz 2 davon ausgegangen werden kann, daß die Voraussetzungen der §§ 16 und 17 (§ 28) erfüllt sind.

(2) In den Fällen des Absatzes 1 kann das Kreditinstitut davon ausgehen, daß der Anmelder Deutscher im Sinne des Artikels 116 des Grundgesetzes ist, falls sein Wohnsitz oder der Ort des ständigen Aufenthalts im Geltungsbereich dieses Gesetzes liegt. Das Kreditinstitut kann ferner davon ausgehen, daß der Anmelder am 31. Mai 1950 seinen Wohnsitz oder ständigen Aufenthalt am Ort seiner Anschrift gehabt hat. Die Sätze 1 und 2 gelten nicht, wenn dem Kreditinstitut etwas anderes bekannt ist oder ihm aus seinen seit dem 1. Oktober 1949 entstandenen Unterlagen bei Anwendung der im Bankverkehr erforderlichen Sorgfalt bekannt sein muß.

§ 37

Inhalt der Anmeldung

(1) Die Anmeldung ist auf einem von der Bundesschuldenverwaltung herauszugebenden Vordruck einzureichen, in dem insbesondere folgende Angaben vorzusehen sind:

1. der Name (die Firma), bei natürlichen Personen auch der Vorname, und die Anschrift des Anmelders,
2. der abzulösende Anspruch nach seinem Betrag und seinen Merkmalen,
3. die Tatsachen, auf die das Recht auf Ablösung gestützt wird, und die Beweismittel für die nach § 42 zu beweisenden Tatsachen,

4. die Erklärung, welche weiteren abzulösenden Ansprüche der Anmelder bereits angemeldet hat oder noch anzumelden beabsichtigt, und die Erklärung, bei welchem Kreditinstitut im Geltungsbereich dieses Gesetzes sich abzulösende Ansprüche für ihn in Verwahrung oder Verwaltung befinden,
5. bei Bankverwahrung die Bezeichnung des erstverwährenden Kreditinstituts und die Verwahrungsart,
6. Pfandrechte und sonstige Rechte, die bei Inkrafttreten dieses Gesetzes an einem abzulösenden Anspruch bestanden haben, der nicht als Einzelschuldbuchforderung eingetragen ist; das gleiche gilt für Verfügungsbeschränkungen, die hinsichtlich des abzulösenden Anspruchs bestehen.

(2) Die Anmeldungen durch ein Kreditinstitut (§ 36) sind auf Vordrucken einzureichen, in denen außer den Angaben in Absatz 1 Nr. 1 bis 3 und 6 vorzusehen sind

1. die Verwahrungsart,
2. die Nummer des Depots und die Stelle des Depotbuches, unter denen der abzulösende Anspruch verzeichnet ist,
3. die Erklärung des Kreditinstituts, daß die in § 36 genannten Voraussetzungen vorliegen.

(3) Die Anmeldung ist in der von der Prüfstelle zu bestimmenden Anzahl von ausgefüllten Vordrucken einzureichen. Die als Beweismittel dienenden Urkunden (§ 43) sind beizufügen. In den Fällen des § 35 Abs. 2 brauchen die Beweismittel der Prüfstelle nur auf deren Verlangen vorgelegt zu werden. Über den abzulösenden Anspruch ausgestellte, nach § 25 Abs. 2 kraftlos gewordene Wertpapiere sind abzuliefern und zu diesem Zweck der Anmeldung beizufügen.

§ 38

Ergänzende Angaben

(1) Die Anmeldestelle hat auf den bei ihr eingereichten Anmeldungen das Eingangsdatum zu vermerken sowie die etwa erforderlichen Ergänzungen der Anmeldung zu veranlassen.

(2) In den Fällen, in denen ein Anteil an einer Sammelschuldbuchforderung gewährt werden soll (§ 29 Abs. 3 Satz 2), hat die Anmeldestelle das Konto zu bezeichnen, auf das bei der Wertpapiersammelbank Gutschriften erteilt werden sollen.

§ 39

Anmeldefrist

(1) Die Anmeldung ist innerhalb einer Anmeldefrist von einem Jahr vorzunehmen; die Anmeldefrist beginnt mit dem Inkrafttreten dieses Gesetzes.

(2) In den Fällen des § 28 in Verbindung mit § 16 Nr. 1 Buchstabe b beginnt die Anmeldefrist mit dem Ablauf des Monats, in dem derjenige, dem der abzulösende Anspruch am 31. März 1950 zugestanden hat, seinen Wohnsitz oder ständigen Aufenthalt im Geltungsbereich dieses Gesetzes genommen hat. Satz 1 gilt sinngemäß für den Fall, daß die Ablösung davon abhängt, daß das Abkommen vom 27. Februar 1953 über deutsche Auslandsschulden auf den abzulösenden Anspruch anwendbar wird.

(3) Eine Wiedereinsetzung in den vorigen Stand findet nicht statt.

(4) Geht innerhalb der Frist des Absatzes 1 bei der Anmeldestelle eine schriftliche Erklärung ein, aus der mindestens der Berechtigte, der Schuldner, der Betrag des abzulösenden Anspruchs und die Absicht zur Anmeldung ersichtlich sind, so hat die Anmeldestelle den Anmeldevordruck für den Anmelder auszufüllen und zu unterschreiben.

(5) Wird der abzulösende Anspruch bei Inkrafttreten dieses Gesetzes von einer Anmeldestelle verwahrt oder verwaltet und reicht der Kunde innerhalb der Frist des Absatzes 1 keinen ordnungsgemäß ausgefüllten Anmeldevordruck ein, so hat die Anmeldestelle den Anmeldevordruck für ihn auszufüllen und zu unterschreiben. In diesem Falle gilt die Anmeldefrist als gewahrt, wenn die Anmeldung der Prüfstelle innerhalb der in § 41 Abs. 1 bestimmten Frist vorgelegt wird.

§ 40

Vorlegung der Anmeldungen bei der Prüfstelle

(1) Die Anmeldestelle hat die Anmeldungen in der sich aus Absatz 2 ergebenden zeitlichen Reihenfolge der Prüfstelle vorzulegen.

(2) Anmeldungen, die nach § 36 Abs. 1 Nr. 1 Buchstabe a vorzunehmen sind, sollen innerhalb von sechs Monaten seit dem Inkrafttreten dieses Gesetzes vorgelegt werden. Die übrigen Anmeldungen sind erst dann der Prüfstelle vorzulegen, wenn diese durch Bekanntmachung im Bundesanzeiger hierzu auffordert.

§ 41

Frist für die Vorlegung der Anmeldungen

(1) Die Prüfstelle hat frühestens sechs Monate nach dem Aufruf aller Gruppen von Anmeldungen durch Bekanntmachung im Bundesanzeiger eine Ausschlußfrist von sechs Monaten für die Vorlage der Anmeldungen festzusetzen. In der Bekanntmachung ist der Tag des Fristablaufs anzugeben und auf die Folgen der Fristversäumnis hinzuweisen.

(2) In den Fällen des § 39 Abs. 2 endet die Frist zur Vorlage der Anmeldungen mit dem Ablauf von fünfzehn Monaten seit dem Beginn der Anmeldefrist, jedoch nicht vor Ablauf der nach Absatz 1 bekanntgemachten Frist.

§ 42

Beweis

(1) Der Anmelder hat zu beweisen oder glaubhaft zu machen, daß die Voraussetzungen der §§ 16 und 17 (§ 28) erfüllt sind und daß ihm der abzulösende Anspruch im Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes zustand. § 21 und § 23 Abs. 2 des Wertpapierbereinigungsgesetzes gelten sinngemäß. Eidesstattliche Versicherungen reichen für sich allein nicht zur Glaubhaftmachung dafür aus, daß dem Anmelder der abzulösende Anspruch zustand.

(2) Der Beweis, daß der abzulösende Anspruch dem Anmelder im Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes zustand, ist erbracht, wenn der Anspruch für den Anmelder oder dessen Erblasser als Schuldbuchforderung eingetragen ist oder auf einem nicht in das Reichsschuldbuch eingetragenen Auslosungsrecht der Anleiheablösungsschuld beruht, für das vom Anmelder oder dessen Erblasser Vorzugsrente bezogen wurde.

(3) Verlangt der Anmelder die Ablösung des Anspruchs auf rückständige Zinsen oder Dividenden, die in einem Wertpapier verbrieft waren (§ 25 Abs. 1 Nr. 4), so kann der Beweis für das Recht auf Ablösung insoweit nur durch Vorlage der Zins- oder Dividendscheine in Verbindung mit der Anmeldung des abzulösenden Kapitalanspruchs geführt werden.

(4) Bei der Entscheidung über rückständige Zinsen oder Dividenden (§ 25 Abs. 1 Nr. 4) und über Ansprüche nach § 25 Abs. 1 Nr. 5 kann davon ausgegangen werden, daß Vorlegungs- und Verjährungsfristen nicht abgelaufen sind.

(5) Wird der abzulösende Anspruch in einem Gemeinschaftsdepot für Eheleute verwahrt oder verwaltet, so kann davon ausgegangen werden, daß die Voraussetzungen der §§ 16 und 17 (§ 28) erfüllt sind, wenn sie in der Person eines Ehegatten vorliegen.

(6) Ist das Wertpapier, in dem der abzulösende Anspruch verbrieft war, unter Angabe der Stücknummer bis zum 31. Mai 1950 der Schuldenverwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes oder der Bundesschuldenverwaltung gemeldet worden, so braucht der Beweis, daß der abzulösende Anspruch dem Anmelder seit dem 1. Januar 1945 zustand, nur erbracht zu werden, wenn die entscheidende Stelle die Führung des Beweises verlangt.

§ 43

Beweismittel

(1) Der Anmelder hat zum Beweis der nach § 42 erheblichen Tatsachen in erster Linie öffentliche Urkunden oder Bankbescheinigungen vorzulegen. Depotbescheinigungen von Kreditinstituten im Geltungsbereich dieses Gesetzes müssen die Nummer des Depots und die Stelle des Depotbuches enthalten, unter denen der abzulösende Anspruch verzeichnet ist.

(2) Der Entscheidung über die Anmeldung können auch Erklärungen der Anmeldestelle zugrunde gelegt werden, die sie nach § 37 Abs. 2 oder über die nach § 42 zu beweisenden Tatsachen auf Grund ihr vorliegender Unterlagen abgegeben hat.

(3) Die entscheidende Stelle kann verlangen, daß die Bankbücher ihr oder einem von ihr bestellten Sachverständigen vorgelegt werden; das gilt auch für sonstige Unterlagen, auf welche die Anmeldung gestützt worden ist. Soweit sich die Pflicht zur Verschwiegenheit für einen Sachverständigen nicht bereits aus anderen Vorschriften ergibt, ist der Sachverständige von der entscheidenden Stelle zur Verschwiegenheit zu verpflichten.

§ 44

Entscheidung der Prüfstelle

(1) Hält die Prüfstelle das Recht auf Ablösung für begründet, so entscheidet sie über die Anmeldung, indem sie eine Schuldbuchforderung einträgt oder die Gutschrift eines Anteils an einer Sammelschuldbuchforderung (§ 29 Abs. 3) oder die Barablösung (§ 29

Abs. 6) veranlaßt. Die Entscheidung der Prüfstelle ist rechtskräftig.

(2) Ist die Anmeldung verspätet oder hat der Anmelder den ihm nach § 42 obliegenden Beweis nicht geführt, so wird festgestellt, daß kein Recht auf Ablösung des angemeldeten Anspruchs besteht.

(3) Wird die Anmeldung zurückgenommen, so wird das Verfahren eingestellt.

(4) Die Prüfstelle hat eine Entscheidung nach Absatz 2 dem Vertreter des Anmelders, in den Fällen des § 35 Abs. 1 dem Anmelder unmittelbar zuzustellen.

§ 45

Einspruch

(1) Gegen die Entscheidung der Prüfstelle, durch die festgestellt wird, daß kein Recht auf Ablösung besteht, kann der Anmelder Einspruch einlegen.

(2) Der Einspruch ist innerhalb von einem Monat bei der Prüfstelle schriftlich einzulegen. Die Frist beginnt mit der Zustellung der Entscheidung. Die Einspruchsschrift muß von der Anmeldestelle oder einem Rechtsanwalt unterzeichnet sein; dies gilt nicht, wenn die Anmeldung der Prüfstelle unmittelbar eingereicht worden war (§ 35 Abs. 1).

(3) Hält die Prüfstelle den Einspruch für begründet, so hat sie ihm abzuhelpfen; anderenfalls hat sie den Einspruch mit ihrer Stellungnahme der Kammer für Wertpapierbereinigung (§ 29 Abs. 1, § 30 des Wertpapierbereinigungsgesetzes) zur Entscheidung vorzulegen.

(4) Eine Wiedereinsetzung in den vorigen Stand findet nicht statt.

§ 46

Zuständige Kammer für Wertpapierbereinigung

Die Zuständigkeit der Kammer für Wertpapierbereinigung wird durch den Wohnsitz, den Ort der Geschäftsleitung oder den ständigen Aufenthalt des Anmelders im Geltungsbereich dieses Gesetzes bestimmt. Ist ein solcher nicht vorhanden, so ist für die Zuständigkeit der Kammer für Wertpapierbereinigung der Sitz der Prüfstelle maßgebend.

§ 47

Entscheidung der Kammer für Wertpapierbereinigung

(1) Hält die Kammer für Wertpapierbereinigung den Einspruch für begründet, so stellt sie fest, daß und inwieweit ein Recht auf Ablösung besteht.

(2) § 31 Abs. 3 bis 5 des Wertpapierbereinigungsgesetzes ist entsprechend anzuwenden.

(3) Nach Rechtskraft der Entscheidung der Kammer für Wertpapierbereinigung hat die Prüfstelle eine Schuldbuchforderung einzutragen oder die Gutschrift eines Anteils an einer Sammelschuldbuchforderung oder die Barablösung zu veranlassen (§ 29 Abs. 3 und 6).

§ 48

Vertreter des Bundesinteresses

An den gerichtlichen Verfahren kann sich ein Vertreter des Bundesinteresses beteiligen. Der Bundesminister der Finanzen bestimmt, welche Stelle die Aufgaben des Vertreters des Bundesinteresses wahrnimmt.

§ 49

Sofortige Beschwerde

(1) Gegen die Entscheidung der Kammer für Wertpapierbereinigung findet die sofortige Beschwerde an das Oberlandesgericht statt. Sie kann auch von dem Vertreter des Bundesinteresses eingelegt werden. Die sofortige Beschwerde kann nur auf Verletzung des Gesetzes gestützt werden.

(2) Die sofortige Beschwerde ist innerhalb eines Monats bei der Kammer für Wertpapierbereinigung schriftlich einzulegen. Eine Wiedereinsetzung in den vorigen Stand findet nicht statt. Die Beschwerdefrist beginnt mit der Zustellung der Entscheidung an den Anmelder, gegenüber dem Vertreter des Bundesinteresses mit der Zustellung an die Prüfstelle. Wird die sofortige Beschwerde von dem Anmelder eingelegt, so muß die Beschwerdeschrift von der Anmeldestelle oder einem Rechtsanwalt unterzeichnet sein.

(3) Der sofortigen Beschwerde ist eine Abschrift beizufügen; die Abschrift ist, wenn die sofortige Beschwerde von dem Anmelder eingelegt wird, dem Vertreter des Bundesinteresses, anderenfalls dem Anmelder zu übersenden.

(4) § 34 Abs. 4 und 5 des Wertpapierbereinigungsgesetzes ist entsprechend anzuwenden.

§ 50

Anzuwendende Vorschriften

Auf das Verfahren vor den Gerichten sind die Vorschriften des Gesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit sinngemäß anzuwenden, soweit in diesem Gesetz nicht etwas anderes bestimmt ist.

§ 51

Beteiligung am Prüfungsverfahren

Der nach § 34 Abs. 3 Anmeldeberechtigte kann sich neben dem Anmelder durch Einreichung eines Schriftsatzes an dem Prüfungsverfahren beteiligen und selbständig Rechtsmittel einlegen. Die Einspruchs- und Beschwerdeschrift muß von einem Rechtsanwalt unterzeichnet sein.

§ 52

Rückerstattungsanmeldungen

Ansprüche aus den im Geltungsbereich dieses Gesetzes erlassenen Rückerstattungsgesetzen bleiben unberührt. Wer die Rückerstattung eines bis zum 8. Mai 1945 einschließlich entzogenen abzulösenden Anspruchs verlangt hat, ist zur Anmeldung auch dann berechtigt, wenn über den Rückerstattungsanspruch noch nicht rechtskräftig entschieden ist. Die Anmeldung ist als Rückerstattungsanmeldung zu kennzeichnen. Das Prüfungsverfahren wird ausgesetzt, bis über die wegen der Entziehung geltend gemachten Ansprüche rechtskräftig entschieden ist. Wenn wegen des abzulösenden Anspruchs weitere Anmeldungen vorliegen, ist auch insoweit das Verfahren bis zur Entscheidung über die wegen der Entziehung geltend gemachten Ansprüche auszusetzen.

§ 53

Versicherungen an Eides Statt

Die Prüfstelle ist im Prüfungsverfahren zur Abnahme von Versicherungen an Eides Statt befugt.

§ 54

Auskunft, Aufsicht

Für das Recht auf Auskunft und die Aufsicht über die Kreditinstitute gelten § 53

Abs. 1 und 2, § 54 Abs. 1 und §§ 55 bis 58 des Wertpapierbereinigungsgesetzes sinngemäß.

§ 55

Kosten

(1) Auf die Kosten des Verfahrens ist § 59 Abs. 1 und 5 bis 10 des Wertpapierbereinigungsgesetzes sinngemäß anzuwenden.

(2) Für die den Beisitzern der Kammern für Wertpapierbereinigung zustehende Entschädigung gilt § 6 des Gesetzes zur Änderung und Ergänzung des Wertpapierbereinigungsgesetzes.

(3) Polizeiliche Aufenthalts- und Wohnsitzbescheinigungen sind gebührenfrei auszustellen.

§ 56

Aufgebotsverfahren

Verfahren nach den §§ 1003 ff. der Zivilprozeßordnung finden für die in § 25 Abs. 1 Nr. 1 bezeichneten Wertpapiere nicht mehr statt. Sind solche Wertpapiere bereits vor Inkrafttreten dieses Gesetzes in einem Verfahren nach den §§ 1003 ff. der Zivilprozeßordnung oder §§ 2 ff. der Siebenten Durchführung- und Ergänzungsverordnung zur Kriegsschädenverordnung (Kriegsschäden an Wertpapieren) vom 6. November 1943 (Reichsgesetzbl. I S. 632) für kraftlos erklärt worden, so kann der Berechtigte seine Rechte aus dem kraftlos gewordenen Wertpapier geltend machen. Eine Ersatzleistung für vernichtete Urkunden nach § 13 der Reichsschuldenordnung vom 13. Februar 1924 (Reichsgesetzbl. I S. 95) kann nicht verlangt werden.

§ 57

Härtefälle

Die Prüfstelle kann in besonderen Härtefällen aus Gründen der Billigkeit mit Zustimmung des Bundesministers der Finanzen Nachsicht von der Versäumnis der in § 39 genannten Frist gewähren.

§ 58

Verwaltungsanordnungen

Verwaltungsanordnungen zur Durchführung des Verfahrens erläßt der Bundesminister der Finanzen.

§ 59

Begriffsbestimmung

Soweit dieses Gesetz auf das Wertpapierbereinigungsgesetz und das Gesetz zur Änderung und Ergänzung des Wertpapierbereinigungsgesetzes Bezug nimmt, ist darunter je nach dem Geltungsbereich das Gesetz zur Bereinigung des Wertpapierwesens vom 19. August 1949 (WiGBI. S. 295) oder das entsprechende Gesetz des Landes Berlin vom 26. September 1949 (Verordnungsblatt für Groß-Berlin Teil I S. 346) und das Gesetz zur Änderung und Ergänzung des Wertpapierbereinigungsgesetzes vom 29. März 1951 (Bundesgesetzbl. I S. 211) oder das gleiche Gesetz des Landes Berlin vom 12. Juli 1951 (Gesetz- und Verordnungsblatt für Berlin S. 530) zu verstehen.

§ 60

Verfahren bei abzulösenden Grundpfandrechten

Ein abzulösender Anspruch der in § 25 Abs. 1 Nr. 6 bezeichneten Art ist bei der Oberfinanzdirektion anzumelden, die bei entsprechender Anwendung des § 24 Abs. 2 zuständig ist. Im übrigen finden die Vorschriften dieses Abschnittes entsprechende Anwendung mit der Maßgabe, daß Prüfstelle die zuständige Oberfinanzdirektion ist.

Vierter Teil

Härterege lung

ERSTER ABSCHNITT

Voraussetzungen, Art und Umfang der Härtebeihilfen

§ 61

Tatbestände

(1) Zur Milderung dringender sozialer Notlagen können natürlichen Personen auf Antrag Härtebeihilfen nach diesem Teil gewährt werden, wenn die Notlage unmittelbar dadurch entstanden ist, daß

1. Ansprüche (§§ 1, 2), die der Regelung dieses Gesetzes unterliegen, und für die nach diesem Gesetz keine Erfüllung oder Ablösung vorgesehen ist, nicht erfüllt worden sind,

2. bei Wertminderungen an Grundstücken, die durch Maßnahmen der in den §§ 1 und 2 genannten Rechtsträger verursacht worden sind, Grundstückseigentümern wegen der hierdurch eingetretenen Schäden nach diesem Gesetz keine Erfüllung gewährt wird,
3. diese Personen in Durchführung der Vorschriften über die Rückerstattung feststellbarer Vermögenswerte Schäden erlitten haben und diese Schäden darauf beruhen, daß gegen einen angemessenen Gegenwert erworbene Vermögenswerte zurückerstattet werden mußten oder müssen,
4. diese Personen Schäden im Sinne des § 5 Nr. 3 erlitten haben.

In den Fällen der Nummer 4 sind die Schäden auch dann zu berücksichtigen, wenn die Vermögenswerte dem Berechtigten zur Zeit der Antragstellung wirtschaftlich entzogen sind.

(2) Ein Rechtsanspruch auf die Gewährung von Härtebeihilfen besteht nicht.

(3) Die Voraussetzungen, unter denen eine dringende soziale Notlage anzunehmen ist, werden durch Rechtsverordnung bestimmt. Dabei sollen die Grundsätze berücksichtigt werden, die für die Gewährung von Leistungen aus dem Härtefonds nach § 301 des Gesetzes über den Lastenausgleich (Lastenausgleichsgesetz — LAG) vom 14. August 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 446) in der Fassung der dazu ergangenen Änderungsgesetze maßgebend sind.

§ 62

Von der Regelung ausgenommene Ansprüche und Schäden

Härtebeihilfen können nicht gewährt werden

1. bei Ansprüchen auf Gehalt, Lohn, Wehrsold, Reise- und Umzugskosten, Trennungsschädigung und bei sonstigen Ansprüchen aus einem Dienst- oder Arbeitsverhältnis sowie bei Ansprüchen der in § 6 bezeichneten Art, soweit sich die letzteren auf die Zeit vor dem 1. April 1950 beziehen,
2. bei mittelbaren Schäden, insbesondere Nutzungsschäden, entgangenem Gewinn, Schadensfolgekosten sowie durch Produktions- und Betriebsverbote oder -einschränkungen entstandenen Verlusten,

3. bei Verlusten an inländischen und ausländischen Zahlungsmitteln,
4. bei Verlusten an
 - a) Edelmetallen, Edelsteinen und Perlen,
 - b) Gegenständen aus edlem Metall, Schmuckgegenständen und sonstigen Luxusgegenständen,
 - c) Kunstgegenständen und Sammlungen, soweit die unter den Buchstaben a bis c genannten Wirtschaftsgüter nicht zum Betriebsvermögen im Sinne des Bewertungsgesetzes gehören,
5. bei Verlusten an Vermögensgegenständen, die in Ausnutzung der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft erworben worden sind.

§ 63

Voraussetzungen bei Reparationschäden und Restitutionschäden

In den Fällen des § 5 Nr. 3 müssen bei Anwendung der Vorschriften dieses Teils folgende Voraussetzungen erfüllt sein

1. bei Demontageschäden einschließlich Schäden der Schifffahrt und der Fischerei: die Schäden müssen durch Wegnahme, Ablieferung, Abbau oder Zerstörung an Wirtschaftsgütern, die zum land- und forstwirtschaftlichen Vermögen oder zum Betriebsvermögen im Sinne des Bewertungsgesetzes gehören, entstanden sein;
2. bei Schäden an deutschem Vermögen im Ausland einschließlich Verlusten an ausländischen Wertpapieren: die Schäden müssen durch Wegnahme, Ablieferung, Abbau, Zerstörung, Verwertung oder sonstige Entziehung entstanden sein
 - a) an Wirtschaftsgütern, die zum land- und forstwirtschaftlichen Vermögen, zum Grundvermögen oder zum Betriebsvermögen im Sinne des Bewertungsgesetzes gehören oder
 - b) an folgenden Wirtschaftsgütern, soweit sie nicht unter Buchstabe a fallen:
 - aa) an Hausrat,
 - bb) an privatrechtlichen geldwerten Ansprüchen,
 - cc) an Anteilen an Kapitalgesellschaften sowie an Geschäftsguthaben bei Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften;
 - c) an literarischen und künstlerischen Urheberrechten und gewerblichen Schutz-

rechten sowie an Lizenzen an Urheberrechten und gewerblichen Schutzrechten;

3. bei Restitutionschäden: die Schäden müssen durch Wegnahme oder Ablieferung an Wirtschaftsgütern, die zum land- und forstwirtschaftlichen Vermögen oder zum Betriebsvermögen im Sinne des Bewertungsgesetzes gehören, entstanden sein. Den Schäden sind Aufwendungen zuzurechnen, die der Geschädigte in gutem Glauben an die Rechtmäßigkeit seines Eigentums für den weggenommenen oder abgelieferten Gegenstand gemacht hat, wenn und soweit sie dessen Wert bei der Wegnahme oder Ablieferung erhöhten. Die Wirtschaftsgüter dürfen vom Antragsteller nicht unrechtmäßig aus den im Zweiten Weltkrieg von deutschen Truppen besetzten oder unmittelbar oder mittelbar kontrollierten Gebieten fortgeführt worden sein;
4. bei sonstigen Schäden: die Schäden müssen durch Wegnahme, Ablieferung, Abbau, Zerstörung, Verwertung oder sonstige Entziehung an Wirtschaftsgütern entstanden sein, die zum land- und forstwirtschaftlichen Vermögen, zum Grundvermögen oder zum Betriebsvermögen im Sinne des Bewertungsgesetzes gehören.

§ 64

Belegenheit der betroffenen Wirtschaftsgüter

Bei Schäden im Sinne des § 61 Abs. 1 Nr. 4 können Härtebeihilfen nur gewährt werden, wenn sich das betroffene Wirtschaftsgut — bei Rechten aus Wertpapieren die Urkunde — im Zeitpunkt des Schadenseintritts innerhalb der in § 16 bezeichneten Gebiete befand.

§ 65

Personenkreis

(1) Härtebeihilfen können nur gewährt werden dem unmittelbar Betroffenen oder, falls er gestorben ist, seinem Ehegatten, sofern dieser im Zeitpunkt des Todes des unmittelbar Betroffenen nicht dauernd von ihm getrennt gelebt hat, sowie ihren unterhaltsberechtigten Kindern, soweit diesen nicht die Mittel zur Verfügung stehen, die zu ihrer Berufsausbildung oder ihrer Umschulung in einen für sie geeigneten Beruf erforderlich sind.

(2) Bei Ansprüchen im Sinne des § 61 Abs. 1 Nr. 1 und 2 können Härtebeihilfen

nur gewährt werden, wenn die in § 16 bezeichneten Voraussetzungen vorliegen.

(3) Bei Schäden im Sinne des § 61 Abs. 1 Nr. 3 und 4 können Härtebeihilfen nur Personen gewährt werden, bei denen die Voraussetzungen des Wohnsitzes oder ständigen Aufenthalts nach § 16 Nr. 1 oder Nr. 4 vorliegen und die im Zeitpunkt des Schadenseintritts Deutsche im Sinne des Artikels 116 des Grundgesetzes waren.

§ 66

Härtebeihilfen

(1) Als Härtebeihilfen können im Rahmen der verfügbaren Mittel gewährt werden

1. Unterhaltsbeihilfe: als Beihilfe zum Lebensunterhalt,
2. Ausbildungsbeihilfe: als Beihilfe zur wirtschaftlichen und sozialen Förderung im Wege der Berufsausbildung und Umschulung,
3. Hausratbeihilfe: als Beihilfe zur Beschaffung von Hausrat, sofern es sich um Schäden an Hausrat im Sinne des § 63 Nr. 2 handelt.

(2) die einzelnen Härtebeihilfen dürfen die entsprechenden Leistungen nicht übersteigen, die in Durchführung der §§ 301 und 302 des Lastenausgleichsgesetzes gewährt werden. Der Gesamtbetrag der Härtebeihilfen darf einen durch Rechtsverordnung zu bestimmenden Grundbetrag nicht überschreiten; dabei sollen die Grundsätze berücksichtigt werden, die für die Gewährung von Leistungen aus dem Härtefonds nach § 301 des Lastenausgleichsgesetzes und von Ausbildungshilfen nach § 302 des Lastenausgleichsgesetzes gelten.

(3) Eine Härtebeihilfe darf nicht gewährt werden, soweit auf Grund anderer gesetzlicher Vorschriften oder sonstiger Bestimmungen entsprechende Leistungen aus öffentlichen Mitteln gegeben worden sind oder gegeben werden können, die für die in Absatz 1 genannten Zwecke und zur Beseitigung der Notlage bestimmt sind. Hierunter fallen nicht Leistungen nach der Rechtsverordnung über die Fürsorgepflicht in der Fassung des Gesetzes vom 20. August 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 967).

(4) Liegen die Voraussetzungen für die Gewährung einer Unterhaltsbeihilfe oder Ausbildungsbeihilfe vor, so können diese mit Wirkung von dem auf den Tag der Antrag-

stellung folgenden Monatsersten ab gewährt werden.

(5) In den Fällen des § 61 Abs. 1 Nr. 4 kann Unterhaltsbeihilfe längstens bis zum Erlaß der in § 5 Nr. 3 vorbehaltenen besonderen gesetzlichen Regelung gewährt werden.

§ 67

Ausschluß der Übertragbarkeit

Der Anspruch auf Auszahlung einer bewilligten Härtebeihilfe kann nicht übertragen, nicht gepfändet und nicht verpfändet werden.

§ 68

Vertragshilfe und Schutz gegen Inanspruchnahme aus Fürsorgeleistungen

Die Vorschriften der §§ 361 und 363 des Lastenausgleichsgesetzes sind entsprechend anzuwenden.

ZWEITER ABSCHNITT

Organisation und Verfahren

§ 69

Organisation

(1) Die Vorschriften dieses Teils werden teils vom Bund und teils im Auftrag des Bundes von den Ländern und von dem Land Berlin durchgeführt.

(2) Im Bereich des Bundes führt der Präsident des Bundesausgleichsamts die in Absatz 1 genannten Vorschriften durch, soweit in diesem Teil nichts anderes bestimmt ist. Er untersteht insoweit der Sachaufsicht des Bundesministers der Finanzen. Dieser kann den Präsidenten des Bundesausgleichsamts zum Erlaß einzelner Verwaltungsvorschriften ermächtigen.

(3) Im Bereich der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände werden die in Absatz 1 genannten Vorschriften von den mit der Durchführung des Lastenausgleichsgesetzes betrauten Dienststellen durchgeführt, soweit in diesem Teil nichts anderes bestimmt ist.

(4) Die Vorschriften der §§ 313 und 314 des Lastenausgleichsgesetzes über den Kontrollausschuß und den Ständigen Beirat finden keine Anwendung.

§ 70

Vertreter des Bundesinteresses

Die nach § 316 des Lastenausgleichsgesetzes bestellten Vertreter des Ausgleichsfonds werden bei Durchführung dieses Teils als Vertreter des Bundesinteresses tätig. § 322 des Lastenausgleichsgesetzes ist entsprechend anzuwenden. Der Bundesminister der Finanzen kann bei den Ausgleichsausschüssen (§ 309 des Lastenausgleichsgesetzes), den Beschwerdeausschüssen (§ 310 des Lastenausgleichsgesetzes) und den Verwaltungsgerichten Bedienstete der Oberfinanzdirektionen (Bundesvermögens- und -bauabteilungen) oder der Bundesvermögensstellen zu Vertretern des Bundesinteresses bestellen. Die Vertreter des Bundesinteresses sind an die Weisungen des Präsidenten des Bundesausgleichsamts gebunden.

§ 71

Anwendung von Vorschriften des Lastenausgleichsgesetzes

Für die Durchführung dieses Teils sind die Vorschriften des Dreizehnten Abschnitts des Dritten Teils des Lastenausgleichsgesetzes sowie die §§ 317, 350, 351 und 360 des Lastenausgleichsgesetzes entsprechend anzuwenden, soweit sie für die Durchführung der §§ 301 und 302 des Lastenausgleichsgesetzes gelten und soweit nichts anderes in diesem Gesetz bestimmt ist oder durch Rechtsverordnung nach § 79 Abs. 2 bestimmt wird.

§ 72

Antragstellung und Antragsbegründung

(1) Der Betroffene hat seinen Antrag auf amtlichem Formblatt zu stellen und zu begründen und dabei insbesondere nach § 61 Abs. 1 Nr. 1, 2 und 3 zu berücksichtigende Ansprüche und Schäden zu beweisen, seine Notlage und nach § 61 Abs. 1 Nr. 4 zu berücksichtigende Schäden glaubhaft zu machen.

(2) Die Antragsfrist (§ 73) wird durch eine formlose Anmeldung gewahrt.

§ 73

Antragsfrist

Anträge auf Gewährung von Härtebeihilfen können nur innerhalb eines Jahres nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes oder nach dem Eintritt der in § 16 Nr. 1 Buchstabe b bezeichneten Voraussetzungen gestellt werden. Soweit bei Personen, die unter § 16 Nr. 4

fallen, der in Betracht kommende Staat erst nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes dem Abkommen vom 27. Februar 1953 über deutsche Auslandsschulden beitrifft, läuft die Jahresfrist vom Zeitpunkt des Beitritts an.

§ 74

Örtliche Zuständigkeit

(1) Anträge auf Gewährung von Härtebeihilfen sind von den Betroffenen, die ihren ständigen Aufenthalt im Geltungsbereich dieses Gesetzes haben, bei dem für diesen Aufenthalt des Betroffenen zuständigen Ausgleichsamts zu stellen und bei der für den ständigen Aufenthalt des Betroffenen zuständigen Gemeindebehörde einzureichen, soweit in den Absätzen 2 und 3 nicht etwas anderes bestimmt ist. Im übrigen ist § 325 Abs. 1 bis 3 des Lastenausgleichsgesetzes entsprechend anzuwenden.

(2) Hat der Betroffene keinen ständigen Aufenthalt im Geltungsbereich dieses Gesetzes oder in Berlin (West), so sind zuständig

1. bei Ansprüchen im Sinne des § 61 Abs. 1 Nr. 1 und Schäden im Sinne des § 61 Abs. 1 Nr. 2 und 3 das Ausgleichsamts Hamburg-Mitte,

2. bei Schäden im Sinne des § 61 Abs. 1 Nr. 4 das Ausgleichsamts Köln.

In Zweifelsfällen bestimmt der Präsident des Bundesausgleichsamts das zuständige Ausgleichsamts.

(3) In den Fällen des Absatzes 2 sind die Anträge bei dem für den ständigen Aufenthalt des Betroffenen zuständigen deutschen Konsulat einzureichen. Das Konsulat hat, soweit der Antrag nicht hinreichend begründet ist oder die Angaben unvollständig sind, auf Ergänzung hinzuwirken und erforderlichenfalls den Antragsteller vorzuladen. Der Antrag ist mit kurzer eigener Stellungnahme an das nach Absatz 2 zuständige Ausgleichsamts weiterzuleiten.

§ 75

Prüfung des Schadenstatbestandes

(1) Die Prüfung der persönlichen Voraussetzungen für die Gewährung einer Härtebeihilfe obliegt dem zuständigen Ausgleichsamts. Die Prüfung des Schadenstatbestandes obliegt

1. in den Fällen des § 61 Abs. 1 Nr. 1 bis 3 der Oberfinanzdirektion,

2. in den Fällen des § 61 Abs. 1 Nr. 4 dem Ausgleichsamt.

(2) Wird eine Härtebeihilfe wegen eines Anspruchs (§§ 1, 2) oder Schadens im Sinne des § 61 Abs. 1 Nr. 1 und 2 beantragt, so entscheidet über den Grund und die Höhe des Anspruchs oder des Schadens die nach § 24 Abs. 2 Satz 1 und 2 zuständige Oberfinanzdirektion (Bundesvermögens- und -bauabteilung). Ist hiernach die örtliche Zuständigkeit einer Direktion nicht gegeben, so ist die Oberfinanzdirektion Hamburg zuständig. Bestreitet die Oberfinanzdirektion, daß der behauptete Anspruch oder Schaden dem Grunde oder der Höhe nach bestanden hat und sieht das Ausgleichsamt die sonstigen Voraussetzungen für die Gewährung einer Härtebeihilfe als gegeben an, so hat es die ablehnende Entscheidung der Oberfinanzdirektion dem Antragsteller zuzustellen. Gegen die Entscheidung der Oberfinanzdirektion ist innerhalb einer Frist von sechs Monaten nach Zustellung Klage vor den ordentlichen Gerichten auf Feststellung zulässig, daß der Anspruch oder Schaden bestanden hat. Die Klage ist gegen die Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch die nach § 24 Abs. 2 zuständige Oberfinanzdirektion (Bundesvermögens- und -bauabteilung), zu richten. Erhebt der Antragsteller keine Feststellungsklage, so ist der Antrag nach Ablauf der Frist für die Erhebung der Klage vom Ausgleichsamt zurückzuweisen. § 341 des Lastenausgleichsgesetzes ist entsprechend anzuwenden.

(3) Bei Anträgen auf Härtebeihilfen, die auf Schäden der in § 61 Abs. 1 Nr. 3 bezeichneten Art gestützt werden, hat das Ausgleichsamt, sofern die Prüfung des Schadens für die Entscheidung über den Antrag von Bedeutung ist, eine Erklärung der nach § 24 Abs. 2 zuständigen Oberfinanzdirektion (Bundesvermögens- und -bauabteilung) für den Grund und die Höhe des behaupteten Schadens herbeizuführen.

§ 76

Anzeige von Veränderungen

Wird dem Antragsteller bekannt, daß Angaben, die er zu den in dem amtlichen Formblatt (§ 72) gestellten Fragen gemacht hat, nicht oder nicht mehr zutreffen, so hat er dies unverzüglich dem zuständigen Ausgleichsamt anzuzeigen. Ist der Antragsteller gestorben oder sonst nicht in der Lage, es

anzuzeigen, so sind hierzu der Ehegatte und die Erben, gegebenenfalls der gesetzliche Vertreter verpflichtet.

§ 77

Änderung von Bescheiden

Wird bei dem Ausgleichsamt bekannt, daß die Voraussetzungen für die Gewährung der Härtebeihilfe nicht vorlagen oder nicht mehr vorliegen, so ist der Bewilligungsbescheid aufzuheben oder zu ändern. Danach zuviel bezahlte Beträge sind zurückzuzahlen.

DRITTER ABSCHNITT

Sonstige Vorschriften

§ 78

Haushaltsrechtliche Vorschriften

(1) Der Präsident des Bundesausgleichsamts bewirtschaftet die zur Durchführung dieses Teils bereitgestellten Mittel im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften nach den Weisungen des Bundesministers der Finanzen. Die Mittel werden nicht Teil des Sondervermögens Ausgleichsfonds des Bundes.

(2) Für die Bewirtschaftung der Mittel gelten die Vorschriften über das Haushaltsrecht des Bundes. Die Bundesregierung kann durch Rechtsverordnung Näheres über die haushaltsmäßige Behandlung, über die Kassen- und Buchführung sowie über die Rechnungslegung bestimmen; sie kann dabei von den in Satz 1 genannten Vorschriften abweichen.

§ 79

Erlaß von Rechtsverordnungen

(1) Die in diesem Teil vorgesehenen Rechtsverordnungen erläßt die Bundesregierung mit Zustimmung des Bundesrats.

(2) Die Bundesregierung wird ferner ermächtigt, mit Zustimmung des Bundesrates durch Rechtsverordnung Näheres über die Voraussetzungen, unter denen Härtebeihilfe gewährt werden kann, den Personenkreis, die Härtebeihilfen, die Erstattungspflicht, das Verfahren, die Organisation und die Verwaltungskosten zu bestimmen.

§ 80

Änderung des Einkommensteuergesetzes

Das Einkommensteuergesetz in der Fassung vom 21. Dezember 1954 (Bundesgesetzbl. I S. 441) wird wie folgt geändert: § 3 Ziff. 6 erhält folgende Fassung:

„6. Ausgleichsleistungen nach dem Gesetz über den Lastenausgleich (Lastenausgleichsgesetz — LAG) vom 14. August 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 446) in der Fassung der dazu ergangenen Änderungsgesetze und Härtebeihilfen auf Grund der §§ 61 bis 79 des Gesetzes zur abschließenden Regelung durch den Krieg und den Zusammenbruch des Deutschen Reichs entstandener Schäden (Kriegsfolgenschlußgesetz) vom . . . (Bundesgesetzbl. I S. . . .).“

Fünfter Teil

Wirtschaftsfördernde Maßnahmen

§ 81

Darlehen für Wiederaufbau- oder Ausbauvorhaben

Die Bundesregierung wird ermächtigt, zur Durchführung volkswirtschaftlich förderungswürdiger Wiederaufbau- oder Ausbauvorhaben von natürlichen und juristischen Personen, die durch Schäden im Sinne des § 61 Abs. 1 Nr. 4 betroffen sind, Darlehen im Rahmen der im jeweiligen Haushaltsplan ausgebrachten Mittel nach Maßgabe von Richtlinien zu gewähren, die der Bundesminister für Wirtschaft im Einvernehmen mit dem Bundesminister der Finanzen und im Benehmen mit den zuständigen Bundesministern zu erlassen hat.

Sechster Teil

Schlußvorschriften

§ 82

Unmittelbare Haftung der Beamten aus Amtspflichtverletzungen

Wird ein Anspruch (§§ 1, 2), der auf einer in Ausübung öffentlicher Gewalt vorsätzlich begangenen Amtspflichtverletzung beruht, nach den Vorschriften dieses Gesetzes nicht erfüllt, so kann derjenige, der die Amtspflichtverletzung begangen hat, in Anspruch genommen werden.

§ 83

Aufhebung von Gesetzesvorschriften

§ 1 Abs. 4 des Gesetzes über die richterliche Vertragshilfe (Vertragshilfegesetz) vom 26. März 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 198) wird aufgehoben.

§ 84

Zusatzversorgungsanstalten des öffentlichen Dienstes

§ 24 des Umstellungsgesetzes findet auf die Zusatzversorgungsanstalten des öffentlichen Dienstes keine Anwendung.

§ 85

Ablösungsschuld der Deutschen Bundesbahn

Die für die Verwaltung der allgemeinen Bundesschuld jeweils geltenden Vorschriften gelten sinngemäß für die Ablösungsschuld der Deutschen Bundesbahn.

§ 86

Nachversicherung ausgeschiedener Angehöriger des öffentlichen Dienstes

(1) Vor dem 8. Mai 1945 ausgeschiedene Angehörige des öffentlichen Dienstes, die von den in § 1 Nr. 1 bis 3 genannten Rechtsträgern nach den im Zeitpunkt ihres Ausscheidens geltenden Vorschriften der Reichsversicherungsgesetze für die Zeit ihrer versicherungsfreien Beschäftigung, soweit nicht § 141 Abs. 2 Satz 1 des Deutschen Beamtengesetzes unter Berücksichtigung der Bundesfassung (Bundesgesetzbl. 1950 S. 279) entgegenstand, nachzuversichern waren, gelten bei Eintritt des Versicherungsfalles als für diese Zeit nachversichert. Dies gilt auch für den Fall des Todes, wenn Hinterbliebene vorhanden sind.

(2) § 72 Abs. 2, 5, 6, 10 und 11 des Gesetzes zur Regelung der Rechtsverhältnisse der unter Artikel 131 des Grundgesetzes fallenden Personen vom 11. Mai 1951 in der Fassung vom 1. September 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 1288) gelten entsprechend. Soweit eine Nachversicherung als durchgeführt gilt, gelten die daraus erworbenen Anwartschaften sowie Anwartschaften aus Beiträgen, die für Zeiten entrichtet worden sind, die vor der in Absatz 1 genannten Zeit liegen, als bis zum 31. Dezember 1956 erhalten. Für Personen, die nach dem 31. Dezember 1955 im Bundesgebiet ihren Wohnsitz oder ständigen Aufenthalt genommen haben, gilt die Anwartschaft bis zum Ende des auf den Zuzug folgenden Kalenderjahres als erhalten. Die Zeit, für die ein Unterhaltsbeitrag bewilligt ist, gilt als Ersatzzeit für die Erhaltung der Anwartschaft.

(3) Ist wegen der in Absatz 1 getroffenen Regelung eine laufende Rente neu festzustellen

len, so ist die Neufeststellung rückwirkend, jedoch nicht für eine Zeit vor dem 1. April 1950 vorzunehmen; die Unterschiedsbeträge sind nachzuzahlen.

(4) Ist der Versicherungsfall vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes eingetreten, und ist wegen der in Absatz 1 getroffenen Regelung eine Rente erstmalig festzustellen, so beginnt die Rente abweichend von § 1286 Abs. 1 Halbsatz 2 der Reichsversicherungsordnung mit dem Ablauf des Kalendermonats, in dem der Versicherungsfall eingetreten ist, jedoch nicht vor dem 1. April 1950 und nicht vor dem Ablauf des Kalendermonats, in dem der Berechtigte seinen Wohnsitz oder ständigen Aufenthalt im Bundesgebiet genommen hat.

(5) Die Regelung der Absätze 3 und 4 gilt nur, wenn die Rente oder ihre Neufeststellung bis spätestens 31. Dezember 1956 beantragt wird.

(6) Absatz 1 gilt nicht, wenn die in Betracht kommenden Personen bei einem öffentlichen Rechtsträger nach dem 8. Mai 1945 einen Anspruch oder eine Anwartschaft auf Alters- oder Hinterbliebenenversorgung, unter Einrechnung der vor dem Ausscheiden liegenden Zeiten, im öffentlichen Dienst erworben haben.

§ 87

Londoner Schuldenabkommen

Das Abkommen vom 27. Februar 1953 über deutsche Auslandsschulden und die zu seiner Ausführung ergangenen Vorschriften werden durch die Vorschriften dieses Gesetzes nicht berührt.

§ 88

Leistungsausschluß bei Tätigkeit gebietsfremder Behörden

Soweit nach diesem Gesetz auf Grund von Ansprüchen gegen die in § 1 Nr. 1 bis 3 bezeichneten Rechtsträger Leistungen vorgesehen sind, werden sie nicht gewährt, wenn die Ansprüche auf Maßnahmen, Handlungen oder Unterlassungen beruhen, die auf eine nach dem 8. Mai 1945 ausgeübte Tätigkeit oder auf Weisungen von Behörden zurückzuführen sind, die ihren Sitz außerhalb der in § 16 bezeichneten Gebiete haben.

§ 89

Kosten anhängiger Gerichtsverfahren

Soweit sich ein anhängiger Rechtsstreit durch dieses Gesetz erledigt, trägt jede Par-

tei ihre außergerichtlichen Kosten und die Hälfte der gerichtlichen Auslagen. Gerichtsgebühren werden nicht erhoben.

§ 90

Amts- und Rechtshilfe

Die Verwaltungsbehörden und Gerichte, die öffentlich-rechtlichen Körperschaften und Anstalten und die Organisationen der Selbstverwaltung der Wirtschaft haben den mit der Durchführung dieses Gesetzes befaßten Behörden Amts- und Rechtshilfe zu leisten. Für Rechtshilfe der Gerichte gelten die §§ 156 bis 168 des Gerichtsverfassungsgesetzes entsprechend.

§ 91

Sondervorschriften für Berlin

Die Vorschriften dieses Gesetzes gelten in Berlin (West) mit der Maßgabe, daß

1. in § 5 Nr. 1 an Stelle des Gesetzes Nr. 47 die Verordnung Nr. 508,
2. in § 15 an Stelle des § 14 des Umstellungsgesetzes Artikel 12 der Umstellungsverordnung,
3. in den §§ 24 und 90 an Stelle der Oberfinanzdirektion der Präsident des Landesfinanzamtes Berlin,
4. in § 83 an Stelle des § 21 Abs. 4 des Umstellungsgesetzes Artikel 19 Nr. 48 der Umstellungsverordnung,
5. in § 84 an Stelle des § 24 des Umstellungsgesetzes die entsprechenden Vorschriften des Artikels 21 der Umstellungsverordnung treten.

§ 92

Berlin-Klausel

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) auch in Berlin (West). Rechtsverordnungen, die auf Grund dieses Gesetzes erlassen werden, gelten in Berlin (West) nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes.

§ 93

Inkrafttreten

Das Gesetz tritt am ersten Tage des zweiten Monats nach seiner Verkündung in Kraft.

Liste
der der Ablösung unterliegenden Schuldverschreibungen und
verzinslichen Schatzanweisungen

I. Deutsches Reich

a) Schuldverschreibungen

1. Schuldverschreibungen der Anleiheablösungsschuld des Deutschen Reichs von 1925
2. Auslosungsscheine zur Anleiheablösungsschuld des Deutschen Reichs von 1925
3. Schuldverschreibungen der 5 v. H. Anleihe des Deutschen Reichs von 1927
4. Schuldverschreibungen der 7⁰/₁₀igen Anleihe des Deutschen Reichs von 1929 (Zinsen auf 6 % herabgesetzt)
5. Schuldverschreibungen der 4. v. H. Anleihe des Deutschen Reichs von 1934
6. Schuldverschreibungen der 4¹/₂ v. H. Anleihe des Deutschen Reichs von 1935
7. Schuldverschreibungen der 4¹/₂ v. H. Anleihe des Deutschen Reichs von 1935 Zweite Ausgabe
8. Schuldverschreibungen der 4¹/₂ v. H. Anleihe des Deutschen Reichs von 1937
9. Schuldverschreibungen der 4¹/₂⁰/₁₀igen Anleihe des Deutschen Reichs von 1938
10. Schuldverschreibungen der 4¹/₂⁰/₁₀igen Anleihe des Deutschen Reichs von 1938 Zweite Ausgabe
11. Schuldverschreibungen der 4¹/₂⁰/₁₀igen Anleihe des Deutschen Reichs von 1939
12. Schuldverschreibungen der 4¹/₂⁰/₁₀igen Anleihe des Deutschen Reichs von 1939 Zweite Ausgabe
13. Schuldverschreibungen der 4¹/₂⁰/₁₀igen Anleihe des Deutschen Reichs von 1940
14. Schuldverschreibungen der 4⁰/₁₀igen Anleihe des Deutschen Reichs von 1940
15. Schuldverschreibungen der 3¹/₂⁰/₁₀igen Anleihe des Deutschen Reichs von 1941
16. Schuldverschreibungen der 3¹/₂⁰/₁₀igen Anleihe des Deutschen Reichs von 1942
17. Schuldverschreibungen der 3¹/₂⁰/₁₀igen Anleihe des Deutschen Reichs von 1943
18. Schuldverschreibungen der 3¹/₂⁰/₁₀igen Anleihe des Deutschen Reichs von 1944
19. Schuldverschreibungen der 3¹/₂⁰/₁₀igen Anleihe des Deutschen Reichs von 1945

b) Auslosbare Schatzanweisungen

20. 2 bis 5 v. H. auslosbare Schatzanweisungen des Deutschen Reichs von 1923 K
21. 4¹/₂⁰/₁₀ige auslosbare Schatzanweisungen des Deutschen Reichs von 1935
22. 4¹/₂⁰/₁₀ige auslosbare Schatzanweisungen des Deutschen Reichs von 1936
23. 4¹/₂⁰/₁₀ige auslosbare Schatzanweisungen des Deutschen Reichs von 1936 Zweite Folge
24. 4¹/₂⁰/₁₀ige auslosbare Schatzanweisungen des Deutschen Reichs von 1936 Dritte Folge
25. 4¹/₂⁰/₁₀ige auslosbare Schatzanweisungen des Deutschen Reichs von 1937 Erste Folge
26. 4¹/₂⁰/₁₀ige auslosbare Schatzanweisungen des Deutschen Reichs von 1937 Zweite Folge
27. 4¹/₂⁰/₁₀ige auslosbare Schatzanweisungen des Deutschen Reichs von 1937 Dritte Folge
28. 4¹/₂⁰/₁₀ige auslosbare Schatzanweisungen des Deutschen Reichs von 1938 Erste Folge
29. 4¹/₂⁰/₁₀ige auslosbare Schatzanweisungen des Deutschen Reichs von 1938 Zweite Folge
30. 4¹/₂⁰/₁₀ige auslosbare Schatzanweisungen des Deutschen Reichs von 1938 Dritte Folge
31. 4¹/₂⁰/₁₀ige auslosbare Schatzanweisungen des Deutschen Reichs von 1938 Vierte Folge

c) Schatzanweisungen

32. 6zinsige Schatzanweisungen des Deutschen Reichs von 1923 (fällig 1. 12. 1932)
33. 6 v. H. Schatzanweisungen des Deutschen Reichs von 1923 (fällig 2. 9. 1935)
34. 4¹/₂⁰/₁₀ige Schatzanweisungen des Deutschen Reichs von 1936 Folge XV
35. 4¹/₂⁰/₁₀ige Schatzanweisungen des Deutschen Reichs von 1937 Folge IX

36. 4^{1/2}⁄₁₀₀ige Schatzanweisungen des Deutschen Reichs von 1937 Folge X
37. 4^{1/2}⁄₁₀₀ige Schatzanweisungen des Deutschen Reichs von 1937 Folge XI
38. 4^{1/2}⁄₁₀₀ige Schatzanweisungen des Deutschen Reichs von 1937 Folge XII
39. 4⁰⁄₁₀₀ige Schatzanweisungen des Deutschen Reichs von 1938 Folge VIII
40. 4⁰⁄₁₀₀ige Schatzanweisungen des Deutschen Reichs von 1938 Folge IX
41. 4⁰⁄₁₀₀ige Schatzanweisungen des Deutschen Reichs von 1938 Folge X
42. 4⁰⁄₁₀₀ige Schatzanweisungen des Deutschen Reichs von 1938 Folge XI
43. 4⁰⁄₁₀₀ige Schatzanweisungen des Deutschen Reichs von 1940 Folge I
44. 4⁰⁄₁₀₀ige Schatzanweisungen des Deutschen Reichs von 1940 Folge II
45. 4⁰⁄₁₀₀ige Schatzanweisungen des Deutschen Reichs von 1940 Folge III
46. 4⁰⁄₁₀₀ige Schatzanweisungen des Deutschen Reichs von 1940 Folge IV
47. 4⁰⁄₁₀₀ige Schatzanweisungen des Deutschen Reichs von 1940 Folge V
48. 4⁰⁄₁₀₀ige Schatzanweisungen des Deutschen Reichs von 1940 Folge VI
49. 4⁰⁄₁₀₀ige Schatzanweisungen des Deutschen Reichs von 1940 Folge VII
50. 3^{1/2}⁄₁₀₀ige Schatzanweisungen des Deutschen Reichs von 1941 Folge I
51. 3^{1/2}⁄₁₀₀ige Schatzanweisungen des Deutschen Reichs von 1941 Folge II
52. 3^{1/2}⁄₁₀₀ige Schatzanweisungen des Deutschen Reichs von 1941 Folge III
53. 3^{1/2}⁄₁₀₀ige Schatzanweisungen des Deutschen Reichs von 1941 Folge IV
54. 3^{1/2}⁄₁₀₀ige Schatzanweisungen des Deutschen Reichs von 1941 Folge V
55. 3^{1/2}⁄₁₀₀ige Schatzanweisungen des Deutschen Reichs von 1941 Folge VI
56. 3⁰⁄₁₀₀ige Schatzanweisungen des Deutschen Reichs von 1941 Folge VII
57. 3^{1/2}⁄₁₀₀ige Schatzanweisungen des Deutschen Reichs von 1942 Folge I
58. 4⁰⁄₁₀₀ige Schatzanweisungen des Deutschen Reichs von 1942 Folge II
59. 3^{1/2}⁄₁₀₀ige Schatzanweisungen des Deutschen Reichs von 1942 Folge III
60. 3^{1/2}⁄₁₀₀ige Schatzanweisungen des Deutschen Reichs von 1942 Folge IV
61. 3^{1/2}⁄₁₀₀ige Schatzanweisungen des Deutschen Reichs von 1943 Folge I
62. 3^{1/2}⁄₁₀₀ige Schatzanweisungen des Deutschen Reichs von 1943 Folge II
63. 3^{1/2}⁄₁₀₀ige Schatzanweisungen des Deutschen Reichs von 1943 Folge III

64. 3^{1/2}⁄₁₀₀ige Schatzanweisungen des Deutschen Reichs von 1944 Folge I
65. 3^{1/2}⁄₁₀₀ige Schatzanweisungen des Deutschen Reichs von 1944 Folge II
66. 3^{1/2}⁄₁₀₀ige Schatzanweisungen des Deutschen Reichs von 1944 Folge III
67. 3^{1/2}⁄₁₀₀ige Schatzanweisungen des Deutschen Reichs von 1945 Folge I

II. Deutsche Reichsbahn

a) Schuldverschreibungen

68. 4^{1/2}⁄₁₀₀ Schuldverschreibungen der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft v. J. 1931
69. Schuldverschreibungen der 4⁰⁄₁₀₀igen Anleihe der Deutschen Reichsbahn von 1940

b) Auslosbare Schatzanweisungen

70. 4^{1/2}⁄₁₀₀ige auslosbare Schatzanweisungen der Deutschen Reichsbahn von 1939

c) Schatzanweisungen

71. 6⁰⁄₁₀₀ Schatzanweisungen der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft v. J. 1930 Reihe I
72. 4^{1/2}⁄₁₀₀ige Schatzanweisungen der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft v. J. 1935 Reihe I
73. 4^{1/2}⁄₁₀₀ige Schatzanweisungen der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft v. J. 1936 Reihe I
74. 3^{1/2}⁄₁₀₀ige Schatzanweisungen der Deutschen Reichsbahn von 1941
75. 3^{1/2}⁄₁₀₀ige Schatzanweisungen der Deutschen Reichsbahn von 1944

d) Schuldverschreibungen übernommener Gesellschaften

76. Schuldverschreibungen der Localbahn-ACTIEN-Gesellschaft in München von 1890
77. Schuldverschreibungen der Localbahn-ACTIEN-Gesellschaft in München von 1891
78. Schuldverschreibungen der Localbahn-ACTIEN-Gesellschaft in München von 1894
79. 3^{1/2}⁄₁₀₀ Teilschuldverschreibungen der Braunschweigischen Landes-Eisenbahn-Gesellschaft in Braunschweig I. Emission von 1885
80. 4⁰⁄₁₀₀ Teilschuldverschreibungen der Braunschweigischen Landes-Eisenbahn-Gesellschaft in Braunschweig II. Emission von 1891

81. $3\frac{1}{2}\%$ Teilschuldverschreibungen der Braunschweigischen Landes-Eisenbahn-Gesellschaft in Braunschweig
III. Emission von 1899
82. $3\frac{1}{2}\%$ Teilschuldverschreibungen der Braunschweigischen Landes-Eisenbahn-Gesellschaft in Braunschweig
IV. Emission von 1904

III. Deutsche Reichspost

a) Schatzanweisungen

83. $6\frac{1}{2}\%$ ige Schatzanweisungen der Deutschen Reichspost von 1926
84. 6% ige Schatzanweisungen der Deutschen Reichspost von 1930 Folge I
85. 6% ige Schatzanweisungen der Deutschen Reichspost von 1930 Folge II
86. 6% ige Schatzanweisungen der Deutschen Reichspost von 1931 Folge I
87. 5% ige Schatzanweisungen der Deutschen Reichspost von 1933 Folge I
88. $4\frac{1}{2}\%$ ige Schatzanweisungen der Deutschen Reichspost von 1934 Folge I
89. $4\frac{1}{2}\%$ ige Schatzanweisungen der Deutschen Reichspost von 1935 Folge I
90. $4\frac{1}{2}\%$ ige Schatzanweisungen der Deutschen Reichspost von 1939 Folge I
91. 4% ige Schatzanweisungen der Deutschen Reichspost von 1940
92. $3\frac{1}{2}\%$ ige Schatzanweisungen der Deutschen Reichspost von 1944

IV. Preußen

a) Schuldverschreibungen

93. Schuldverschreibungen der 6 v. H. Preußischen Staatsanleihe von 1928 --- auslosbar --- (Zinsen später auf $4\frac{1}{2}$ v. H. herabgesetzt)
94. Schuldverschreibungen der $4\frac{1}{2}$ v. H. Preußischen Staatsanleihe von 1937
95. Schuldverschreibungen der 4% Preußischen konsolidierten Staatsanleihe von 1940

b) Schatzanweisungen

96. Schatzanweisungen der Preußischen 5 zins. Kallianleihe von 1923
97. Schatzanweisungen der Preußischen 5 zins. Roggenanleihe von 1923
98. 6 zins. Preußische Schatzanweisungen von 1933 Folge I
99. $4\frac{1}{2}$ zins. Preußische Schatzanweisungen von 1934 Folge I
100. $4\frac{1}{2}$ zins. Preußische Schatzanweisungen von 1936 Folge I

c) Lübeckische Staatsanleihen

101. Schuldverschreibungen der Ablösungsanleihe des Lübeckischen Staates
102. Auslosungsscheine zur Ablösungsanleihe des Lübeckischen Staates
103. Schuldverschreibungen der 8% Lübeckischen Staatsanleihe von 1928 (Zinsen später auf 6% und $4\frac{1}{2}\%$ herabgesetzt)

Begründung

Inhaltsübersicht

	Textziffer	Seite
I. Allgemeiner Teil	1 bis 7	34
II. Besonderer Teil		
Die Regelung des Gesetzes		
A. Vorbemerkungen	8 bis 16	40
B. Einzelvorschriften		
Zum Ersten Teil:		
Zu § 1 Abgrenzung der Regelung	17 bis 24	43
§ 2 Gleichgestellte Ansprüche	25 bis 27	45
§ 3 Kriegsfolgeschäden	28	46
§ 4 Dem Gesetz nicht unterliegende Ansprüche und Kriegsfolgeschäden	29 bis 31	46
§ 5 Vorbehaltene gesetzliche Regelungen	32 bis 44	47
Zum Zweiten Teil:		
Allgemeine Bemerkungen	45 bis 49	50
Zu § 6 Versorgungs- und Schadensersatzansprüche	50 bis 52	51
§ 7 Ansprüche aus Verwaltungsmaßnahmen	53 bis 55	52
§§ 8 und 9	56 bis 60	52
Ansprüche aus gegenseitigen Verträgen (§ 8)		
Auflösung gegenseitiger Verträge (§ 9)		
§ 10 Ansprüche aus Grundstücksübereignungen	61 bis 62	53
§ 11 Ansprüche auf Nutzungsentschädigung	63	54
§§ 12 und 13	64	54
Ansprüche aus Verwahrungen (§ 12)		
Ansprüche auf Abgabe von Erklärungen (§ 13)		
§ 14 Zulässigkeit von Aufrechnungen	65 bis 68	54
§ 15 Umstellung von Geldansprüchen	69 bis 70	55
§ 16 Persönliche Voraussetzungen	71 bis 77	56
§ 17 Persönliche Voraussetzungen bei Gemeinschaften zur gesamten Hand	78 bis 79	57

	Textziffer	Seite
§ 18 Dingliche Ansprüche	80 bis 82	57
§ 19 Verweigerung der Herausgabe von Grundstücken	83 bis 86	58
§ 20 Enteignungsrecht	87 bis 88	59
§§ 21 und 22	89	60
Erwerbspflicht der öffentlichen Hand bei Grundstücksbesitz (§ 21)		
Erwerbspflicht der öffentlichen Hand bei Grundstücksbeeinträchtigungen (§ 22)		
§ 23 Anspruchsschuldner	90 bis 92	60
§ 24 Zuständige Dienststellen	93	61
Zum Ersten Abschnitt des Dritten Teils:		
Allgemeine Bemerkungen	94 bis 113	61
Zu § 25 Der Ablösung unterliegende An- spruchsgruppen	114 bis 119	64
§ 26 Von der Ablösung ausgeschlossene Anspruchsgruppen	120 bis 121	66
§ 27 Von der Ablösung ausgeschlossene Gläubigergruppen	122 bis 127	67
§ 28 Voraussetzungen für das Recht auf Ablösung	128	67
§ 29 Ablösungsschuld und Ablösungs- schuldner	129 bis 139	68
§ 30 Nennbeträge in Sonderfällen	140	69
§ 31 Verzinsung	141 bis 142	70
§ 32 Tilgung	143 bis 144	71
Zum Zweiten Abschnitt des Dritten Teils:		
Allgemeine Bemerkungen	145 bis 148	71
Zu § 33 Anmeldung, Prüfstelle	149	74
§ 34 Anmeldebefugnis in besonderen Fällen	150	74
§ 35 Einreichen der Anmeldung, An- meldestellen	151	74
§ 36 Anmeldung durch Kreditinstitute	152 bis 154	75
§§ 37 und 38	155	76
Inhalt der Anmeldung (§ 37)		
Ergänzende Angaben (§ 38)		
§ 39 Anmeldefrist	156	77
§ 40 Vorlegung der Anmeldungen bei der Prüfstelle	157	77
§ 41 Frist für die Vorlegung der Anmel- dungen	158	78
§ 42 Beweis	159 bis 162	78
§ 43 Beweismittel	163	79
§ 44 Entscheidung der Prüfstelle	164	80

	Textziffer	Seite
§ 45 Einspruch	165	80
§§ 46 und 47	166 bis 167	80
Zuständige Kammer für Wertpapierbereinigung (§ 46)		
Entscheidung der Kammer für Wertpapierbereinigung (§ 47)		
§ 48 Vertreter des Bundesinteresses	168	81
§ 49 Sofortige Beschwerde	169	81
§ 50 Anzuwendende Vorschriften	170	81
§ 51 Beteiligung am Prüfungsverfahren	171	82
§ 52 Rückerstattungsanmeldungen	172	82
§ 53 Versicherungen an Eides Statt	173	82
§ 54 Auskunft, Aufsicht	174	82
§ 55 Kosten	175	82
§ 56 Aufgebotsverfahren	176	82
§ 57 Härtefälle	177	83
§ 58 Verwaltungsanordnungen	178	83
§ 59 Begriffsbestimmung	179	83
§ 60 Verfahren bei abzulösenden Grundpfandrechten	180	83

Zum Ersten Abschnitt des Vierten Teils:

Allgemeine Bemerkungen	181	83
Zu § 61 Tatbestände	182 bis 183	84
§ 62 Von der Regelung ausgenommene Ansprüche und Schäden	184 bis 188	84
§ 63 Voraussetzungen bei Reparaturschäden und Restitutionsschäden	189 bis 193	85
§ 64 Belegenheit der betroffenen Wirtschaftsgüter	194 bis 195	85
§ 65 Personenkreis	196 bis 198	86
§ 66 Härtebeihilfen	199 bis 200	86
§ 67 Ausschluß der Übertragbarkeit	201	86
§ 68 Vertragshilfe und Schutz gegen Inanspruchnahme aus Fürsorgeleistungen	202	86

Zum Zweiten Abschnitt des Vierten Teils:

Zu § 69 Organisation	203	86
§ 70 Vertreter des Bundesinteresses	204	87
§ 71 Anwendung von Vorschriften des Lastenausgleichsgesetzes	205	87
§ 72 Antragstellung und Antragsbegründung	206	87
§ 73 Antragsfrist	207	87
§ 74 Örtliche Zuständigkeit	208	87
§ 75 Prüfung des Schadenstatbestandes	209 bis 210	87

	Textziffer	Seite
§ 76 Anzeige von Veränderungen	211	87
§ 77 Änderung von Bescheiden	212	87
Zum Dritten Abschnitt des Vierten Teils:		
Zu § 78 Haushaltsrechtliche Vorschriften . . .	213	88
§ 79 Erlaß von Rechtsverordnungen . . .	214	88
§ 80 Änderung des Einkommensteuer- gesetzes	215	88
Zum Fünften Teil:		
Zu § 81 Darlehen für Wiederaufbau- oder Ausbauvorhaben	216	88
Zum Sechsten Teil:		
Zu § 82 Unmittelbare Haftung der Beamten aus Amtspflichtverletzungen	217	88
§ 83 Aufhebung von Gesetzesvorschriften	218	88
§ 84 Zusatzversorgungsanstalten des öf- fentlichen Dienstes	219	89
§ 85 Ablösungsschuld der Deutschen Bun- desbahn	220	89
§ 86 Nachversicherung ausgeschiedener Angehöriger des öffentlichen Dien- stes	221	89
§ 87 Londoner Schuldenabkommen	222	89
§ 88 Leistungsausschluß bei Tätigkeit ge- bietsfremder Behörden	223	90
§§ 89 bis 93	224	90
Kosten anhängiger Gerichtsverfahren (§ 89)		
Amts- und Rechtshilfe (§ 90)		
Sondervorschriften für Berlin (§ 91)		
Berlin-Klausel (§ 92)		
Inkrafttreten (§ 93)		
C. Auswirkungen auf den Bundeshaushalt	225 bis 231	90
III. Gesamtbetrachtung des Gesetzes	232	91

I. Allgemeiner Teil

1. Der militärische und politische Zusammenbruch des Deutschen Reichs im Frühjahr 1945 offenbarte auch eine wirtschaftliche und finanzielle Katastrophe größten Ausmaßes. Wohn- und Produktionsstätten lagen größtenteils in Trümmern, Millionen von Kriegsversehrten, Kriegshinterbliebenen, Heimatvertriebenen, Kriegssachgeschädigten und Auslandsdeutschen standen vor einem Nichts. Die deutsche Verwaltungs- und Wirtschaftseinheit war zerschlagen. Nur notdürftig wurde auf den untersten Verwaltungsstufen die Verwaltung aufrechterhalten. Die eigentliche Regierungsgewalt lag in den Händen der Besatzungsmächte, deren Ziel jedenfalls zunächst nur in der Erhaltung der nackten, primitiven Existenz der deutschen Bevölkerung lag.

In dieser ersten Phase der deutschen Nachkriegsentwicklung war an eine Regelung der vielfältigen Rechtsverhältnisse, die zwischen dem Reich und dem einzelnen bestanden hatten, und an eine Behandlung der aus NS-Maßnahmen, Kriegs- und Nachkriegsereignissen entstandenen mannigfachen Entschädigungsprobleme schon aus organisatorischen Gründen nicht zu denken. Entschädigungsprobleme konnten vielmehr zunächst nur unter dem Gesichtspunkt der Fürsorge in Fällen besonderer Not von den Gemeinden bearbeitet werden.

Auch nachdem in Gestalt der deutschen Länder wieder größere deutsche Gemeinwesen funktionsfähig geworden waren, erwies sich eine umfassende Erörterung der Probleme, die mit der finanziellen Liquidation des deutschen Zusammenbruchs in Verbindung standen, als unmöglich. Zwar bemühten sich die Länder mit allen Mitteln, die durch die Gemeinden begonnenen Hilfsmaßnahmen auf höherer Ebene zu unterstützen und zu fördern. Es zeigte sich indessen, daß eine allgemeine Lösung des Problems nicht nur die Neuordnung des deutschen Geldwesens, sondern auch die Bildung eines deutschen Gesamtstaates zur Voraussetzung hatte.

2. Die ersten Ansätze zur Gesamtbetrachtung des Problems fallen in die Zeit der bizonalen Verwaltung, in die Zeit der theoretischen Überlegungen zur Währungsreform.

Die in Anlehnung an die Verwaltung für Finanzen des Vereinigten Wirtschaftsgebiets errichtete Sonderstelle Geld und Kredit hatte

unter Berücksichtigung aller bekanntgewordenen Pläne und Vorschläge zur Währungsreform den Entwurf eines Gesetzes zur Neuordnung des Geldwesens ausgearbeitet (sogenannter „Homburger Plan“). Dieser Entwurf sah eine Umstellung von Reichsverbindlichkeiten auf die neue Währung nicht vor. Gläubiger des Reichs sollten vielmehr ebenso wie Heimatvertriebene und sonstige Kriegs- und Kriegsfolgegeschädigte Reichsmark-Liquidationsanteile erhalten, die zur Teilnahme an Ausschüttungen einer westdeutschen Ausgleichskasse berechtigen sollten.

Der alliierte Währungsgesetzgeber ist diesen Vorschlägen der Sonderstelle Geld und Kredit nur teilweise gefolgt. Er hat vor allem Währungsreform und Lastenausgleich scharf auseinandergelassen. In bezug auf die Verbindlichkeiten des Reichs ordnete er in § 14 des Umstellungsgesetzes (UG) an, daß diese von der Umstellung auf die neue Währung ausgenommen seien. Zugleich sah er in § 29 UG vor, daß die deutschen Gesetze über den Lastenausgleich auch darüber bestimmen sollen, „inwieweit für die durch die Geldreform entstehenden Verluste oder andere Verluste eine Entschädigung zu gewähren ist“. Hierbei seien, so heißt es dort weiter, insbesondere die durch die Enteignung des deutschen Auslandsvermögens und infolge von Reparationsentnahmen entstandenen Verluste zu berücksichtigen. § 30 UG begründete für Inhaber von Wertpapieren, die Rechte gegen das Reich verbriefen, eine Pflicht zur Anmeldung bis zum 26. Juli 1948. Die Versäumung der Anmeldefrist wurde mit dem Verlust etwaiger im Rahmen des Lastenausgleichs erwachsender Entschädigungsansprüche bedroht.

3. Die nunmehr einsetzenden Beratungen der deutschen Stellen zum Problem eines allgemeinen Lastenausgleichs, insbesondere die Erörterungen in der hierfür gebildeten Gutachterkommission für den Lastenausgleich (sogenannter Fünfzehnerausschuß) führten u. a. zu zwei grundlegenden Erkenntnissen. Erstens erschien es unmöglich, die durch die NS-Politik, durch den Krieg und die Maßnahmen der Siegerstaaten entstandenen Verluste abzugelten. Eine solche Lösung hätte, so ergab sich, eine Art Gesamtenteignung aller zum Zwecke der Neuverteilung der Masse an alle erforderlich gemacht. Denn es gab praktisch kaum einen Deutschen, der nicht in irgendeiner Weise durch die Kata-

strophe geschädigt worden wäre. Daß eine solche Gesamtlösung aber zur endgültigen Vernichtung allen staatlichen und wirtschaftlichen Lebens in Deutschland geführt hätte, stand außer Frage. So festigte sich die Auffassung, daß ein Ausgleich nur hinsichtlich bestimmter, eng begrenzter Personengruppen durchführbar sei. Als zu berücksichtigende Gruppen wurden angesehen:

- Kriegsbeschädigte,
- Kriegshinterbliebene,
- Heimkehrer aus der Kriegsgefangenschaft und Internierung,
- Flüchtlinge,
- Kriegssachgeschädigte, politisch Verfolgte und Geschädigte,
- Währungsgeschädigte,
- Reichsanleihegläubiger,
- Gläubiger aus bereits geleisteten Reparationen und Restitutionen,
- Gläubiger aus bei Kriegsende noch offenen Forderungen für Lieferungen und Leistungen an das Reich und andere öffentliche Rechtsträger.

Die zweite grundlegende Erkenntnis ging dahin, daß es nicht möglich sei, die Entschädigung für alle genannten Gebiete sofort in einem einzigen Gesetz zu regeln. Die zu ordnenden Tatbestände waren so vielseitig und schwierig, daß die Ausarbeitung eines einheitlichen Gesetzes wohl Jahre in Anspruch genommen hätte. Es erschien aber politisch unerlässlich, den sozial am stärksten betroffenen Personengruppen eine sofortige Hilfe zu gewähren.

Entsprechend diesen Erkenntnissen sah der dem Wirtschaftsrat des Vereinigten Wirtschaftsgebiets von seinem Verwaltungsrat im November 1948 vorgelegte Entwurf eines Ersten Gesetzes zum Ausgleich von Kriegs- und Kriegsfolgeschäden (Erstes Lastenausgleichsgesetz) Soforthilfemaßnahmen lediglich für Flüchtlinge, Kriegs- und Sachgeschädigte, Währungsgeschädigte und politisch Verfolgte vor. Dieses Gesetz wurde am 18. August 1949 als Gesetz zur Milderung dringender sozialer Notstände (Soforthilfengesetz) verkündet.

4. Die Bundesregierung sah seit der Aufnahme ihrer Tätigkeit im September 1949 die finanzielle Liquidation der Vergangenheit und damit insbesondere die Beseitigung oder wenigstens Milderung der durch die

NS-Politik, durch Kriegs- und Nachkriegsereignisse entstandenen Schäden und Verluste als eine ihrer vornehmsten und wichtigsten Aufgaben an. Entsprechend der Regierungserklärung wurden alsbald folgende Arbeiten zur finanziellen Liquidation der Vergangenheit gesetzgeberisch in Angriff genommen: Allgemeiner Lastenausgleich, Versorgung der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen, Versorgung der vertriebenen Beamten und der ehemaligen Soldaten, Hilfe für Angehörige von Kriegsgefangenen und für Heimkehrer, Entschädigung der Altsparrer, Regelung der deutschen Auslandsschulden.

Diesen in Gesetzgebungsarbeiten behandelten Gebieten kam zum Teil der Charakter von Sondergebieten zu, bei denen der innere Zusammenhang zum Gesamtproblem der Liquidation der Vergangenheit nicht ohne weiteres erkennbar war. Eine für das ganze Problem überragende Rolle kam jedoch den Lastenausgleichsfragen zu. Hier stellte sich noch einmal die Frage, ob das zu schaffende Gesetz nicht einen Ausgleich für alle Verluste vorsehen müsse, die nicht durch Sondergesetze erfaßt werden. Das Ergebnis der eingehenden Erörterungen zu dieser Frage ist in folgenden Ausführungen der Begründung zum Entwurf eines Gesetzes über einen Allgemeinen Lastenausgleich (Bundestags-Drucksache Nr. 1800 der 1. Wahlperiode) zusammengefaßt:

„Es konnte von vornherein nicht daran gedacht werden, die vielfachen im Zusammenhang mit dem Krieg gebrachten Opfer an Gut und Blut oder gar die zahlreichen mittelbaren wirtschaftlichen Nachteile, die der Krieg mit sich gebracht hat, ausgleichen zu wollen. Die direkten und indirekten allgemeinen Kriegs- und Kriegsfolgeschäden sind so unübersehbar, daß eine Begrenzung notwendig war.“

Selbst eine Begrenzung der Entschädigungsgebiete auf die oben erwähnten, bei den Beratungen des Jahres 1948 besonders bezeichneten Gruppen schien aber den Rahmen eines Gesetzes zu sprengen. Man entschloß sich daher, im Lastenausgleichsgesetz im wesentlichen nur Schäden und Verluste abzugelten, die sich infolge der Vertreibungen und Zerstörungen der Kriegs- und Nachkriegszeit ergeben haben. Darüber hinaus werden nur noch gewisse Währungsverbindlichkeiten berücksichtigt. Im übrigen sah § 325 des Regierungsentwurfs vor:

„§ 325

Vorbehalt besonderer Gesetze zum Ausgleich sonstiger durch den Krieg und seine Folgen entstandener Schäden und Härten

(1) Besonderen Gesetzen bleibt vorbehalten die etwaige Zuerkennung von Ansprüchen wegen Vermögensschäden

1. der Gläubiger der Anleihen des Reichs, der Reichsbahn und der Reichspost,
2. der Vorzugsrentner,
3. der durch Ablieferung von Seeschiffen und Binnenschiffen Geschädigten,
4. der durch Beschlagnahme und Liquidation von deutschen Vermögen im Ausland oder durch Ablieferung von Devisenwerten Geschädigten,
5. der durch Verwertung und Offenlegung von Patenten, Gebrauchsmustern, Warenzeichen, Firmennamen, Betriebsgeheimnissen, Fertigungsverfahren und Konstruktionsmethoden Geschädigten,
6. der durch Demontage Geschädigten,
7. der durch Restitution Geschädigten, soweit die Restitution über die bloße Erstattung von Gütern hinausgeht, die unrechtmäßig aus den im zweiten Weltkrieg von deutschen Truppen besetzten Gebieten fortgeführt worden sind,
8. der durch Erbringung von Besatzungsleistungen und durch rechtlich nicht begründete Handlungen von Besatzungsangehörigen und verschleppten Personen Geschädigten,
9. der Gläubiger aus sonstigen Forderungen gegen das Reich und andere öffentliche Rechtsträger.

(2) Soweit nicht durch die nach Absatz 1 Ziffer 1 und 2 vorbehaltenen Sondergesetze die durch die Neuordnung des Geldwesens im Bundesgebiet eingetretenen Verluste der Altsparer bereits ausgeglichen werden, bleibt eine über die Regelung dieses Gesetzes hinausgehende besondere Gesetzgebung zugunsten der Altsparer vorbehalten.

(3) Art und Umfang der Entschädigung, die nach den in den Absätzen 1 und 2 vorbehaltenen Sondergesetzen etwa vorgesehen werden, sollen sich im Rahmen der Grundsätze dieses Gesetzes halten, soweit nicht Gründe des Gemeinwohls oder besondere

Umstände eine andere Festlegung von Art und Umfang der Entschädigung nahelegen.

(4)“

§ 325 des Regierungsentwurfs ist bei den Gesetzgebungsarbeiten im Bundestag besonders eingehend erörtert worden. Dabei bildete sich die Ansicht, daß von einer Aufzählung von Schadenstatbeständen abgesehen werden sollte, um nicht unerfüllbare Hoffnungen zu erwecken, da sich noch nicht übersehen lasse, ob und inwieweit überhaupt für derartige Tatbestände künftig eine Entschädigungsregelung getroffen werden könne. Es wurde auch bezweifelt, ob — von Ausnahmefällen und gewissen Währungsschäden abgesehen — bei dem in § 325 erwähnten Personenkreis eine besondere Notlage anzunehmen sei. Wegen dieser Bedenken erhielt § 325 eine Neufassung, die als § 366 in das Lastenausgleichsgesetz übergang.

„§ 366

Vorbehalt weiterer Sondergesetze

(1) Eine besondere gesetzliche Regelung bleibt vorbehalten für Kriegs- und Kriegsfolgeschäden, die in diesem Gesetz nicht berücksichtigt sind.

(2) Werden durch die in Absatz 1 bezeichnete besondere gesetzliche Regelung Entschädigungen für Schäden oder Verluste gewährt, für die nach diesem Gesetz bereits Leistungen gewährt worden sind, so sind die Entschädigungen nach näherer gesetzlicher Maßgabe um den Betrag zu kürzen, der auf Grund dieses Gesetzes gewährt worden ist. Dieser Betrag ist dem Ausgleichsfonds zuzuführen.“

5. Kriegs- und Kriegsfolgeschäden sind neben dem Lastenausgleichsgesetz vor allem noch in folgenden Bundesgesetzen geregelt worden:

1. Gesetz zur Verbesserung von Leistungen an die Kriegsoffer vom 27. März 1950 (Bundesgesetzbl. S. 77);
2. Gesetz über die Versorgung der Opfer des Krieges (Bundesversorgungsgesetz) vom 20. Dezember 1950 (Bundesgesetzbl. S. 791);
3. Gesetz über die Beschäftigung Schwerbeschädigter (Schwerbeschädigtengesetz) vom 16. Juni 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 389);

4. Gesetz über die Unterhaltshilfe für Angehörige von Kriegsgefangenen vom 13. Juni 1950 (Bundesgesetzbl. S. 204);
5. Gesetz über Hilfsmaßnahmen für Heimkehrer (Heimkehrergesetz) vom 19. Juni 1950 (Bundesgesetzbl. S. 221);
6. Gesetz über die Gewährung von Zuwendungen an Kriegsoffer und Angehörige von Kriegsgefangenen vom 12. Januar 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 10);
7. Gesetz über die Entschädigung ehemaliger deutscher Kriegsgefangener (Kriegsgefangenenentschädigungsgesetz) vom 30. Januar 1954 (Bundesgesetzbl. I S. 5);
8. Gesetz über einen Währungsausgleich für Sparguthaben Vertriebener vom 27. März 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 213);
9. Gesetz über den Lastenausgleich (Lastenausgleichsgesetz) vom 14. August 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 446);
10. Gesetz zur Milderung von Härten der Währungsreform (Altsparergesetz) vom 14. Juli 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 495);
11. Gesetz zur Regelung der Rechtsverhältnisse der unter Artikel 131 des Grundgesetzes fallenden Personen vom 11. Mai 1951 (Bundesgesetzbl. I S. 307);
12. Gesetz zur Regelung der Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts für Angehörige des öffentlichen Dienstes vom 11. Mai 1951 (Bundesgesetzbl. I S. 291);
13. Gesetz zur Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts in der Kriegsofferversorgung für Berechtigte im Ausland vom 3. August 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 843);
14. Bundesergänzungsgesetz zur Entschädigung für Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung vom 18. September 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 1387);
15. Bundesevakuiertengesetz vom 14. Juli 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 586);
16. Richtlinien zur Gewährung von Bundesbeihilfen zum Ausgleich von Härten im Rahmen der betrieblichen Altersfürsorge vom 17. Oktober 1951 (Bundesanzeiger Nr. 204 S. 1);
17. Abkommen vom 27. Februar 1953 über deutsche Auslandsschulden (Bundesgesetzbl. II S. 331).

6. Neben diesen „Direktmaßnahmen“ zur Beseitigung von Kriegs- und Kriegsfolgeschäden hat die Bundesregierung im Rahmen ihrer Wirtschaftspolitik auch zahlreiche Maßnahmen getroffen, die diesem Zweck mittelbar zu dienen bestimmt waren. Sie war sich von vornherein bewußt, daß das Problem einer finanziellen Liquidation der Vergangenheit nicht nur unter entschädigungsrechtlichen Gesichtspunkten, sondern vor allem auch unter wirtschaftspolitischen Gesichtspunkten gesehen werden mußte. Denn nur mit einer wiederaufgebauten gesunden Wirtschaft konnte ein Sozialprodukt geschaffen werden, das die im Rahmen einer solchen Liquidation notwendig werdenden Leistungen überhaupt erst möglich machte. Alle Maßnahmen zur Förderung des Neuaufbaues der deutschen Wirtschaft waren daher zugleich ein entscheidender Beitrag zur Lösung der vielfältigen Entschädigungsprobleme. Die Bundesregierung war dabei auch der Überzeugung, daß die Auswirkungen eines erfolgreichen Wiederaufbaus Deutschlands viele Geschädigte in die Lage versetzen würde, aus eigener Kraft die entstandenen Verluste ganz oder doch größtenteils auszugleichen. Im Rahmen der Gesamtwirtschaftspolitik wurde daher dem Gedanken einer Lösung des Entschädigungsproblems besondere Aufmerksamkeit geschenkt. An Maßnahmen, die dem mittelbaren Ausgleich von Verlusten zu dienen bestimmt waren, wurden z. B. durchgeführt: Steuerliche Begünstigungen der Selbstfinanzierung von Wiederaufbauvorhaben, steuerliche Begünstigungen von Wiederbeschaffungsmaßnahmen, Arbeitsbeschaffungsprogramm, Zuschüsse zu den Sozialversicherungen, Kredit- und Bürgschaftshilfen im Interesse des Wiederaufbaues, Israelvertrag.

7. Daß dieses Gesamtwerk der finanziellen Liquidation der Katastrophe alles übertrifft, was jemals in der Geschichte von einem Volk in ähnlichen Lagen vollbracht worden ist, ergibt sich aus der folgenden Zusammenstellung. Hierbei ist besonders zu beachten, wie es in der Bundesrepublik am 8. Mai 1945 ausgesehen hat. Es ist ferner zu berücksichtigen, daß die Jahre bis zur Währungsumstellung praktisch für den Aufbau ausgefallen sind und daß bis zu diesem Zeitpunkt weitere Schädigungen des wirtschaftlichen Potentials durch Reparationen und Demontagen erfolgten. Die in den nach-

stehenden Zahlen enthaltene Leistung — die übrigens die gezahlten Verteidigungs- und Besatzungslasten (seit 1948 rund 46,5 Mrd. DM) nicht umfaßt — ist demnach im wesentlichen in den wenigen Jahren seit 1948

erbracht worden. Die den Geschädigten gewährten Steuervergünstigungen sind auf einen Gesamtbetrag von 16,5 Mrd. DM zu schätzen. Die Gesamtleistungen ergeben sich aus folgender Übersicht:

Lfd. Nr.	Zweckbestimmung	1950 bis 1955 einschließlich Millionen DM	Künftige Verpflichtungen bzw. Aufwand
I. Unmittelbare Entschädigungen			
1.	Soforthilfe und Lastenausgleich	15 901,0	nicht zu schätzen
2.	Kriegsfolgenhilfe (einschließlich Aufwand der Länder)	4 702,2	laufend mindestens das Soll 1955 = 859,1 Mio DM
3.	Umsiedlung und Auswanderung	131,2	laufend mindestens das Soll 1955 = 26,6 Mio DM
4.	a) Versorgung der verdrängten Angehörigen des öffentlichen Dienstes und der ehemaligen Berufssoldaten	5 092,4	laufend mindestens das Soll 1955 = 1198,1 Mio DM
	b) desgleichen der ehemaligen christlichen und jüdischen Kirchenbeamten	55,2	laufend mindestens das Soll 1955 = 15,6 Mio DM
5.	Kriegsopferversorgung	18 001,3	durch die Rentenerhöhung laufend mindestens: 3,5 Mrd. DM
6.	Kriegsgefangenenentschädigung	205,0	1—1,2 Mrd. DM Gesamtverpflichtung
II. Leistungen in Form des Wiederaufbaues der Wirtschaft			
7.	Zinsverbilligung für Investitionskredite	49,4	laufend mindestens das Soll 1955 = 33,1 Mio DM
8.	Zinszuschüsse zum Wiederaufbau der Handelsflotte	6,2	desgl. = 6,0 Mio DM
9.	Bau von Handelsschiffen	452,5	20 Mio DM
10.	Darlehen an Hamburg und Bremen zum Wiederaufbau der Häfen	36,0	—
11.	Hilfe an die Deutsche Bundesbahn	850,0	nicht zu schätzen
12.	Abzahlung von STEG-Lieferungen	474,6	Schuld am 1. Januar 1955, 174 Mio \$ zuzüglich Zinsen
13.	Rückkauf beschlagnahmter Schwimmdocks	15,5	—
14.	Zuschüsse aus dem ERP-Sondervermögen	404,2	
15.	Leistungen durch Steuervergünstigungen zugunsten der Geschädigten	16 500,0	{ (grobe Schätzung an der Untergrenze) Künftiger Aufwand nicht zu schätzen
16.	Beseitigung von Kriegsschäden im Verkehrswesen	367,1	

Lfd. Nr.	Zweckbestimmung	1950 bis 1955 einschließlich Millionen DM	Künftige Verpflichtungen bzw. Aufwand
III. Sonstige Kriegslasten			
17.	Betriebliche Altersfürsorge	37,2	laufend mindestens das Soll 1955 = 10,0 Mio DM
18.	Zuschüsse zur Sozialversicherung	11 834,7	desgl. = 2812,7 Mio DM
19.	Finanzielle Hilfe Berlin	3 831,6	nicht zu schätzen
20.	Sanierung von Notstandsgebieten und Steigerung der Wirtschaftskraft in Grenzbezirken	460,0	nicht zu schätzen
21.	Darlehen und Zuschüsse an Schleswig-Holstein zur Steigerung der Wirtschaftskraft	286,0	nicht zu schätzen
22.	Wohnungsbau und Siedlung (Aufwendungen der Länder sind nicht erfaßt)	5 247,9	laufend mindestens das Soll 1955 = 1177,0 Mio DM
	a) Sozialer Wohnungsbau		
	b) Unterbringung von Sowjetzonenflüchtlingen		
	c) Sonstige Förderung des Wohnungsbaues		
	d) Ländliche Siedlung		
	e) Bergarbeiterwohnungsbau		
23.	Darlehen an die Pensionskasse Deutscher Privateisenbahnen	22,0	laufend mindestens das Soll 1955 = 6,0 Mio DM
24.	Rückerstattungsrechtliche Geldverbindlichkeiten des Deutschen Reiches	64,2	1500 Mio DM
25.	Ausgleichszuschüsse an überlastete Länder	250,0	—
26.	Ersatzleistungen, Entschädigungen u. dgl.	2 570,6	
	a) Abgeltung niederländischer Ansprüche auf Restitution von Aktien		
	b) Erstattung von Zahlungen an die Konversionskasse		zu b) insgesamt noch rd. 310 Mio DM
	c) Wiedergutmachungen Israel		zu c) bis 1965 noch 2562,0 Mio DM
	d) Wiedergutmachung nationalsoz. Unrechts (Bundesergänzungsgesetz)		zu d) Gesamtverpflichtung Bund und Länder etwa 4000,0 Mio DM
	e) Leistungen nach dem Irlandabkommen		zu e) insgesamt 16 250 ir £
27.	Tilgung bzw. Ankauf von Ausgleichsforderungen	123,8	Ausgleichsforderungen insgesamt Länder 12 600 Mio DM Bund 8 500 Mio DM
28.	Schuldendienst	2 439,8	

Lfd. Nr.	Zweckbestimmung	1950 bis 1955 einschließlich Millionen DM	Künftige Verpflichtungen bzw. Aufwand
	a) Verzinsung		zu a) laufend mindestens das Soll 1955 = 472,7 Mio DM
	b) Tilgung		zu b) desgl. = 184,8 Mio DM
	c) Tilgung Schweiz		zu c) Gesamtverpflichtung Schweiz 650 Mio sfrs. Schuld insgesamt 7644,8 Mio DM
29.	Arbeitslosenhilfe	6 526,2	laufend mindestens das Soll 1955 = 961,2 Mio DM

IV. Besetzungsschäden

30.	Besetzungsschäden von 1948 bis 1954 einschl. Aufwand der Länder	756,4	nicht zu schätzen
	Gesamtaufwendungen	<u>97 694,2</u>	

II. Besonderer Teil

Die Regelung des Gesetzes

A. Vorbemerkungen

8. Bleibt man der dargelegten Grundtendenz treu, die für die bisherige Politik der Liquidation des Krieges und seiner Folgen richtungweisend und bestimmend war, so kommen nur noch folgende Gebiete für eine gesetzliche Regelung in Betracht:

1. Die Verbindlichkeiten des Deutschen Reichs einschließlich seiner Sondervermögen Deutsche Reichsbahn und Deutsche Reichspost.
2. Die Verbindlichkeiten aller sonstigen nicht mehr bestehenden öffentlichen Rechtsträger.
3. Die Besetzungsschäden.
4. Die durch Demontage, durch Liquidation des deutschen Auslandsvermögens oder dadurch entstandenen Schäden, daß in den besetzten Gebieten erworbene Gegenstände zurückgeführt werden mußten (sogen. Reparations- und Restitutionschäden).

Innerhalb dieses Gesamtbereichs sind zwei Gruppen grundsätzlich voneinander zu unterscheiden: Tatbestände, für deren Regelung aus politischen oder rechtlichen Erwägungen der Einsatz von Haushaltsmitteln des Bundes in Betracht gezogen werden könnte, und Tatbestände, bei denen diese Voraussetzung nicht gegeben ist. Zur ersten Gruppe gehören die unter Nummer 1, 3 und 4 angesprochenen Gebiete sowie aus dem unter Nummer 2 genannten Gebiet die Verbindlichkeiten gegen das ehemalige Land Preußen und das Unternehmen Reichsautobahnen. Die unter die zweite Gruppe fallenden Tatbestände (darunter z. B. die Verbindlichkeiten der NSDAP, des Reichsnährstandes und der Reichsstellen der gewerblichen Wirtschaft) müssen einer besonderen gesetzlichen Regelung vorbehalten bleiben, die wohl unter dem Gedanken einer Sonderliquidation der hier in Frage kommenden Vermögensmassen stehen muß. Der Tatsache, daß der Entwurf demnach keine abschließende Regelung aller aus Krieg und Zusammenbruch noch offenen Probleme trifft, trägt bereits seine Überschrift Rechnung. Es ist dort bewußt von der Regelung „durch

den Krieg entstandener“ und nicht der durch den Krieg entstandenen Schäden gesprochen worden, wobei unter Schäden im Sinne dieser Überschrift auch die Vermögensschäden zu verstehen sind, welche durch die infolge des Krieges und des Zusammenbruchs verursachte Nichtbedienung der Verbindlichkeiten des Reiches oder sonstiger öffentlicher Rechtsträger entstanden sind.

9. Es erscheint aus den verschiedensten Gründen notwendig, eine der bisherigen Konzeption entsprechende Regelung der unter die beiden Gruppen fallenden Tatbestände alsbald vorzunehmen. Denn es kann nicht verkannt werden, daß sowohl die Gläubiger noch offener Ansprüche gegen das Reich, das ehemalige Land Preußen, das Unternehmen Reichsautobahnen und andere öffentliche Rechtsträger als auch alle diejenigen, die durch die angeführten Schäden betroffen sind, ein berechtigtes Interesse daran haben, endgültig Klarheit darüber zu gewinnen, ob und welche Leistungen sie noch wegen ihrer Ansprüche oder Schäden zu erwarten haben. Darüber hinaus ist die Öffentlichkeit in hohem Maße daran interessiert, daß die Unklarheit, die sich aus dem Fehlen einer Regelung ergibt, alsbald beseitigt wird. Schon bisher haben das Fehlen der Regelung und die dadurch ausgelösten Bestrebungen, den Mangel der gesetzlichen Regelung im Wege der Rechtsprechung auszugleichen, in Einzelfällen zu Rechtskonstruktionen Anlaß gegeben, die zu einer starken Unsicherheit im Rechtsleben geführt haben.

Nun sind indessen bei einem Teil der in die zweite Gruppe fallenden Tatbestände die Voraussetzungen für eine gesetzliche Regelung noch nicht gegeben, während bei den Tatbeständen der ersten Gruppe eine zeitlich bevorzugte Regelung noch aus einigen weiteren Gesichtspunkten dringend erforderlich ist. Die Bundesrepublik hat sich nämlich im Londoner Schuldenabkommen (Anlage I Ziff. 6) bezüglich aller verbrieften und nicht-verbrieften Reichsmarkschulden des Reiches, der Reichsbahn, der Reichspost und des ehemaligen Landes Preußen verpflichtet, den ausländischen Gläubigern beim Erlaß eines künftigen deutschen Gesetzes über die Umstellung und Regelung der vorgenannten Schulden die vorteilhafteste Regelung, die sich aus dem Gesetz für deutsche Gläubiger ergibt, zuzugestehen und, falls diese gesetzliche Regelung nicht vor dem 1. Januar 1954 verkündet sein sollte, vor dem 1. April 1954

in Verhandlungen mit den ausländischen Gläubigern einzutreten. Die Einhaltung dieser Fristen war aus technischen Gründen nicht möglich. Nach wiederholten Verhandlungen ist den ausländischen Gläubigervertretungen letztmalig im November 1954 der alsbaldige Erlaß des Gesetzes in Aussicht gestellt worden. Diese gesetzliche Regelung ist außerdem im Interesse einer ordnungsmäßigen Finanzplanung und Steuerpolitik des Bundes dringend notwendig, damit baldmöglichst übersehen werden kann, welche Haushaltsmittel in der nächsten Zukunft erforderlich sein werden, um die aus der Vergangenheit noch bestehenden Lasten abzudecken.

10. Es wäre sicherlich erwünscht gewesen, alle hiernach den Bund betreffenden noch offenen Fragen aus der finanziellen Liquidation des Krieges und des Zusammenbruchs in einem einzigen Gesetz abschließend zu regeln. Denn alle diese Fragen stehen sowohl untereinander als auch zu den bereits durch die oben erwähnten Gesetze geregelten Gebieten in einem engen inneren Zusammenhang. Die Absicht, eine so umfassende allgemeine Kriegsfolgenschlußgesetzgebung in einem Gesetz vorzunehmen, läßt sich jedoch nicht verwirklichen. Es erscheint vielmehr aus Gründen, die noch dargelegt werden, notwendig, die Regelung z. B. der Besatzungsschäden, der rückerstattungsrechtlichen Geldverbindlichkeiten des Reiches und des ehemaligen Landes Preußen und der Reparations- und Restitutionschäden Sondergesetzen vorzubehalten. Trotzdem mußte aber der Gedanke der abschließenden Regelung wenigstens insofern in diesem Gesetz eine Verankerung finden, als es einmal die noch durch Sondergesetze zu regelnden Gebiete abschließend bezeichnet und zugleich ausspricht, daß Leistungen, die nicht bereits durch andere Gesetze oder durch dieses Gesetz gewährt werden, nicht beansprucht werden können. Eine solche abschließende Regelung ist, selbst wenn sie negativ ist, der Schlußstein der bisherigen Politik, die unmittelbare Kriegsschädenbeseitigung im Wege gesetzlicher Maßnahmen auf bestimmte Gebiete zu beschränken, im übrigen aber durch allgemeine wirtschaftsfördernde, sozial- und arbeitsmarktpolitische Maßnahmen die wirtschaftliche Lage der Allgemeinheit so zu verbessern, daß dem einzelnen der Ausgleich der auf ihn entfallenden sonstigen Kriegsfolgen aus eigener Kraft zugemutet werden kann. Der Gedanke, daß über die ausdrück-

lich gewährten Leistungen hinaus weitere Ansprüche nicht geltend gemacht werden können, lag im Grunde genommen bereits allen oben angeführten Entschädigungsgesetzen zugrunde, hatte dort allerdings einen hinreichenden gesetzlichen Niederschlag nicht immer gefunden. Gerade auch deswegen erschien es geboten, diese abschließende Negativklausel in den Entwurf (§ 1) ausdrücklich aufzunehmen.

11. Die grundgesetzliche Legitimation für die gesetzliche Regelung ist, soweit dieses Gesetz sich mit Ansprüchen gegen das Reich befaßt, aus Art. 134 Abs. 4 GG, hinsichtlich der Ansprüche gegen das ehemalige Land Preußen — als einer nicht mehr bestehenden Körperschaft des öffentlichen Rechts — aus Art. 135 Abs. 5 GG gegeben. Da das Unternehmen Reichsautobahnen zwar tatsächlich, nicht aber rechtlich untergegangen ist, könnten Zweifel bestehen, ob aus Art. 135 GG auch die Legitimation zur Regelung der Verbindlichkeiten dieser Körperschaft hergeleitet werden kann. Im Hinblick darauf, daß Art. 90 GG die gesamte Vermögenssubstanz des Unternehmens Reichsautobahnen in das Eigentum des Bundes hat übergehen lassen, ergibt sich jedoch eine natürliche Ermächtigung zu einer bundesgesetzlichen Regelung. Soweit das Gesetz Probleme der Besatzungsschäden, der Reparations- und Restitutionschäden berührt, folgt die Legitimation des Bundesgesetzgebers aus Art. 74 Nr. 9 GG. Der vorliegende Entwurf füllt im übrigen die Vorbehalte aus, die von dem Bundesgesetzgeber z. B. in § 366 des Lastenausgleichsgesetzes, § 1 Abs. 3 des Gesetzes zur Milderung von Härten der Währungsreform (Altsparengesetz), § 5 des sogenannten Vorschaltgesetzes vom 21. Juli 1951 (Bundesgesetzbl. I S. 467), § 8 des Gesetzes über die vermögensrechtlichen Verhältnisse der Reichsautobahn und sonstigen Bundesstraßen des Fernverkehrs vom 2. März 1951 (Bundesgesetzbl. I S. 157) und § 42 Abs. 5 des Gesetzes über die Errichtung einer Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenfürsorge vom 10. März 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 123) ausgesprochen worden sind.

12. Mit dem Auftrag zur Regelung der Verbindlichkeiten des Reiches und des ehemaligen Landes Preußen hat das Grundgesetz Bestimmungen über die Art der materiellen Regelung nicht verbunden. Grenzen für den Bundesgesetzgeber ergeben sich demnach bei dieser Regelung lediglich aus dem Verbot der

Willkür. Auch von den Vorschriften des Art. 14 GG ist der Gesetzgeber bei dieser Regelung frei, da Art. 134 GG und 135 GG insoweit als Spezialbestimmungen gegenüber Art. 14 GG anzusehen sind. Aber selbst wenn man eine derartige Befreiung von der Vorschrift des Art. 14 GG nicht annehmen würde, wäre doch jede Regelung, die Leistungen in einem Umfange vorsieht, der dem inneren Wert der bestehenden Forderungen und der Leistungsfähigkeit der öffentlichen Hand angepaßt ist, als verfassungsmäßig zulässig anzusehen. Wäre nämlich ein innerer Wert der Forderungen mangels einer hinreichenden Leistungsfähigkeit des Gemeinwesens nicht vorhanden, so würde eine Verneinung der Ansprüche, auch wenn sie entschädigungslos erfolgt, keinen Verstoß gegen Art. 14 GG darstellen.

13. Es wird die Auffassung vertreten, daß der Gesetzgeber bei Erlaß dieses Gesetzes verpflichtet sei, die Regelung der Reichsverbindlichkeiten der bereits erfolgten Umstellung der Verbindlichkeiten aller sonstigen Rechtsträger anzupassen. Diese Auffassung verkennt jedoch das Wesen des dem Gesetzgeber in Art. 134 Abs. 4 GG erteilten Auftrags. Wie bereits ausgeführt, hat der Verfassungsgesetzgeber an die Ermächtigung, die Reichsverbindlichkeiten zu regeln, keine weiteren materiellen Weisungen geknüpft. Der Gesetzgeber hat daher das Recht und auch die Pflicht zu einer eigenen materiellen Prüfung und Neugestaltung des Problems, selbst unter Abweichung von bereits ergangenen Teilregelungen.

14. Auch die sich aus Art. 3 GG ergebende Verpflichtung des Gesetzgebers zu einer gleichmäßigen Behandlung gleicher Tatbestände zwingt nicht dazu, die Regelung der Reichsverbindlichkeiten an die allgemeine Regelung des Umstellungsrechts anzugleichen. Die Durchführung einer solchen Angleichung wäre praktisch gleichbedeutend mit einer Revision der Währungsreform, die seinerzeit überhaupt nur durch Ausklammerung des Problems der Reichsverbindlichkeiten ermöglicht worden ist. Eine solche Revision der Währungsreform wäre aber von unabsehbaren Folgen für die Stabilität der deutschen Währung und damit des deutschen Wirtschaftslebens. Es sind also nicht willkürliche Gesichtspunkte, die eine Angleichung der Regelung der Reichsverbindlichkeiten an das allgemeine Umstellungsrecht verbieten, sondern sachliche Gesichtspunkte, die zu be-

achten im Interesse des allgemeinen Wohles zwingend geboten ist.

15. Aus dem Gleichheitssatz des Art. 3 GG ist ferner gefolgert worden, daß der Bundesgesetzgeber verpflichtet sei, die Reichsmarkverbindlichkeiten in gleicher Weise zu regeln wie es bei den Valutaverbindlichkeiten des Reichs gegenüber ausländischen Gläubigern im Londoner Schuldenabkommen bereits geschehen ist. Diese Betrachtung verkennt indessen, daß es bei der finanziellen Liquidation eines Krieges nicht zu vermeiden und auch moralisch zu rechtfertigen ist, wenn diejenigen ausländischen Kreise eine Sonderbehandlung erfahren, die an der politischen Verantwortung und dem dadurch bedingten Zusammenbruch keinen Anteil hatten.

16. Auf Grund des Gleichheitssatzes ist auch verlangt worden, daß der Bundesgesetzgeber den in der Währungsgesetzgebung enthaltenen Grundsatz der Zuteilung von Ausgleichsforderungen an Geldinstitute auch auf gleichgelagerte Tatbestände anwendet. Die Zuteilung von Ausgleichsforderungen an Geldinstitute auf Grund der Währungsgesetze erfolgte jedoch ohne Rücksicht darauf, ob und in welchem Umfange diesen Geldinstituten Ansprüche gegen das Deutsche Reich zustanden. Die Ausgleichsforderungen waren vielmehr ein Instrument, durch das der für das Gelingen der Währungsreform unerläßliche Neuaufbau des deutschen Bankwesens bewerkstelligt wurde. Es ist daher unzutreffend, die dieser Regelung und der Regelung der Reichsverbindlichkeiten zugrunde liegenden Tatbestände als gleichgelagert zu bezeichnen.

B. Einzelvorschriften

Zum Ersten Teil

Zu § 1

17. Diese Vorschrift spricht von Ansprüchen gegen das „Deutsche Reich“. Solche Ansprüche sind, soweit sie sogenannte Geldsummenansprüche darstellen und auf Reichsmark lauten, nach § 14 UG nicht umgestellt. Sie richten sich daher auf Zahlung in einer nicht mehr bestehenden Währung und sind als solche nicht erfüllbar. Die Rechtsprechung läßt jedoch überwiegend wegen solcher Ansprüche Feststellungsklagen gegen das nach ihrer Auffassung noch fortbestehende Reich zu und sieht die Bundesvermögens- und

-bauabteilungen bei den Oberfinanzdirektionen als zur Vertretung des Reichs legitimiert an.

Hinsichtlich aller anderen Ansprüche gegen das Reich hält die Rechtsprechung in zunehmendem Maße nicht nur Feststellungsklagen, sondern auch Leistungsklagen gegen das Reich für zulässig.

Die Geltendmachung von Ansprüchen gegen das Reich dem Bund gegenüber ist dagegen bisher — von wenigen noch zu erwähnenden Sonderfällen abgesehen — von den Gerichten überwiegend für unzulässig erachtet worden. Hierbei hat sich die Rechtsprechung vor allem auf Art. 134 Abs. 4 GG gestützt. Nach dieser Bestimmung bedarf es zur Regelung der Reichsverbindlichkeiten noch eines besonderen Gesetzes.

18. Da die Formulierung des § 1 von Ansprüchen gegen das „Deutsche Reich“ spricht, könnte sie den Eindruck erwecken, daß der Entwurf sich der Rechtsauffassung angeschlossen habe, die das Reich als eine neben dem Bund fortbestehende Körperschaft anspricht, eine Identität zwischen Bund und Reich also verneint. Dies trifft jedoch nicht zu. Dennoch mußte der Entwurf hier und in allen anderen Teilen des Gesetzes Fassungen wählen, die beiden Rechtsauffassungen gerecht werden, da sich eine eindeutige Klärung der Rechtslage bisher noch nicht abgezeichnet hat. Auch dann, wenn man von der von der Bundesregierung vertretenen Ansicht einer Identität von Bund und Reich ausgeht, ist es zulässig von Ansprüchen „gegen das Reich“ zu sprechen, wenngleich bei gegebener Identität alle Schulden des Reichs begrifflich Verbindlichkeiten des Bundes sind. Es sind von dieser Konzeption aus unter „Reichverbindlichkeiten“ alle diejenigen Verbindlichkeiten des Bundes zu verstehen, die sich vom Reich herleiten und deshalb nach herrschender Auffassung zurzeit nicht ohne weiteres gegen den Bund geltend gemacht werden können. Um sicherzustellen, daß die Wirkungen dieses Gesetzes auch bei Unterstellung von Identität von Reich und Bund eintreten, hat § 1 in seiner Formulierung bewußt nicht auf Leistungen „aus Ansprüchen gegen das Deutsche Reich“, sondern auf Leistungen „auf Grund“ derartiger Ansprüche abgestellt. § 1 wird im übrigen aber auch der Rechtsauffassung gerecht, die das Reich als einen noch selbständigen neben dem Bund bestehenden Rechtsträger ansieht.

19. Mit Rücksicht darauf, daß im Kontrollratsgesetz Nr. 2 die Einrichtungen der Organisation Todt, des Reichsarbeitsdienstes, der Waffen-SS und der Gestapo als NS-Einrichtungen bezeichnet worden sind, ist es notwendig, wenigstens in dieser Begründung darauf hinzuweisen, daß auch Verbindlichkeiten, die im Rahmen der Tätigkeit dieser Einrichtungen gegen das Deutsche Reich entstanden sind, als Reichsverbindlichkeiten im Sinne des § 1 betrachtet werden müssen.

20. § 1 erfaßt ausdrücklich nur Ansprüche gegen die dort in Nummer 1 bis 3 genannten Rechtsträger. Hieraus ergibt sich, daß Ansprüche gegen alle sonstigen durch den Zusammenbruch betroffenen juristischen Personen des öffentlichen Rechts (NSDAP mit allen ihren Gliederungen, angeschlossenen Verbänden und ihren sonstigen Einrichtungen u. a. einschließlich der Deutschen Arbeitsfront, ferner Reichsnährstand, Reichsstellen der gewerblichen Wirtschaft usw.) nicht unter das Gesetz fallen. Insoweit müßte eine Regelung durch eine spätere Gesetzgebung getroffen werden.

21. Als „Ansprüche“ im Sinne des § 1 sind Ansprüche jeder Art anzusehen. Dieser Begriff umfaßt Ansprüche auf Geld oder sonstige vertretbare Sachen sowie Ansprüche, die auf eine Individualleistung gerichtet sind (Anspruch auf Herausgabe, auf Beseitigung von Störungen, auf Abgabe von Erklärungen usw.), gleichgültig, ob es sich um Ansprüche des privaten oder öffentlichen Rechts, um obligatorische oder dingliche Ansprüche und um Ansprüche aus der Zeit vor oder nach dem Zusammenbruch handelt. Soweit Geldansprüche in Betracht kommen, unterliegen sie der Regelung dieses Gesetzes auch dann, wenn sie auf Deutsche Mark gerichtet sind (z. B. Geldwertansprüche). § 1 unterscheidet nicht zwischen raumbezogenen und nicht raumbezogenen Ansprüchen. Dies ist insofern von besonderer Bedeutung, als die Gerichte im Gegensatz hierzu in Einzelfällen eine solche Unterscheidung getroffen und etwa die Bundesbahn verurteilt haben, Haftpflichtansprüche gegen die Reichsbahn zu erfüllen, die sich aus Betriebsunfällen innerhalb des Bundesgebietes herleiten, wobei für die Gerichte der Wohnsitz des Anspruchsberechtigten unerheblich war. In Zukunft werden auf Grund solcher Haftpflichtansprüche Leistungen nach diesem Gesetz gefordert werden können, auch wenn sich der Unfall außerhalb des Bundesgebietes er-

eignet hat, allerdings nur unter den Wohnsitzvoraussetzungen dieses Gesetzes.

22. Der Begriff der „Kriegsfolgeschäden“ ist in § 3 erläutert. Es erscheint jedoch notwendig, in diesem Zusammenhang schon jetzt auf folgendes hinzuweisen: In der Überschrift des Gesetzes umfaßt der Begriff „Schäden“ auch die auf den Krieg und Zusammenbruch zurückzuführende Nichtbedienung von Rechtsansprüchen. Die in § 1 enthaltene Gegenüberstellung von Rechtsansprüchen einerseits und Kriegsfolgeschäden andererseits erhellt jedoch, daß sich die Überschrift des Ausdruckes „Schäden“ nur zum Zwecke der Vereinfachung bedient hat. § 1 will mit der vorerwähnten Gegenüberstellung zum Ausdruck bringen, daß es nicht als ein „Kriegsfolgeschaden“ angesehen werden soll, wenn infolge des Krieges und des Zusammenbruchs Ansprüche notleidend geworden sind. Soweit es sich bei den notleidend gewordenen Ansprüchen um solche gegen das Reich, das Land Preußen oder das Unternehmen Reichsautobahnen handelt, erfolgt die Regelung in diesem Gesetz; soweit es sich um notleidend gewordene Ansprüche gegen andere öffentliche Rechtsträger handelt, muß die Regelung, wie bereits hervorgehoben, durch eine spätere Gesetzgebung erfolgen.

23. Es handelt sich bei dieser Bestimmung um eine der grundlegendsten Vorschriften des Gesetzes. In ihr wird zum Ausdruck gebracht, daß wegen der Ansprüche und Kriegsfolgeschäden, die Gegenstand des Gesetzes sind, Leistungen nur insoweit verlangt werden können, als dieses Gesetz solche ausdrücklich vorsieht. Wenn es auch nicht besonders ausgesprochen ist, so ergibt sich aus der gewählten Formulierung doch grundsätzlich die rechtliche Konsequenz, daß alle Ansprüche gegen das Deutsche Reich, gegen das ehemalige Land Preußen und gegen das Unternehmen Reichsautobahnen erlöschen, soweit dieses Gesetz eine Erfüllung nicht zuläßt. Da das Wesen eines Anspruchs darin besteht, von einem anderen ein Tun oder Unterlassen verlangen zu können (§ 194 BGB), wird den vorgenannten Ansprüchen ihr Wesensgehalt entzogen, soweit in diesem Gesetz die Erfüllung dieser Ansprüche nicht vorgesehen ist. Die Ansprüche gehen damit unter, und zwar wird das Band zwischen Gläubiger und Schuldner so restlos zerstört, daß auch nicht etwa eine Naturalobligation verbleibt.

Die vorbezeichneten rechtlichen Folgerungen treffen auf diejenigen Ansprüche allerdings nicht zu, deren gesetzliche Regelung in § 5 Nr. 1, 3 und 4 vorbehalten worden ist. Aus dem Vorbehalt der gesetzlichen Regelung ergibt sich, daß im Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes noch nicht feststeht, ob auf Grund dieser Ansprüche Leistungen endgültig nicht verlangt werden können. In diesen Fällen bedeutet daher die Negativklausel des § 1 nicht ein Erlöschen der Ansprüche, sondern nur den Ausschluß jeder Klagemöglichkeit bis zum Inkrafttreten der vorbehaltenen gesetzlichen Regelung (Klagestopp). Ein solcher Klagestopp ist jedoch nicht hinsichtlich der in § 5 ebenfalls einer endgültigen Regelung vorbehaltenen rückerstattungsrechtlichen Geldverbindlichkeiten des Deutschen Reichs gegeben. Insoweit wird auf Textziffer 31 verwiesen.

24. In Bundesgesetzen, die in der Vergangenheit Teilgebiete der Reichsverbindlichkeiten geregelt haben, finden sich Bestimmungen, wonach wegen der geregelten Ansprüche weitere als die im Gesetz vorgesehenen Leistungen vom Bund nicht verlangt werden können (siehe etwa § 77 des Gesetzes zur Regelung der Rechtsverhältnisse der unter Art. 131 GG fallenden Personen, § 9 des Bundesentschädigungsgesetzes). Diese Bestimmungen sind bisweilen so ausgelegt worden, daß die Gläubiger des Reichs, soweit sie durch die bundesgesetzliche Regelung nicht befriedigt werden, ihre Ansprüche behalten haben. Im Gegensatz hierzu geht nach § 1 dieses Gesetzes die Schuldnerstellung des Reichs, des ehemaligen Landes Preußen und des Unternehmens Reichsautobahnen grundsätzlich vollständig unter (vgl. Textziffer 23). Soweit eine Erfüllung im Rahmen dieses Gesetzes vorgesehen ist, sind nicht diese Rechtsträger, sondern andere Rechtsträger (§ 23) Anspruchsschuldner. Soweit eine Erfüllung nicht vorgesehen ist, kann aber eine Leistung weder vom Bund noch „von anderen öffentlichen Rechtsträgern“ gefordert werden.

Zu den in § 1 genannten „anderen öffentlichen Rechtsträgern“ muß und soll für den Fall, daß mit der bereits erwähnten Rechtsprechung die Fortexistenz des Reichs neben dem Bund angenommen wird, auch das Deutsche Reich gerechnet werden.

Zu § 2

25. Es ist in den letzten Jahren im Schrifttum die Auffassung entwickelt und späterhin von der Rechtsprechung übernommen wor-

den, daß Verpflichtungen, die im Rahmen einer Hoheitsverwaltung entstanden sind, bei einem Wechsel des Aufgabenträgers von dem neuen Aufgabenträger zu erfüllen sind. Unter Berufung auf diese Ansicht hat der Bundesgerichtshof in einer Reihe von Entscheidungen eine Verpflichtung der Länder bejaht, Verbindlichkeiten des Reichs bzw. des ehemaligen Landes Preußen zu erfüllen, die im Rahmen der auf die Länder übergegangenen Hoheitsverwaltungen entstanden waren. Der Bundesgerichtshof hat geglaubt, daß in diesen Fällen sich im Rahmen der Funktionsnachfolge bereits Maßstäbe anböten, die eine Verurteilung des neuen Funktionsträgers möglich machten, ohne daß insoweit die allgemeine gesetzliche Regelung der Verbindlichkeiten des Reichs bzw. Preußens abgewartet werden müsse. § 2 zieht bewußt alle nach dieser Auffassung von den Funktionsnachfolgern zu erfüllenden Verbindlichkeiten der in § 1 bezeichneten Art in die Regelung dieses Gesetzes mit ein. Eine solche Einbeziehung war schon deshalb unabweisbar notwendig,

1. weil die vorerwähnte Auffassung zu einer nicht vertretbaren, völlig unterschiedlichen Behandlung von Gläubigern des Reichs führt, je nachdem, ob ein haftender Funktionsnachfolger gefunden werden kann oder nicht,

2. weil befürchtet werden muß, daß in konsequenter Fortentwicklung der Auffassung von der Haftung des Funktionsnachfolgers auch eine Haftung des Bundes für Reichsverbindlichkeiten bejaht werden könnte, die im Zusammenhang mit Reichsaufgaben entstanden sind, welche heute Aufgaben des Bundes darstellen oder demnächst vom Bund getragen werden müssen. Damit würde der Weg frei, den Bund etwa in Anspruch zu nehmen für die Verbindlichkeiten, die im Rahmen der Wehrmachtverwaltung entstanden sind, sobald die Aufgaben der Staatsverteidigung wieder von der Bundesrepublik wahrgenommen werden.

26. Es ist auch die Möglichkeit nicht von der Hand zu weisen, daß die Gerichte unter Berufung auf einen angeblich in § 419 BGB enthaltenen allgemeinen Rechtsgedanken die Haftung eines öffentlichen Rechtsträgers für Verbindlichkeiten des Reichs, des ehemaligen Landes Preußen oder des Unternehmens Reichsautobahnen bejahen könnten, ohne daß es einer gesetzlichen Regelung bedürfte. Einzelne Entscheidungen in dieser Richtung

liegen bereits vor. Aus diesem Grunde erschien es notwendig, auch eine etwaige, lediglich auf die Tatsache einer solchen Vermögensübernahme gestützte Verbindlichkeit in die Regelung dieses Gesetzes einzubeziehen.

27. Ansprüche, für die ein öffentlicher Rechtsträger auch aus einem anderen rechtlichen Grund als aus dem einer Vermögens- oder Aufgabennachfolge haftet, werden durch die Vorschriften dieses Gesetzes nicht berührt. Diesem Gedanken trägt die Formulierung des § 2 dadurch Rechnung, daß sie lediglich auf solche Ansprüche Bezug nimmt, für die öffentliche Rechtsträger „nur auf Grund von Vermögens- oder Aufgabennachfolge“ in Anspruch genommen werden könnten. Ansprüche, die sich gegen einen Vermögens- oder Aufgabennachfolger aus einer hinzukommenden stillschweigenden oder ausdrücklichen Übernahme von Verpflichtungen ergeben, werden hiernach durch das Gesetz nicht berührt.

Zu § 3

28. Der Begriff „Kriegsfolgeschäden“ ist in § 3 außerordentlich weit gefaßt. Es fallen hierunter Kriegsschäden jeder Art, z. B. Vertreibungsschäden, Ostschäden, Schäden aus NS-Verfolgungsmaßnahmen, durch die Währungsreform verursachte Schäden, Reparations- und Restitutionsschäden, Besatzungsschäden, insbesondere auch solche, die durch die alliierte Gesetzgebung entstanden sind, Entnazifizierungs- und Internierungsschäden.

Es ist für den Begriff „Kriegsfolgeschäden“ auch ohne Einfluß, ob ein Rechtsanspruch auf Ersatz eines solchen Schadens besteht oder nicht. Eine etwa gegebene Rechtsverpflichtung des Bundes, Reparations- oder Restitutionsschäden auszugleichen, würde daher an der Einbeziehung dieser Schäden in das Gesetz nichts ändern. Auf Grund dieser Schäden könnten nach § 1 Leistungen vom Bund nicht verlangt werden.

Nach dem Wortlaut würden auch die Schäden unter den Begriff „Kriegsfolgeschäden“ fallen, die sich daraus ergeben haben, daß Ansprüche gegen die in § 1 Nr. 1 bis 3 genannten Rechtsträger durch den Zusammenbruch nicht oder nicht rechtzeitig erfüllt worden sind. In Textziffer 22 ist bereits dargelegt worden, daß der Entwurf durch den Krieg und den Zusammenbruch notleidend gewordener Rechtsansprüche allein unter dem Begriff „Ansprüche“ behandelt, sie also

nicht dem Begriff „Kriegsfolgeschäden“ im Sinne des § 3 unterwerfen will.

Zu § 4

29. Mit Rücksicht auf die weite Fassung des § 1 war es notwendig, in einer besonderen Bestimmung den an sich selbstverständlichen Gedanken auszusprechen, daß durch dieses Gesetz die Gesetzgebung der Bundesrepublik Deutschland, ihrer Länder oder der Besatzungsmächte unberührt bleibt, soweit durch sie bereits in der Vergangenheit eine Regelung der in diesem Gesetz behandelten Ansprüche und Kriegsfolgeschäden getroffen worden ist. § 4 spricht in diesem Zusammenhang nicht von den bereits ergangenen Gesetzen, sondern von der Gesetzgebung. Hierdurch soll klargestellt werden, daß die Anwendung der Vorschriften dieses Gesetzes dann nicht ausgeschlossen sein soll, wenn eine Regelung in Reichsgesetzen getroffen worden ist, die nach Art. 123 bis 125 GG fortgilt. Bei der in § 4 angesprochenen Gesetzgebung des Bundes handelt es sich im wesentlichen um die in Textziffer 5 aufgeführten Gesetze.

Als Gesetzgebung der Länder im Sinne dieser Bestimmung sind etwa die Ländergesetze, die auf dem Gebiete der Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts erlassen und durch das Bundesentschädigungsgesetz vom 18. September 1953 ausdrücklich aufrechterhalten worden sind, als Gesetzgebung der Besatzungsmächte im Sinne dieser Bestimmung die in den drei Besatzungszonen erlassenen gesetzlichen Regelungen auf dem Gebiete der Rückerstattung anzusehen.

30. Als Regelung im Sinne des § 4 ist nicht nur eine positive, sondern auch jede ausdrücklich negative Regelung zu verstehen. Soweit in den bereits ergangenen Gesetzen Ansprüche oder Schäden ausgeklammert worden sind, gilt diese Ausklammerung nicht als Regelung im Sinne des § 4. Die Vorschriften dieses Gesetzes, also auch die Negativklausel des § 1, finden daher auf die ausgeklammerten Ansprüche und Schäden Anwendung.

31. Im Rahmen des Pariser Vertragswerks hat sich die Bundesregierung in Art. 4 des dritten Teils des Vertrages zur Regelung aus Krieg und Besatzung entstandener Fragen (Bundesgesetzbl. II S. 405) verpflichtet, die rückerstattungsrechtlichen Geldverbindlichkeiten des Reiches zu erfüllen. Es würde aber ein Verstoß gegen diese Verpflichtungen bedeuten, wenn diese Verbindlichkeiten des Reiches

in die Regelung dieses Gesetzes und damit unter die Anspruchsvernichtung bzw. den Klagestopp des § 1 (Negativklausel) einbezogen würden. Aus diesem Grunde mußten daher diese Verbindlichkeiten des Reichs in § 4 von der Regelung dieses Gesetzes ausgenommen werden.

Zu § 5

32. § 5 stellt eine besondere gesetzliche Regelung auf dem Gebiete

1. der Besetzungsschäden,
2. der rückerstattungsrechtlichen Geldverbindlichkeiten des Reichs, des ehemaligen Landes Preußen und des Unternehmens Reichsautobahnen und
3. der Reparations- und Restitutionsschäden in Aussicht. Dieser Vorbehalt geht auf Verpflichtungen zurück, welche die Bundesrepublik in dem Pariser Vertragswerk übernommen hat. Diese Verpflichtungen betreffen Sondergebiete, deren Regelung zweckmäßigerweise besonderen Gesetzen überlassen bleibt.

§ 5 enthält keine Bestimmung darüber, welchen materiellen Inhalt die in Aussicht gestellten besonderen Regelungen aufweisen sollen.

Zu Nr. 1 des § 5

33. Der Vertrag zur Regelung aus Krieg und Besatzung entstandener Fragen sieht in Art. 3 Abs. 3 des Neunten Teiles vor: „Die Bundesrepublik übernimmt die Verantwortlichkeit für die Entscheidung über Entschädigungsansprüche für Besetzungsschäden, die zwischen dem 1. August 1945 und dem Inkrafttreten dieses Vertrages entstanden sind und für die nach den Bestimmungen des Gesetzes Nr. 47 der Alliierten Hohen Kommission Entschädigung zu leisten ist, und für die Befriedigung dieser Ansprüche“. Weitere Besetzungsschäden zu befriedigen, ist die Bundesrepublik nach diesem Vertrag nicht verpflichtet. Es handelt sich hier um ein Sondergebiet, dessen Einbeziehung in den vorliegenden Entwurf sich schon aus verwaltungstechnischen Gesichtspunkten nicht empfiehlt. Eine entsprechende Sonderregelung zur Erfüllung der von der Bundesrepublik übernommenen Verpflichtung ist auch bereits in Vorbereitung. Es wird auf die Entwürfe eines Gesetzes über die Abgeltung von Besatzungsleistungen und Besetzungsschäden verwiesen, welche dem Ausschuß des Bundestages für Besatzungsfolgen vorliegen.

Zu Nr. 2 des § 5

34. Die Bundesrepublik ist im Rahmen des Art. 4 des Dritten Teiles des Vertrages zur Regelung aus Krieg und Besatzung entstandener Fragen gehalten, die rückerstattungsrechtlichen Geldverbindlichkeiten des Reichs zu erfüllen. Auch hier handelt es sich um ein Sondergebiet, dessen Abtrennung sich empfiehlt, zumal die besonderen gesetzgeberischen Vorarbeiten schon sehr weit fortgeschritten sind (vgl. Textziffer 31).

Es erscheint angebracht, die Regelung der rückerstattungsrechtlichen Geldverbindlichkeiten der übrigen in § 1 genannten Rechtsträger ebenfalls zurückzustellen.

Zu Nr. 3 des § 5

35. Nach Artikel 5 des Sechsten Teiles des Vertrages aus Krieg und Besatzung entstandener Fragen soll die Bundesrepublik Vorsorge treffen, daß die früheren Eigentümer derjenigen Werte, die auf Grund der in Art. 2 und 3 des genannten Teiles bezeichneten Maßnahmen beschlagnahmt worden sind, entschädigt werden. Es handelt sich hierbei um Zwangsmaßnahmen fremder Staaten auf Grund des Kontrollratsgesetzes Nr. 5 und um Vermögenswerte, die unter das Gesetz Nr. 63 der Alliierten Hohen Kommission fallen und die zum Zwecke der Reparation oder Restitution entzogen worden sind. Unter Reparationschäden werden grundsätzlich diejenigen Schäden verstanden, welche durch Eingriffe fremder Staaten in deutsches Vermögen zum Zwecke der Wiedergutmachung der den Alliierten durch den Krieg entstandenen Schäden und Verluste hervorgerufen worden sind. Restitutionsschäden liegen vor, wenn deutsche Personen dadurch Vermögenseinbußen erlitten haben, daß während des Krieges aus den von Deutschland besetzten Ländern fortgeführte Wirtschaftsgüter nach dem Zusammenbruch rückgeführt werden mußten (sog. äußere Restitution).

Es ist zur Zeit unmöglich, eine Regelung dieser Materie zu treffen, da Verhandlungen mit den Staaten, die deutsches Vermögen in Anspruch genommen haben, schweben oder in Aussicht genommen sind. Es darf gehofft werden, daß dabei Lösungen gefunden werden, die den Grundsatz der Unverletzlichkeit des Privateigentums zur Geltung bringen. Das Ergebnis der darauf abzielenden Bemühungen der Bundesregierung ist abzuwarten. Die Vertagung dieser Regelung entspricht auch den Belangen weiter Wirtschaftskreise. Sie ermög-

licht es auch, die Frage vorerst unentschieden zu lassen, ob aus der Bestimmung des Art. 5 des Sechsten Teiles oder aus anderen Vorschriften bzw. Rechtsgedanken bereits ein Anspruch der Betroffenen auf eine Entschädigung hergeleitet werden kann oder nicht. Es kann ferner bis auf weiteres dahingestellt bleiben, wie die Begriffe Reparationschäden und Restitutionsschäden im Hinblick auf Art. 5 des Sechsten Teiles des Vertrages aus Krieg und Besetzung entstandener Fragen gegenüber den sonstigen Kriegsfolgeschäden abzugrenzen sind, insbesondere inwieweit hierunter nur solche Maßnahmen verstanden werden dürfen, die von alliierter Seite ausdrücklich als zum Zwecke der Reparation oder Restitution erfolgt bezeichnet worden sind. Die Entscheidung hierüber soll dem künftigen Gesetzgeber vorbehalten bleiben. Nach der Fassung des § 5 bleibt es jedenfalls offen, Vermögensentziehungen zu Reparations- oder Restitutionszwecken auch dann als vorliegend anzunehmen, wenn die Werte zwar nicht in der ausdrücklich bekundeten Absicht, sie einer fremden Volkswirtschaft zuzuführen, entzogen worden, sie aber im Zuge der alliierten Maßnahmen tatsächlich einer fremden Volkswirtschaft zugute gekommen sind. Deshalb stellt der Entwurf innerhalb dieses großen Rahmens für die Begriffe der Reparationschäden und Restitutionsschäden nur gewisse, allgemeine Merkmale für die künftige Regelung auf. In dieser Hinsicht ist hervorzuheben:

a) Es muß sich um Zwangsmaßnahmen fremder Staaten gegen das deutsche Vermögen handeln, die im Zusammenhang mit den Ereignissen des Zweiten Weltkrieges und der folgenden Besatzungszeit erfolgt sind, und zwar planmäßig entweder auf Grund von Gesetzen oder sonstigen Anordnungen der fremden Staaten zur Liquidation deutschen Vermögens im Ausland oder auf Grund von Anordnungen der Besatzungsmächte. Damit werden alle wilden Entnahmen oder Plünderungsschäden von der Sonderregelung ausgeschlossen.

Da die Vermögensentziehungen zum Zwecke der Reparation oder Restitution durchgeführt sein müssen, können nicht alle Schäden an deutschem Vermögen, die durch die Alliierten verursacht worden sind, zu den Reparations- oder Restitutionsschäden gerechnet werden. Denn viele Maßnahmen beruhen nicht auf Gesetzen oder Anordnungen, die zum Zwecke der Reparation oder Restitution erlassen worden sind, sondern sind die Folge

des allgemeinen Kriegszustandes, d. h. der völkerrechtlichen Lage nach dem Ausbruch des totalen Krieges. Deshalb werden die Schäden durch solche Maßnahmen der Besatzungsmächte, die die Entnazifizierung und Entmilitarisierung bezweckten, von § 5 Nr. 3 nicht umfaßt, ferner nicht Schäden einer unschuldig erlittenen Untersuchungshaft. Die Schäden, die fremde Staaten durch Internierungen verursacht haben, gehören gleichfalls nicht zu den Tatbeständen, die durch § 5 Nr. 3 erfaßt werden sollen; sie sind zudem bereits durch das Gesetz über die Entschädigung ehemaliger deutscher Kriegsgefangener vom 30. Januar 1954 (Bundesgesetzbl. I S. 5) geregelt worden. Wohl aber fallen unter § 5 Nr. 3 auch die Schäden der Waldbesitzer aus den Direktoperationen der Besatzungsmächte, die zum Zwecke der Reparation auf Grund planmäßiger Anordnungen der Besatzungsmächte erfolgten.

38. b) Die Schäden müssen an Vermögenswerten entstanden sein. § 5 Nr. 3 berücksichtigt daher nicht Personen- und ideelle Schäden. Eine Abgrenzung der Vermögenswerte im einzelnen nimmt § 5 Nr. 3 nicht vor, er läßt es vielmehr offen, welche Werte bei der künftigen Sonderregelung berücksichtigt werden sollen.

39. c) Der Entwurf verlangt, daß die Schäden im unmittelbaren Zusammenhang mit den Reparations- oder Restitutionsschäden stehen. Mittelbare Schäden, die übrigens die unmittelbaren weit übersteigen dürften, werden — in gleicher Weise wie im Lastenausgleich — nicht berücksichtigt. Sie sind auch meist schwer abzugrenzen, und ihre Bewertung würde oft auf unüberwindliche Schwierigkeiten stoßen. Eine Berücksichtigung von mittelbaren Schäden in bestimmten Ausnahmefällen würde zu Ungerechtigkeiten führen und muß deshalb unterbleiben.

40. d) Die Vermögensschäden, die bei der vorbehaltenen Regelung berücksichtigt werden können, müssen natürlichen Personen deutscher Staatsangehörigkeit oder Volkszugehörigkeit oder ihnen gleich zu stellenden juristischen Personen entstanden sein. Diese Abgrenzung steht mit dem allgemeinen Grundsatz im Einklang, daß eine Reparationspflicht, die Deutschland auferlegt wird, nur mit deutschen Vermögenswerten zu erfüllen ist. Sie entspricht auch den Bestimmungen des Gesetzes Nr. 63 der Alliierten Hohen Kommission, denn nach seinem Art. 1 Nr. 1 Buchstabe a kommt es bei den Auslandsschäden

darauf an, daß die Vermögensgegenstände bei Inkrafttreten des Gesetzes (31. August 1951) oder vorher (d. h. seit 1. September 1939) im deutschen Eigentum standen. Die Inlandsschäden, die im Art. 1 Nr. 1 Buchstabe b des Gesetzes Nr. 63 angesprochen werden, beziehen sich auf Vermögensgegenstände, die zum Zwecke der Reparation oder Restitution aus deutschem Gebiet entfernt wurden; hierbei war, wie sich aus der genannten Vorschrift besonders ergibt, nur an deutsche Vermögenswerte gedacht, denn es ist von Auslieferungen von Vermögenswerten an solche Stellen die Rede, die mit der Verwaltung deutscher Vermögensgegenstände betraut waren. Auch in Art. 1 des Pariser Reparationsabkommens ist nur von deutschen Reparationen die Rede.

Um den Gedanken des Art. 116 GG Rechnung zu tragen, wird auch die Regelung der Schäden von deutschen Volkszugehörigen — entsprechend dem Lastenausgleich — vorbehalten. Bei einer künftigen Regelung wird das Gesetz zur Regelung von Fragen der Staatsangehörigkeit vom 22. Februar 1955 (Bundesgesetzbl. I S. 65) beachtet werden müssen.

Da bei allen in Frage stehenden alliierten Vorschriften und Maßnahmen keine Unterschiede zwischen natürlichen und juristischen Personen gemacht worden sind, berücksichtigt § 5 Nr. 3 nicht nur die natürlichen Personen deutscher Staatsangehörigkeit oder Volkszugehörigkeit, sondern auch die ihnen gleichzustellenden juristischen Personen. Dabei kann es dem künftigen Gesetzgeber überlassen bleiben, Näheres darüber zu bestimmen, nach welchen Grundsätzen er eine Gleichstellung für gerechtfertigt ansieht.

41. e) § 5 Nr. 3 setzt weiter voraus, daß die Vermögenswerte endgültig entzogen worden sind. Dagegen sollen bei der Härterege- lung nach § 61 Abs. 1 auch Schäden berücksichtigt werden, die durch eine nur wirtschaftliche Entziehung von Vermögenswerten entstanden sind. Der Unterschied ergibt sich aus dem verschiedenen Zweck der vorgesehenen Vorschriften. Nach dem Entwurf soll zunächst nur in Fällen einer Notlage unter bestimmten sozial begründeten Voraussetzungen geholfen werden, jedoch die abschließende Regelung dem künftigen Gesetzgeber vorbehalten bleiben. Bis dahin wird sich herausstellen, inwiefern vor allem die deutschen Vermögenswerte im Ausland durch zwischenstaatliche Abkommen wieder freigegeben worden sind. Wenn auch Art. 2 des Gesetzes Nr. 63 der Alliierten

Hohen Kommission die Rechte der früheren Eigentümer und sonstigen Berechtigten unter bestimmten Voraussetzungen als erloschen gelten läßt, so besagt diese Vorschrift noch nicht, daß die genannten Maßnahmen tatsächlich zu einem endgültigen Vermögensentzug geführt haben oder führen werden.

42. § 5 Nr. 3 enthält keine bestimmte Gebietsbeschränkung wie das Lastenausgleichsgesetz, das grundsätzlich nur Schäden anerkennt, die im Geltungsbereich des Grundgesetzes, in Berlin (West), in den zur Zeit unter fremder Verwaltung stehenden deutschen Ostgebieten und in den Gebieten außerhalb der Grenzen des Deutschen Reichs nach dem Gebietsstand vom 31. Dezember 1937 entstanden sind. Eine Einschränkung für die in der Mittelzone entstandenen Reparationsschäden erscheint für diese Vorbehaltsbestimmung nicht erforderlich, da es dem künftigen Gesetzgeber überlassen bleiben kann, ob und gegebenenfalls welche gebietsmäßige Beschränkung er anordnen will. Dem künftigen Gesetzgeber bleibt es fernerhin vorbehalten, eine Unterscheidung zwischen Maßnahmen der Westmächte und der Ostmächte vorzunehmen und gegebenenfalls eine unterschiedliche Regelung für beide Gruppen zu treffen.

43. Nach der Vorschrift des § 4 Nr. 2 werden die rückerstattungsrechtlichen Geldverbindlichkeiten des Reichs bis zu der für sie vorgesehenen Sonderregelung von der Negativklausel des § 1 nicht erfaßt (vgl. hierzu die Begründung zu § 4 in Textziffer 31). Dagegen findet die Negativklausel im Sinne eines Klagestoppes (vgl. Textziffer 23) auf alle übrigen in § 5 erwähnten Sachgebiete solange Anwendung, als sie nicht die vorgesehene Sonderregelung erfahren haben.

44. Reichsmarkbeträge, die vor dem 9. Mai 1945 bei Gerichten nach den Vorschriften der Hinterlegungsordnung vom 10. März 1937 hinterlegt worden sind, gingen mit der Hinterlegung in das Eigentum des Reichs über, das Träger der Justizhoheit war. Ansprüche auf Rückzahlung solcher hinterlegten Reichsmarkbeträge richten sich daher gegen das Reich. Die Länder der Bundesrepublik haben im Zuge des Überganges der Justizhoheit vom Reich auf die Länder diese Ansprüche nach dem 8. Mai 1945 stillschweigend als eigene Verbindlichkeiten anerkannt und die hinterlegten Beträge auf Verlangen der Berechtigten zurückgezahlt. Dies ist im wesentlichen bereits vor der Währungsreform geschehen; nach der Währungsreform wurde die Bedienung der

Hinterlegungsgelder, soweit diese in Bankguthaben der öffentlichen Hand angelegt waren, durch die §§ 2 und 3 der Achten Durchführungsverordnung zum Umstellungsgesetz in Verbindung mit § 1 der Zweiten Durchführungsverordnung zum Festkontogesetz sichergestellt.

Das Land Berlin hat bisher bei den Gerichten in Berlin hinterlegte Gelder nicht zurückgezahlt. Es steht auf dem Standpunkt, daß es hierzu aus den folgenden besonderen tatsächlichen und rechtlichen Gründen nicht verpflichtet sei:

Die Justizhoheit sei auf das Land Berlin erst mit der Grundsatzklärung der alliierten Kommandantur vom 14. Mai 1949 — also nach der Währungsreform — übergegangen. Hieraus ergebe sich, daß die in Berlin entstandenen Ansprüche auf Rückzahlung von Hinterlegungsgeldern — wenn überhaupt — als nicht auf Deutsche Mark umgestellte Reichsmark-Verbindlichkeiten übergegangen seien. Im übrigen seien die Hinterlegungen bei den Berliner Gerichten im wesentlichen deshalb erfolgt, weil Berlin Reichshauptstadt gewesen sei. Bei den Berliner Hinterlegungsstellen hätten sich daher Hinterlegungen konzentriert, die sich auf das gesamte Reichsgebiet bezogen hätten. Es handele sich daher um zentrale Verbindlichkeiten der Reichsjustizverwaltung, die über den Bezirk des Landes Berlin hinausgingen. Es könne deshalb insoweit von einem Übergang der Verbindlichkeiten auf das Land Berlin nicht gesprochen werden, da die Zentralaufgaben der Reichsjustizverwaltung nicht auf das Land Berlin übergegangen seien.

Ein Guthaben, das nach § 10 des Umstellungsergänzungsgesetzes umgewandelt werden könnte, bestand in Berlin nicht, da das Konto der Reichshauptkasse bei der Reichsbank am 8. Mai 1945 einen Schuldsaldo aufwies. Da es nicht zugänglich erscheint, die Gläubiger von Ansprüchen aus Hinterlegungen bei Berliner Gerichten nicht zu befriedigen, während die Ansprüche von Gläubigern aus Hinterlegungen im Bundesgebiet von den Ländern erfüllt worden sind, konnten die Ansprüche aus den Berliner Hinterlegungen nicht der Negativklausel dieses Gesetzes unterworfen werden. Von einer positiven Regelung in diesem Gesetz ist deshalb abgesehen, um die Möglichkeit offenzulassen, diese Materie im Einvernehmen mit dem Land Berlin auf dem Verwaltungswege zu regeln. Aus diesem Grunde ist eine Regelung dieser Ansprüche vorbehalten worden.

Zum Zweiten Teil

45. Der Zweite Teil des Entwurfs sieht nur für einige besondere Gruppen von nichtverbrieften Ansprüchen gegen das Reich, das ehemalige Land Preußen und das Unternehmen Reichsautobahnen eine Erfüllung vor. Für die Masse der nichtverbrieften Ansprüche ergibt sich aus diesem Teil in Verbindung mit § 1, daß sie grundsätzlich erlöschen (vgl. Textziffer 23). Bei den nichtverbrieften Ansprüchen im Sinne dieses Gesetzes handelt es sich um alle Ansprüche gegen die genannten Rechtsträger mit Ausnahme derjenigen, deren Regelung im Dritten Teil des Entwurfs vorgesehen ist. Es gibt wohl keine Anspruchsart, die hierbei nicht in Betracht käme. Die Ansprüche beruhen teils auf privatrechtlichen, teils auf öffentlich-rechtlichen Verhältnissen. Sie umfassen z. B. Ansprüche auf rückständigen Wehrsold, auf Gehalt und Arbeitslohn, auf Reise- und Umzugskosten, aus Kauf-, Werk-, Miet- und Pachtverträgen, aus Bürgschaften, aus öffentlich-rechtlichen Inanspruchnahmen von Sachen, aus ungerechtfertigter Bereicherung und auf Leistung von Schadenersatz. Die Gesamtgrößenordnung dieser Ansprüche ist nicht bekannt. Eine von der Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebiets in den Jahren 1947/48 geplante Erfassung wurde seinerzeit von den Besatzungsmächten nicht gestattet. Die Bundesregierung weiß nur, daß die Gesamtheit der nichtverbrieften Ansprüche gegen das Reich in den letzten Kriegsmonaten im Reichsfinanzministerium auf 400 Mrd. Reichsmark geschätzt worden ist.

46. Daß eine der allgemeinen Umstellung entsprechende quotale Erfüllung dieser Ansprüche die finanzielle Leistungskraft des Gemeinwesens weit übersteigen würde, bedarf angesichts der gegebenen Zahlen kaum einer besonderen Begründung. Aber selbst eine finanziell noch tragbare quotale Erfüllung dieser Ansprüche kann nicht in Erwägung gezogen werden, da ihre Durchführung aus technischen und finanziellen Gründen verwaltungsmäßig nahezu unmöglich wäre. Nach dem Urteil aller Sachkenner muß davon ausgegangen werden, daß die Zahl der Gläubiger von nichtverbrieften Ansprüchen mehrere Millionen beträgt. Es ist ferner damit zu rechnen, daß bei Erlass des dann unumgänglichen Anmeldeaufrufs infolge der erfahrungsgemäß zu erwartenden Anmeldepsychose in sehr großem Umfange auch unberechtigte Ansprüche geltend gemacht werden. Für die Bearbeitung der Anmeldungen und Feststellungen müßten

viele Tausend Beamte und Angestellte bereitgestellt werden. Da nach einer Faustregel die Personal- und Sachkosten einer Behörde pro Jahr mit rund 10 000 DM je Arbeitskraft einzusetzen sind, würde sich schon bei einem Bedarf von 10 000 Bediensteten ein jährlicher Kostenaufwand von 100 Millionen Deutsche Mark ergeben.

47. Der Gedanke, eine allgemeine Erfassung und Feststellung durchzuführen, ist im übrigen aus einem weiteren Gesichtspunkt heraus nicht vertretbar. Bei vielen Reichsdienststellen sind durch die Kriegsergebnisse sämtliche Unterlagen verlorengegangen oder jedenfalls zur Zeit nicht verfügbar (so z. B. bei Behörden in der sowjetischen Besatzungszone). In fast allen diesen Fällen wäre es dem Bund und den anderen öffentlichen Rechtsträgern kaum möglich, den ihnen als Schuldner nach bürgerlichem Recht obliegenden Beweis einer etwaigen Erfüllung zu erbringen.

48. Die quotale Erfüllung der nichtverbrieften Ansprüche würde hiernach nur darauf hinauslaufen, daß zum Zwecke der Gewährung einer äußerst geringen, für den einzelnen Gläubiger unbedeutenden Quote, ein überaus kostspieliges Verwaltungsverfahren durchgeführt werden müßte, das zudem infolge seiner zwangsläufig bedingten Unzulänglichkeiten in vielen Fällen nur Verbitterung bei den Beteiligten auslösen würde.

49. Da der Entwurf für einige Gruppen von nichtverbrieften Ansprüchen gegen das Reich eine Erfüllung vorsieht, stellt sich die Frage, ob dies mit dem Gleichheitsgrundsatz vereinbar ist. Der Entwurf hat diese Vereinbarkeit aus der Erwägung heraus bejaht, daß zwingende — noch zu erörternde — sachliche Gründe diese Sonderbehandlung notwendig erscheinen lassen.

Zu § 6

50. Für die Aufnahme dieser Bestimmung in den Entwurf waren ausschließlich soziale Gesichtspunkte maßgebend. Es handelt sich um Ansprüche, deren Erfüllung im allgemeinen Voraussetzung ist für die Aufrechterhaltung der physischen Existenz der Berechtigten.

Unter Renten, die der Versorgung dienen, sind auch Ansprüche auf Pensionen und Altenteile zu verstehen, nicht dagegen verrentete Kaufpreisansprüche oder Rückzahlungsansprüche aus gewährten Krediten in Rentenform. Daß der Gesetzentwurf die bereits früher fällig gewordenen, noch offenen Renten-

ansprüche in gewissem Umfange ausschließt, beruht auf dem Gedanken des in praeteritum non vivitur. Der Stichtag des 1. April 1950 ist mit Rücksicht darauf gewählt, daß gewisse in den §§ 7 und 8 des Zweiten Überleitungsgesetzes bereits vorab geregelte, auf eine Versorgung gerichtete Ansprüche gegen das Reich — insbesondere gegen die Wehrmacht — ebenfalls mit Wirkung von diesem Stichtag ab erfüllt werden.

51. Ansprüche, die einem Berechtigten auf Grund des Gesetzes über den Ausgleich bürgerlich-rechtlicher Ansprüche vom 13. Dezember 1934 zuerkannt worden sind, gehen nach § 6 in Verbindung mit § 1 unter. Der Grund für diese Regelung liegt darin, daß das genannte Gesetz als typisch nationalsozialistisches Gesetz anzusehen und deshalb nichtig ist, daß ferner die Höhe der nach dem genannten Gesetz zuerkannten Rentenansprüche weitgehend nach parteipolitischen Gesichtspunkten festgelegt wurde. Es handelt sich nämlich bei den hiernach rentenberechtigten Personen vielfach um die Hinterbliebenen von Angehörigen des NS-Regimes, die im Zuge innerparteilicher Auseinandersetzungen beseitigt worden sind. Die zuerkannten Rentenansprüche liegen oft wesentlich über den Sätzen, welche den Hinterbliebenen nach den allgemeinen bürgerlich-rechtlichen Vorschriften zustehen würden. Durch das Gesetz über den Ausgleich bürgerlich-rechtlicher Ansprüche waren die aus denselben Tatbeständen nach dem bürgerlichen Recht bestehenden Schadensersatzansprüche ausdrücklich für erloschen erklärt worden. Es war deshalb notwendig, in § 6 zum Ausdruck zu bringen, daß die gesetzliche Bestimmung über das Erlöschen der bürgerlich-rechtlichen Ansprüche ihrer Erfüllung im Rahmen des Gesetzentwurfes nicht entgegensteht.

Das gilt in gleicher Weise für die Ansprüche aus denjenigen Gesetzen, die das Gesetz über den Ausgleich bürgerlich-rechtlicher Ansprüche vom 13. Dezember 1934 für sinngemäß anwendbar erklärt haben. Es handelt sich hierbei z. B. um

1. die Verordnung über den Ausgleich von Rechtsansprüchen im Lande Österreich vom 21. Mai 1938 (Reichsgesetzbl. I S. 596),
2. die Verordnung über den Ausgleich von Rechtsansprüchen in den sudetendeutschen Gebieten vom 13. Februar 1939 (Reichsgesetzbl. I S. 275),

3. die Verordnung über den Ausgleich von Rechtsansprüchen in den eingegliederten Ostgebieten vom 22. November 1941 (Reichsgesetzbl. I S. 721).

52. Von dem Grundsatz, daß Rentenansprüche, welche der Versorgung dienen, und gewisse Schadensersatzansprüche zu erfüllen sind, sieht § 6 Abs. 2 bestimmte Ausnahmen vor.

Die für Ansprüche auf Vorzugs- und Liquidationsrenten geschaffene Ausnahme beruht darauf, daß wegen dieser Renten Leistungen nach dem Lastenausgleichsgesetz gewährt werden, die in der Regel die Höhe der ursprünglichen Vorzugs- und Liquidationsrenten erreichen. Da die Ansprüche auf diese Ausgleichsleistungen durch die Bestimmungen des Entwurfes nicht berührt werden, erschien es nicht gerechtfertigt, darüber hinaus auch die Erfüllung der den Ausgleichsleistungen zugrunde liegenden Rentenansprüche vorzusehen.

Die weiteren Ausnahmen des Absatzes 2 beziehen sich auf Ansprüche, die auf Rechtsverhältnissen der in Art. 131 GG bezeichneten Art oder auf nationalsozialistischen Gewaltmaßnahmen beruhen. Hierzu ist zu bemerken: Die bezeichneten Anspruchsgruppen sind in besonderen Gesetzen des Bundes behandelt worden. Es ist jedoch unterblieben, in diesen eindeutig zum Ausdruck zu bringen, daß über die in diesen Gesetzen vorgesehenen Leistungen hinaus Ansprüche gegen das Reich oder das Land Preußen nicht geltend gemacht werden können. Im Gegenteil wird vielfach die Auffassung vertreten, daß durch die in diesen Gesetzen gewährten Leistungen die etwa gegen die vorgenannten Rechtsträger bestehenden weitergehenden Ansprüche nicht berührt werden. Ist diese letztere Auffassung richtig, so fallen diese weitergehenden Ansprüche unter das Kriegsfolgenschlußgesetz und wären im Rahmen des § 6 zu erfüllen, wenn sie nicht, wie es in Absatz 2 geschehen ist, ausdrücklich von der Erfüllung ausgeschlossen worden wären. Dieser Ausschluß ist gerechtfertigt und erforderlich, weil diese Materien durch eine besondere Gesetzgebung, die auf anderen Gesichtspunkten als das Kriegsfolgenschlußgesetz beruht, erfaßt worden sind und in dessen Rahmen grundsätzlich auch ihre abschließende Regelung finden sollen.

Die Vorschrift des § 8 des Zweiten Überleitungsgesetzes mußte, da sie nur als eine Übergangsregelung gedacht war und der § 6 Abs. 1 des Entwurfes die in § 8 behandelten Ansprüche endgültig regelt, mit Rücksicht auf § 4 Nr. 1 des Gesetzentwurfes ausdrücklich

aufgehoben werden. Das gleiche gilt für § 7 des Zweiten Überleitungsgesetzes, soweit aus dieser Bestimmung Ansprüche hätten hergeleitet werden können.

Zu § 7

53. Es ist bereits früher angedeutet worden, daß die innere Rechtfertigung dafür, Ansprüche gegen die in § 1 Nr. 1 bis 3 genannten Rechtsträger grundsätzlich untergehen zu lassen, auf der Tatsache der durch Krieg und Kriegsfolgen verursachten Leistungsunfähigkeit des Reichs beruht. Diese Rechtfertigung versagt aber hinsichtlich solcher Ansprüche, die erst nach dem Zusammenbruch des Reichs entstanden sind. Aus diesem Grunde sieht § 7 vor, daß Ansprüche, die nach diesem Zeitpunkt im Rahmen von Verwaltungsmaßnahmen neu entstanden sind, erfüllt werden müssen.

54. Der Zusammenbruch ist hier nicht als ein militärisches oder politisches Ereignis, sondern mehr als wirtschaftliches Ereignis zu werten. Es ist deshalb schwierig, ihn auf einen bestimmten Stichtag festzulegen, keinesfalls aber gerechtfertigt, ihn mit dem militärischen und politischen Zusammenbruch vom 8. Mai 1945 gleichzusetzen. Der in § 7 gewählte Stichtag des 31. Juli 1945 ist der bei der Besatzungsschädenregelung angenommene Stichtag für den letztmöglichen Entstehungszeitpunkt für Kriegssachschäden und für den möglichen Eintritt von Besatzungsschäden.

55. Ansprüche aus Verwaltungsmaßnahmen können auch Ansprüche sein, die zugunsten der mit der Verwaltung von Reichsvermögen betraut gewesenen Länder oder sonstigen öffentlichen Rechtsträger entstanden und auf Erstattung von Verwaltungskosten und sonstigen Aufwendungen gerichtet sind. Die Frage, von welchem Rechtsträger diese Verwaltungskosten und Aufwendungen endgültig zu tragen sind, wird im Zusammenhang mit der gesetzlichen Regelung der Rechtsverhältnisse des Reichsvermögens und der preußischen Beteiligungen zu klären sein. Diese Ansprüche der Verwaltungsträger sind deshalb aus der Regelung des § 7 ausgenommen.

Zu §§ 8 und 9

56. Infolge der Negativklausel kann grundsätzlich kein Gläubiger von Ansprüchen gegen die in § 1 Nr. 1 bis 3 genannten Rechtsträger damit rechnen, daß seine Ansprüche erfüllt werden. Es ist aber nicht gerechtfertigt, daß diese aus dem Zusammenbruch sich ergebende Konsequenz auch demjenigen Gläubiger ent-

gegengehalten wird, der aus einem gegenseitigen Vertrage einen Anspruch gegen die genannten Rechtsträger hat und der seine Gegenleistung erst nach dem Zusammenbruch erbracht hat oder erbringt. Die §§ 8 und 9 sehen daher vor, daß Ansprüche aus vor dem 1. August 1945 geschlossenen, bis zu diesem Zeitpunkt beiderseits nicht erfüllten Verträgen von den Rechtsträgern erfüllt werden müssen, wenn diese Rechtsträger die Erfüllung von dem anderen Vertragsteil nach dem 31. Juli 1945 verlangt bzw. die Erfüllung angenommen haben oder innerhalb der vorgesehenen Frist noch verlangen.

Unter gegenseitigen Verträgen sind die vollkommen zweiseitig verpflichtenden Verträge, bei denen die beiderseitigen Verpflichtungen in einem gegenseitigen Abhängigkeitsverhältnis zueinander stehen, gemeint. Unter gegenseitigen Verträgen sind nur zu verstehen: Kauf, Tausch, entgeltliche Verwahrung, Dienstvertrag, Werkvertrag, Miete und Pacht. Nicht als gegenseitige Verträge sind dagegen anzusehen: Leihe, unentgeltliche Verwahrung, Darlehen, Auslobung, Bürgschaft, Schenkung, Auftrag u. a.

57. Die Negativklausel des § 1 muß jedoch auch gegenüber Ansprüchen aus gegenseitigen Verträgen in den Fällen Anwendung finden, in denen diesen Ansprüchen Tatbestände zugrunde liegen, die in der Zeit vor dem Zusammenbruch gesetzt wurden, da die Gründe, die für die grundsätzliche Nichtbedienung der durch den Zusammenbruch notleidend gewordenen Ansprüche maßgeblich waren, hier voll zur Geltung kommen.

58. Wird innerhalb der in § 9 Abs. 1 und 2 näher bezeichneten Fristen Erfüllung nicht verlangt, so können Ansprüche der Rechtsträger gegen den anderen Vertragsteil nicht mehr geltend gemacht werden. Ansprüche des anderen Vertragsteils gegen die Rechtsträger sind in diesem Falle mit Rücksicht auf die Negativklausel des § 1 nicht mehr gegeben. § 9 Abs. 1 spricht diese sich schon aus den übrigen Bestimmungen des Entwurfs ergebende rechtliche Konsequenz noch einmal ausdrücklich aus, indem er erklärt, daß derartige Verträge mit Wirkung vom 31. Juli 1945 als aufgelöst gelten.

Die Erklärung eines Rechtsträgers (§ 1 Nr. 1 bis 3), daß er Erfüllung des Vertrages verlange, kann nach § 9 Abs. 1 nur innerhalb einer bestimmten Frist abgegeben werden. Diese Fristsetzung war erforderlich, da ein

öffentliches Interesse daran besteht, möglichst bald alle aus der Zeit vor dem Zusammenbruch stammenden noch unregulierten Rechtsverhältnisse abzuwickeln. Darüber hinaus besteht aber auch ein besonderes Interesse des anderen Vertragsteils, Klarheit in bezug auf die von ihm noch zu erbringenden vertraglichen Leistungen zu erhalten. Aus diesem Grunde ist in Absatz 2 die Möglichkeit eingeräumt, von den Rechtsträgern innerhalb einer Frist von drei Monaten eine Stellungnahme darüber zu verlangen, ob an dem Vertrag festgehalten werde.

59. Infolge der seit dem mindestens 10 Jahre zurückliegenden Vertragsabschluß eingetretenen Änderung der Verhältnisse wird vielfach dem anderen Vertragsteil nicht mehr zumutbar sein, seine Leistungsverpflichtung zu den seinerzeit vereinbarten Vertragsbedingungen zu erbringen. § 9 Abs. 4 gibt deshalb dem anderen Vertragsteil das Recht, von dem Verträge zurückzutreten, sofern diese Voraussetzungen gegeben sind.

60. § 9 Abs. 5 bestimmt, welche rechtlichen Folgerungen sich aus der Auflösung des Vertrages bzw. aus dem Rücktritt vom Verträge ergeben. Die Rechtsträger sind in beiden Fällen berechtigt, Herausgabe der von ihnen erbrachten Leistungen gegen Ersatz der von dem Vertragsgegner gemachten Aufwendungen zu verlangen. Sonstige Ansprüche stehen in beiden Fällen dem Vertragsgegner eines Rechtsträgers nur im Rahmen der §§ 18 und 19 dieses Entwurfs zu.

Zu § 10

61. Der Grundsatz der Nichterfüllung der Reichsverbindlichkeiten bedarf bei der Behandlung der Kaufpreisverbindlichkeiten und Verpflichtungen zur Zahlung einer Enteignungsentschädigung für Grundbesitz einer der Natur dieses Wirtschaftsgutes entsprechenden Modifikation.

Grund und Boden ist anders als die übrigen Wirtschaftsgüter in der Regel nicht ersetzbar und grundsätzlich unvergänglich. Die von den Rechtsträgern (§ 1 Nr. 1 bis 3) in Besitz genommenen Grundstücke haben den Zusammenbruch überdauert und werfen laufend Nutzungen ab, die der Bund oder andere öffentlichen Rechtsträger ohne Gegenleistung an den früheren Eigentümer für sich in Anspruch nehmen. Es ist weiter zu berücksichtigen, daß es vielfach nur vom Zufall abhängig gewesen ist, ob ein Eigentumsübergang erfolgte. Bei den Enteignungsverfahren haben Eigentümer, die hartnäckig über die Entschä-

digungen gestritten haben, vielfach erreicht, daß vor dem Zusammenbruch ein Enteignungsbeschluß nicht mehr ergangen ist. Diese Personen sollen ihre Grundstücke zurückerhalten oder aber entschädigt werden. Die weniger hartnäckigen Eigentümer dürfen deshalb nicht leer ausgehen. Da es sich bei diesen Ansprüchen jedoch nur um Geldverbindlichkeiten handelt, ist die Beschränkung auf eine Quote geboten.

62. Die Absätze 2 und 3 tragen den Interessen derjenigen rückerstattungspflichtigen Personen Rechnung, die Grundstücke, die sie von den Rechtsträgern (§ 1 Nr. 1 bis 3) im Wege des unmittelbaren oder mittelbaren Tausches für auf diese Rechtsträger übereignete Grundstücke erhalten haben, auf Grund der Rechtsvorschriften zur Rückerstattung feststellbarer Vermögensgegenstände zurückerstatten müssen. Insoweit wird in Absatz 2 klargestellt, daß der Anspruch gegen die Rechtsträger auf Gewährung der Gegenleistung noch nicht als erfüllt anzusehen ist.

Zu § 11

63. § 11 verpflichtet den Rechtsträger (§ 1 Nr. 1 bis 3), soweit er nach dem Zusammenbruch Nutzungen aus einer ihm fremden Sache gezogen hat, zur Zahlung einer Nutzungsvergütung, gleichgültig, ob dem Eigentümer ein vertraglicher Anspruch auf Nutzungsentschädigung zusteht oder nicht. Auch diese Bestimmung beruht auf dem Grundsatz, daß Verpflichtungen im Rahmen dieses Gesetzes nur insoweit nicht bedient werden sollen, als diese Nichtbedienung gerechtfertigt werden kann aus der Tatsache des Zusammenbruchs. Dieser Gesichtspunkt muß in bezug auf die nach dem Zusammenbruch gezogenen Nutzungen ausscheiden. § 11 findet nur insoweit Anwendung, als sich nicht bereits aus den §§ 7 bis 9 eine Verpflichtung zur Erfüllung ergibt.

Zu §§ 12 und 13

64. Auch für diese beiden Vorschriften ist die Erwägung maßgeblich gewesen, daß die Regelung der Reichsschulden, wie sie dieser Gesetzentwurf vorsieht, auf dem Zusammenbruch und der dadurch bedingten finanziellen Katastrophenlage des Reiches beruht und in ihr ihre Rechtfertigung, gleichzeitig aber auch die Begrenzung findet, bis zu der eine völlige Vernichtung der Ansprüche gegen das Reich noch verantwortet werden kann. Die §§ 12 und 13 enthalten eine Zusammenstellung von Ansprüchen, deren Nichtbedienung mit der Tatsache des Zusammenbruchs und dem da-

durch auch bedingten Umstand, daß der Bund zur Erfüllung der aus der Vergangenheit noch offenen Verpflichtungen nicht in der Lage ist, nicht begründet werden kann.

Zu § 14

65. In der Rechtsprechung wird im Anschluß an eine Grundsatzentscheidung des Großen Zivilsenats des Bundesgerichtshofes (BGHZ 2, 300) seit längerer Zeit die Auffassung vertreten, daß eine Aufrechnung gegen Forderungen des Reichs mit Ansprüchen gegen das Reich zulässig ist, sofern Forderung und Gegenforderung sich vor dem Währungsstichtag aufrechenbar gegenübergestanden haben, daß also die Tatsache, daß zwar die Forderung des Reichs, nicht aber die zur Aufrechnung gestellte Gegenforderung auf Deutsche Mark umgestellt ist (§ 14 UG), einer Aufrechnung nicht entgegensteht. Der Bundesgerichtshof hat in seiner Entscheidung zum Ausdruck gebracht, es verstoße gegen Treu und Glauben, die Aufrechnungsmöglichkeit in diesem Falle nur deshalb nicht zuzulassen, weil die Gleichartigkeit der Forderungen zwar in dem Zeitpunkt gegeben gewesen sei, in welchem sich die beiderseitigen Forderungen erstmals aufrechenbar gegenübergestanden haben, jedoch nicht mehr im Zeitpunkt der Aufrechnungserklärung.

Es könnte demgegenüber die Ansicht vertreten werden, daß es unbillig sei, einem Gläubiger des Reichs das Recht zuzugestehen, sich im Wege der Aufrechnung wegen seines Anspruches voll zu befriedigen, die Ansprüche der übrigen Gläubiger des Reichs aber grundsätzlich untergehen zu lassen, wie es nach § 1 des Entwurfes geschehen soll. Wenn der Gesetzentwurf trotz dieser begründeten Bedenken in gewissem Umfange die Möglichkeit einer Aufrechnung zuläßt, so in der auch vom Bundesgerichtshof angestellten Erwägung, daß in gewissen Fällen die Verpflichtung eines Schuldners des Reichs wirtschaftlich gesehen mit dem Zeitpunkt der Aufrechnungsfähigkeit als nicht mehr existent betrachtet werden kann.

66. Die Regelung, die § 14 hinsichtlich der Aufrechnung vorsieht, verknüpft Rechtsgedanken des Aufrechnungsrechts mit denen des Zurückbehaltungsrechts. Der Entwurf läßt grundsätzlich eine Aufrechnung gegen einen Anspruch des Reiches nur zu, wenn der Gegenanspruch mit diesem Anspruch in einem rechtlichen oder wirtschaftlichen Zusammenhang steht. Die Begründung für diese Einengung der Aufrechnungsmöglichkeit ist die

gleiche, die auch dafür maßgebend gewesen ist, daß im Rahmen dieses Gesetzes von einer quotalen Bedienung aller nicht verbrieften Ansprüche gegen die Rechtsträger des § 1 Nr. 1 bis 3 überhaupt abgesehen worden ist: Nämlich die technische Unmöglichkeit, eine quotale Erfüllung durchzuführen, insbesondere auch die Beweisnot hinsichtlich aller rechtsvernichtenden Tatsachen, für welche die öffentliche Hand beweispflichtig sein würde (vgl. Textziffer 46 bis 48). Würde die Aufrechnung auch dann zugelassen, wenn eine Konnexität zwischen Anspruch und Gegenanspruch nicht vorliegt, so würde es in diesen Fällen dem Bund im allgemeinen unmöglich sein, heute noch den Nachweis zu erbringen, daß der zur Aufrechnung gestellte Gegenanspruch inzwischen erfüllt oder in anderer Weise untergegangen ist. Andererseits aber kann angenommen werden, daß bei vorliegender Konnexität diese Beweisführung nicht unmöglich ist. Eine Aufrechnung kommt, wenn die Konnexität vom Gesetz gefordert wird, praktisch nur dann in Betracht, wenn der Bund eine Forderung des Reichs gegen einen Dritten geltend macht. Eine Forderung des Reichs kann der Bund mit Aussicht auf Erfolg nur dann geltend machen, wenn er über die notwendigen Beweismittel hinsichtlich der Existenz dieser Forderung verfügt. Sind diese Beweismittel aber vorhanden, so kann im allgemeinen angenommen werden, daß dem Bund auch die Unterlagen hinsichtlich der zur Aufrechnung gestellten konnexen Gegenforderung noch zur Verfügung stehen.

67. Die Einführung zurückbehaltungsrechtlicher Elemente in die Aufrechnung, wie sie der § 14 vorsieht, bedeutet aber gegenüber der Rechtsprechung nicht nur eine Einengung, sondern gleichzeitig auch eine für den Schuldner des Reichs bedeutsame Ausweitung der Aufrechnungsmöglichkeit. Absatz 2 erklärt nämlich die Aufrechnung auch dann für zulässig, wenn die aufzurechnenden Ansprüche oder einer von ihnen nicht auf Geld gerichtet oder noch nicht fällig sind. Daß diese Ausweitung gleichzeitig Regelungen entspricht, wie sie die Konkursordnung vorsieht, ist ein zufälliger Umstand. Er ist für die praktische Durchführung dieser Bestimmung aber insofern von besonderer Bedeutung, als sich zu den entsprechenden Vorschriften der Konkursordnung eine feststehende Rechtsprechung entwickelt hat.

68. Die vorerwähnte Regelung der Aufrechnung soll auch für alle diejenigen Aufrech-

nungen gelten, die bereits in der Zeit nach dem 31. Juli 1945 erklärt worden sind. Die Aufrechnungserklärungen sind daher nur insoweit wirksam, als die in Absatz 1 geforderten Voraussetzungen in dem Zeitpunkt vorgelegen haben, in dem die Aufrechnungserklärung dem Aufrechnungsgegner zugegangen ist. Für Aufrechnungen, die vor dem 1. August 1945 erklärt wurden, bleiben ausschließlich die einschlägigen Bestimmungen des bürgerlichen Rechts maßgebend.

§ 14 bringt ferner noch zum Ausdruck, daß rechtskräftige Gerichtsentscheidungen durch die in dieser Vorschrift getroffene Regelung des Aufrechnungsrechts nicht berührt werden.

Zu § 15

69. Im Gegensatz zu den gegen das Deutsche Reich und dessen Sondervermögen gerichteten Ansprüchen sind die Reichsmarkansprüche gegen das ehemalige Land Preußen auf Deutsche Mark umgestellt. Ob durch die Umstellungsgesetzgebung auch die gegen das Unternehmen Reichsautobahnen gerichteten Reichsmarkansprüche auf Deutsche Mark umgestellt worden sind, könnte deshalb zweifelhaft sein, weil der Sitz dieses Unternehmens in Berlin-Ost gewesen ist. Soweit eine Umstellung der genannten Ansprüche bisher noch nicht erfolgt ist, der Entwurf jedoch ihre Erfüllung vorsieht, ist es notwendig, auch die formalen Voraussetzungen für die Erfüllbarkeit zu schaffen, d. h. auch Bestimmungen hinsichtlich der Umstellung dieser Ansprüche zu treffen. Diesem Zweck dient die Vorschrift des § 15. Die Bestimmung geht auf die vorerwähnten etwaigen Zweifel, in welchem Umfang bereits eine Umstellung der Ansprüche erfolgt ist, nicht ein, setzt vielmehr die Vorschrift des § 14 des Umstellungsgesetzes in dem Umfange außer Kraft, als durch diese Vorschrift Ansprüche gegen die in § 1 Nr. 1 bis 3 genannten Rechtsträger von der Umstellung ausgeschlossen worden sind.

70. Die Aufhebung des § 14 UG hat zur Folge, daß die Vorschriften im 2., 3. und 4. Abschnitt von Teil II des Umstellungsgesetzes nunmehr auch auf alle Reichsmarkansprüche gegen das Reich und das Unternehmen Reichsautobahnen Anwendung finden. Von besonderer Bedeutung sind in diesem Zusammenhang im Hinblick auf die in diesem Gesetz als erfüllbar erklärten Anspruchsgruppen die Vorschriften der §§ 16 und 18 UG. Die Vorschrift des § 20 UG, die

bei beiderseits noch nicht erfüllten Verträgen dem Geldschuldner die Möglichkeit eines Rücktritts einräumt, tritt nicht mehr in Wirksamkeit, da die Rücktrittserklärung in der genannten Bestimmung nur innerhalb einer — inzwischen bereits abgelaufenen — Frist als zulässig erklärt worden ist. Es besteht kein Bedürfnis, diese Rücktrittsfrist im vorliegenden Entwurf erneut in Gang zu setzen, da auch der Entwurf bei beiderseits nicht erfüllten gegenseitigen Verträgen in § 9 Abs. 4 die Möglichkeit eines Rücktritts gewährt, wenn auch unter einschränkenden Voraussetzungen. Jedenfalls wird auch hier dem Geldschuldner der in § 1 Nr. 1 bis 3 genannten Rechtsträger die Möglichkeit eröffnet, sich von seinen Vertragsverpflichtungen zu befreien, wenn die Erfüllung dieser Verpflichtungen für ihn unzumutbar ist. Ist Geldschuldner der Rechtsträger selbst, so unterliegt es seiner freien Entschließung, von seiner eigenen Verpflichtung dadurch frei zu werden, daß er auf Durchführung des Vertrages nicht besteht. Der Gewährung einer Rücktrittsbefugnis zugunsten des Rechtsträgers bedurfte es hiernach nicht.

Zu § 16

71. Auch soweit der Gesetzentwurf die Erfüllung einzelner Gruppen von Ansprüchen gegen die Rechtsträger (§ 1 Nr. 1 bis 3) vorsieht, muß er der Tatsache Rechnung tragen, daß dem Bund nur ein Teil des Herrschaftsbereichs, der Bevölkerungszahl und damit auch des Sozialprodukts und der Finanz- und Steuerkraft des ehemaligen Reichs zur Verfügung steht. Der Bund kann deshalb grundsätzlich nur solche Ansprüche erfüllen, welche dem Westbestand der Ansprüche gegen das Reich und die sonstigen Rechtsträger des § 1 Nr. 1 bis 3 zugerechnet werden können. Bei der Frage, von welchem Merkmal die Zuweisung eines Anspruchs zum Westbestand abhängig gemacht werden könnte, ergeben sich zwei Möglichkeiten: Das Merkmal der Bezogenheit eines Anspruchs auf das Gebiet der Bundesrepublik und das Merkmal des Wohnsitzes des Gläubigers. Der Gesetzentwurf läßt grundsätzlich den Wohnsitz des Gläubigers maßgeblich sein.

72. Soweit es sich bei den zu erfüllenden Ansprüchen um solche aus gegenseitigen Verträgen, auf Nutzungsentschädigung und aus Verwaltungsmaßnahmen, aus Verwahrungen und auf Abgabe von Erklärungen handelt, ist kein Grund ersichtlich, die Erfüllung dieser Ansprüche davon abhängig zu machen, daß der Gläubiger seinen Wohnsitz im Gebiet der

Bundesrepublik hat. Wird etwa die Erfüllung eines Vertrages gegenüber einem im Gebiet der Ostzone wohnhaften Vertragsgegner verlangt, so kann die Gegenleistung nicht mit der Begründung des mangelnden Wohnsitzes in der Bundesrepublik abgelehnt werden. Werden im Rahmen von Verwaltungsmaßnahmen Dienstleistungen von seiten einer nicht in der Bundesrepublik ansässigen Person entgegengenommen, so wäre es ungerechtfertigt, dieser die Gegenleistung im Hinblick auf mangelnde Wohnsitzvoraussetzungen zu versagen. Diese Ansprüche sind auf das Gebiet der Bundesrepublik bezogen und deshalb ohne Rücksicht auf den Wohnsitz des Gläubigers, zu erfüllen.

73. Eine andere Regelung muß Platz greifen bei den nach § 6 zu erfüllenden Versorgungs- und Schadensersatzansprüchen. Die Bundesrepublik trägt eine unmittelbare Sorgepflicht nur für die in ihrem Gebiet ansässigen Personen. Ansprüche der in § 6 genannten Art sind deshalb grundsätzlich nur denjenigen Berechtigten gegenüber zu erfüllen, die ihren Wohnsitz in der Bundesrepublik haben. Gleichgültig ist dabei, ob die Ursachen, auf welche diese Ansprüche sich stützen, innerhalb oder außerhalb dieses Gebiets gesetzt worden sind; auch soweit im Rahmen der Aufrechnung der Gesetzentwurf einem Gläubiger die Möglichkeit gibt, die Erfüllung seines Anspruchs im Wege der Aufrechnung zu erreichen, muß diese Möglichkeit auf die Fälle beschränkt bleiben, in denen durch den Wohnsitz des Gläubigers eine räumliche Beziehung des Berechtigten zur Bundesrepublik besteht.

74. § 16 enthält die für die Erfüllung der Renten- und Schadensersatzansprüche und für die Zulässigkeit der Aufrechnung maßgeblichen persönlichen Voraussetzungen. Es ist in diesem Zusammenhang schon hier darauf hinzuweisen, daß die wesentliche materielle Bedeutung dieser Bestimmung sich auf die verbrieften Verbindlichkeiten bezieht, mit deren Regelung sich der Dritte Teil des Entwurfs befaßt.

75. Bei der Prüfung der Frage, zu welchem Zeitpunkt die in § 16 festgelegten Wohnsitzvoraussetzungen erfüllt sein müssen, hat sich ergeben, daß dieser Zeitpunkt nicht auf den Stichtag des Inkrafttretens dieses Gesetzes abgestellt werden kann, weil ein solcher Stichtag zahlreichen in der Ostzone ansässigen Gläubigern Anlaß geben könnte, ihren Wohnsitz in das Gebiet der Bundesrepublik zu verlegen. Der in § 16 aufgenommene

Stichtag des 31. Mai 1950 ist mit Rücksicht darauf gewählt worden, daß zu diesem Zeitpunkt die nach § 30 UG vorgeschriebene Anmeldung verbrieft Ansprüche gegen das Reich im wesentlichen abgeschlossen war und dadurch die Nachprüfung der Anspruchsberechtigung erheblich erleichtert ist.

76. Daß die Gruppen der Heimkehrer, Vertriebenen, Sowjetzonenflüchtlinge und die im Wege der Familienzusammenführung in das Bundesgebiet zugezogenen Personen in § 16 von den Stichtagvoraussetzungen befreit worden sind, ist ein selbstverständliches politisches Erfordernis und entspricht den Regelungen, wie sie etwa auch im Lastenausgleichsgesetz, im Gesetz zur Regelung der Rechtsverhältnisse der unter Art. 131 GG fallenden Personen oder in anderen Gesetzen getroffen worden sind.

77. Verpflichtungen, welche die Bundesrepublik im Londoner Schuldenabkommen übernommen hat, machten es erforderlich, in § 16 entsprechende Wohnsitzvoraussetzungen auch für die ausländischen Berechtigten festzulegen.

Zu § 17

78. Die in § 16 festgelegten persönlichen Voraussetzungen sind grundsätzlich nur dann anwendbar, wenn der zu erfüllende Anspruch sich in der Hand eines Gläubigers befindet. Steht das Gläubigerrecht einer Bruchteilsgemeinschaft zu, so ist jedes einzelne Mitglied dieser Bruchteilsgemeinschaft hinsichtlich seines Bruchteilsanspruchs nur insoweit berechtigt, Leistungen auf Grund dieses Gesetzes zu verlangen, als dieses Mitglied in seiner Person die Voraussetzungen des § 16 erfüllt. Einer besonderen Bestimmung in diesem Gesetz bedurfte es insoweit nicht. Eine Sonderregelung ist jedoch für den Fall erforderlich, daß der Anspruch einer Gesamthandsgemeinschaft zusteht. § 17, der sich mit den persönlichen Voraussetzungen einer Gesamthandsgemeinschaft befaßt, unterscheidet dabei drei Gruppen von Gemeinschaften: Familien- und erbrechtliche Gemeinschaften, handelsrechtliche Gemeinschaften und Gemeinschaften sonstiger Art. Diese verschiedenen Gruppen von Gemeinschaften erfahren in § 17 eine unterschiedliche Behandlung. Während es bei den familien- und erbrechtlichen Gemeinschaften genügt, daß die persönlichen Voraussetzungen des § 16 in der Person eines Mitberechtigten gegeben sind, wird die Berechtigung bei Gemeinschaften des Handelsrechts an den Sitz und den Ort der Geschäftsleitung dieser Gemeinschaften

geknüpft und bei Gemeinschaften sonstiger Art (Gesellschaften, nicht rechtsfähige Vereine) verlangt, daß die persönlichen Voraussetzungen bei sämtlichen Mitberechtigten erfüllt sind.

Hierzu ist folgendes zu bemerken:

79. Gesamthandsgemeinschaften sind keine selbständigen Rechtspersönlichkeiten. Alle Vermögensrechte der Gemeinschaft stehen allen Gesamthändern zu. Es würde demnach der Natur der Gesamthandsgemeinschaft entsprechen, wenn eine Regelung getroffen würde, nach welcher die persönlichen Voraussetzungen bei allen Gesamthändern vorliegen müßten. Wenn § 17 es bei den familien- und erbrechtlichen Gemeinschaften für ausreichend ansieht, daß diese Voraussetzungen von nur einem Gesamthänder erfüllt sind, so liegt das in der besonderen Natur dieser Gesamthandsgemeinschaften, bei denen die engen persönlichen und rechtlichen Bindungen der Gesamthänder untereinander diese Ausnahmebehandlung als gerechtfertigt erscheinen lassen. Bei den Gesamthandsgemeinschaften handelsrechtlicher Art ist ein örtlicher Anknüpfungspunkt dieser Gemeinschaften durch den auf Grund handelsrechtlicher Bestimmungen notwendigen Sitz und durch den Ort ihrer Geschäftsleitung gegeben. Bei den Gesellschaften des bürgerlichen Rechts fehlen derartige Anknüpfungspunkte. Es ist aus diesem Grunde in § 17 zu Recht verlangt, daß die Wohnsitzvoraussetzungen bei diesen Gesellschaften in der Person aller Mitberechtigten erfüllt sein müssen.

Unter ehelicher Gütergemeinschaft im Sinne dieser Bestimmung ist auch die fortgesetzte eheliche Gütergemeinschaft, unter Kommanditgesellschaft auch die Kommanditgesellschaft auf Aktien zu verstehen, ohne daß dies im Gesetz besonders erwähnt werden muß.

Zu § 18

80. Die durch den Krieg und Kriegsfolgen entstandene Minderung der Leistungsfähigkeit der öffentlichen Hand kann demjenigen nicht entgegeng gehalten werden, dessen Ansprüche unmittelbar auf die Sache bezogen sind und gegen jedermann geltend gemacht werden können. Aus diesem Grunde sieht § 16 vor, daß dingliche Ansprüche gegen die in § 1 Nr. 1 bis 3 genannten Rechtsträger grundsätzlich zu erfüllen sind. Soweit es sich bei diesen Ansprüchen um Ansprüche auf Zahlung von Geld oder auf Leistung einer sonstigen vertretbaren Sache handelt, muß

die Erfüllungsverpflichtung allerdings beschränkt bleiben auf solche Ansprüche, die nach dem 31. Juli 1945 fällig geworden sind oder bei denen — soweit sie auf Schadensersatz gerichtet sind — der Schaden durch nach diesem Zeitpunkt getroffene Maßnahmen verursacht worden ist. Es wäre nicht gerechtfertigt, hinsichtlich dieser vor dem Zusammenbruch fällig gewordenen oder begründeten Ansprüche die Auswirkungen des Krieges und des Zusammenbruchs hier nicht in gleicher Weise wirksam werden zu lassen wie es der Entwurf grundsätzlich bei den schuldrechtlichen nichtverbrieften Ansprüchen vorsieht. Das gleiche gilt bezüglich des Stichtages für Ansprüche aus § 1004 BGB im Falle der Beeinträchtigung des Eigentums oder eines anderen Rechts an einer Sache.

81. § 18 Abs. 2 soll jeden Zweifel darüber ausschließen, daß die öffentlichen Rechtsträger in keinem Falle als unrechtmäßige unredliche Besitzer im Sinne der §§ 987 ff. BGB anzusehen sind. Diese können daher z. B. von dem Eigentümer uneingeschränkt Ersatz der auf die Sache gemachten notwendigen und nützlichen Verwendungen verlangen (§ 994 Abs. 2 kann z. B. keine Anwendung finden), sie sind nach § 997 Abs. 1 BGB berechtigt, Sachen abzutrennen und sich anzueignen, die sie als wesentliche Bestandteile mit dem Grundstück verbunden haben (§ 997 Abs. 2 kann keine Anwendung finden), sie können nach § 1000 Satz 1 BGB die Herausgabe der Sache bis zum Ersatz der Verwendungen verweigern (§ 1000 Satz 2 BGB kann keine Anwendung finden) und unter gewissen Voraussetzungen wegen der Verwendungen Befriedigung aus der Sache nach den Vorschriften über die Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen suchen. Nutzungen haben die Rechtsträger in Anwendung der Vorschriften über die ungerechtfertigte Bereicherung nur insoweit herauszugeben, als sie nach den Regeln einer ordnungsmäßigen Wirtschaft nicht als Ertrag des Grundstücks anzusehen sind.

82. Obligatorische Ansprüche unterliegen auch dann der Negativklausel des § 1, wenn sie grundpfandrechtlich gesichert sind. Nach allgemeinem bürgerlichem Recht würde dies bedeuten, daß Hypotheken Eigentümergrundschulden würden und daß bei Grund- und Rentenschulden der Grundstückseigentümer deren Rückübertragung nach Bereicherungsgrundsätzen verlangen könnte. Wenn Absatz 3 des § 18 in Abweichung hiervon diese Grundpfandrechte für erloschen erklärt,

so liegt der Grund hierfür in der Absicht, die Verwaltungsarbeit zu vereinfachen.

Zu § 19

83. Grundstücke, welche die Rechtsträger des § 1 Nr. 1 bis 3 in der Zeit vor dem Zusammenbruch auf Grund des Reichsleistungsgesetzes oder auf Grund vertraglicher Abmachungen mit dem Eigentümer in Besitz genommen haben, sind vielfach durch Maßnahmen der Besitzer wesentlich umgestaltet, häufig auch nach dem Zusammenbruch noch für öffentliche Zwecke weiter genutzt worden. Daß diese Grundstücke nun weitgehend an die Eigentümer herausgegeben werden sollen, wird oft besondere organisatorische Maßnahmen notwendig machen. Mit Rücksicht hierauf und auch wegen des den Besitzern nach der Regelung des § 18 zustehenden Wegnahmerechts ist es erforderlich, den Besitzern das Recht einzuräumen, die Herausgabe von Grundstücken an die Berechtigten vorübergehend zu verweigern. Das ist der Sinn der Vorschrift des § 19. Es kann angenommen werden, daß die vorgesehene einjährige Schonfrist im allgemeinen den Belangen der öffentlichen Hand hinreichend Rechnung trägt. Da es im Einzelfall für den Eigentümer schwierig sein kann, den Schuldner des Herausgabeanspruchs zu ermitteln, sieht der Entwurf vor, daß die einjährige Schonfrist auch dann zu laufen beginnt, wenn der Berechtigte die Herausgabe anstatt vom Schuldner von der Bundesrepublik verlangt.

Die Schonfrist steht dem Herausgabepflichtigen auch dann zu, wenn der Besitz auf Grund eines Kauf- oder Tauschvertrages erlangt worden ist, dieser Vertrag aber mit Wirkung vom 1. August 1945 als aufgelöst gilt, weil der Rechtsträger (§ 1 Nr. 1 bis 3) innerhalb der im § 9 vorgesehenen Frist die Erfüllung des Vertrages vom anderen Teil nicht verlangt hat.

84. Der Wortlaut des § 19, der dem Herausgabepflichtigen ein Leistungsverweigerungsrecht auch dann zubilligt, wenn dem Pflichtigen ein Recht zum Besitz nicht zusteht, könnte zu der Auffassung Anlaß geben, daß auch bei bestehendem Besitzrecht in jedem Falle nach Ablauf der Schonfrist die Herausgabe des Grundstücks an den Berechtigten zu erfolgen habe. Eine solche Auslegung der Bestimmung wäre jedoch unrichtig. Besitzrechte, die aus der Zeit vor dem Zusammenbruch bestehen oder nach diesem Zeitpunkt neu begründet wurden, werden durch die Vorschriften dieses Geset-

zes nicht berührt. Das ergibt sich auch aus Absatz 2 des § 19, nach welchem der Besitzer sich nicht auf ein Besitzrecht berufen kann, das nur auf einer vor dem 1. August 1945 vorgenommenen öffentlich-rechtlichen Inanspruchnahme beruht. Auch darin kommt zum Ausdruck, daß die Berufung auf sonstige Besitzrechte nicht ausgeschlossen wird.

85. Die Begründung dafür, daß Absatz 2 dem Besitzer das Recht abspricht, sich auf ein Besitzrecht zu berufen, das nur auf einer vor dem 1. August 1945 vorgenommenen öffentlich-rechtlichen Inanspruchnahme beruht, liegt darin, daß es sich bei derartigen Inanspruchnahmen im allgemeinen um durch den Krieg bedingte Notmaßnahmen handelte, deren Durchführung bei den damaligen Verhältnissen im allgemeinen außerordentlich dringlich war und deshalb die Aufnahme von Verhandlungen mit dem Eigentümer nicht zuließ. Wird ein derartiges Grundstück auch heute noch für öffentliche Aufgaben benötigt, so kann erwartet werden, daß die öffentliche Hand sich ein auf Vertrag beruhendes Besitzrecht verschafft oder die Wahrung ihrer Belange im Wege eines Enteignungsverfahrens sicherstellt.

86. § 20 gibt dem herausgabepflichtigen öffentlichen Rechtsträger die Befugnis, die Enteignung wegen des an sich herauszugebenden Grundstücks zu betreiben, wenn dies zum Wohle der Allgemeinheit noch benötigt wird. Da vielfach ein derartiges Enteignungsverfahren nicht bis zum Ablauf der Schonfrist durchgeführt werden kann, war es notwendig, dem Herausgabepflichtigen in § 19 ein Leistungsverweigerungsrecht bis zur Beendigung des Enteignungsverfahrens einzuräumen, sofern dieses Verfahren wenigstens bis zum Ablauf der Schonfrist eingeleitet wird.

Zu § 20

87. Die Bundesrepublik Deutschland besitzt und nutzt heute noch in erheblichem Umfange Grundstücke, die im Eigentum Dritter stehen, obwohl sie für Zwecke der öffentlichen Verwaltung dauernd oder auf noch nicht absehbare Zeit benötigt werden. Wegen der Übereignung dieser Grundstücke oder wegen der Besitzüberlassung an diesen Grundstücken sind vor dem Zusammenbruch vielfach Verhandlungen aufgenommen oder Enteignungsverfahren eingeleitet, jedoch nicht mehr zum Abschluß gebracht worden. In anderen Fällen wurden diese Grundstücke von der öffentlichen Hand auf Grund des Reichs-

leistungsgesetzes oder sogar formlos in Anspruch genommen. Die Grundstücke sind in großem Umfange Teile einer Gesamtanlage geworden, mit erheblichen Unkosten umgestaltet oder mit Aufbauten versehen worden. Es besteht ein dringendes Bedürfnis, in Fällen dieser Art die Grundstücke für die öffentliche Hand zu Eigentum zu erwerben und zu diesem Zweck auch die Möglichkeit einer Enteignung zu schaffen. Ein Bundesenteignungsgesetz, das für eine derartige Maßnahme eine rechtliche Handhabe bieten könnte, besteht nicht. Diese Lücke wird durch § 20 ausgefüllt, der ein auf die Zwecke dieses Gesetzentwurfs abgestelltes besonderes Enteignungsrecht schafft. Der Entwurf konnte dabei weitgehend auf die bereits vorliegenden Vorschriften des Baulandbeschaffungsgesetzes vom 3. August 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 720) zurückgreifen. Ein Enteignungsrecht ist in § 20 nur für die Fälle vorgesehen, in denen ein Grundstück anders als auf Grund eines Kauf- oder Tauschvertrages in Besitz genommen worden ist. Ist ein auf Kauf- oder Tauschvertrag begründetes Besitzrecht gegeben, so liegt es in der Hand des Besitzers, die Erfüllung des Vertrages nach Maßgabe der §§ 8 und 9 dieses Entwurfs zu erwirken.

88. In dem bereits erwähnten Baulandbeschaffungsgesetz waren für die Wertfestsetzung eines zu enteignenden Grundstücks dessen tatsächlicher Zustand im Zeitpunkt der Enteignung sowie die Preisverhältnisse vom 17. Oktober 1936 maßgeblich.

Wäre diese Regelung hinsichtlich des tatsächlichen Zustandes unverändert in die Enteignungsbestimmungen des § 20 übernommen worden, so hätte dies zur Folge gehabt, daß der Eigentümer auch für Werterhöhungen zu entschädigen wäre, die nicht durch ihn, sondern seit der Inbesitznahme des Grundstücks durch die öffentliche Hand auf deren Kosten und Veranlassung vorgenommen wurden. Das aber erscheint nicht gerechtfertigt. Aus diesem Grunde soll die Wertbemessung im Gegensatz zu der Regelung des Baulandbeschaffungsgesetzes nicht auf den heutigen Zustand des Grundstücks, sondern auf den Zustand im Zeitpunkt der Inbesitznahme abgestellt werden. Diese Wertberechnung kann aber dann nicht Platz greifen, wenn das Grundstück in der Zeit seit der Inbesitznahme eine Wertminderung erfahren hat. Da der Entwurf dieses Gesetzes die Erfüllung von nichtverbrieften Ansprüchen gegen das Reich, also auch von Schadensersatzansprüchen jeglicher Art, grundsätzlich nicht vor-

sieht, eine auf den tatsächlichen Zustand eines Grundstücks im Zeitpunkt der Inbesitznahme abgestellte Entschädigung aber mittelbar auch eine Schadensersatzleistung für Wertminderungen darstellen würde, ist in dem Falle eingetretener Wertminderung die Wertberechnung auf den Zeitpunkt der Entscheidung über den Enteignungsantrag abgestellt.

Der Entwurf hat in Abweichung von § 10 des Baulandbeschaffungsgesetzes die Höhe der Enteignungsentschädigung nicht nach den Preisverhältnissen vom 17. Oktober 1936, sondern nach dem gemeinen Wert zur Zeit der Entscheidung über den Enteignungsantrag festgesetzt. Die Enteignungsfälle dieses Gesetzes sind nämlich mit denen des Baulandbeschaffungsgesetzes nur teilweise vergleichbar. Unter das Baulandbeschaffungsgesetz fallen praktisch nur unbebaute Grundstücke und in Einzelfällen Trümmergrundstücke, während die Enteignungsbestimmungen dieses Gesetzes auf unbebaute, bebaute und Trümmergrundstücke in gleicher Weise Anwendung finden. Die beiden letzteren Grundstücksgruppen sind jedoch von allen Preisbindungen frei. Würde bei ihnen auf die Preisverhältnisse vom Jahre 1936 zurückgegriffen werden, so müßten Entschädigungen vielfach auf einen Bruchteil dessen festgesetzt werden, was die Eigentümer bei einem freihändigen Verkauf erhalten würden. Die Festsetzung einer Entschädigung nach den Preisverhältnissen vom 17. Oktober 1936 würde daher gegen den Artikel 14 GG verstoßen.

Zu §§ 21 und 22

89. Es ist bereits in der Begründung zu den §§ 18 und 20 darauf hingewiesen worden, daß der Eigentümer eines Grundstücks keinen Anspruch hat auf Entschädigung für Wertminderungen, die an diesem Grundstück seit dessen Inbesitznahme durch einen der Rechtsträger des § 1 Nr. 1 bis 3 und durch Maßnahmen dieses Rechtsträgers entstanden sind. Es ist dort ferner zum Ausdruck gebracht worden, daß bei einer in der gleichen Zeit und durch Maßnahmen gleicher Art eingetretenen Werterhöhung der Eigentümer verpflichtet ist, bei Rückgabe des Grundstücks diese Werterhöhungen in vollem Umfange zu erstatten (vgl. Textziffer 81). Da zweifellos in einer großen Anzahl von Fällen wegen des Umfangs der eingetretenen Wertminderungen oder wegen der Höhe des Erstattungsanspruchs für Werterhöhungen eine Rücknahme des Grundstücks für den Eigentümer nicht zumutbar sein wird, hat § 21 in diesen

Fällen die Verpflichtung der öffentlichen Hand vorgesehen, das Grundstück auf Verlangen des Eigentümers zu erwerben. Praktische Anwendungsfälle dieser Bestimmung werden in größerem Umfange bei denjenigen Grundstücken gegeben sein, die durch die Anlage des Westwalls einschließlich der Höckerlinie und durch sonstige Angriffs- oder Verteidigungsanlagen (z. B. Luftschutzbunker, Feuerlöschteiche) Veränderungen erfahren haben. Ist die Rücknahme dem Eigentümer nur hinsichtlich eines Teils eines Grundstücks nicht zumutbar, so kann er das vorerwähnte Verlangen gegenüber der öffentlichen Hand auch auf diesen Grundstücksteil beschränken. Das gilt nach der Vorschrift des § 21 jedoch dann nicht, wenn dieser Grundstücksteil für die öffentliche Hand nur in Verbindung mit anderen Teilen des gleichen Grundstücks wirtschaftlich nutzbar gemacht werden kann.

Zu § 23

90. Infolge der Neuordnung der staatlichen Verhältnisse nach dem Zusammenbruch, insbesondere infolge des Wegfalls einzelner Anspruchsschuldner (etwa des Landes Preußen) ergibt sich die Person des Schuldners hinsichtlich der nach diesem Gesetzentwurf zu erfüllenden Ansprüche nicht immer ohne weiteres. Der Entwurf mußte deshalb die Person des Anspruchsschuldners durch positive Regelung bestimmen. Das ist in § 23 geschehen. Daß in dieser Bestimmung die Bundesrepublik Deutschland (einschl. ihrer Sondervermögen) insoweit als Anspruchsschuldner bezeichnet worden ist, als sich die zu erfüllenden Ansprüche gegen das Reich und dessen Sondervermögen gerichtet haben, ergibt sich bei Annahme der Identität von Reich und Bund zwangsläufig, bei Annahme einer Fortexistenz des Reiches als einer neben dem Bund bestehenden selbständigen Körperschaft sowohl aus der Tatsache, daß das Vermögen des Reiches gemäß Art. 134 Abs. 1 GG auf den Bund übergegangen ist, als auch aus der Tatsache, daß der Bund die Aufgaben des Reiches weitgehend übernommen hat.

Obwohl das Vermögen des ehemaligen Landes Preußen auf Grund von Art. 135 Abs. 1 bis 3 GG im wesentlichen nicht auf den Bund, sondern auf die preußischen Nachfolgeländer übergegangen ist, sieht der Entwurf vor, daß der Bund auch für diejenigen Verpflichtungen eintritt, die als Ansprüche gegen das ehemalige Land Preußen begründet wurden und nach diesem Gesetz zu erfüllen sind. Der Ent-

wurf ist zu dieser Regelung deshalb gekommen, weil die zu erfüllenden Ansprüche gegen das ehemalige Land Preußen zum großen Teil nicht mit Sicherheit auf ein bestimmtes Nachfolgeland räumlich bezogen werden können.

91. Nach Art. 90 GG ist das Gesamtvermögen des Unternehmens Reichsautobahnen in das Eigentum des Bundes übergegangen. Der Entwurf trägt, indem er dem Bund die Erfüllungsverpflichtung hinsichtlich der gegenüber dem Unternehmen Reichsautobahnen entstandenen Verbindlichkeiten auferlegt, dieser Tatsache Rechnung.

92. Eine Ausnahme von dem Grundsatz, daß Schuldner der zu erfüllenden Ansprüche der Bund ist, sieht der Entwurf für Ansprüche vor, die im Rahmen einer auf einen anderen Rechtsträger als den Bund übergegangenen Verwaltung entstanden sind. Das gleiche gilt für Ansprüche, die im Zusammenhang mit einem Vermögensgegenstand entstanden sind, der in die Verwaltung oder das Eigentum eines anderen Rechtsträgers als des Bundes übergegangen ist. In diesen Fällen ist der Schuldner der andere Rechtsträger.

Da es für den Gläubiger vielfach schwierig oder sogar unmöglich sein wird, den Anspruchsschuldner selbst zu ermitteln, war die Bestimmung des Absatzes 3 erforderlich, die den Gläubiger berechtigt, die Erfüllung seines Anspruches in jedem Falle vom Bund zu verlangen, es sei denn, daß der Bund ihm nachweist, daß ein anderer Rechtsträger haftet.

Zu § 24

93. Diese Vorschrift regelt die funktionelle und örtliche Zuständigkeit der Dienststellen, denen gegenüber die nach diesem Gesetz zu erfüllenden Ansprüche geltend zu machen sind.

Zum Ersten Abschnitt des Dritten Teils

94. Der Dritte Teil behandelt nur — von weniger bedeutsamen Ausnahmen abgesehen — die sogenannten lang- und mittelfristigen verbrieften Ansprüche gegen das Reich einschließlich seiner Sondervermögen und gegen das ehemalige Land Preußen.

Als verbrieft gelten alle Ansprüche, für die Inhaberschuldverschreibungen ausgestellt oder die nach Maßgabe sonstiger Vorschriften der Reichsschuldenordnung z. B. durch Eintragung in das Schuld-

buch begründet worden sind. Der Gesamtbetrag der verbrieften Verbindlichkeiten betrug bei Beendigung des Zweiten Weltkrieges:

Verbrieftes Reich	rd. 390,00 Mrd. RM
Verbrieftes Reichsbahn	rd. 3,55 Mrd. RM
Verbrieftes Reichspost	rd. 0,36 Mrd. RM
Verbrieftes ehemaliges Land Preußen	rd. 0,84 Mrd. RM
Zusammen	rd. 394,75 Mrd. RM

95. Die Zusammenstellung im einzelnen ergibt sich aus folgender Übersicht:

A. Verbindlichkeiten des Reichs: Mrd. RM

1. Alt-Verschuldung (vor 1924 begebene Schulden)	rd. 3,65
2. Nach 1924 begebene Anleihen, Schuldverschreibungen, verzinsliche Schatzanweisungen	rd. 135,—
3. Nach 1924 kurzfristig begebene unverzinsliche Schatzanweisungen und Schatzwechsel	rd. 239,—
4. Schuldscheinverpflichtungen	rd. 12,—
	insgesamt: 389,65

96. Es erscheint von Interesse, hier folgende Vergleichszahlen zu geben:

Die Reichsschuld betrug am

31. März 1913	rd. 4,8 Mrd. Mark
31. März 1914	rd. 5,0 Mrd. Mark
31. Dezember 1918	rd. 93,7 Mrd. Mark
31. März 1933	rd. 12,6 Mrd. Mark
31. März 1939	rd. 30,6 Mrd. Mark

97. Die Schuldscheindarlehen gliedern sich wie folgt auf:

	Mrd. RM
Reichskreditkasse	rd. 10,—
Deutsche Siedlungsbank	rd. 0,072
Dogger-Erz-AG, Blumenberg	rd. 0,007
Bankhaus Nicolai u. Co., Wien	rd. 0,009
Deutsche Rentenbank	rd. 1,549
Reichsversicherungsanstalt für Angestellte	rd. 0,265
Nassauische Sparkasse	rd. 0,057
	insgesamt: 11,959

98. B. Verbindlichkeiten der Reichsbahn

	Mrd. RM
1. 4 1/2 %ige Reichsschatzanweisungen von 1939	0,5
2. 3 1/2 %ige Schatzanweisungen von 1941	0,15

3. 4 0/10ige Reichsbahnanleihe von 1940	1,5
4. 3 1/2 0/10ige Reichsschatzanweisungen von 1944	0,5
5. Schuldscheindarlehen	0,9
insgesamt:	3,55

99. C. Verbindlichkeiten der Reichspost:

	Mrd. RM
1. 4 1/2 0/10ige Postschatzanweisungen von 1940	0,15
2. 3 1/2 0/10ige Postschatzanweisungen von 1944	0,21
insgesamt:	0,36

100. D. Verbindlichkeiten des ehemaligen Landes Preußen

(einschl. eigener und vom Land Oldenburg übernommener Darlehensverpflichtungen, darunter 10,4 Mio RM übernommene Anleihen des Staates Lübeck) 0,84 Mrd. RM

101. Bezeichnet man nach einer zwar nicht ganz genauen, aber doch weitverbreiteten Übung die vorstehend unter A Ziff. 3 und 4 aufgeführten Verbindlichkeiten als kurzfristig, alle anderen als lang- und mittelfristig, so teilt sich der oben angegebene Gesamtbeitrag von rd. 394 Mrd. RM wie folgt auf diese beiden Gruppen auf:

lang- und mittelfristige Verbindlichkeiten	rd. 142 Mrd. RM
kurzfristige Verbindlichkeiten	rd. 252 Mrd. RM.

102. Der allgemeine Sprachgebrauch bezieht in die verbrieften Verbindlichkeiten des Reichs vielfach auch noch folgende, nicht von der Reichsschuldenverwaltung verwaltete Verbindlichkeiten ein:

Stand bei Kriegsende in Mrd. RM	
Mefo-Wechsel	8,1
Betriebsanlageguthaben	0,589
Warenbeschaffungsguthaben	0,176
Steuergutscheine I	0,954
Steuergutscheine II	0,008
Steuergutscheine Anleihestock	0,025
Wehrmachtsverpflichtungsscheine	0,170
insgesamt:	10,022

103. Die Mefo-Wechsel dienten ab 1933 als Mittel der Rüstungsfinanzierung. Sie waren vom Reichsfinanzministerium ausgestellt und von der Metallurgischen Forschungsanstalt GmbH. Berlin akzeptierte und von der Reichsbank diskontierte Wechsel. Zum Teil sind diese Wechsel auch von der Deutschen

Gesellschaft für öffentliche Arbeiten (Offa) indossiert worden. Die Mefo-Wechsel stellen ein Surrogat für Schatzwechsel des Reiches dar. Auf Grund der Mefo-Wechsel hat die Reichsbank sogenannte Mefo-Bescheinigungen ausgestellt und diese an Banken verkauft.

104. Bei Betriebsanlageguthaben handelt es sich um unverzinsliche Darlehen gewerblicher Unternehmer an das Reich, die zur Anschaffung abnutzbarer Anlagegüter des beweglichen Betriebsvermögens nach Kriegsende bestimmt waren. Die Darlehen wurden für die Dauer des Krieges nicht verzinst und sollten nach Kriegsende auf Antrag durch das Reich eingelöst werden. Mit der Unterhaltung der Guthaben waren steuerliche Vorteile verbunden. Die gesetzliche Grundlage war die Verordnung über die Lenkung der Kaufkraft vom 30. Oktober 1941 (Reichsgesetzbl. I S. 665).

105. Die Warenbeschaffungsguthaben beruhten auf der Verordnung vom 28. November 1941 (Reichsgesetzbl. I S. 739). Diese Guthaben entstanden durch Einzahlungen gewerblicher Unternehmer bei den Finanzämtern. Sie waren zur Beschaffung von Waren nach Kriegsende bestimmt. Während des Krieges waren sie unverzinslich, sollten aber nach Kriegsende verzinst werden. Mit der Unterhaltung der Guthaben waren steuerliche Vorteile verbunden.

106. Die Steuergutscheine I und II stellten Zahlungsmittel-Surrogate dar. Sie mußten für einen bestimmten Hundertsatz (40 v. H.) der Rechnungsbeträge von öffentlichen Auftraggebern in Zahlung gegeben werden. Die Unternehmer waren ihrerseits berechtigt, Steuergutscheine bei der Bezahlung von Lieferungen in Zahlung zu geben. Der Besitz von Steuergutscheinen I war mit Steuervergünstigungen verbunden (Bewertungsfreiheit). Sie konnten nach Ablauf von 6 Monaten bei der Entrichtung von Steuern den Finanzkassen in Zahlung gegeben werden. Steuergutscheine II wurden nach Ablauf von 3 Jahren bei der Entrichtung von Steuern mit einem Aufgeld von 12 v. H. in Zahlung genommen. Die Steuergutscheine wurden an den Börsen gehandelt. Gesetzliche Grundlage für die Ausgabe war das Gesetz über die Finanzierung nationalpolitischer Aufgaben des Reiches vom 20. März 1939 (Reichsgesetzbl. I S. 561).

107. Für die Anleihestockgutscheine galt die Dritte Durchführungsverordnung zum An-

leihestockgesetz vom 3. Dezember 1937 (Reichsgesetzbl. I S. 1340). Der Gewinn von Kapitalgesellschaften war, soweit er 6 v. H. des eingezahlten Kapitals überstieg, an die Golddiskontbank zu überweisen. Die DeGo hatte die überwiesenen Beträge treuhänderisch für die Gesellschafter in Reichsanleihe anzulegen.

108. Wehrmachtverpflichtungsscheine wurden nach Kriegsbeginn auf Grund einer Verordnung vom 19. September 1939 (Reichsgesetzbl. I S. 1851) von den zentralen Beschaffungsstellen der Wehrmachtteile (Heer, Marine, Luftwaffe) ausgestellt. Die Scheine stellten Inhaberpapiere im Sinne des § 793 BGB dar. Sie wurden an solche Firmen gegeben, die bei Lieferungsaufträgen erhebliche Aufwendungen für Materialbeschaffung, Löhne usw. hatten; sie sollten eine Finanzierungshilfe für die Unternehmer sein. Die Fälligkeit schwankte zwischen 3 Monaten und 1 Jahr. Sie richtete sich nach dem Zeitpunkt, an dem die erste Teillieferung auf den Auftrag zu erwarten war. Der Lieferant konnte den Wehrmachtverpflichtungsschein, der auch bei der Reichsbank lombardfähig war, Bankinstituten als Unterlage für eine Kreditgewährung übergeben. Mit der Übergabe der Wehrmachtverpflichtungsscheine wurde bezweckt, bare Anzahlungen und Abschlagszahlungen auf die von der Wehrmacht erteilten Aufträge zu vermeiden.

109. Von der Gruppe der kurzfristigen Verbindlichkeiten befanden sich die unverzinslichen Schatzanweisungen und Schatzwechsel fast ausschließlich in Händen von Geldinstituten.

110. Schuldverpflichtungen des Unternehmens Reichsautobahnen

4 1/2 0/oige

Schuldscheindarlehen

rückzahlbar 1. Dez. 1948 237 170 000 RM

4 1/2 0/oige

Schuldscheindarlehen

rückzahlbar 1. Okt. 1949 50 000 000 RM

4 1/2 0/oige

Schuldscheindarlehen

rückzahlbar 1. Okt. 1950 50 000 000 RM

zusammen: 337 170 000 RM

Diese Darlehen sind dem Unternehmen Reichsautobahnen im Jahre 1937 von privaten und öffentlichen Versicherungen gegen Hingabe von Schuldscheinen gewährt worden. Sie waren vom Tage der Einzahlung an mit 4 1/2 v. H. jährlich zu verzinsen und nur

Zug um Zug gegen Rückgabe des Schuldscheines zurückzuzahlen. Für die Verzinsung und Rückzahlung hatte der Reichsminister der Finanzen namens des Reiches auf Grund von Artikel 9 des Gesetzes vom 22. März 1934 (Reichsgesetzbl. I S. 232) die Garantie übernommen.

111. Der Dritte Teil des Entwurfs sieht hinsichtlich der lang- und mittelfristigen verbrieften Ansprüche grundsätzlich vor, daß sie zwar — ebenso wie der größte Teil der nichtverbrieften Ansprüche — untergehen, daß jedoch für sie bestimmte neue Ablösungsansprüche gewährt werden.

Hier stellt sich die verfassungsrechtliche Frage, ob es im Hinblick auf Art. 3 GG zulässig ist, diese verbrieften Ansprüche anders zu behandeln als die Masse der nichtverbrieften Ansprüche. Der Entwurf hat diese Zulässigkeit aus folgenden Erwägungen bejaht. Bei den nichtverbrieften Ansprüchen scheidet der Gedanke einer quotalen Umstellung oder Ablösung an der Tatsache, daß ihre Durchführung verwaltungsmäßig geradezu unmöglich ist. Dieser Gesichtspunkt trifft bei einer quotalen Umstellung oder Ablösung der verbrieften Ansprüche nicht zu. Es kann zwar keinem Zweifel unterliegen, daß auch die Durchführung einer Umstellung oder Ablösung der verbrieften Ansprüche eine sehr erhebliche Verwaltungsarbeit verursachen wird. Ebenso sicher ist aber auch, daß die sich hier ergebenden Schwierigkeiten in keiner Weise denen gleichkommen, die bei einer entsprechenden Behandlung der nichtverbrieften Ansprüche bestehen würden. Vor allem ist bei den verbrieften Ansprüchen die Nachprüfung des Gläubigerrechts unverhältnismäßig einfacher. Vorbehaltlich der Feststellung im Wertpapierbereinungsverfahren ist mit der Vorlage der Schuldverschreibung oder dem Hinweis auf die Schuldbucheintragung dieses Gläubigerrecht nachgewiesen.

112. Zu diesen zwar nur technischen, aber dennoch wesentlichen Erwägungen kommen eine Reihe weiterer Gesichtspunkte hinzu, die ebenfalls für eine Sonderbehandlung der verbrieften Ansprüche geltend gemacht werden. Es genügt in diesem Zusammenhang, darauf hinzuweisen, daß in der Öffentlichkeit diese Sonderbehandlung auch im Hinblick auf die Mündelsicherheit der Staatsanleihen, auf ihren Charakter als Anlagewerte und wegen der Notwendigkeit der Erhaltung des Anleihekredits des Bundes gefordert wird.

Der Gesichtspunkt, daß die lang- und mittelfristig verbrieften Ansprüche als Anlagewerte in diesem Gesetz eine Sonderbehandlung erfahren, war Veranlassung, auch die Kapitalansprüche, für die vor dem 9. Mai 1945 Hypotheken oder Schiffshypotheken bestellt worden waren, sowie auch Kapitalansprüche aus Grund- oder Rentenschulden der Ablösungsregelung des Dritten Teils dieses Gesetzes zu unterwerfen.

113. Im Rahmen der Regelung des Dritten Teils des Entwurfs ist eine Erörterung im Hinblick auf Art. 3 GG auch insoweit geboten, als nach dieser Regelung nur die sogenannten lang- und mittelfristigen, nicht aber die kurzfristigen verbrieften Ansprüche eine Ablösung erfahren sollen. Diese Regelung rechtfertigt sich aber aus der Erwägung, daß die sogenannten kurzfristigen verbrieften Ansprüche, wie insbesondere die unverzinslichen Schatzanweisungen und Schatzwechsel, ihrem wirtschaftlichen Wesen nach den nichtverbrieften Ansprüchen erheblich näher stehen als den lang- und mittelfristigen verbrieften Ansprüchen. Unverzinsliche Schatzanweisungen und Schatzwechsel waren nur Geldmarktpapiere und hatten nicht den Charakter von Anlagewerten. Dies gilt auch für im Jahre 1944 begebene unverzinsliche und ausnahmsweise bis zum Jahre 1961 laufende Schatzanweisungen in Höhe von insgesamt 100 Millionen Reichsmark.

Zu § 25

114. In den Vorbemerkungen zum Dritten Teil des Entwurfs ist bereits darauf hingewiesen worden, daß die Ablösung verbriefter Ansprüche, wie sie der Gesetzentwurf vorsieht, sich auf mittel- und langfristige Ansprüche beschränkt. Die Übernahme des Begriffs der mittel- und langfristigen Ansprüche in das Gesetz würde jedoch nicht ausreichen, um bei der Anwendung des Gesetzes Irrtümer darüber auszuschließen, welche einzelnen Wertpapiergruppen in diesen Begriff einzubeziehen sind. Aus diesem Grunde war es notwendig, die Gruppen von verbrieften Ansprüchen, die nicht in das Reichsschuldbuch, Reichsbahnschuldbuch oder Reichspostschuldbuch eingetragen sind, in einer Anlage zum Gesetz abschließend zu bezeichnen. Diese Anlage ist Bestandteil dieses Gesetzes.

Wegen der in § 25 Abs. 1 Nr. 6 des Entwurfs aufgenommenen Grundpfandrechte wird auf Textziffer 112 verwiesen.

115. Nach den Vorschriften des Reichsschuldbuchgesetzes vom 31. Mai 1891 in der Fassung vom 31. Mai 1910 (Reichsgesetzbl. S. 840) bestand die Möglichkeit, Ansprüche aus Schuldverschreibungen durch Eintragung in das Reichsschuldbuch in Buchschulden des Reichs umzuwandeln oder Buchschulden durch Bareinzahlung zu begründen. Diese Reichsschuldbuchforderungen waren den Ansprüchen aus Schuldverschreibungen des Reichs gleichgestellt. Das gleiche gilt für entsprechende Eintragungen in das Reichspost- und in das Reichsbahnschuldbuch. Es handelte sich hierbei um ein technisch vereinfachtes Verfahren zur Begebung von Reichsanleihen. Soweit in Einzelfällen auf Grund gesetzlicher Bestimmungen die Möglichkeit einer Eintragung von Reichsschuldbuchforderungen auch für Zwecke geschaffen worden war, die nicht in Verbindung mit der Begebung von Reichsanleihen standen, sind auch die Ansprüche aus derartigen Reichsschuldbuchforderungen in die Regelung dieses Gesetzes mit einbezogen. Als solche Sonderfälle sind zu nennen:

1. die in dem Kriegsschädenschlußgesetz vom 30. März 1928 (Reichsgesetzbl. I S. 120) geregelten Ansprüche zur Abgeltung der im Ersten Weltkrieg erlittenen Liquidations- und Gewaltschäden (Liquidationschädenschuldbuchforderungen),
2. die durch die Polenschädenverordnung vom 14. Juli 1930 (Reichsgesetzbl. II S. 957) und das Polenschädengesetz vom 25. Oktober 1930 (Reichsgesetzbl. II S. 1225) geregelten Ansprüche zur Abgeltung der durch die polnische Liquidation in den nach dem Ersten Weltkrieg abgetretenen Gebieten entstandenen Schäden (Polenschädenschuldbuchforderungen),
3. die im Reichsschuldbuch nach der Verordnung über den Freiwilligen Arbeitsdienst vom 16. Juli 1932 (Reichsgesetzbl. I S. 352) eingetragenen Gutschriften für Siedlungszwecke zugunsten von Arbeitsdienstwilligen, die bei volkswirtschaftlich wertvollen Arbeiten beschäftigt waren (Schuldbuchforderungen des Freiwilligen Arbeitsdienstes),
4. die von Grundkreditanstalten und Trägern der staatlichen Zwangsversicherung nach § 65 des Gesetzes zur Regelung der landwirtschaftlichen Schuldverhältnisse vom 1. Juni 1933 (Reichsgesetzbl. I S. 331) zum Ausgleich der durch die landwirtschaft-

liche Entschuldung entstandenen Deckungsverluste gewährten Reichsschuldbuchforderungen (landwirtschaftliche Entschuldungsschuldbuchforderungen).

Die zu Nr. 4 aufgeführten Reichsschuldbuchforderungen unterliegen ihrer Art nach der Ablösung nach diesem Gesetz. Sie fallen aber für die Ablösung deshalb aus, weil ihre Inhaber zu den nach § 27 des Entwurfs von der Ablösung ausgeschlossenen Gläubigergruppen gehören.

116. Die Einbeziehung der Kapitalansprüche aus den Reichsbahnvorzugsaktien in die Ablösungsberechtigung beruht auf folgenden Erwägungen: Durch Reichsgesetz vom 10. Februar 1937 (Reichsgesetzbl. II S. 47) war die Deutsche Reichsbahngesellschaft in ein Sondervermögen des Reiches umgewandelt worden. Durch diese Umwandlung der mit einem Kapital von 2 Milliarden RM Vorzugsaktien und 13 Milliarden RM Stammaktien ausgestatteten Reichsbahngesellschaft waren an sich die Voraussetzungen für eine anteilmäßige Beteiligung an dem Sondervermögen Reichsbahn entfallen. § 9 des Reichsbahngesetzes vom 4. Juli 1939 (Reichsgesetzbl. I S. 1205) bestimmte jedoch, daß die in den Vorzugsaktien der Reichsbahngesellschaft verbrieften Rechte gewahrt werden sollten. Die Vorzugsaktien wurden Obligationen gleich behandelt. Nach dem erwähnten Gesetz von 1939 standen die Verpflichtung zur Zahlung der Dividenden auf die Vorzugsaktien und der Zinsendienst der Kreditverpflichtungen der Reichsbahn künftig untereinander im Rang gleich. Ende 1939 bis Anfang 1940 wurden die Reichsbahnvorzugsaktien von der Deutschen Reichsbahn zur Rückzahlung gekündigt und im Verhältnis 100 : 120 entweder in Reichsbahnanleihen umgetauscht oder in bar abgelöst. Nicht alle Anteilseigner konnten von dieser Umtausch- bzw. Ablösungsmöglichkeit innerhalb der im Gesetz vorgeschriebenen Frist Gebrauch machen. Das gilt insbesondere für Angehörige von Staaten, die sich während der Umtauschfrist mit dem Deutschen Reich im Kriegszustand befanden. Aus diesem Grunde sind die Inhaber von Vorzugsaktien in dem Entwurf den Obligationsgläubigern des Reiches gleichgestellt worden.

117. Die Deutschen Schutzgebietsanleihen waren mit einer Bürgschaft des Reiches ausgestattet. Die Schuldurkunden trugen die Unterschrift der Reichsschuldenverwaltung. Diese Anleihen wurden nicht durch das

Anleiheablösungsverfahren erfaßt; dagegen wurde die Bürgschaftsschuld des Deutschen Reiches für die Hauptverbindlichkeit und die Zinsen der Schutzgebietsanleihen durch Gesetz vom 23. Juni 1933 mit 12,5 v. H. aufgewertet. Wirtschaftlich gesehen stand diese Bürgschaftsverpflichtung des Reiches einer verbrieften Verbindlichkeit des Reiches gleich. Die gesamte Verpflichtung aus den noch umlaufenden Schuldverschreibungen der Schutzgebietsanleihen kann mit etwa 5 Mio Mark, die aufgewertete Bürgschaftsverpflichtung des Reiches demnach mit rd. 625 000 Reichsmark angenommen werden.

118. Die Bedienung der abzulösenden Kapitalansprüche ist bis zum Zusammenbruch ordnungsgemäß durchgeführt worden, soweit dies mit Rücksicht auf die Verhältnisse des Krieges möglich gewesen ist. Die in Absatz 1 Nr. 4 ausgesprochene Ablösungsberechtigung hinsichtlich der in der Zeit vom 1. Januar 1935 bis zum 9. Mai 1945 fällig gewordenen rückständigen Zinsen und Dividenden hat deshalb praktische Bedeutung im wesentlichen nur hinsichtlich der zugunsten ausländischer Obligationsgläubiger bestehenden Rückstände. Geht man von einem geschätzten Kapitalanspruch dieser Gläubiger in Höhe von 3 Mio RM und einem durchschnittlichen Zinssatz von $4\frac{1}{2}$ v. H. aus und unterstellt man weiter, daß bis zum Ausbruch des Krieges die Bedienung auch dieser Obligationsschulden ordnungsgemäß vorgenommen wurde, so ergibt sich ein Gesamtzinsrückstand von ca. 675 Mio RM. Die auf diesen Zinsrückstand entfallende Ablösungssumme würde deshalb bei einer Ablösungsquote von 6,5 v. H. ca. 40 bis 45 Mio DM betragen. Ein Recht auf Ablösung dieser Zinsrückstände vorzusehen, war schon im Hinblick darauf geboten, daß im Londoner Schuldenabkommen den ausländischen Gläubigern zugesichert worden ist, ihnen in bezug auf die Bedienung ihrer Reichsmarkansprüche keine schlechtere Behandlung zukommen zu lassen als den deutschen Gläubigern. Diese aber haben ihre Zinserträge bis zum Zusammenbruch erhalten.

Von einer Einbeziehung der nach dem 8. Mai 1945 fällig gewordenen Zinsansprüche in die Ablösungsberechtigung hat der Entwurf deswegen Abstand genommen, weil eine solche Ablösung die Leistungsfähigkeit der Bundesrepublik weit übersteigen würde. Diese Zinsrückstände betragen nämlich etwa 50 v. H. der ablösungsberechtigten Kapitalansprüche.

119. § 25 Abs. 2 erklärt die Schuldverschreibungen und verzinslichen Schatzanweisungen der in Absatz 1 Nr. 1 bezeichneten Art sowie die Reichsbahnvorzugsaktien (Absatz 1 Nr. 3) für kraftlos. Auf diese Weise wird diesen Wertpapieren die Legitimationsfunktion genommen. Dies war erforderlich, da sonst jeder Anmelder der Meinung sein könnte, zur Geltendmachung seines Anspruchs genüge allein die Vorlage des Wertpapiers. Das trifft aber nicht zu, weil im Interesse der Ausschaltung der unrechtmäßig erworbenen Wertpapiere verlangt werden muß (vgl. § 42 des Entwurfs), daß der Anmelder beweist oder glaubhaft macht, daß einer der Erwerbstatbestände des § 21 Abs. 1 des Wertpapierbereinigungsgesetzes vorliegt, daß er z. B. Eigentümer des Wertpapiers auf Grund eines in der Zeit vom 1. Januar 1945 bis zum 8. Mai 1945 einschließlich an einer Börse oder im Bankverkehr abgeschlossenen Rechtsgeschäfts geworden ist.

Die Kraftloserklärung der vorerwähnten Wertpapiere und der Urkunden über die in Absatz 1 Nr. 6 bezeichneten abzulösenden Ansprüche (Grundpfandrechte) ist im übrigen auch deshalb erforderlich, um diese für den Umlauf ungeeignet zu machen und ihre Ablieferung verlangen zu können (§§ 37 Abs. 3, 60 des Entwurfs).

Zu § 26

120. Bei den in dieser Bestimmung von der Ablösung ausgeschlossenen Obligationen handelt es sich um Schuldtitel, die zur Ablösung umlaufender Schuldtitel der Bundesrepublik Österreich und der Tschechoslowakischen Republik im Jahre 1938 und 1939 in den genannten Staaten begeben worden sind.

Die Bundesrepublik Deutschland trägt keine Verpflichtung, nach Wiederherstellung der Hoheitsrechte dieser Staaten durch Ablösung dieser Obligationen praktisch für deren alte Anleiheverpflichtungen aufzukommen, zumindest nicht insoweit, als diese Schuldtitel am 8. Mai 1945 Staatsangehörigen der Bundesrepublik Österreich und der Tschechoslowakischen Republik oder diesen Staaten zugestanden haben. Bezüglich der 4 $\frac{1}{2}$ %igen Anleihe des Deutschen Reiches von 1938, zweite Ausgabe, ist dieser Rechtslage auch in dem Londoner Schuldenabkommen Rechnung getragen worden. In den Vereinbarungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vertretern der Gläubiger- und

Garantiemächte über die Haftung der Bundesrepublik Deutschland für gewisse österreichische Anleiheschulden, die am 17. Mai 1954 (Bundesgesetzbl. II S. 504) veröffentlicht worden sind und sowohl einen Teil des Londoner Schuldenabkommens wie innerdeutsches Recht darstellen, haben die Vertragsschließenden darin übereingestimmt, daß die Vereinbarungen nicht die vorgenannten Reichsanleihen umfassen, für welche die Delegation für deutsche Auslandsschulden einen Verzicht der österreichischen Bundesregierung für sich und ihre Staatsangehörigen anstrebt. Die hiermit im Zusammenhang stehenden Fragen werden noch Gegenstand von Verhandlungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der österreichischen Bundesrepublik sein müssen. In einem Annexschreiben zu den Vereinbarungen hat die deutsche Delegation ihren Standpunkt in dieser Frage wie folgt niedergelegt:

„Um den Ausschluß der in österreichischem Besitz befindlichen Schuldverschreibungen der Reichsanleihe 1938, zweite Ausgabe, sicherzustellen, soll in das in Vorbereitung befindliche Reichsanleihebereinigungsgesetz die Bestimmung aufgenommen werden, daß die Bedienung von Schuldverschreibungen der vorgenannten Anleihe, die sich in der Hand von Ausländern befinden, nur gegen den Nachweis erfolgt, daß sich die Schuldverschreibungen am 1. Januar 1945 außerhalb Deutschlands und Österreichs befunden haben“.

121. Die sudetendeutschen Obligationen gläubiger aus der 4 $\frac{1}{2}$ %igen Anleihe des Deutschen Reiches von 1939, zweite Ausgabe, können durch die Vorschriften dieses Gesetzes Rechtsnachteile nicht erfahren, auch soweit ihr Besitz an diesen Papieren vor oder nach dem 8. Mai 1945 vom tschechoslowakischen Staat enteignet worden ist. Hoheitliche Maßnahmen eines Staates können über die Grenzen dieses Staates hinaus Rechtswirkungen nicht erzeugen. Aus diesem Grunde kann auch derartigen Enteignungsmaßnahmen des tschechischen Staates keine Rechtswirkung zugesprochen werden, da die Ansprüche der sudetendeutschen Gläubiger als im Gebiet des Deutschen Reiches belegen angesehen werden müssen. Einer besonderen Bestimmung, wie sie § 21 Abs. 1 Nr. 3 Wertpapierbereinigungsgesetz enthält, bedurfte es nicht.

Zu § 27

122. Von der Ablösungsberechtigung werden nach § 27 des Entwurfs diejenigen Gläubigergruppen ausgeschlossen, deren finanziellen Verhältnisse unter Einsatz öffentlicher Mittel im Rahmen der Währungsgesetzgebung oder auf sonstige Weise eine Neuordnung erfahren haben. So ist die Ausschließung der Geldinstitute, Versicherungs- und Rückversicherungsunternehmen und Bausparkassen durch die Tatsache gerechtfertigt, daß diese Institute auf Grund der Währungsvorschriften eine Erstausrüstung an DM-Mitteln oder eine Garantie der öffentlichen Hand für den Ausgleich ihrer Bilanzen erhalten haben (Ausgleichsforderungen) und die Regelung der Verhältnisse dieser Institute, soweit sie mit der Währungsumstellung zusammenhängt, im Umstellungsgesetz abschließend getroffen worden ist. Die Einbeziehung dieser Institute in die Ablösungsberechtigung würde eine Aufhebung fundamentaler Grundsätze des Währungsrechts bedeuten. Als Versicherungsunternehmen im Sinne dieser Bestimmung sind auch die Zusatzversorgungsanstalten des öffentlichen Dienstes anzusehen (vgl. Begründung zu § 84 des Entwurfs).

123. Den Ländern der Bundesrepublik Deutschland einschließlich Berlin (West) und den zu ihrem Bereich gehörenden Gebietskörperschaften ist im Rahmen der Währungsgesetzgebung eine Erstausrüstung zuerkannt worden. Damit ist der Ausschluß auch dieser Rechtsträger von der Ablösungsberechtigung gerechtfertigt und erforderlich.

124. Der Entwurf sieht ferner vor, daß verbrieft Ansprüche, die der Deutschen Reichsbank und der Deutschen Golddiskontbank am Stichtag der Währungsreform zugestanden haben, nicht abgelöst werden. Die Deutsche Reichsbank ist, ohne daß dies jemals ausdrücklich ausgesprochen wäre, vom Gesetzgeber bereits weitgehend in das besondere System des Umstellungsrechts der Geldinstitute einbezogen worden. Die bevorstehende gesetzliche Regelung der Rechtsverhältnisse der Deutschen Reichsbank wird daher nach dem in der Verfassung verankerten Grundsatz der Gleichbehandlung gleichartiger Tatbestände auch den Rest der noch unregulierten Forderungen und Verbindlichkeiten sowie das den privaten Anteilseignern gehörende Kapital der Reichsbank gleichfalls entsprechend den für Geldinstitute geltenden Vorschriften umzustellen haben. Gleiches gilt für die Deutsche Golddiskontbank, die durch

das bevorstehende Liquidationsgesetz in vollem Umfange den Vorschriften des Berliner Altbankengesetzes und des Umstellungsergänzungsgesetzes unterstellt werden wird. Hieraus folgt zwangsläufig, daß Reichsbank und Deutsche Golddiskontbank auch hinsichtlich ihrer in diesem Gesetz zu regelnden Ansprüche keine andere Behandlung erfahren können als die übrigen Geldinstitute.

125. Im Abkommen vom 27. Februar 1953 über Deutsche Auslandsschulden hat der Bund Vereinbarungen hinsichtlich der Verbindlichkeiten der Konversionskasse getroffen und die Haftung für die volle bzw. anteilmäßige Bezahlung von Beträgen übernommen, die von Schuldnern in bestimmten Gebieten bei der Konversionskasse eingezahlt worden sind. Er hat sich ferner zur Erstattung von Zahlungen verpflichtet, die deutsche Schuldner auf Grund der Anlage V des vorgenannten Abkommens leisten müssen. Die Übernahme dieser Verpflichtungen durch den Bund rechtfertigt es, die Ansprüche der Konversionskasse aus verbrieften Titeln gegen das Reich, dessen Sondervermögen und das ehemalige Land Preußen auszuschließen.

126. Den Trägern der gesetzlichen Rentenversicherung, nämlich der Rentenversicherung der Arbeiter, der Rentenversicherung der Angestellten und der knappschaftlichen Rentenversicherung ist in Art. 120 GG die Garantie gewährt worden, daß ihre Leistungsfähigkeit notfalls durch den Einsatz von Haushaltsmitteln des Bundes sichergestellt wird. Damit besteht keine finanzielle Notwendigkeit, die verbrieften Forderungen dieser Träger der Sozialversicherung, die sich auf rd. 14,5 Mrd. Reichsmark belaufen, in die Ablösungsberechtigung einzubeziehen. Zu den Trägern der gesetzlichen Rentenversicherung gehören nicht die Träger der gesetzlichen Kranken- und Unfallversicherung.

Die in § 27 Abs. 1 Nr. 5 getroffene Regelung rechtfertigt sich im übrigen auch unter dem Gesichtspunkt, daß das finanzielle Deckungsverfahren der Rentenversicherungsträger im Rahmen der Sozialreform eine umfassende Neuregelung erfahren muß.

127. Der Gesamtbetrag der durch § 27 von der Ablösung ausgeschlossenen Ansprüche beläuft sich auf rund 114 Mrd. Reichsmark.

Zu § 28

128. Der durch § 28 von der Ablösung ausgeschlossene sogenannte Ostbesitz wird auf 9 Mrd. Reichsmark geschätzt.

Zu § 29

129. Das Recht auf Ablösung eines der in § 25 bezeichneten Ansprüche wird in einem besonderen Verfahren festgestellt. Die Verfahrensbestimmungen sind im Zweiten Abschnitt des Dritten Teils des Entwurfes festgelegt. Wird das Recht auf Ablösung in diesem Verfahren festgestellt, so wird zugunsten des Ablösungsberechtigten, dessen ursprünglicher Anspruch auf Grund der Negativklausel des § 1 rechtlich untergeht, eine neue abstrakte Schuldverpflichtung des Bundes begründet, und zwar durch Eintragung in das Bundesschuldbuch, das Bundesbahn- oder Bundespostschuldbuch (Ablösungsschuld).

130. Die Zuteilung der Ablösungsschuld erfolgt entweder in der Weise, daß Einzelschuldbuchforderungen auf den Namen des Berechtigten eingetragen werden oder daß ein entsprechender Anteil an einer für eine Wertpapiersammelbank eingetragenen Sammelschuldbuchforderung durch Gutschrift bei einem Kreditinstitut gewährt wird. Die Sammelverwahrung für Schuldbuchforderungen bietet für alle Beteiligten eine rationelle und wirtschaftlich vorteilhafte Verwaltung. Statt der kostspieligen Ausfertigung und Ausgabe einer großen Anzahl von Wertpapieren hat die Bundesschuldenverwaltung nur einige große Konten der Wertpapiersammelbanken zu führen. Die Wertpapiersammelbanken brauchen die Wertpapiere und Zinsscheine nicht einzulösen und die Zinsbögen nicht zu erneuern. Die Kreditinstitute ersparen mit der Sammelschuldbuchforderung Verwaltungsarbeit und Tresorraum. Den Gläubigern selbst bietet der Schuldbuchgiroverkehr die Annehmlichkeit größerer Sicherheit und auf der anderen Seite die gleiche Beweglichkeit ihrer Ansprüche, als wenn diese in Wertpapieren verbrieft wären. Diese Vorteile, die bei dem für die Ablösung in Frage kommenden Milliardenbetrag ein sehr großes finanzielles Gewicht haben, sind der Grund dafür, daß der Entwurf von einer Verbriefung der Ablösungsschuld in Schuldurkunden abgesehen hat.

131. Die Höhe der Ablösungsschuld beträgt 6,5 v. H. des abzulösenden Betrages. Zu der Frage der Ablösungsquote ist zu bemerken, daß der Gesetzgeber bei der Bemessung der Quote nicht frei sein dürfte. Es sind folgende Gesichtspunkte, die ihn bei dieser Entscheidung binden:

132. a) Die Finanzierung des Zweiten Weltkrieges geschah fast ausschließlich in der Form,

daß die begebenen Anleihen unmittelbar bei den Banken und Versicherungsunternehmen untergebracht wurden. Das bedeutet, daß insbesondere die Bankeinlagen zum überwiegenden Teil zur Zeichnung von Reichsanleihen Verwendung finden mußten. Die Bankeinleger sind dadurch gegen ihren Willen weitgehend mittelbare Reichsanleihegläubiger geworden. Ihre Einlagen sind im Rahmen der Währungsgesetzgebung im Verhältnis 100 : 6,5 auf Deutsche Mark umgestellt worden. Mit jeder über diesen Sätzen liegenden Ablösungsquote würde nunmehr denjenigen Anspruchsberechtigten, die unmittelbar im Wege der Zeichnung oder des rechtsgeschäftlichen Erwerbs Anleihegläubiger des Reiches geworden sind, eine Abgeltung zuerkannt, die über den allgemeinen Umstellungssatz für Bankeinlagen hinausginge. Es würde dadurch die berechnete Forderung der Bankeinleger ausgelöst werden, auch den Umstellungssatz für ihre Bankeinlagen entsprechend der Ablösungsquote zu erhöhen.

133. b) Der Bundesrepublik Deutschland stehen nur beschränkte Mittel für Zwecke des Kriegsfolgenschlußgesetzes zur Verfügung. Das Gesetz muß sich im Rahmen dieser Mittel einrichten. Eine Ablösungsquote, die über den Satz von 6,5 v. H. hinausgeht, wäre im Hinblick auf die sonstigen nach diesem Gesetz sich ergebenden Belastungen des Bundeshaushalts finanziell untragbar.

134. c) Die grundsätzliche Nichtbedienung der nichtverbrieften Ansprüche gegen das Reich ist nur dann rechtlich und politisch vertretbar, wenn den Gläubigern verbriefter Ansprüche nur eine verhältnismäßig geringfügige Ablösungsquote in diesem Gesetz zugestanden wird. Die Bedenken, die an sich schon gegen eine grundsätzlich unterschiedliche Behandlung verbriefter und nichtverbriefter Ansprüche geltend gemacht werden könnten, würden bei einer über 6,5 v. H. hinausgehenden Ablösungsquote ein derartiges Gewicht erhalten, daß eine Verfassungswidrigkeit des Gesetzes ernstlich in Erwägung gezogen werden müßte (Verstoß gegen den Gleichheitsgrundsatz des Art. 3 GG).

135. Eine Umstellungsquote von 6,5 v. H. ist überdies nur unter der Voraussetzung tragbar, daß — wie der Entwurf es vorsieht — eine Aufstockung für Anleihealtbesitzer, entsprechend der im Altsparengesetz getroffenen Regelung, nicht vorgenommen wird. Die finanzielle Belastung, die der Bund bei einer

solchen Aufstockung und unter Zugrundelegung einer allgemeinen Ablösungsquote von 6,5 v. H. zu tragen hätte, würde sich gegenüber der im Gesetz vorgesehenen Regelung annähernd verdoppeln, d. h. nach den im Bundesministerium der Finanzen aufgestellten Schätzungen (Altbesitz rund 6 Milliarden Reichsmark) von 76,5 Mio. Deutsche Mark pro Jahr auf 128,7 Mio. Deutsche Mark jährlich erhöhen.

136. Abgesehen von diesen finanziellen Erwägungen erscheint der Gedanke einer Sonderbehandlung des Anleihebesitzes aber auch deshalb nicht durchführbar, weil das hierfür notwendige Verfahren zur Ermittlung dieses Altbesitzes eine überaus kostspielige und technisch kaum zu meisternde Verwaltungsarbeit erfordern würde. Es ist bereits darauf hingewiesen worden, daß die Durchführung der im Entwurf vorgesehenen Ablösung einen nicht unerheblichen Verwaltungsaufwand erfordern wird. Sachkenner schätzen, daß weit mehr als eintausend Kräfte mindestens 5 Jahre lang zur Abwicklung des Verfahrens tätig sein müssen. Würde eine zusätzliche Sonderbehandlung für Anleihebesitz vorgesehen, so würde sich die Zahl der benötigten Kräfte vervielfachen und die Zeit der Abwicklung wesentlich verlängern. Hinzu kommt, daß angesichts der Beweisschwierigkeiten, in denen sich namentlich Heimatvertriebene in vielen Fällen befinden werden, der Nachweis des Altbesitzes mit Rücksicht auf diese Personengruppen so erleichtert werden müßte, daß etwa zu Unrecht als Altbesitz angemeldeter Neubesitz kaum erkannt werden könnte. Trotz der im Vergleich zu heute damals weit besser geordneten und vollständigeren Beweis- und Aktenunterlagen sind in den Jahren nach 1926 erhebliche Bestände an Neubesitz als Altbesitz angemeldet und mangels Nachprüfungsmöglichkeiten auch als Altbesitz anerkannt worden. Die damaligen Schätzungen des Reichsfinanzministeriums über den Umfang des Altbesitzes sind nicht zuletzt mit Rücksicht auf die als betrügerisch nicht erkannten Anmeldungen um beinahe 100 v. H. überschritten worden.

137. Daß sich bei den im Altspargengesetz behandelten Werten eine Scheidung zwischen Alt- und Neubesitz hat durchführen lassen, besagt nichts gegen die vorstehenden Darlegungen. Der Reichsanleihebesitz hat in einem wesentlich größeren Umfang als alle anderen Anlagewerte fluktuiert, so daß bei ihm die Beweisverhältnisse völlig anders ge-

lagert sind als bei den Anlagewerten des Altspargengesetzes.

138. Da die abzulösenden Ansprüche rechtlich untergehen und an ihrer Stelle neue abstrakte Ansprüche begründet werden, würden Pfandrechte und sonstige Rechte Dritter, die an dem abzulösenden Anspruch bestanden haben, grundsätzlich ebenfalls untergehen. Es erscheint aber nicht angängig, dem Ablösungsberechtigten, dessen ursprünglicher Anspruch durch die Ablösungsschuld ersetzt wird, durch den Untergang der Pfandrechte einen durch nichts gerechtfertigten Vorteil zukommen zu lassen. Es war deshalb erforderlich, zu bestimmen, daß sich die untergegangenen Rechte an der Ablösungsschuld fortsetzen, wie es in § 29 Abs. 4 geschehen ist.

139. Die Ablösungsschuld würde sich in der überwiegenden Anzahl der Einzelfälle auf Kleinbeträge belaufen, die in keinem Verhältnis mehr zu den Verwaltungskosten stehen, die mit der Eintragung der Schuldbuchforderungen und deren laufender Verwaltung verbunden sind. Aus diesem Grunde sieht Absatz 6 die Möglichkeit vor, anstelle der Eintragung einer Ablösungsschuld eine Barablösung vorzunehmen, wenn die Ablösungsschuld eines Gläubigers einen vom Bundesminister der Finanzen noch zu bestimmenden Mindestbetrag nicht erreichen würde. Es kann, solange das Prüfungsverfahren noch nicht abgeschlossen ist, nicht übersehen werden, welche Haushaltsmittel für eine derartige Barablösung zur Verfügung gestellt werden müßten. Absatz 6 sieht deshalb vor, daß der Umfang der Barablösung durch Rechtsverordnung des Bundesministers der Finanzen festgelegt wird.

Aus den gleichen Erwägungen sieht der Entwurf auch die Möglichkeit einer Barablösung von Spitzenbeträgen sowie eine Abrundung der Klein- und Spitzenbeträge nach oben oder unten vor.

Zu § 30

140. Die Schuldverschreibungen der Anleiheablösungsschuld des Reiches mit Auslosungsrechten (Altbesitz) wurden im Falle der Ziehung mit dem fünffachen Kapitalbetrag zuzüglich $4\frac{1}{2}$ v. H. Zinsen darauf für die Zeit vom 1. Januar 1926 bis zum Fälligkeitstag eingelöst (§§ 13, 14 des Gesetzes über die Ablösung öffentlicher Anleihen vom 16. Juli 1926 — Reichsgesetzbl. I S. 137). Da die Gläubiger laufend verzinslicher Reichsanleihen die Zinsen in der Regel bis zum Zusammen-

bruch des Reiches erhalten haben, erscheint es gerechtfertigt, die erst mit dem Kapitalanspruch fällig werdenden Zinsen der Anleiheablösungsschuld nebst Auslosungsrechten in vollem Umfange abzulösen. Der genaue Einlösungsbetrag einschließlich Zinsen für eine bis zur letzten, am 1. März 1945 erfolgten Ziehung einer nicht fällig gewordenen Schuldverschreibung der Reichsanleiheablösungsschuld über 100 RM nebst Auslosungsrechten würde — auf den 8. Mai 1945 berechnet — 935,50 RM ausgemacht haben. Da die Schuldverschreibungen der Anleiheablösungsschuld in Nennbeträgen zu 12,50 RM und einem Vielfachen dieses Betrages ausgegeben worden sind, würden sich — auch wenn der Zinsrückstand auf volle Jahre abgerundet würde — stets stark gebrochene Reichsmarkbeträge ergeben, deren Behandlung im Ablösungsverfahren zu technischen Schwierigkeiten führen würde. Um die Berechnung des der Ablösung zu unterwerfenden Reichsmarkbetrages zu vereinfachen, sieht der Entwurf die Aufrundung auf den 10fachen Nennbetrag vor. Diese Aufrundung macht ungefähr 7 v. H. des Reichsmarkanspruchs aus, was im Hinblick auf die verhältnismäßig geringe Ablösungsquote nur eine unbedeutende Aufbesserung des Ablösungsbetrages bedeutet. Sie ist angesichts der technischen Vereinfachung der Ablösung vertretbar, zumal die Gläubiger der Anleiheablösungsschuld nebst Auslosungsrechten bereits zweimal echtes Sparkapital verloren haben. Die Tilgung der Anleiheablösungsschuld ohne Auslosungsrecht (Neubesitz) war im Gesetz über die Ablösung öffentlicher Anleihen noch nicht geregelt. Eine Verzinsung konnte bis zum Erlöschen der Reparationsverpflichtungen aus dem Ersten Weltkrieg nicht gefordert werden (§ 4 des Anleiheablösungsgesetzes). Trotzdem hatte sich ein Markt in Neubesitzschuldverschreibungen entwickelt. Der Reichsminister der Finanzen kaufte diese Schuldverschreibungen zu einem Barwert, berechnet unter Berücksichtigung eines Diskontsatzes von 2 v. H. halbjährlich und eines Fälligkeitstermins vom 2. Januar 1970. Der Barwert einer Schuldverschreibung der Anleiheablösungsschuld ohne Auslosungsrecht mit einem Nennbetrag von 100 Reichsmark, berechnet auf den 8. Mai 1945, beträgt 37,67 RM. Die im Entwurf vorgenommene Aufrundung auf 40,00 RM, d. h. auf das 0,4fache des Reichsmark-Nennbetrages ist aus Gründen der technischen Vereinfachung des Ablösungsverfahrens vorgenommen worden.

Wenn bei der Einlösung von Schuldverschreibungen der Reichsanleiheablösungsschuld mit Auslosungsrechten nur der Auslosungsschein, in dem die Auslosungsrechte selbständig verbrieft waren, eingereicht werden konnte, wurde für die fehlende Schuldverschreibung der Anleiheablösungsschuld deren Barwert vom Auslosungsbetrag abgezogen. Aus diesem Grunde ist in diesem Fall vorgesehen, den zu gewährenden neuen Ablösungsanspruch vom 9,6fachen des Reichsmark-Nennbetrages zu berechnen.

Während Absatz 1 des § 30 den Nennbetrag des bis zum 1. März 1945 noch nicht fällig gewordenen abzulösenden Anspruchs bestimmt, behandelt Absatz 2 den Nennbetrag des abzulösenden Anspruchs, der vor dem 1. März 1945 fällig geworden ist. Der hiernach maßgebliche Nennbetrag entspricht dem Einlösungsbetrag nach dem Anleiheablösungsgesetz vom 16. Juli 1926.

Zu § 31

141. Die Festsetzung des Zinssatzes der eingetragenen Ablösungsschuld trägt einerseits den finanziellen Möglichkeiten des Bundes und andererseits der zu erwartenden Entwicklung des Kapitalmarktes Rechnung. Etwaige Barablösungen, wie sie der Bundesminister der Finanzen auf Grund der Ermächtigung in § 29 Abs. 6 durch Rechtsverordnung vorsehen kann, werden hiernach nicht verzinst. Dies erscheint deshalb gerechtfertigt, weil die Gläubiger der bar abzulösenden Ansprüche eine vorzeitige Befriedigung erhalten. Bei der Ausstattung der Ablösungsansprüche ist im übrigen die Tatsache nicht außer Acht zu lassen, daß die Gläubiger verbriefter Forderungen gegen das Reich, welche durch die Nichtumstellung ihrer Forderungen gegen das Reich in eine wirtschaftliche Notlage geraten sind, Leistungen nach § 15 des Lastenausgleichsgesetzes erhalten. Diese Ausgleichsansprüche werden durch die Bestimmungen des vorliegenden Gesetzes nicht berührt. Der Umfang der auf Grund dieser Bestimmung des Lastenausgleichsgesetzes möglichen Leistungen soll an Hand nachstehender, aus der Praxis der Ausgleichsämter entnommener Einzelbeispiele deutlich gemacht werden:

1. Beispiel

Schuldbuchforderung über eine laufend verzinsliche Reichsanleihe von 1 000,— RM.

Sparerschaden = 80 v. H. von 1 000,— = 800,— RM

Grundbetrag = 800,— DM.

Da der Grundbetrag den Sperrbetrag von 3 600,— RM nicht erreicht, kann der Berechtigte nur Unterhaltshilfe auf Zeit erhalten. Er erhält Leistungen in der doppelten Höhe des Grundbetrages, also bis zu 1 600,— DM. Dauer der Unterhaltshilfe bei einem Alleinstehenden:

16 Monate zu 100,— DM,
bei einem Verheirateten:
10 Monate zu 150,— DM
und 1 Monat zu 100,— DM.

2. Beispiel

Schuldbuchforderung über eine laufend verzinsliche Reichsanleihe von 15 000,— RM.
Sparerschaden = 80 v. H. von 15 000,— = 12 000,— RM
Grundbetrag = 4 000,— DM.

Der Berechtigte erhält Unterhaltshilfe auf Lebenszeit, d. h. monatlich 100,— DM und für Ehegatten einen Zuschlag von monatlich 50,— DM.

Aus diesen Beispielen ist ersichtlich, daß der Gesamtbetrag der gewährten oder noch zu gewährenden Ausgleichsleistungen u. U. in Einzelfällen 160 v. H. des Reichsmark-Nominalbetrages der verbrieften Ansprüche gegen das Deutsche Reich erreicht. Das Kriegsfolgenschlußgesetz würde diesen lastenausgleichsberechtigten Gläubigern noch eine zusätzliche Ablösungsquote von 6,5 v. H. des Reichsmark-Nominalbetrages gewähren.

142. Es ist auch die Auffassung vertreten worden, daß es notwendig sei, die auf die Ablösungsschuld entfallenden Zinserträge steuerfrei zu lassen. Die Bundesregierung ist seit langem bemüht, die aus Gründen des in der Vergangenheit notwendigen Wiederaufbaus des Kapitalmarktes getroffenen Maßnahmen auf dem Gebiet des Steuerrechts abzubauen. Es würde dieser Politik der Bundesregierung, freie Wettbewerbsverhältnisse auf dem Kapitalmarkt zu schaffen, widersprechen, wenn von einer steuerlichen Belastung der Zinserträge für Ablösungsschulden Abstand genommen würde.

Zu § 32

143. Die vorgesehene Tilgung im Wege der Gruppenauslosung bietet erhebliche technische Vorteile gegenüber der einer Einzelauslosung und bewirkt dadurch eine erhebliche Verminderung der Verwaltungsarbeit. Sie ermöglicht auch die Durchführung des Girosammelverkehrs, dessen Vorteile in Textziffer 130 dargestellt sind.

144. Durch den Zuschlag der ersparten Zinsen wird eine gleichmäßige jährliche Belastung des Haushalts erzielt und gleichzeitig die Tilgungsdauer auf ca. 25 Jahre verkürzt.

Zum Zweiten Abschnitt des Dritten Teils

145. Nach der im Ersten Abschnitt des Dritten Teils vorgesehenen Regelung ist das Recht auf Ablösung an bestimmte persönliche Voraussetzungen geknüpft (§ 28 in Verb. mit § 16). Um zu gewährleisten, daß nur in den im Entwurf vorgesehenen Fällen ein Anspruch abgelöst wird, bedarf es der Prüfung, ob diese Voraussetzungen und die in diesem Abschnitt aufgestellten weiteren Erfordernisse erfüllt sind. Diese Prüfung muß in einem Verfahren durchgeführt werden, das den zu berücksichtigenden Besonderheiten angepaßt ist.

146. Der abzulösende Anspruch ist entweder in einem Wertpapier verbrieft oder als Schuldbuchforderung eingetragen oder er besteht in einem Anteil an einem Sammelbestand bei einer Wertpapiersammelbank. Dieser Sammelbestand kann sich aus effektiven Wertpapieren, aus einer für die Wertpapiersammelbank eingetragenen Sammel-schuldbuchforderung oder aus beiden zusammensetzen (Girosammeldepot). In den letzten Jahren vor dem Zusammenbruch entwickelte sich in immer größerem Umfang die stückelose Anleihebegebung. Diese wurde in der Weise durchgeführt, daß der größte Teil der Anleihe in Form einer für die Deutsche Reichsbank als Wertpapiersammelbank (Bekanntmachung vom 30. Januar 1943 — Reichsgesetzbl. I S. 84) begründeten Sammel-schuldbuchforderung ausgegeben wurde. Der einzelne Anleihezeichner war über das Kreditinstitut, das die Zeichnung vermittelte, anteilmäßig an dem aus der Sammel-schuldbuchforderung und einem kleinen Handbestand an effektiven Stücken bestehenden Sammelbestand der Wertpapiersammelbank beteiligt.

Soweit die abzulösenden Ansprüche in Wertpapieren verbrieft sind, ergeben sich für deren Geltendmachung Schwierigkeiten. Infolge der Kriegs- und Nachkriegsereignisse stehen den Berechtigten oft die Wertpapiere nicht mehr zur Verfügung. Sie sind durch Kriegshandlungen vernichtet oder den Eigentümern bei der Evakuierung oder der Vertreibung aus ihren Heimatgebieten abhandeln gekommen. Außerdem sind nahezu alle

in Berlin, insbesondere bei der Deutschen Reichsbank (Wertpapiersammelbank), verwahrten Wertpapiere nicht greifbar, weil sich die Tresore der meisten Banken in dem unter sowjetischer Kontrolle stehenden Teil von Berlin befinden. Viele Gläubiger können deshalb ihre Ansprüche nicht durch Vorlegung der Schuldverschreibungen (§ 797 BGB) geltend machen. Andererseits ist zu befürchten, daß unrechtmäßige Besitzer ihnen nicht zustehende Ansprüche verfolgen.

Schwierigkeiten bestehen auch für viele derjenigen Gläubiger, die anteilmäßig am Giro-sammeldepot beteiligt sind. Dies gilt insbesondere dann, wenn der Anspruch bei einem deutschen Kreditinstitut außerhalb der Bundesrepublik und Berlin (West) in Erstverwahrung verbucht ist. In diesen Fällen kann der im Geltungsbereich dieses Gesetzes wohnende Berechtigte seinen Anspruch in der Regel nicht auf greifbare Unterlagen eines solchen Instituts stützen, weil die Bankbücher entweder verloren gegangen sind oder heute bei sowjetzonalen Stellen liegen, die keine Auskunft erteilen. Er ist vielmehr gezwungen, seinen Anspruch durch alte Bankbescheinigungen oder andere Beweismittel darzutun. Ein solcher Berechtigter befindet sich somit in der gleichen Lage wie der Eigentümer eines Wertpapiers, das z. B. über ein in Königsberg/Pr. gelegenes Kreditinstitut in Sammelverwahrung oder dort in Streifbandverwahrung gegeben worden ist.

Die Verhältnisse liegen insgesamt im wesentlichen genau so wie bei allen sonstigen bis zum Zusammenbruch ausgestellten auf deutsche Währung lautenden Wertpapieren. Für diese wird deshalb die Wertpapierbereinigung auf Grund des Gesetzes zur Bereinigung des Wertpapierwesens vom 19. August 1949 — WBG — (WiGBl. S. 295) durchgeführt. Im Wertpapierbereinigungsverfahren werden die Rechte der Eigentümer auf Grund einer Anmeldung geprüft und wiederhergestellt, wenn die nach dem WBG erforderlichen Voraussetzungen erfüllt sind. Dementsprechend sollen auch die abzulösenden Ansprüche angemeldet und auf Grund von Beweisunterlagen nach den gleichen Grundsätzen geprüft werden, die für die Bereinigung der auf Reichsmark lautenden Wertpapiere gelten.

Die Prüfung der besonderen Wohnsitz- und Staatsangehörigkeitsvoraussetzungen, an die der Entwurf die Ablösung knüpft (§ 28 in Verb. mit §§ 16 und 17), wird zweckmäßiger-

weise mit der Prüfung der Frage verbunden, ob der abzulösende Anspruch dem zusteht, der das Recht auf Ablösung geltend macht. Die Prüfung sämtlicher Voraussetzungen soll deshalb in einem einheitlichen Verfahren durchgeführt werden. Ergibt sich hierbei, daß der Anmelder Berechtigter eines der in § 25 Abs. 1 bezeichneten Ansprüche ist, und daß die besonderen Voraussetzungen der §§ 16 und 17 erfüllt sind, so endet das Verfahren damit, daß für den Anmelder entweder eine Einzelschuldbuchforderung eingetragen oder daß ihm ein Anteil an einer Sammelschuldbuchforderung verschafft wird oder daß er die Barablösung erhält (§ 29).

147. Ob ein Anmelder Berechtigter des abzulösenden Anspruchs ist, braucht bei Einzelschuldbuchforderungen nicht besonders geprüft zu werden, weil dieser Beweis durch die Eintragung im Schuldbuch erbracht wird. Die Umstände erfordern es jedoch, auch diese Ansprüche in das Verfahren einzubeziehen und insbesondere ihre Anmeldung vorzusehen. Das Reichsschuldbuch enthält etwa 665 000 Konten, bei denen die persönlichen Verhältnisse der einzelnen Berechtigten vielfach nicht mehr mit den tatsächlichen Gegebenheiten übereinstimmen. Durch Kriegs- und Nachkriegsereignisse sind so weitgehende Veränderungen eingetreten, daß die Ermittlung des Berechtigten von Amts wegen auf erhebliche Schwierigkeiten stoßen würde. Die Nachforschungen müßten für alle in das Schuldbuch eingetragenen Berechtigten vorgenommen werden, weil ein Berechtigter, dessen Anschrift im Jahre 1945 z. B. auf einen Ort in der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands lautet, inzwischen seinen Wohnsitz in das Bundesgebiet verlegt haben kann. Abgesehen von den Schwierigkeiten, auf die Ermittlungen in der sowjetisch besetzten Zone stoßen würden, muß damit gerechnet werden, daß die Bemühungen in vielen Fällen zu keinem Erfolg führen oder sich sogar als überflüssig herausstellen werden, weil der Berechtigte unauffindbar ist oder weil sein Wohnsitz nach der in § 16 vorgesehenen Regelung eine Ablösung des Anspruchs ausschließt. Diese Umstände lassen es notwendig erscheinen, daß der Anstoß zu den Verfahren auch in diesen Fällen von den Berechtigten ausgeht.

148. Das Verfahren soll ebenso wie in der Wertpapierbereinigung durch eine Anmeldung in Gang gesetzt werden, die — abgesehen von Einzelschuldbuchforderungen — durch Vermittlung eines Kreditinstituts ein-

zureichen ist. Die Prüfung der Anmeldungen wird zur Entlastung der sonst zuständigen Gerichte eine Prüfstelle vornehmen. Als Prüfstelle soll die Bundesschuldenverwaltung tätig werden, da ihr die erforderlichen Prüfungsunterlagen zum großen Teil bereits vorliegen. Es ist untersucht worden, ob sich die Durchführung des Verfahrens dadurch vereinfachen und verbilligen würde, daß die Prüfung auf mehrere Stellen verteilt wird und ob die Zusammenfassung der Aufgaben der Prüfstelle bei einer Stelle im Hinblick auf den zu erwartenden außergewöhnlichen Arbeitsanfall überhaupt durchführbar ist. Die Zusammenfassung verdient aus folgenden Erwägungen den Vorzug:

Die Wertpapiere, die Rechte gegen das Reich, die Reichsbahn und die Reichspost verbrieften, waren nach § 30 des Umstellungsgesetzes von den im Bundesgebiet ansässigen Inhabern bis zum 26. Juli 1948 bei einem Kreditinstitut anzumelden und, soweit der Anmeldepflichtige über sie tatsächlich verfügen konnte, zu hinterlegen. Hiervon ausgehend hat die Schuldenverwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes und später die Bundesschuldenverwaltung unter Einschaltung der Kreditinstitute des Bundesgebietes Maßnahmen zur Erfassung der Reichsschuldurkunden (Deutsches Reich, Deutsche Reichsbahn und Deutsche Reichspost) durchgeführt. Dabei sind die effektiv vorhandenen und in Eigen- oder Streifbandverwahrung befindlichen Wertpapiere von Gläubigern, die am 21. Juni 1948 ihren Wohnsitz im Bundesgebiet hatten, durch die Bundesschuldenverwaltung in der Hauptsache erfaßt worden. Die Kreditinstitute haben ihr ferner die nicht greifbaren Wertpapiere, deren Stücknummern bekannt waren, gemeldet.

Für Girosammeldepotguthaben, die bei den Kreditinstituten im Bundesgebiet in Erstverwahrung verbucht waren, liegen bei der Bundesschuldenverwaltung ebenfalls Angaben vor.

Diese Meldungen der Kreditinstitute sind von der Bundesschuldenverwaltung im Lochkartenverfahren erfaßt und insbesondere auf Doppelanmeldungen, Einlösungen u. a. bereits überprüft worden. Die Ausnutzung dieser ausgewerteten Unterlagen für das Prüfungsverfahren ist unerläßlich. Deshalb erscheint es zweckmäßig, die Entscheidung über die Anmeldungen der Stelle zu übertragen, welche die Vorarbeiten geleistet hat und über die Unterlagen verfügt. Jede andere

Stelle, die mit der Prüfung betraut werden würde, müßte vor der Entscheidung über eine Anmeldung bei der Bundesschuldenverwaltung zurückfragen, zumal die einzelnen Anmeldungen mit einer zentral zu führenden Anmeldekartei abgestimmt werden müssen, um etwaige Doppelanmeldungen aufzudecken. Hierin lag einer der Gründe dafür, daß auch im Wertpapierbereinungsverfahren alle Anmeldungen zu einer bestimmten Wertpapierart bei einer Prüfstelle zusammengefaßt wurden.

Auch die nach § 29 Abs. 6 mögliche Barablösung von Kleinbeträgen läßt es zweckmäßig erscheinen, daß die Prüfung von einer Stelle durchgeführt wird. Diese kann die für eine Barablösung notwendige Feststellung, welche abzulösenden Ansprüche ein Anmelder insgesamt angemeldet hat, einfacher und schneller treffen, als eine Mehrzahl von Prüfstellen. Bei Einschaltung mehrerer Prüfstellen würden die dann notwendigen verschiedenen Rückfragen das gesamte Verfahren mit einem umfangreichen Schriftwechsel belasten, der bei einer einheitlichen Bearbeitung am Ort der Unterlagen unter Ausnutzung der Zentralkartei vermieden wird.

Die Einsetzung nur einer Prüfstelle erscheint trotz des zahlenmäßig großen Umfangs der zu erwartenden Anmeldungen durchführbar, wenn — wie dies der Entwurf vorsieht — die Anmeldungen je nach der Art und dem Wert der ihnen zugrunde liegenden Beweisunterlagen in Gruppen unterteilt und die Gruppen in zeitlicher Aufeinanderfolge auf Abruf der Prüfstelle vorgelegt werden. So sollen der Prüfstelle zunächst nur die Anmeldungen solcher Ansprüche eingereicht werden, die seit dem 1. Januar 1945 ununterbrochen bei einem Kreditinstitut im Bundesgebiet oder in Berlin (West) verbucht sind (§ 40 Abs. 2 in Verbindung mit § 36 Abs. 1 Nr. 1 a). Nach Schätzung von Sachverständigen werden diese auf einwandfreie Beweisunterlagen gestützten Anmeldungen dem Betrage nach etwa 70 v. H. der insgesamt abzulösenden Ansprüche erfassen. Eine weitere Gruppe könnten die nicht zur ersten Gruppe gehörenden Ansprüche aus solchen Wertpapieren bilden, die nach § 30 des Umstellungsgesetzes der Bundesschuldenverwaltung gemeldet und von ihr bereits vorgeprüft sind (§ 36 Abs. 1 Nr. 1 Buchst. b) und für die deshalb eine Beweiserleichterung vorgesehen ist (§ 42 Abs. 6). Durch die Unterteilung in Gruppen und die aufgliederte Vorlage bei

der Prüfstelle wird eine gewisse Lenkung des Arbeitsanfalls ermöglicht und die gesamte Arbeit zeitlich verteilt.

Zu § 33

149. Wie in Textziffer 147 dargelegt ist, führen die tatsächlichen Gegebenheiten zwangsläufig dazu, daß derjenige, dem ein Recht auf Ablösung zusteht, dieses Recht durch eine Anmeldung bei der Prüfstelle geltend machen muß (Absatz 1). Die Erwägungen, die zur Bestellung der Bundesschuldenverwaltung als Prüfstelle für die Anmeldungen geführt haben, sind oben in Textziffer 148 dargestellt. Auf diese Ausführungen darf verwiesen werden. Durch Absatz 2 soll im übrigen zum Ausdruck gebracht werden, daß die der Bundesschuldenverwaltung übertragene Tätigkeit eine weitere Aufgabe im Sinne von § 23 der Reichsschuldenordnung vom 13. Februar 1924 (Reichsgesetzbl. I S. 95) ist, für deren Erfüllung sie selbständig und unbedingt verantwortlich ist.

Bei den in § 25 Abs. 1 genannten Ansprüchen handelt es sich vornehmlich um solche, die entweder in einem Wertpapier verbrieft oder als Schuldbuchforderung eingetragen sind. Eine Ausnahme hiervon bilden nur die in § 25 Abs. 1 Nr. 6 bezeichneten Ansprüche, für die vor dem 9. Mai 1945 eine Hypothek, Grundschuld, Rentenschuld oder Schiffshypothek bestellt worden ist. Das Verfahren für die Ablösung dieser Ansprüche ist in § 60 besonders geregelt.

Zu § 34

150. Die Anmeldung wird im Regelfall von einem materiell Berechtigten als dem Alleinberechtigten ausgehen. In den Fällen, in denen der Anspruch mehreren gemeinschaftlich zusteht (§ 28 in Verb. mit § 17), soll es genügen, wenn die Anmeldung von einem Berechtigten eingereicht wird (Absatz 1).

Die Bestimmungen in Absatz 2 und 4 dienen der Erleichterung der Anmeldung in besonderen Fällen. Durch das Wort „auch“ in Absatz 2 wird klargestellt, daß die Anmeldebefugnis eines etwa bestellten Abwesenheitspflegers nicht berührt wird. Da die Feststellung, daß ein Recht auf Ablösung besteht, auch bei Anmeldung durch die in Absatz 2 genannten Personen immer nur zugunsten der Person getroffen wird, die außerhalb des Geltungsbereichs dieses Gesetzes zurückgehalten wird oder die verschollen ist, sind weitere Bestimmungen zur Wahrung der Rechte

dieser Personen entbehrlich. Absatz 3 gewährt dem Pfandgläubiger und sonst dinglich Berechtigten eine Anmeldebefugnis, weil er wegen seines Pfandrechts ein eigenes wirtschaftliches Interesse an der Feststellung hat, daß seinem Schuldner ein Recht auf Ablösung zusteht.

Zu § 35

151. Um die Einreichung sachgemäßer Anmeldungen zu gewährleisten und dadurch deren Bearbeitung zu erleichtern, sieht der Entwurf vor, daß die Anmeldungen im allgemeinen nur durch Vermittlung von Kreditinstituten als Anmeldestelle einzureichen sind (Absatz 2). Diese Regelung entspricht der des § 14 WBG. Sie ist zweckmäßig und hat sich bewährt.

Nur in den Fällen, in denen der abzulösende Anspruch als Einzelschuldbuchforderung eingetragen ist, erübrigt sich die Einschaltung einer Anmeldestelle, weil der Anmelder auf seine oder seines Erblassers Eintragung im Schuldbuch verweisen kann und lediglich die Voraussetzungen darzulegen hat, an welche die Ablösung nach § 28 in Verbindung mit §§ 16, 17 geknüpft ist (Absatz 1). Dem Anmelder bleibt es unbenommen, sich auch in diesen Fällen eines Kreditinstituts als Hilfe bei der Einreichung der Anmeldung zu bedienen.

Ebenso klar wie bei den Einzelschuldbuchforderungen liegen die Verhältnisse auch bei den Ansprüchen aus Auslosungsrechten der Anleiheablösungsschuld, auf die Vorzugsrente bezogen wurde. Soweit diese Ansprüche nicht in das Schuldbuch eingetragen waren, mußten die Auslosungsscheine nach § 23 des Gesetzes über die Ablösung öffentlicher Anleihen vom 16. Juli 1925 (Reichsgesetzbl. I S. 137) während des Bezugs der Vorzugsrente bei der Reichsschuldenverwaltung hinterlegt bleiben. Die Bundesschuldenverwaltung besitzt über diese Ansprüche ein von der Reichsschuldenverwaltung geführtes schuldbuchähnliches Register, so daß ein besonderer Beweis für derartige Ansprüche nicht erforderlich ist. Der zweite Halbsatz des Absatzes 1 sieht deshalb vor, daß die Anmeldungen auch in diesen Fällen ohne Vermittlung einer Anmeldestelle unmittelbar bei der Prüfstelle einzureichen sind.

Ist die Vermittlung einer Anmeldestelle geboten (Absatz 2), so hat der Anmelder die Wahl, welches Kreditinstitut er mit der Wahrnehmung seiner Rechte betrauen will. Nur

für den Fall, daß der abzulösende Anspruch von einem Kreditinstitut im Geltungsbereich des Gesetzes bei dessen Inkrafttreten verwahrt oder verwaltet wird, soll das Kreditinstitut, das unmittelbar mit dem Kunden in Verbindung steht, „Zwangsanmeldestelle“ sein (Absatz 2 letzter Satz). Hierdurch soll verhindert werden, daß die bei Banken verbuchten Ansprüche einerseits von dem erstverwährenden Institut selbst, insbesondere z. B. nach § 36, andererseits von dem Berechtigten bei einem anderen Kreditinstitut angemeldet werden. Die Vorschrift dient somit der Vermeidung von Doppelanmeldungen.

Bei Durchführung der Bereinigung der auf Reichsmark lautenden Wertpapiere hat sich die Vorschrift des § 14 Abs. 2 WBG über die Vertretung des Anmelders durch die Anmeldestelle im Prüfungsverfahren als zweckmäßig und förderlich erwiesen. Diese Regelung der Vertretung des Anmelders soll daher auch für dieses Verfahren gelten (Absatz 3). Dem Anmelder bleibt es aber entsprechend der Regelung des WBG unbenommen, einen Rechtsanwalt mit seiner Vertretung zu beauftragen (§ 45 Abs. 2 und § 49 Abs. 2).

Zu § 36

152. Die außergewöhnlich hohe Zahl von Anmeldungen, die in diesem Verfahren zu erwarten sind, macht es erforderlich — wie bereits in dem allgemeinen Teil der Begründung zum Zweiten Abschnitt (Textziffer 148) ausgeführt ist — den Strom der Anmeldungen, der auf die Prüfstelle zukommt, in gewisser Weise zu lenken. Dies soll dadurch geschehen, daß die Anmeldungen je nach der Art der ihnen zu Grunde liegenden Beweismittel in Gruppen unterteilt und aufgliedert der Prüfstelle vorgelegt werden. Unter den abzulösenden Ansprüchen nehmen hinsichtlich der Beweisunterlagen diejenigen eine besondere Stellung ein, die bei Inkrafttreten des Gesetzes seit dem 1. Januar 1945 ununterbrochen bei einem Kreditinstitut im Bundesgebiet oder in Berlin (West) verwahrt oder verwaltet worden sind. Da die unübersichtlichen Verhältnisse im Wertpapierwesen, wie sie sich aus den Kriegs- und Nachkriegereignissen ergeben haben, insbesondere seit dem 1. Januar 1945 eingetreten sind, wird im Wertpapierbereinigungsverfahren im allgemeinen bei der Prüfung der Rechte von den Eigentumsverhältnissen ausgegangen, die am

1. Januar 1945 bestanden haben (§ 21 WBG und die amtliche Begründung dazu). Depotbuchungen, die ununterbrochen seit dem 1. Januar 1945 bei einem Kreditinstitut in der Bundesrepublik oder in Berlin (West) bestehen, bilden daher eine einwandfreie Beweisunterlage. Sie können deshalb der Prüfung unbedenklich zu Grunde gelegt werden. Wenn die Anmeldung solcher Ansprüche im Interesse der Beschleunigung und Vereinfachung des Verfahrens alsbald und geschlossen vorgenommen werden soll, dann kann nicht abgewartet werden, bis der Berechtigte von sich aus das Kreditinstitut, das nach § 35 Abs. 2 letzter Satz „Zwangsanmeldestelle“ sein soll, ausdrücklich mit der Anmeldung beauftragt. Ein solcher besonderer Auftrag ist auch nicht erforderlich, weil das Kreditinstitut im allgemeinen auf Grund der Geschäftsverbindung mit dem Kunden ohnehin verpflichtet sein wird, dessen Interessen wahrzunehmen. Deshalb sollen die Kreditinstitute in den Fällen des Absatzes 1 Nr. 1 Buchstabe a ohne besonderen Auftrag des Anmelders das Verfahren in Gang setzen. Sie können dabei die Anmeldungen mehrerer Kunden, für die dieselben Voraussetzungen gegeben sind, in einer Sammelanmeldung zusammenfassen.

153. Eine weitere Gruppe von Anmeldungen, die von den Kreditinstituten ohne besonderen Auftrag der Kunden für diese vorgenommen werden sollen, sieht Absatz 1 Nr. 1 Buchstabe b vor. Es handelt sich hierbei um die Anmeldung der Ansprüche aus Wertpapieren, die der Bundesschuldenverwaltung anlässlich der oben (Textziffer 148) erwähnten Erfassung der Reichsschuldurkunden gemeldet und von ihr bereits vorgeprüft worden sind.

154. Bei der Anmeldung eines Anspruchs ist weiter darzutun, daß derjenige, dem der abzulösende Anspruch am 31. Mai 1950 zustand, in seiner Person die Voraussetzungen hinsichtlich des Wohnsitzes und der Staatsangehörigkeit erfüllt, an die nach §§ 16 und 17 die Ablösung geknüpft ist (§ 28). Die Kreditinstitute können in der Regel aus den ihnen zur Verfügung stehenden Unterlagen die Staatsangehörigkeit ihrer Kunden nicht feststellen. Auch der Wohnsitz oder Aufenthaltsort des Kunden braucht nicht immer mit der Anschrift, unter der sich der Geschäftsverkehr abwickelt, übereinzustimmen. Es können im übrigen seit der letzten Geschäftsverbindung insoweit Veränderungen

eingetreten sein. Die für die Vereinfachung und Abwicklung des außergewöhnlichen Verfahrens wesentliche „Anmeldung ohne besonderen Auftrag“ wäre in Frage gestellt, wenn die Kreditinstitute sich in jedem einzelnen Fall vergewissern müßten, ob hinsichtlich des Wohnsitzes und der Staatsangehörigkeit die Voraussetzungen des § 16 erfüllt sind.

Absatz 2 sieht deshalb im Interesse einer möglichst reibungslosen und beschleunigten Durchführung des Verfahrens für die von den Kreditinstituten nach Absatz 1 einzureichenden Sammelanmeldungen Erleichterungen vor. In der Regel wird angenommen werden können, daß ein Anmelder Deutscher im Sinne des Art. 116 GG ist, wenn er im Geltungsbereich des Gesetzes seinen Wohnsitz begründet oder seinen ständigen Aufenthalt genommen hat. In den Ausnahmefällen, in denen diese Annahme nicht zutrifft, wird die abweichende Staatsangehörigkeit mit Rücksicht auf die in § 16 vorgesehene Regelung nur verhältnismäßig selten entscheidend ins Gewicht fallen. Würde man wegen dieser wenigen Fälle eine Prüfung der Staatsangehörigkeit in jedem einzelnen Fall verlangen, so würde dadurch die „Anmeldung ohne besonderen Auftrag“ in Frage gestellt und damit das Verfahren wesentlich erschwert und auch verteuert werden. Es erscheint deshalb vertretbar, eine ausnahmsweise unberechtigte Ablösung in diesen Fällen in Kauf zu nehmen (Absatz 2 Satz 1). Eine weitere Erleichterung für die Anmeldungen durch Kreditinstitute enthält die Vorschrift des Absatzes 2 Satz 2, die sich auf die Erfahrung gründet, daß der Ort in der Anschrift eines Bankkunden im allgemeinen auch dessen Wohnsitz oder ständiger Aufenthalt ist. Auf Grund dieser Vorschrift wird die entscheidende Stelle auch bei Ausländern in vielen Fällen davon ausgehen können, daß die Voraussetzungen des § 16 erfüllt sind, weil das Abkommen vom 27. Februar 1953 über deutsche Auslandsschulden für natürliche Personen schon dann Anwendung findet, wenn sie ihren gewöhnlichen Aufenthalt in einem Staat haben, dem gegenüber das Abkommen wirksam geworden ist oder wirksam wird.

Die Erleichterungen sollen im übrigen nicht schlechthin angewendet werden. Entgegenstehende Kenntnisse des Kreditinstituts und aus seinen Unterlagen ersichtliche abweichende Tatsachen sollen zur Vermeidung ungerechtfertigter Ablösungen berücksichtigt

werden. Hierbei haben die Kreditinstitute die im Bankverkehr erforderliche Sorgfalt zu beachten (Absatz 2 letzter Satz).

Zu §§ 37 und 38

155. Zur Vereinfachung des gesamten Prüfungsverfahrens sollen ebenso wie in anderen ähnlichen Verfahren die Anmeldungen auf einem amtlichen Vordruck eingereicht werden. Die Angaben, die der Vordruck enthalten soll, sind zur Durchführung des Prüfungsverfahrens erforderlich. In § 37 Abs. 1 sind die Angaben aufgezählt, die der Anmeldevordruck enthalten soll, der für die „Einzelanmeldungen“ vorgesehen ist. Für die von den Kreditinstituten nach § 36 vorzunehmenden Anmeldungen sind abweichende „Sammelanmeldevordrucke“ zu verwenden (§ 37 Abs. 2).

Die der Anmeldestelle vorliegenden Beweismittel werden häufig noch anderweitig benötigt werden, so z. B. dann, wenn der Depotauszug außer dem Reichsanleihebesitz des Berechtigten noch andere Wertpapiere enthält, die erst in die Wertpapierbereinigung einbezogen werden. Die Berechtigten werden oft auch Wert darauf legen, daß ihnen die Beweisunterlagen für die Durchführung anderer Verfahren z. B. auf Grund des Gesetzes über die Feststellung von Vertreibungsschäden und Kriegssachschäden in der Fassung vom 14. August 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 535) bei der Anmeldestelle jederzeit zur Verfügung stehen. Die Vorlage der bei der Anmeldestelle befindlichen Beweismittel an die Prüfstelle wird sich auch in vielen Fällen deshalb erübrigen, weil nach den Erfahrungen der Wertpapierbereinigung die Prüfstelle sich im allgemeinen mit einer Erklärung der Anmeldestelle, ob und welche Beweismittel ihr vorliegen oder vorgelegen haben, begnügen kann (§ 43 Abs. 2). Es entspricht auch einem Wunsch der Kreditinstitute, von der Vorlage der Beweismittel im Interesse der Verbilligung und Beschleunigung des Verfahrens weitgehend absehen zu können. Diesen Erwägungen trägt die in § 37 Abs. 3 Satz 3 vorgesehene Regelung Rechnung.

Es liegt im öffentlichen Interesse und entspricht den Zwecken einer Wertpapierbereinigung, wenn die kraftlos gewordenen Wertpapiere (§ 25 Abs. 2) aus dem Verkehr gezogen werden (§ 37 Abs. 3 letzter Satz).

Der Vermerk über das Eingangsdatum (§ 38 Abs. 1) ist erforderlich, weil ohne einen sol-

chen Vermerk eine Prüfung, ob die Anmeldefrist (§ 39 Abs. 1) gewahrt ist, nicht möglich ist. Nach § 29 Abs. 3 soll dem Ablösungsberechtigten in der Regel ein Anteil an einer für eine Wertpapiersammelbank eingetragenen Sammelschuldbuchforderung gewährt werden. Da nach den Geschäftsbedingungen der Wertpapiersammelbanken bei diesen grundsätzlich Konten nur für Kreditinstitute eingerichtet werden, ist es notwendig, in der Anmeldung das Konto zu bezeichnen, auf das die Gutschrift bei der Wertpapiersammelbank erteilt werden soll (§ 38 Abs. 2).

Zu § 39

156. Die einjährige Anmeldefrist trägt den Belangen der Berechtigten, denen an einer geräumigen Anmeldefrist gelegen ist, Rechnung. Bei der Bemessung dieser Frist ist aber auch das öffentliche Interesse an einer baldigen abschließenden Klärung der Höhe der Ablösungsschuld zu berücksichtigen. Das WBG sieht eine Anmeldefrist von sechs Monaten vor (§ 17 Abs. 1 WBG) und gewährt für den Fall der unverschuldeten Fristversäumnis Wiedereinsetzung in den vorigen Stand innerhalb einer weiteren Frist von zwölf Monaten (§ 32 Abs. 4 WBG). Die Erfahrungen in der Wertpapierbereinigung haben gezeigt, daß die Frist von sechs Monaten zu kurz bemessen ist und daß deshalb in vielen Fällen von der Möglichkeit der Wiedereinsetzung Gebrauch gemacht werden mußte. Unter Berücksichtigung dieser Tatsache ist die Anmeldefrist für dieses Verfahren auf ein Jahr festgesetzt worden. Im Hinblick auf die längere Anmeldefrist soll eine Wiedereinsetzung in den vorigen Stand ausgeschlossen sein (Absatz 1 und 3). Da erfahrungsgemäß jede Ausschußfrist Härten mit sich bringt, soll nach § 57 die Prüfstelle ermächtigt sein, aus Gründen der Billigkeit Nachsicht von der Versäumnis der Frist zu gewähren.

Nach der in § 28 in Verbindung mit § 16 Abs. 1 Nr. 1 Buchst. b für Heimkehrer, Sowjetzonenflüchtlinge u. a. vorgesehenen Regelung kann es vorkommen, daß die Möglichkeit zu einer Anmeldung erst nach Ablauf der in Absatz 1 bestimmten Frist gegeben ist. Diesem Umstand trägt Absatz 2 Rechnung. In § 37 Abs. 1 ist vorgesehen, daß die Anmeldung auf einem amtlichen Vordruck der Prüfstelle einzureichen ist. Dieses Erfordernis soll die Bearbeitung der Anmeldungen erleichtern. Im Interesse der Berechtigten und

im Hinblick auf die in der Wertpapierbereinigung gesammelten Erfahrungen erscheint es vertretbar und geboten, auch eine schriftliche Erklärung, die den in Absatz 4 genannten Anforderungen entspricht, für die Wahrung der Anmeldefrist als ausreichend anzusehen. Die Anmeldestelle soll deshalb bei fristgerechtem Eingang einer solchen formlosen Erklärung den vorgeschriebenen Anmeldevordruck für den Kunden ausfüllen und unterschreiben (Absatz 4).

Die in § 36 vorgesehene Anmeldung durch Kreditinstitute ohne besonderen Auftrag des Kunden wird nicht alle ablösbaren Ansprüche erfassen, die Kreditinstitute bei Inkrafttreten des Gesetzes verwahren oder verwalten. Dies kann z. B. darauf beruhen, daß bei dem erstverwahrenden Kreditinstitut Zweifel entstehen, ob die persönlichen Voraussetzungen der §§ 16, 17 vorliegen. Der Kunde, der seine Wertpapiere von einem Kreditinstitut verwahren läßt, wird aber in der Regel davon ausgehen, daß das Kreditinstitut die erforderliche Anmeldung vornimmt. Er wird sich um die Wahrung der Anmeldefrist nicht kümmern. Um die aus der Versäumung der Anmeldefrist entstehenden Rechtsnachteile nach Möglichkeit auszuschließen, sieht bereits § 19 Abs. 2 WBG vor, daß die Kreditinstitute nach Ablauf der Anmeldefrist eine Anmeldung für ihren Kunden vorzunehmen haben, wenn dieser keine fristgerechte Anmeldung von sich aus eingereicht hat. Diese Regelung, die sich als zweckmäßig erwiesen hat, übernimmt Absatz 5.

Zu § 40

157. Wie oben in dem allgemeinen Teil der Begründung zum Zweiten Abschnitt (Textziffer 148) und zu § 35 (Textziffer 151) bereits ausgeführt ist, macht es die außergewöhnlich große Zahl von Anmeldungen, die alle auf eine Prüfstelle zukommen, erforderlich, die Vorlage der Anmeldungen bei der Prüfstelle in gewisser Weise zu regeln. Die Vorschrift sieht deshalb vor, daß zunächst nur die Anmeldungen der Prüfstelle vorgelegt werden sollen, die auf einer seit dem 1. Januar 1945 ununterbrochenen Verbuchung bei der Anmeldestelle beruhen (Absatz 2 Satz 1). Diese Anmeldungen erfordern auf Grund ihrer einwandfreien Beweisunterlagen keine umfangreiche Bearbeitung durch die Prüfstelle. Es handelt sich hierbei um die Fälle, die in der Wertpapierbereinigung ohne Rücksicht auf die Höhe des geltend gemachten Rechts von den Prüfstellen als „nachgewiesen“

anerkannt werden können (§ 25 Abs. 1 Nr. 1 WBG). Derartige Anmeldungen brauchen auf etwaige Doppelanmeldungen nicht überprüft zu werden, wie dies z. B. bei den Anmeldungen erforderlich ist, die sich auf einen Anspruch beziehen, der bei einem deutschen Kreditinstitut außerhalb des Bundesgebietes oder außerhalb von Berlin (West) verbucht ist. Für die nicht unter Absatz 2 Satz 1 fallenden Anmeldungen erscheint es zweckmäßig, der Prüfstelle aus den oben dargelegten Gründen den weiteren Abruf der Anmeldungen vorzubehalten (Absatz 2 Satz 2).

Zu § 41

158. Es liegt im öffentlichen Interesse, das Verfahren so zu regeln, daß von einem gewissen Zeitpunkt ab, der Prüfstelle keine Anmeldungen mehr vorgelegt werden können oder wenn dies dennoch geschieht, solche Anmeldungen nicht mehr berücksichtigt werden dürfen. Aus ähnlichen Erwägungen wurde deshalb in der Wertpapierbereinigung ein Zeitpunkt bestimmt, bis zu dem Anmeldungen der Prüfstelle vorgelegt werden mußten (§ 44 Abs. 1 Zweites Gesetz zur Änderung und Ergänzung des Wertpapierbereinigungsgesetzes vom 20. August 1953 — Bundesgesetzbl. I S. 940). Wegen des zu erwartenden außerordentlichen Geschäftsanfalls und des zeitlich aufeinanderfolgenden Abrufs einzelner Gruppen von Anmeldungen durch die Prüfstelle erscheint es nicht angebracht, den Endzeitpunkt für die Weiterleitung der Anmeldungen schon im Gesetz festzulegen. Es ist vielmehr zweckmäßig, diesen Zeitpunkt in eine Beziehung mit dem Aufruf zur Vorlage der letzten Gruppe von Anmeldungen zu bringen, die Festsetzung des Zeitpunktes im übrigen aber der Prüfstelle zu überlassen. Zur Unterrichtung der interessierten Öffentlichkeit soll die Festsetzung im Bundesanzeiger bekanntgemacht und dabei gleichzeitig auf den Fristablauf und die damit verbundenen Folgen hingewiesen werden (Absatz 1).

Mit Rücksicht auf die in § 39 Abs. 2 besonders geregelte Frist zur Anmeldung von Ansprüchen, die Heimkehrern, Sowjetzonenflüchtlingen u. a. zustehen, müssen auch besondere Bestimmungen über die Frist zur Vorlegung solcher Anmeldungen getroffen werden (Absatz 2).

Zu § 42

159. Absatz 1 stellt klar, daß den Anmelder die Beweispflicht trifft. Diese hat sich einmal nach der im Ersten Abschnitt des Dritten

Teils vorgesehenen Regelung auf die Voraussetzungen zu erstrecken, die in der Person desjenigen vorliegen müssen, der am 31. Mai 1950 Berechtigter des abzulösenden Anspruchs war (§ 28 in Verbindung mit § 16). Die Beweispflicht hat zum anderen die Tatsachen zu umfassen, aus denen sich ergibt, daß der abzulösende Anspruch dem Anmelder im Zeitpunkt des Inkrafttretens des Gesetzes zusteht.

Für die Frage, was der Anmelder im einzelnen zu beweisen hat, um darzutun, daß ihm der abzulösende Anspruch zusteht, kann auf § 21 WBG Bezug genommen werden, weil insoweit die Sach- und Rechtslage im allgemeinen die gleiche ist.

Wegen der Beweisschwierigkeiten, die hier genau so wie im Wertpapierbereinigungsverfahren auftreten werden, erscheint es in gleicher Weise notwendig, den Beweis schon dann als geführt anzusehen, wenn die Beweismittel zwar nicht ausreichen, um die volle Überzeugung vom Bestehen des Anspruchs zu begründen, aber eine hinreichende Wahrscheinlichkeit hierfür ergeben (§ 23 Abs. 2 WBG). Dabei können jedoch eidesstattliche Versicherungen allein zur Glaubhaftmachung des Anspruchs des Anmelders nicht ausreichen (Absatz 1 letzter Satz). Der Entwurf übernimmt damit die im Wertpapierbereinigungsverfahren entwickelte und vom Bundesgerichtshof bestätigte Rechtsprechung auch für dieses Verfahren (Beschluß des Bundesgerichtshofs vom 1. Dezember 1952, BGHZ Bd. 8 S. 183).

In der Entscheidung, durch die festgestellt wird, daß ein Recht auf Ablösung besteht, braucht jedoch nicht — wie in der Wertpapierbereinigung (§ 23 WBG) — zwischen nachgewiesen und glaubhaft gemacht unterschieden zu werden, weil jedes festgestellte Recht auf Ablösung in voller Höhe berücksichtigt wird. Diese Unterscheidung war in der Wertpapierbereinigung zunächst deshalb notwendig, weil unter Umständen die volle Berücksichtigung aller anerkannten Rechte nicht gewährleistet war und bei den nur glaubhaft gemachten Rechten Kürzungsgefahr bestand.

In den Fällen, in denen der abzulösende Anspruch für den Anmelder oder dessen Erblasser als Einzelschuldbuchforderung eingetragen ist, bedarf es keines besonderen Beweises, daß der abzulösende Anspruch dem Anmelder oder dessen Erblasser zusteht, weil das Schuldbuch den hierfür erforderlichen

Beweis erbringt (Absatz 2). Entsprechendes gilt für Ansprüche aus einem nicht in das Reichsschuldbuch eingetragenen Auslosungsrecht, für das der Anmelder oder dessen Erblasser Vorzugsrente bezogen hat, weil sich in diesem Fall der Beweis aus einem schuldbuchähnlichen Register der Reichsschuldenverwaltung ergibt (vgl. die Begründung zu § 35 Textziffer 151).

Die Beweisregelung in Absatz 3 für die Ablösung des Anspruchs auf rückständige Zinsen und Dividenden, die in Wertpapieren verbrieft waren, knüpft an die in § 25 Abs. 1 Nr. 4 vorgesehene Vorschrift an. Während die letztgenannte Bestimmung aus kostenmäßigen und verfahrenstechnischen Erwägungen vorschreibt, daß Zins- und Dividendenansprüche nur in Verbindung mit dem dazugehörigen Kapitalanspruch geltend gemacht werden können, verlangt Absatz 3 für den entsprechend dieser Regelung zu führenden Beweis solcher verbrieften Ansprüche, daß die Zins- oder Dividendenscheine vorgelegt werden. Dies erscheint deshalb notwendig, weil andere Beweismittel praktisch nicht nachprüfbar sind.

160. Durch die in Absatz 4 vorgesehene Regelung wird für die Entscheidung über rückständige Zinsen oder Dividenden und über Ansprüche nach § 25 Abs. 1 Nr. 5 im Hinblick auf die Vorlegungs- und Verjährungsfristen eine Beweiserleichterung gewährt. Dies erscheint bei rückständigen Zinsen und Dividenden deshalb vertretbar, weil für Ausländer, die in der Hauptsache solche Ansprüche geltend machen werden, diese Fristen im allgemeinen nicht abgelaufen sind (vgl. das Gesetz über den Ablauf der durch Kriegs- oder Nachkriegsvorschriften gehemmten Fristen vom 28. Dezember 1950 — Bundesgesetzbl. S. 821, das Gesetz zur Ergänzung des Gesetzes über den Ablauf der durch Kriegs- oder Nachkriegsvorschriften gehemmten Fristen vom 30. März 1951 — Bundesgesetzbl. I S. 213, das Gesetz Nr. 67 der Alliierten Hohen Kommission vom 23. November 1951 — Amtsblatt der Alliierten Hohen Kommission für Deutschland S. 1310, Art. 18 des Abkommens vom 27. Februar 1953 über deutsche Auslandsschulden). Bei den Ansprüchen nach § 25 Abs. 1 Nr. 5 rechtfertigt der geringe Umfang der noch umlaufenden Schuldverschreibungen die Beweiserleichterung (vgl. die Begründung zu § 25 Abs. 1 Nr. 5 Textziffer 117).

161. Wie die Erfahrungen in der Wertpapierbereinigung zeigen, sind bei Gemeinschafts-

depots von Eheleuten die Eigentumsverhältnisse an dem Depot in der Regel nicht ohne weiteres ersichtlich. Die Rechtsprechung hat diesem Umstand in der Weise Rechnung getragen, daß sie unter gewissen Voraussetzungen die Anerkennung zugunsten des Gemeinschaftsdepots ohne Aufdeckung der zwischen den Depotinhabern bestehenden Eigentumsverhältnisse zugelassen hat (vgl. den Beschluß des Bundesgerichtshofs vom 15. Januar 1952, BGHZ Bd. 4 S. 295). Um eine solche Handhabung auch für die nach diesem Gesetz durchzuführenden Prüfungsverfahren zu ermöglichen, erweist es sich wegen der in §§ 16, 17 getroffenen Regelung als notwendig, für derartige Gemeinschaftsdepots die Beweiserleichterung in Absatz 5 vorzusehen. Auch nach § 7 Abs. 4 des Altbankengesetzes vom 10. Dezember 1953 (Gesetz- und Verordnungsblatt für Berlin S. 1483) gelten für Gemeinschaftsdepots von Eheleuten die besonderen Voraussetzungen jenes Gesetzes als erfüllt, wenn sie in der Person eines Mitberechtigten zum maßgeblichen Zeitpunkt gegeben waren.

In den Fällen, in denen festgestellt worden ist, daß ein Recht auf Ablösung zugunsten eines Gemeinschaftsdepots für Eheleute besteht, kann die Ablösungsschuld nicht als Einzelschuldbuchforderung eingetragen werden (§ 29 Abs. 3).

162. Die Vorschrift des Absatzes 6 gründet sich auf die Maßnahmen, die von der Schuldenverwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes und der Bundesschuldenverwaltung zur Erfassung der Reichsschuldurkunden durchgeführt worden sind. In der Regel wird angenommen werden können, daß die Ansprüche, die seinerzeit von einem Kreditinstitut für den Berechtigten oder von diesem selbst der Schuldenverwaltung gemeldet worden sind, auch tatsächlich dem Betreffenden seit dem 1. Januar 1945 zugestanden haben, weil wegen der damals allgemein angenommenen Wertlosigkeit der Ansprüche, insbesondere nach dem 8. Mai 1945, ein Handel in diesen Werten nicht stattgefunden haben wird. Wegen der Zeitbestimmung des 31. Mai 1950 darf auf die Ausführungen in der Begründung zu § 16 (Textziffer 75) Bezug genommen werden.

Zu § 43

163. Die Vorschrift lehnt sich hinsichtlich der für das Prüfungsverfahren in Betracht kommenden Beweismittel an § 22 WBG an (Absatz 1).

Die in Absatz 2 vorgesehene Regelung geht von den in der Wertpapierbereinigung gesammelten Erfahrungen aus. Es zeigte sich dort bald, daß die Beweisunterlagen in vielen Fällen den Anmeldungen nicht beigelegt werden konnten, weil sie z. B. für andere Verfahren benötigt wurden. Um Verzögerungen zu vermeiden, begnügen sich die Prüfstellen und Kammern für Wertpapierbereinigung vielfach mit Erklärungen der Anmeldestellen, in denen diese den wesentlichen Inhalt der Beweisunterlagen wiedergeben und ausdrücklich versichern, daß ihnen die Beweisunterlagen vorliegen und daß diese auf Verlangen jederzeit im Original oder in Abschrift zur Verfügung stehen. Da sich diese Handhabung in der Wertpapierbereinigung bewährt hat, soll sie auch für dieses Verfahren übernommen werden.

Absatz 3 entspricht im wesentlichen dem § 31 Abs. 2 WBG. Im Interesse des Bankgeheimnisses erscheint es angebracht, daß die entscheidende Stelle den Sachverständigen, der in die Bankbücher oder sonstigen Unterlagen einsieht und für den nicht schon auf Grund anderer Bestimmungen die Pflicht zur Verschwiegenheit besteht, hierzu verpflichtet.

Zu § 44

164. Die Entscheidung der Prüfstelle, durch die festgestellt wird, daß ein Recht auf Ablösung besteht, soll genau so wie der Anerkennungsbekund der Prüfstelle in der Wertpapierbereinigung (§ 37 Abs. 3 und § 28 Abs. 1 WBG) endgültig sein. Es besteht keine Notwendigkeit, diese „Entscheidung“ dem Anmelder ausdrücklich mitzuteilen. Zur Vereinfachung und Verbilligung des Verfahrens erscheint es vielmehr zweckmäßig, von einer besonderen Mitteilung des „Feststellungsbescheides“ abzusehen und sogleich entsprechend der im § 29 vorgesehenen Regelung die Ablösungsschuld durch Eintragung einer Schuldbuchforderung zu begründen oder die Barablösung zu veranlassen. Durch die Mitteilung der Anmeldestelle über die erfolgte Gutschrift erhält der Anmelder gleichzeitig Nachricht von der endgültigen Entscheidung der Prüfstelle (Absatz 1).

Durch Absatz 2 und 3 wird klargelegt, daß die Prüfstelle die volle Entscheidungsbefugnis hat. Die Zustellung der Entscheidung der Prüfstelle, durch die festgestellt wird, daß kein Recht auf Ablösung besteht, ist erforderlich, weil Gewißheit über den Lauf der Einspruchsfrist (§ 45) bestehen muß (Absatz 4).

Zu § 45

165. Die Vorschrift bestimmt den Rechtszug für den Fall, daß die Prüfstelle feststellt, daß dem Anmelder kein Recht auf Ablösung zusteht. Die Einspruchsfrist ist genau so wie in der Wertpapierbereinigung (§ 28 Abs. 2 WBG) auf einen Monat festgesetzt, um der Anmeldestelle hinreichend Zeit zu geben, die Weisungen des Anmelders einzuholen (§ 35 Abs. 3), ob gegen die Entscheidung der Prüfstelle Einspruch eingelegt werden soll (Absatz 2 Satz 1). Mit Rücksicht auf diese verhältnismäßig geräumige Frist soll zur Vermeidung von unerwünschten Verzögerungen eine Wiedereinsetzung in den vorigen Stand wegen Versäumung dieser Frist nicht gewährt werden können (Absatz 4).

Um nach Möglichkeit zu verhindern, daß offensichtlich unbegründete Einsprüche eingelegt werden, sieht Absatz 2 Satz 3 vor, daß die Einspruchsschrift von der Anmeldestelle oder einem Rechtsanwalt unterzeichnet sein muß.

Zur Entlastung der Gerichte und zur Vereinfachung des Verfahrens bestimmt Absatz 3, daß die Prüfstelle ihre Entscheidung abzuändern hat, wenn sie den Einspruch, z. B. auf Grund nachträglich beigebrachter Beweismittel, für begründet hält.

Zu §§ 46 und 47

166. Die örtliche Zuständigkeit des Gerichts könnte in der Weise geregelt werden, daß sie sich nach dem Sitz des Ausstellers richten soll. Dafür käme dann der Sitz der Bundesschuldenverwaltung in Betracht. Eine solche Regelung, die der des § 29 Abs. 2 WBG entsprechen würde, wäre insofern vorteilhaft, als sie eine enge örtliche Verbindung zwischen Prüfstelle und Gericht herstellen und die Zusammenarbeit begünstigen würde. Für die Wertpapierbereinigung war diese Regelung vor allem deshalb getroffen worden, um sicherzustellen, daß die Besonderheiten, die bei den einzelnen Wertpapierarten gegeben sind, bei den Entscheidungen über die Anmeldungen zu der betreffenden Wertpapierart durch dasselbe Gericht berücksichtigt werden. Diese Erwägungen fallen bei der Prüfung der Ansprüche, die in diesem Verfahren geltend gemacht werden, nicht entscheidend ins Gewicht. Denn die meisten der hier in Betracht kommenden Anleihen weisen keine für das Prüfungsverfahren wesentlichen Unterschiede auf. In der Wertpapierbereinigung hat es sich auch oft als nachteilig herausgestellt, daß der Anmelder wegen der

Entfernung seines Wohnsitzes von dem Ort des zur Entscheidung zuständigen Gerichts nicht unmittelbar gehört werden konnte. Eine Vorschrift, die die Zuständigkeit nur eines Gerichtes begründet, begegnet deshalb gewissen Bedenken, weil wegen der Anzahl der bei den Gerichten anhängig werdenden Prüfungsverfahren die Gefahr besteht, daß sich die Abwicklung des gesamten Verfahrens verzögert. Der Justizminister des Landes Hessen, das betroffen werden würde, wenn sich die Zuständigkeit des Gerichtes nach dem Sitz der Prüfungsstelle richten sollte, hat sich auch gegen eine solche Regelung ausgesprochen. Unter Abwägung der verschiedenen Gesichtspunkte erscheint deshalb die vorgesehene Regelung angebracht (§ 46).

167. Für den Fall, daß die Kammer für Wertpapierbereinigung den Einspruch als begründet ansieht, erscheint die Klarstellung angebracht, daß diese dann auch über das Recht auf Ablösung entscheiden muß und daß die Prüfungsstelle nach Rechtskraft der Entscheidung der Kammer für Wertpapierbereinigung genau so verfahren hat, als ob sie von sich aus nach § 44 Abs. 1 über das Recht auf Ablösung befunden hätte (§ 47 Abs. 1 und 3).

Absatz 2 des § 46 erklärt die für das gerichtliche Verfahren in der Wertpapierbereinigung maßgebenden Vorschriften für anwendbar.

Zu § 48

168. In den Fällen, in denen gegen die Entscheidung der Prüfungsstelle, durch die festgestellt wird, daß kein Recht auf Ablösung besteht, Einspruch eingelegt wird, werden häufig schwierige Rechtsfragen zu entscheiden sein. Es ist deshalb geboten, die Beteiligung des Bundes an den gerichtlichen Verfahren vorzusehen, zumal auch bei der Wertpapierbereinigung den Bankaufsichtsbehörden die entsprechende Befugnis gewährt worden ist (§ 54 Abs. 3 WBG) und sich diese Beteiligung für die Durchführung der Wertpapierbereinigung als zweckdienlich erwiesen hat. Es wird deshalb die Beteiligung des Bundes an den gerichtlichen Verfahren zugelassen, wie dies auch in § 22 Abs. 1 des Gesetzes über die Ergänzung von Vorschriften des Umstellungsrechts und über die Ausstattung der Berliner Altbanken mit Ausgleichsforderungen vom 21. September 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 1439) geschehen ist. Da die Bundesschuldenverwaltung in ihrem Aufgabenbereich auch auf die Wahrung der Rechte der Gläubiger Rücksicht nehmen muß, erscheint es ange-

bracht, für das Verfahren einen besonderen Vertreter des Bundesinteresses zu bestellen. Die Entscheidung darüber, welche Stelle diese Aufgaben wahrnehmen soll, wird zweckmäßigerweise dem Bundesminister der Finanzen überlassen. Nach den derzeitigen Umständen dürfte hierfür das Amt für Wertpapierbereinigung in Betracht kommen, das wichtige Erfahrungen gesammelt hat und die erforderliche Sachkunde besitzt.

Zu § 49

169. Im Interesse der Rechtssicherheit erscheint es angebracht, genau so wie in der Wertpapierbereinigung die sofortige Beschwerde gegen die Entscheidung der Kammer für Wertpapierbereinigung zuzulassen, und zwar nur wegen Verletzung des Gesetzes, weil bereits die Kammer für Wertpapierbereinigung als Tatsacheninstanz die Entscheidungen der Prüfungsstelle nach Einspruchseinlegung überprüft hat (Absatz 1). Die sofortige Beschwerde ist entsprechend § 34 Abs. 2 Satz 1 WBG bei der Kammer für Wertpapierbereinigung einzulegen, damit der Eintritt der Rechtskraft ohne Rückfrage bei dem Oberlandesgericht festgestellt werden kann. Die vorgesehene Regelung entspricht auch hinsichtlich der Bemessung der Beschwerdefrist der Vorschrift des § 34 WBG. Die Gründe, die dazu geführt haben, von der Gewährung einer Wiedereinsetzung in den vorigen Stand der Versäumung der Einspruchsfrist abzusehen (Begründung zu § 45 Textziffer 165), lassen es gleichfalls angezeigt erscheinen, auch bei Versäumung der Beschwerdefrist eine Wiedereinsetzung in den vorigen Stand nicht zuzulassen.

Die für die Unterzeichnung der Beschwerdeschrift aufgestellten Erfordernisse konnten wegen der Sachkunde und Rechtskenntnis des Vertreters des Bundesinteresses auf den Fall der Beschwerdeeinlegung durch den Anmelder beschränkt werden.

Die Bestimmungen des Absatzes 3 dienen der Beschleunigung des Beschwerdeverfahrens.

Zu § 50

170. Die sinngemäße Anwendung der Vorschriften des Gesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit in der Fassung vom 20. Mai 1898 (Reichsgesetzbl. S. 771) hat sich im Wertpapierbereinigungsverfahren (§ 61 WBG) bewährt. Sie ist auch hier wegen der weitgehenden Gleichartigkeit des Verfahrens angezeigt.

Zu § 51

171. Diejenigen, denen ein Pfandrecht oder ein sonstiges Recht an einem abzulösenden Anspruch zusteht oder zu deren Gunsten eine Verfügungsbeschränkung besteht (§ 34 Abs. 3), können durch Nachlässigkeit des Anmelders im Prüfungsverfahren Nachteile erleiden. Um diese Personen vor Rechtsverlusten zu schützen, wird ihnen ein Recht auf Beteiligung an dem Prüfungsverfahren neben dem Anmelder zugestanden. Die Unterzeichnung der Einspruchs- oder Beschwerdeschrift durch einen Rechtsanwalt ist deshalb vorgesehen, weil unter Umständen ein Widerstreit der Interessen zu befürchten ist, wenn die vom Anmelder gewählte Anmeldestelle eingeschaltet wird.

Zu § 52

172. Durch den Satz 1 dieser Vorschrift soll klargestellt werden, daß Ansprüche aus den im Geltungsbereich dieses Gesetzes erlassenen Rückerstattungsgesetzen nach Maßgabe dieser Gesetze bestehen bleiben. Über derartige Ansprüche wird im allgemeinen bereits entschieden worden sein, so daß die Berechtigten kaum Gefahr laufen, die in diesem Gesetz geräumig bemessene Anmeldefrist (§ 39) zu versäumen. Wegen der Möglichkeit, daß einzelne Rückerstattungsverfahren noch schweben, wird den Rückerstattungsberechtigten entsprechend § 60 Abs. 3 Satz 2 bis 4 WBG durch Satz 2 die Befugnis zur Anmeldung schon vor der Entscheidung über den Rückerstattungsanspruch verliehen. Da die Entscheidung, durch die festgestellt wird, daß ein Recht auf Ablösung besteht, erst ergehen kann, wenn über den Anspruch auf Rückerstattung rechtskräftig entschieden worden ist, erweist es sich als notwendig, das Prüfungsverfahren so lange auszusetzen, bis eine solche Entscheidung vorliegt. Die gleiche Handhabung ist angebracht, wenn wegen des abzulösenden Anspruchs weitere Anmeldungen vorgenommen worden sind.

Zu § 53

173. Nach den Erfahrungen in der Wertpapierbereinigung müssen wegen der Beweisnot, in der sich viele Anmelder befinden, häufig Beweislücken durch Abgabe entsprechender Versicherungen an Eides Statt geschlossen werden. Damit die gegenüber der Bundesschuldverwaltung als Prüfstelle (§ 33 Abs. 2) abgegebenen Versicherungen an Eides Statt den Schutz des § 156 des Strafgesetzbuchs erhalten, wird die Prüfstelle als befugt er-

klärt, Versicherungen an Eides Statt abzunehmen. Wie bereits oben (Begründung zu § 42 Textziffer 159) hervorgehoben worden ist, reichen eidesstattliche Versicherungen allein zur Glaubhaftmachung des Anspruchs des Anmelders nicht aus.

Zu § 54

174. Für das Recht auf Auskunft und für die Aufsicht über die Kreditinstitute können die erwähnten Bestimmungen des WBG angewendet werden, weil sich diese Vorschriften bei der Durchführung der Wertpapierbereinigung als zweckmäßig erwiesen haben und den Bedürfnissen der Praxis entsprechen.

Zu § 55

175. Nach der in § 59 Abs. 1 WBG getroffenen Regelung handelt es sich bei der Gebühr, die der Anmelder an die Anmeldestelle zu entrichten hat, um ein privatrechtliches Entgelt, für das lediglich ein Höchstsatz festgesetzt worden ist und dessen Bemessung im übrigen den Vereinbarungen zwischen dem Anmelder und der Anmeldestelle überlassen geblieben ist. Da sich diese Vorschrift und auch die Regelung in § 59 Abs. 5 bis 10 WBG über die Gebühren im gerichtlichen Verfahren bewährt hat, werden diese Bestimmungen für das Verfahren wegen der in § 33 Abs. 1 genannten Ansprüche sinngemäß angewendet (Absatz 1).

Die Erwägungen, die für die besondere Regelung der den Beisitzern der Kammer für Wertpapierbereinigung zustehenden Entschädigung (§ 6 des Gesetzes zur Änderung und Ergänzung des Wertpapierbereinigungsgesetzes vom 29. März 1951 — Bundesgesetzbl. I S. 211) maßgebend gewesen sind, greifen auch hier Platz. Es werden daher die erwähnten Bestimmungen übernommen (Absatz 2).

Zu § 56

176. Die Vorschrift, die im wesentlichen § 63 WBG entspricht, dient der Klarstellung, in welchen Fällen wegen der Außerkraftsetzung der in § 25 Abs. 1 Nr. 1 bezeichneten Wertpapiere (§ 25 Abs. 2) Aufgebotsverfahren für diese Wertpapiere überflüssig werden (Satz 1). Bei den Wertpapieren, die vor Inkrafttreten dieses Gesetzes nach den in Satz 2 genannten Vorschriften bereits für kraftlos erklärt worden sind, mußte dem Berechtigten, der noch keine Ersatzurkunde erhalten hat, die Berechtigung verliehen werden, seine Ansprüche aus dem kraftlos gewordenen Wertpapier geltend zu machen (Satz 2).

Die in Satz 3 vorgesehene Regelung folgt aus § 25 Abs. 2 und § 29.

Zu § 57

177. Nach den Erfahrungen in der Wertpapierbereinigung ist damit zu rechnen, daß eine Reihe von Berechtigten die Anmeldefrist (§ 39) versäumen wird. Um in den Fällen, in denen hierin eine besondere Härte für den Berechtigten liegt, abhelfen zu können, erscheint es angebracht, daß die Prüfstelle die Befugnis erhält, mit Zustimmung des Bundesministers der Finanzen aus Gründen der Billigkeit Nachsicht von der Fristversäumnis zu gewähren.

Zu § 58

178. Da es sich auch bei Durchführung des Verfahrens nach diesem Gesetz genau so wie in der Wertpapierbereinigung als notwendig erweisen kann, Verwaltungsanordnungen zu erlassen, ist eine dem § 64 WBG entsprechende Vorschrift in den Entwurf aufgenommen. Durch eine solche Verwaltungsanordnung wird insbesondere z. B. das Ineinandergreifen der Tätigkeit der Prüfstelle mit den Kreditinstituten und der Wertpapiersammelbank im einzelnen zu regeln sein.

Zu § 59

179. Die Vorschrift dient im wesentlichen der Klarstellung. Sie ist notwendig, weil die Wertpapierbereinigung durch nahezu gleichlautende Gesetze des Bundes und von Berlin geregelt ist und der Entwurf auf Bestimmungen dieser Gesetze Bezug nimmt.

Zu § 60

180. Da die grundpfandrechtlich gesicherten Kapitalansprüche und die Kapitalansprüche aus Grund- und Rentenschulden gegen das Reich nicht von der Bundesschuldenverwaltung, sondern von den Oberfinanzdirektionen verwaltet werden, war es erforderlich, als Prüfstellen die zuständigen Oberfinanzdirektionen zu bestimmen. Um das Verfahren bezüglich der Grundpfandrechte bei möglichst wenigen Prüfstellen zusammenzufassen, sind die Oberfinanzdirektionen auch für die Ansprüche gegen die Sondervermögen Reichsbahn und Reichspost, das ehemalige Land Preußen und das Unternehmen Reichsautobahnen als Prüfstellen vorgesehen worden.

Zum Vierten Teil

181. Nach der in dem Ersten bis Dritten Teil des Entwurfs vorgesehenen Regelung werden

nicht wenige Gläubiger des Reichs und der ihm gleichgestellten Rechtsträger sowie nicht wenige durch Kriegsfolgeschäden Betroffene jetzt und in Zukunft keinerlei Leistungen wegen ihrer Ansprüche oder Schäden erhalten. Lediglich bei den in § 5 genannten Schäden und Verbindlichkeiten bleibt eine spätere Regelung vorbehalten.

Diese Nichtabgeltung von Schäden und Verbindlichkeiten kann im Einzelfall Härten für die Betroffenen mit sich bringen. Daher stellte sich die Frage, ob in solchen Fällen durch eine Härteregelung aus Billigkeitsgründen geholfen werden könnte, da auch andere Gesetze entsprechende Bestimmungen enthalten.

Eine eingehende Prüfung ergab, daß eine allgemeine Härteregelung undurchführbar wäre. Die Tatbestände, die Anlaß zur Gewährung einer Härteleistung geben könnten, sind so vielfältig, daß sie in sachlicher Hinsicht eingeschränkt werden müssen. Ohne eine solche Abgrenzung würde zwangsläufig eine Flut von Anträgen hervorgerufen werden, in denen das Vorliegen eines Härtefalles behauptet wird. Das würde einen großen und entsprechend kostspieligen, zur Bearbeitung von Millionen von Anträgen befähigten Verwaltungsapparat erfordern. Die Regelung im Ersten bis Dritten Teil, insbesondere im Zweiten Teil, beruht gerade aber nicht zum Letzten auf der Erwägung, daß die Schaffung neuer Ämter und Behörden im Interesse der Allgemeinheit — vor allem auch der Steuerzahler — unter allen Umständen vermieden werden muß. Eine allgemeine Härteregelung würde außerdem auch dem Zweck des Gesetzes zuwiderlaufen. Auch die Abgrenzung bestimmter objektiver Tatbestände, in denen das Vorliegen einer Härte ohne Rücksicht auf die persönlichen Verhältnisse der Betroffenen stets anzunehmen sei, läßt sich nicht durchführen; denn das Vorliegen einer Härte ist ohne Beziehung zur betroffenen Person nicht denkbar.

Bei Berücksichtigung der persönlichen Verhältnisse der Betroffenen konnte nur ein sozialer Maßstab angelegt werden. Ähnliche Gesichtspunkte waren auch bei der Ausarbeitung des Lastenausgleichsgesetzes zu berücksichtigen. Daher lag eine möglichst enge Anlehnung an die Härteregelung dieses Gesetzes (§§ 301, 302 LAG) nahe. Eine anders gartete Härteregelung würde eine ungleichmäßige Behandlung vergleichbarer Geschäftengruppen bedeuten.

Zum Ersten Abschnitt des Vierten Teils

Zu § 61

182. Entsprechend der sozialen Zielsetzung kommen in diesem Rahmen nur Leistungen an natürliche Personen in Betracht. Der Entwurf beschränkt deshalb die in diesem Teil vorgesehenen Leistungen auf solche Personen.

In weiterer Anpassung an § 301 LAG werden auch hier die Härtebeihilfen nur zur Milderung einer dringenden sozialen Notlage gewährt. Darüber hinaus bedurfte es zur Abgrenzung in sachlicher Hinsicht einer Aufzählung derjenigen Tatbestände, für die eine Härteregelung noch erforderlich erscheint. Keiner Berücksichtigung in diesem Rahmen bedürfen die Schäden und Verluste, die bereits durch Sondergesetze erfaßt sind. Dazu gehören z. B. die Schäden der Kriegsoffer, NS-Verfolgten, Vertriebenen und Kriegssachgeschädigten. Für die Besatzungsschäden und die rückerstattungsrechtlichen Geldverbindlichkeiten des Reichs und der gleichgestellten Rechtsträger sind nach § 5 Nr. 1 und 2 besondere Gesetze vorbehalten, die alsbald erlassen werden sollen.

Diesen Erwägungen trägt der Katalog in Absatz 1 Nr. 1 bis 4 Rechnung. Demgemäß finden nach dem Entwurf in der Härteregelung Berücksichtigung:

1. Personen, für deren Ansprüche (§§ 1, 2) nach dem Zweiten oder Dritten Teil keine Erfüllung oder Ablösung vorgesehen ist,
2. Personen, die bei der Abwicklung von Grundstücksgeschäften keine Abfindung für Wertminderungen erhalten,
3. die sogenannten loyalen Rückerstattungspflichtigen und
4. die durch Reparationsschäden oder Restitutionsschäden Betroffenen, auch soweit eine endgültige Entziehung noch nicht erfolgt ist.

Den genannten Personen können Härteleistungen jedoch nur zugestanden werden, wenn ihre gegenwärtige Notlage im ursächlichen Zusammenhang mit diesen Schäden und Verlusten steht.

183. Die Voraussetzungen, unter denen eine dringende soziale Notlage anzunehmen ist, werden zweckmäßigerweise nicht im Gesetz aufgeführt. Es erscheint vielmehr angezeigt, sie durch Rechtsverordnung zu bestimmen, um der Verschiedenartigkeit der Tatbe-

stände besser Rechnung tragen zu können. Erforderlich ist nur vorzuschreiben, daß dabei die Grundsätze beachtet werden sollen, die für die Gewährung von Leistungen aus dem Härtefonds nach § 301 LAG gelten. Dieser Vorschrift entsprechend stellt auch Absatz 2 klar, daß auf die Härtebeihilfen kein Rechtsanspruch besteht.

Zu § 62 Nr. 1

184. Entsprechend dem in § 61 niedergelegten Grundsatz, daß nur solche Schäden und Verluste berücksichtigt werden können, die für die gegenwärtige Notlage ursächlich sind, mußten Ansprüche, die dem Lebensunterhalt in der Vergangenheit dienten, und ähnliche Ansprüche außer Betracht bleiben.

Zu § 62 Nr. 2

185. Diese Vorschrift entspricht dem Erfordernis der unmittelbaren Verursachung nach § 61 und schließt deshalb ebenso wie § 7 des Feststellungsgesetzes die mittelbaren Schäden aus.

Zu § 62 Nr. 3

186. Die Zahl der Fälle, in denen Verluste an barem Geld eingetreten sind, geht nach den angestellten Ermittlungen in die Millionen. Es kann deshalb schon zweifelhaft sein, ob ihre Berücksichtigung im Härteverfahren überhaupt verwaltungsmäßig zu bewältigen wäre. Hiervon abgesehen wird es sich in der Regel um so kleine Beträge handeln, daß die Geschädigten nicht behaupten können, sich wegen dieses Verlustes noch in einer gegenwärtigen Notlage zu befinden. Aber auch in Fällen mit höheren Beträgen muß angenommen werden, daß sie aller Voraussicht nach in den vergangenen Jahren zum Lebensunterhalt verbraucht worden wären. Dazu kommt, daß die ausländischen Zahlungsmittel schon vor dem Kriege und während des Krieges grundsätzlich abgelieferungspflichtig waren und für ungesetzlichen Besitz keine soziale Härtebeihilfe gewährt werden kann. Nicht mehr verwertbare Zahlungsmittel scheiden ohnehin aus.

Zu § 62 Nr. 4

187. Die hier genannten Wirtschaftsgüter können zum Betriebsvermögen gehören und deshalb auch insoweit Berücksichtigung finden. In anderen Fällen handelt es sich um Luxusgegenstände, deren Verlust Härtebeihilfen nicht rechtfertigen würde.

Zu § 62 Nr. 5

188. Diese Vorschrift entspricht dem Grundsatz des § 359 LAG.

Zu § 63

189. Ungeachtet der Frage, wie der künftige Gesetzgeber die Reparationsschäden und Restitutionsschäden nach dem Vorbehalt im § 5 Nr. 3 behandeln wird, erscheint es notwendig, daß für die Zwecke der Härteregelung die nach § 61 Abs. 1 Nr. 4 zu berücksichtigenden Tatbestände näher abgegrenzt werden. Die mit der Durchführung der Regelung betrauten Behörden müssen vom Gesetzgeber einen bestimmten Rahmen erhalten, an den sie sich halten können.

190. Zu den Reparationsschäden gehören vor allem die unter 1 genannten Demontageschäden, d. h. solche Schäden, die durch erzwungenen Abbau und Herausgabe von Wirtschaftsgütern des land- und forstwirtschaftlichen Vermögens oder des Betriebsvermögens entstanden sind. Von diesen Zwangsmaßnahmen der Besatzungsmächte wurden insbesondere auch die Schifffahrt und Fischerei betroffen, die einer Hervorhebung deshalb bedürfen, weil sie von den Alliierten als besondere Schadenskategorie angesehen worden sind.

191. Die Alliierten haben sich bei ihren Vorgriffen auf Reparationen Deutschlands insbesondere an das deutsche Vermögen im Ausland gehalten, das unter Nr. 2 berücksichtigt wird. Sie haben auch die Wertpapiere ausländischer Aussteller dann als deutsche Auslandswerte angesehen, wenn sich die Urkunden im Inland befanden. In Übereinstimmung mit der Regelung bei den Demontageschäden in Nr. 1 können Auslandsschäden bei der Härteregelung in erster Linie berücksichtigt werden, wenn es sich um Wirtschaftsgüter des land- und forstwirtschaftlichen Vermögens oder des Betriebsvermögens handelt. Außerdem muß das Grundvermögen hier einbezogen werden, da bei der Liquidierung des deutschen Vermögens im Ausland in vielen Fällen auch Grundstücke erfaßt wurden. Darüber hinaus mußten und konnten auch die Schäden an den sonstigen in Nr. 2 genannten Wirtschaftsgütern in diese Regelung eingeschlossen werden, da auch sie typische und erfaßbare Zugriffsobjekte der fremden Staaten darstellten. Dazu gehören auch die unter Nr. 2 c genannten literarischen und künstlerischen Urheberrechte und gewerblichen Schutzrechte sowie die Lizenzen an die-

sen Rechten, die zum Zwecke der Reparation entzogen worden sind, da die Betroffenen dadurch auch ihre Existenzgrundlage verloren haben können.

Die Regelung der Nr. 2 entspricht im übrigen der Behandlung der Vertreibungsschäden im Lastenausgleichsgesetz.

192. Die unter Nr. 3 berücksichtigten Restitutionsen von Wirtschaftsgütern, die aus den von Deutschland besetzten oder kontrollierten Gebieten fortgeführt wurden, sind ohne Rücksicht auf die Gutgläubigkeit oder Bösgläubigkeit des Erwerbers durchgeführt worden. Es erscheint nicht angängig, für Fälle, in denen bösgläubiger Erwerb vorlag, die Möglichkeit einer Härtebeihilfe vorzusehen. Die Beschränkung auf Wirtschaftsgüter des land- und forstwirtschaftlichen Vermögens und des Betriebsvermögens entspricht der Regelung der Demontageschäden unter Nr. 1 und der Inlandsschäden (Kriegssachschäden) im Lastenausgleich. Soweit in Einzelfällen auch Werte des Privatvermögens erfaßt worden sind, handelt es sich fast ausnahmslos um Gegenstände, deren Verlust eine Härteregelung nicht rechtfertigen würde, und die im übrigen auch schon unter § 62 Nr. 4 fallen werden.

193. Nach § 61 Abs. 1 Nr. 4 sind bei der Härteregelung alle Schäden im Sinne des § 5 Nr. 3 zu berücksichtigen. Da die im § 63 unter Nr. 1 genannten Schäden im Geltungsbereich dieses Gesetzes nicht alle unter § 5 Nr. 3 fallenden Schadenstatbestände erfaßt, diese aber gleichbehandelt werden müssen, schreibt § 63 unter Nr. 4 grundsätzlich die gleichen Voraussetzungen wie Nr. 1 für die sonstigen Reparationsschäden vor.

Zu § 64

194. Reparationsschäden und Restitutionsschäden werden nur berücksichtigt, wenn sich das vom Schaden betroffene Wirtschaftsgut im Zeitpunkt des Schadenseintritts im Geltungsbereich dieses Gesetzes oder in einem Staat befunden hat, dessen Regierung die Bundesrepublik im Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes anerkannt hat. Diese Einschränkung beruht auf folgender Erwägung: Wie schon oben unter Textziffer 42 dargelegt wurde, soll es dem künftigen Gesetzgeber überlassen bleiben, inwieweit er Reparationsschäden und Restitutionsschäden berücksichtigen will, die in nicht einbezogenen Gebieten entstanden sind. Bei der Härterege-

lung erschien es jedoch gerechtfertigt, solche Schäden auszuschließen, weil der größte Teil dieser Schäden bereits durch die Regelung der Vertreibungsschäden und Ostschäden im Lastenausgleichsgesetz erfaßt ist.

195. Soweit in den nicht einbezogenen Gebieten Wertpapiere ausländischer Aussteller entzogen worden sind, könnte es ohne die Klarstellung durch den diesbezüglichen Zusatz zweifelhaft sein, wo der Verlust eingetreten ist.

Zu § 65

196. Der Entwurf will nur die unmittelbar Betroffenen berücksichtigen, wobei die Ehegemeinschaft als Einheit angesehen wird. Die Einbeziehung eines größeren Personenkreises, etwa wie es § 229 LAG vorsieht, erscheint für diese Regelung nicht möglich, da sie einerseits die Größenordnung der zu berücksichtigenden Schäden und andererseits vor allem den Gesichtspunkt beachten muß, daß es sich hier nicht um eine Lastenausgleichsregelung durch Vermögensumschichtung, sondern um eine Härteregelung handelt. Deshalb werden hier nur die unmittelbar Betroffenen anerkannt. Dabei soll aber nicht außer acht gelassen werden, daß auch und vielleicht gerade die unterhaltsberechtigten Kinder dieser unmittelbar Geschädigten unter dem Schaden zu leiden haben, und zwar dann, wenn ihnen die zur weiteren wirtschaftlichen und sozialen Förderung im Wege der Berufsausbildung oder Umschulung für einen geeigneten Beruf benötigten Mittel nicht zur Verfügung stehen. Aus diesem Grunde werden diese Kinder in diese Härteregelung mit einbezogen.

197. Absatz 2 entspricht nur den Vorschriften des § 16, die für die Regelung der Reichsverbindlichkeiten allgemein gelten.

198. Zu Absatz 3 ist, soweit er Wohnsitzvoraussetzungen enthält, auf Textziffer 71 bis 77, und soweit er auf die deutsche Volkszugehörigkeit abstellt, auf Textziffer 40 zu verweisen.

Zu § 66

199. Wie schon in der Vorbemerkung zum Vierten Teil unter Textziffer 181 dargelegt worden ist, muß sich die Härteregelung möglichst eng an die Regelung des § 301 LAG anlehnen. Dies gilt insbesondere auch für den Umfang der Leistungen. Daher bestimmt § 66 Abs. 1, daß die wesentlichen Beihilfen

des LAG, nämlich Unterhaltshilfe, Ausbildungshilfe und Hausrathilfe, gewährt werden sollen. Wirtschaftsfördernde Maßnahmen sollen außerhalb der Härteregelung erfolgen. Die Bemessung der Härtebeihilfe im Einzelfall schon im Gesetz festzulegen, erscheint unzweckmäßig. Sie bleibt daher nach Absatz 2 einer Rechtsverordnung vorbehalten.

200. Da die Härteregelung dieses Gesetzes nach ihrem Wesen nur eine subsidiäre sein kann, ist es, wie dies Absatz 3 vorsieht, gerechtfertigt, den Ausschluß von Härtebeihilfen nach diesem Gesetz für den Fall vorzuschreiben, daß wegen desselben Härtebestandes bereits entsprechende Hilfen auf Grund anderer Gesetze gewährt werden. Der Grundsatz der Subsidiarität kann allerdings nicht im Verhältnis zur allgemeinen öffentlichen Fürsorge gelten, da diese stets erst in letzter Linie eintritt.

Zu § 67

201. Die Bestimmung stellt klar, daß, obwohl ein Rechtsanspruch auf Auszahlung einer Härtebeihilfe mit ihrer Bewilligung entsteht, dieser wegen des persönlichen Charakters der Leistung weder übertragen, noch ge- oder verpfändet werden kann. Die Vorschrift entspricht auch dem Gedanken des § 262 LAG.

Zu § 68

202. Da die Härtebeihilfen vorwiegend der Bestreitung des Lebensunterhaltes des Betroffenen dienen, und ihm daher grundsätzlich verbleiben müssen, sollen die Rechtsgedanken der §§ 361 und 363 LAG entsprechende Anwendung finden.

Zum Zweiten Abschnitt des Vierten Teils

Zu § 69

203. Bei der engen Anlehnung der materiellen Vorschriften dieser Regelung an das Lastenausgleichsgesetz erscheint es geboten, auch die Durchführung dieser Härteregelung grundsätzlich den Ausgleichsbehörden zu übertragen. Die gemischte Verwaltung von Bund und Ländern ist zulässig, da das Kriegsfolgeschlußgesetz insoweit eine Lastenausgleichsregelung darstellt und deshalb Art. 120a GG anwendbar ist. Daher sieht der Entwurf diese Organisation vor.

Die in Abweichung vom Lastenausgleichsgesetz in Absatz 2 vorgesehene Sachaufsicht des Bundesministers der Finanzen gegenüber dem Präsidenten des Bundesausgleichsamts ist gerechtfertigt, da die Mittel für die Durchführung nicht aus dem Ausgleichsfonds, sondern unmittelbar aus dem Bundeshaushalt fließen. Eine Folge hiervon ist auch der Ausschluß der Mitwirkung des Kontrollausschusses und des Ständigen Beirates im Absatz 4.

Zu § 70

204. Das besondere Interesse des Bundes ergibt sich aus der Tatsache, daß alle Leistungen unmittelbar aus dem Bundeshaushalt erfolgen. Im übrigen soll auch hier möglichst wenig von den Vorschriften des Lastenausgleichsgesetzes abgewichen werden.

Zu § 71

205. Da der Entwurf die Durchführung der Härteregelung den Ausgleichsbehörden überträgt, erscheint es für die Verwaltung zweckmäßig, die einschlägigen Vorschriften des Lastenausgleichsgesetzes entsprechend anzuwenden.

Zu § 72

206. Um sicherzustellen, daß alle für die Bearbeitung erforderlichen Merkmale berücksichtigt werden, muß vorgeschrieben werden, daß der Antrag auf einem amtlichen Formblatt zu stellen ist. Hinsichtlich der Beweisfrage kann angenommen werden, daß die nach § 61 Abs. 1 Nr. 1 bis 3 zu berücksichtigenden Ansprüche und Schäden bewiesen werden können. Dagegen wird den durch Reparationsschäden oder Restitutionsschäden Betroffenen ein Beweis schwerfallen. Diesen Erwägungen trägt Absatz 1 Rechnung.

Zu § 73

207. Da es dem Geschädigten in der Regel möglich ist, die eingetretenen Verluste schon jetzt zu übersehen, ist es angezeigt, für die Einreichung der Anträge eine Ausschlussfrist zu setzen, die zur Vermeidung von Verwaltungserschwernissen nicht über ein Jahr ausgedehnt werden kann.

Zu § 74

208. Die Regelung entspricht grundsätzlich dem § 325 LAG. Es empfiehlt sich aber eine zusammenfassende Bearbeitung bei bestimmten Ausgleichsämtern in den Fällen, in denen der Betroffene keinen ständigen Aufenthalt im Geltungsbereich dieses Gesetzes hat.

Zu § 75

209. Nur in den Fällen des § 61 Abs. 1 Nr. 4 kann dem Ausgleichsamts zugemutet werden, den Schadenstatbestand allein zu prüfen. Für die anderen Fälle ist eine besondere Regelung erforderlich.

Die Bearbeitung der im § 61 Abs. 1 Nr. 1 und 2 genannten Tatbestände obliegt seit jeher den Oberfinanzdirektionen (Bundesvermögens- und -bauabteilungen). Es erscheint daher zweckmäßig, diese Zuständigkeit beizubehalten und die Lastenausgleichsbehörden nicht mit einer ihnen bisher fremden Aufgabe zu belasten.

210. Auch die Fälle der loyalen Rückerstattungspflichtigen werden zweckmäßig von den Oberfinanzdirektionen bearbeitet, da diese in Rückerstattungsangelegenheiten des Reichs laufend tätig sind. Da die loyalen Rückerstattungspflichtigen jedoch keinen Rechtsanspruch auf Berücksichtigung ihres Schadens haben, erscheint es nicht angebracht, die Entscheidung etwaiger Zweifelsfragen den ordentlichen Gerichten zu übertragen. Es empfiehlt sich vielmehr, die Entscheidung auf der Grundlage der Äußerung der Oberfinanzdirektionen von den Ausgleichsbehörden treffen zu lassen. Ihre Entscheidung soll auch hinsichtlich der Frage, ob die Voraussetzungen des § 61 Abs. 1 Nr. 3 vorliegen, der Nachprüfung des Verwaltungsstreitverfahrens unterliegen.

Zu § 76

211. Die Anzeigepflicht entspricht der Meldepflicht des § 289 LAG.

Zu § 77

212. Die Aufhebung oder Änderung eines Bescheides im Falle der Veränderung von Umständen zu Ungunsten des Betroffenen, die für die Bewilligung von Härtebeihilfen erheblich waren oder sind, entspricht dem Rechtsgedanken des § 288 LAG. Da die Härtebeihilfen in erster Linie der Deckung des notwendigen Lebensbedarfs dienen, kann die Änderung von Bescheiden nur mit Wirkung von dem Zeitpunkt an erfolgen, in dem der Betroffene von den maßgebenden Umständen Kenntnis erlangt. Eine Abänderung zugunsten der Antragsteller erscheint nicht notwendig, soweit der Betroffene innerhalb der Jahresfrist des § 73 einen Antrag stellen kann und ihm dann nach § 66 die nach dieser Regelung begründeten Härtebeihilfen mit

Wirkung von dem auf den Tag der Antragstellung folgenden Monatsersten gewährt werden können. Haben sich Umstände zugunsten des Antragstellers geändert, so kann er innerhalb der Jahresfrist des § 73 den Antrag ohnehin ergänzen. Nach Ablauf dieser Frist können auch Ergänzungsanträge nicht mehr berücksichtigt werden.

Zum Dritten Abschnitt des Vierten Teils

Zu § 78

213. Es wird auf die Ausführungen zu § 69 Textziffer 203 verwiesen. Die Vorschriften über die Bewirtschaftung ergeben sich zwingend daraus, daß es sich nicht um die Mittel des Ausgleichsfonds handelt, sondern um Mittel, die aus dem Bundeshaushalt bereitgestellt werden müssen.

Zu § 79

214. Der Erlaß einer Rechtsverordnung wird nach § 61 für die Voraussetzungen, unter denen eine dringende soziale Notlage anzunehmen ist, ausdrücklich vorbehalten. Auch § 66 will für den zu bestimmenden Grundbetrag eine Rechtsverordnung vorbehalten. Darüber hinaus wird es aber erforderlich sein, noch weitere Rechtsverordnungen zu erlassen, um diese Härteregeleungen ihrem Sinn und den gesetzlich verankerten Grundgedanken gemäß durchführen zu können.

Zu § 80

215. Der Entwurf entspricht dem Gedanken des § 370 LAG.

Zum Fünften Teil

Zu § 81

216. Nach § 5 Nr. 3 soll die Regelung der Reparationsschäden und Restitutionsschäden dem künftigen Gesetzgeber vorbehalten bleiben. Die Härteregeleung des Vierten Teils sieht nur Unterhaltshilfen, Ausbildungshilfen und Hausrathilfen zur Milderung dringender sozialer Notlagen, aber nicht wie das Lastenausgleichsgesetz wirtschaftliche Aufbauhilfen vor. Solche wirtschaftsfördernden Maßnahmen können nach dem Fünften Teil getroffen werden. Im Gegensatz zum Vierten Teil können hierbei auch juristische Personen berücksichtigt werden. Die Maßnahmen sollen der Gewährung von Darlehen an reparations- und restitutionsgeschädigte Unternehmen dienen.

Zum Sechsten Teil

Zu § 82

217. Es wäre nicht vertretbar, wenn ein Beamter, der die ihm einem Dritten gegenüber obliegende Amtspflicht verletzt hat, aus der Tatsache Vorteile ziehen würde, daß der Anspruch des Geschädigten gegen den Fiskus nach Maßgabe dieses Gesetzes nicht geltend gemacht werden kann. Aus diesem Grunde bestimmt § 82, daß der Beamte bei vorsätzlicher Amtspflichtverletzung von dem Geschädigten unmittelbar in Anspruch genommen werden kann, sofern die Möglichkeit einer Inanspruchnahme des Staates auf Grund der Bestimmungen dieses Gesetzes nicht gegeben ist. Auch der in die Haftung des Beamten eintretende Staat war berechtigt, gegenüber dem Beamten bei vorsätzlicher oder grob fahrlässiger Amtspflichtverletzung Regreß zu nehmen. Wenn § 82 des Entwurfs im Falle grob fahrlässiger Amtspflichtverletzung einen unmittelbaren Anspruch des Geschädigten gegen den Beamten nicht gewährt, so ist der Grund darin zu sehen, daß dem Beamten im Hinblick auf den langen Zeitablauf der Nachweis der zu seiner Entlastung dienenden Tatsachen weitgehend unmöglich sein wird.

Zu § 83

218. § 21 Abs. 4 des Umstellungsgesetzes (UG) hatte den Gläubigern des Reichs die Möglichkeit gegeben, den wirtschaftlichen Schaden, der ihnen durch die Nichtumstellung bzw. Nichtbedienung der Verbindlichkeiten des Reichs entstanden war, durch Geltendmachung des Leistungsverweigerungsrechts auf ihre Vorlieferanten abzuwälzen. Diese Entlastungsmöglichkeit ist den Gläubigern durch die Vorschriften des vorliegenden Gesetzes nicht genommen. Da dieses Gesetz die Ansprüche gegen das Reich aber endgültig untergehen läßt, ist die nach § 21 Abs. 4 UG nur als vorläufiges Leistungsverweigerungsrecht gewährte Rechtswohltat zu einer rechtsvernichtenden Einwendung geworden.

Als Vorlieferung im Sinne der genannten Bestimmung des § 21 Abs. 4 UG ist nach der Rechtsprechung die Hergabe von Kreditmitteln nicht zu verstehen. Den Kreditschuldern ist aber in dem Vertragshilfegesetz ein gewisser Rechtsschutz gewährt, der jedoch praktisch in der Mehrzahl der Fälle deshalb nicht wirksam werden kann, weil nach § 1 Abs. 4 des genannten Gesetzes der Vertragshilferichter die Kreditverpflichtungen nicht unter

die Höhe der gegebenen dinglichen Sicherheiten herabsetzen kann. Die aufgenommenen Kredite — es handelt sich hier vor allem um den außerordentlich umfangreichen Komplex der Rohstoff- und Rüstungskredite — sind aber im allgemeinen dinglich gesichert worden. Nachdem das vorliegende Gesetz die Erfüllung der nichtverbrieften Ansprüche gegen das Reich grundsätzlich ausschließt, derartige Ansprüche gegen das Reich andererseits im allgemeinen die Deckungsmasse für die vorgenannten Kreditverpflichtungen bilden, erscheint es gerechtfertigt und notwendig, den Kreditschuldern einen erweiterten Schutz zukommen zu lassen, als er durch das Vertragshilfegesetz gegeben ist. Aus diesem Grunde sieht § 83 die Möglichkeit einer Herabsetzung der Verpflichtungen durch den Vertragshilferichter ohne Rücksicht auf den Umfang der gegebenen Sicherheiten vor.

Zu § 84

219. Als Zusatzversorgungsanstalten des öffentlichen Dienstes sind anzusehen:

1. die Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder,
2. die Versorgungsanstalt der Deutschen Bundespost,
3. die Bundesbahnversicherungsanstalt, Abteilung B,
4. die kommunalen Zusatzversorgungskassen.

Bereits in der Begründung zu § 27 ist zum Ausdruck gebracht worden, daß Zusatzversorgungsanstalten des öffentlichen Dienstes — soweit es sich dabei um selbständige Rechtsträger handelt — als Versicherungsunternehmen anzusehen sind. Ein Recht auf Ablösung ihrer verbrieften Ansprüche gegen das Reich (einschl. dessen Sondervermögen) und das ehemalige Land Preußen besteht demnach nicht. Als Versicherungsunternehmen würden die Zusatzversorgungsanstalten jedoch grundsätzlich nach § 24 des Umstellungsgesetzes ausgleichsberechtigt sein. Da aber beabsichtigt ist, ihre Verhältnisse gesondert zu regeln, erscheint es geboten, die Anwendbarkeit des § 24 UG auf die Zusatzversorgungsanstalten des öffentlichen Dienstes auszuschließen.

Zu § 85

220. In dem Gesetz über die Verwaltung der Deutschen Bundespost (Postverwaltungsgesetz vom 24. Juli 1953 — Bundesgesetzbl. I S. 676 —) ist in § 22 Abs. 5 bestimmt wor-

den, daß die Schulden der Deutschen Bundespost nach den für die Verwaltung der allgemeinen Bundesschulden jeweils geltenden Grundsätzen durch die Bundesschuldenverwaltung verwaltet werden. Eine entsprechende Bestimmung für die Schulden der Bundesbahn ist in den bisherigen Gesetzen über das Vermögen der Bundesbahn nicht getroffen worden. Es war daher erforderlich, diese Lücke durch die Vorschrift des § 85 des Entwurfs zu schließen.

Zu § 86

221. Personen, die aus einem kraft Gesetzes versicherungsfreien Beschäftigungsverhältnis ausscheiden, werden in den gesetzlichen Rentenversicherungen nachversichert (§§ 1242 a und b RVO, 18 AVG), sofern nicht gesetzliche Ausschließungsgründe entgegenstehen (z. B. § 141 DBG). Die Verpflichtung zur Nachversicherung trifft den letzten Dienstherrn. Für die unter Art. 131 GG fallenden Personen ist durch § 72 des Gesetzes zu Art. 131 GG eine Regelung getroffen worden. Darüber hinaus liegen Fälle vor, in denen Personen vor dem 8. Mai 1945 aus dem versicherungsfreien Beschäftigungsverhältnis im öffentlichen Dienst ohne Versorgung ausgeschieden waren und deswegen nicht unter Art. 131 GG und damit auch nicht unter die Vorschrift des § 72 des Gesetzes zu Art. 131 GG fallen, für die jedoch Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung nicht nachentrichtet worden sind. Die Nachversicherung war nach der Verordnung vom 4. Oktober 1930 (Reichsgesetzbl. I S. 459) unter bestimmten Voraussetzungen aufgeschoben.

Es erscheint notwendig, diesen Personen die Alters- oder Hinterbliebenenversorgung zu verschaffen, die sie ohne den Zusammenbruch gehabt hätten, und die jedem Arbeitnehmer auf Grund seiner Tätigkeit im öffentlichen Dienst gewährleistet sein soll. Die Nachentrichtung der aufgeschobenen Beiträge, deren Zulässigkeit zudem zweifelhaft ist, erscheint nicht zweckmäßig. Es empfiehlt sich vielmehr eine Regelung zu treffen, wie sie im § 72 des Gesetzes zu Art. 131 GG vorgesehen ist, d. h. fiktive Nachversicherung unter entsprechender Erstattung der auf die versicherungsfreie Beschäftigung entfallenden Leistungen an den Träger der gesetzlichen Rentenversicherung.

Zu § 87

222. § 87 will sicherstellen, daß bezüglich der Auslandsschulden des Deutschen Reichs

einschließlich seiner Sondervermögen Reichsbahn und Reichspost und des Landes Preußen weder die Pflichten noch die Rechte aus dem Abkommen vom 27. Februar 1953 über deutsche Auslandsschulden (Bundesgesetzbl. II S. 331) durch die Bestimmungen dieses Gesetzentwurfs berührt werden. Letzteres ergibt sich an sich bereits aus § 4 des Entwurfs. Um aber jegliche Zweifel auszuschließen — insbesondere auch gegenüber den ausländischen Gläubigern — erscheint es angebracht, im Gesetz besonders auszusprechen, daß das Londoner Schuldenabkommen unberührt bleibt.

Hieraus ergibt sich u. a. folgendes:

1. Für die auf fremde Währung lautenden Ansprüche gegen das Deutsche Reich und das ehemalige Land Preußen haftet die Bundesrepublik mit den sich aus dem Londoner Schuldenabkommen ergebenden Abänderungen (siehe insbesondere Anlage I und IV sowie Art. 20 des Londoner Schuldenabkommens).
2. Für die auf fremde Währung lautenden Ansprüche gegen die Reichsbahn und die Reichspost treten nach Maßgabe des Londoner Schuldenabkommens die Reichsbahn und die Bundespost ein.
3. Die auf Reichsmark lautenden Ansprüche ausländischer Gläubiger gegen das Deutsche Reich, Reichsbahn und Reichspost sowie das Land Preußen werden — von gewissen Ausnahmen abgesehen, wie sie z. B. im Art. 20 und Art. 5 des Londoner Schuldenabkommens enthalten sind — nach den Bestimmungen dieses Entwurfs geregelt. (Vgl. hierzu Anlage I Ziffer 6 des Londoner Schuldenabkommens).

Da das Londoner Schuldenabkommen sich nur auf Geldforderungen bezieht, sind die sonstigen Ansprüche, die Ausländern gegen die in § 1 Nr. 1 bis 3 genannten Rechtsträger zustehen, nach den Bestimmungen dieses Entwurfs zu behandeln.

Zu § 88

223. Nach dem Zusammenbruch sind — ebenso wie im Gebiet der Bundesrepublik — auch in der sowjetischen Besatzungszone auf Grund von Verwaltungsmaßnahmen der dortigen Behörden Ansprüche gegen das Reich entstanden. Auch diese Ansprüche werden durch den Wortlaut der Bestimmungen dieses Gesetzentwurfs gedeckt, wären also in

dem Umfang, in welchem die in diesem Gesetz aufgestellten Voraussetzungen gegeben sind, grundsätzlich zu erfüllen. Das gleiche gilt für Ansprüche, die im Rahmen der Verwaltung und des Betriebes der Reichsbahn im Gebiet von Berlin (West) entstanden sind, obgleich diese Verwaltung den ostzonalen Reichsbahndienststellen untersteht. Im übrigen könnten, da im Gebiet der sowjetischen Besatzungszone die Verwaltung der staatseigenen Bahnen unter dem Namen „Deutsche Reichsbahn“ weitergeführt wird, deren Verbindlichkeiten, formal gesehen, sämtlich unter die Regelung dieses Gesetzes fallen. Da jedoch für den Bund keine Veranlassung besteht, wegen dieser Verpflichtungen Leistungen zu gewähren, war es notwendig, diese Verbindlichkeiten durch eine positive Bestimmung von der Regelung dieses Gesetzentwurfs auszuschließen.

Zu §§ 89 bis 93

224. Die Vorschriften der §§ 89 bis 93, die auch in sonstigen Gesetzen übliche Bestimmungen enthalten, bedürfen keiner weiteren Begründung.

C. Auswirkungen auf den Bundeshaushalt

225. Die Auswirkungen des Gesetzentwurfs auf den Bundeshaushalt sind wie folgt zu beurteilen:

Für die zur Durchführung des Zweiten Teils des Entwurfes erforderlichen Mittel sind selbst Schätzungen kaum möglich. Wahrscheinlich ist allerdings, daß im Rahmen dieses Teils, abgesehen von den Grundstückserwerbskosten (§§ 20 bis 22), im Rahmen des Gesamtbedarfs erhebliche Mittel nicht in Betracht kommen. Das Bundesministerium der Finanzen nimmt an, daß vorerst jährlich etwa 10 Mio DM aufzuwenden sein werden.

226. Nach dem Dritten Teil des Entwurfs sind unter der Annahme, daß von der Gesamtmasse der in Betracht kommenden verbrieften Ansprüche von rd. 394 Milliarden RM nur 18 Milliarden RM abzulösen sein werden (vgl. hierzu Textziffern 94 bis 102, 127, 128), für die Bedienung der Ablösungsschuld bis 1960 (nur Zinsen) jährlich aufzubringen 40 Mio DM, ab 1960 (Zinsen + Tilgung) 76,05 Mio DM

Die Minderausgaben, die sich bis 1960 infolge der erst dann einsetzenden Tilgung erge-

ben, werden aller Voraussicht nach in voller Höhe benötigt werden, um die Kleinbeträge in bar abzufinden (§ 29 Abs. 6). Wahrscheinlich werden sogar diese Minderausgaben für die Barabfindung nicht einmal ausreichen.

227. Der Finanzbedarf für die Durchführung des Vierten Teils des Gesetzentwurfs läßt sich kaum schätzen. Als Anhaltspunkt kann hier nur einerseits die bereits erwähnte Schätzung des Reichsfinanzministeriums der nicht verbrieften Ansprüche gegen das Reich (400 Mrd. RM, Textziffer 45) gelten, andererseits die Annahme, daß die Reparations- und Restitutionsschäden bei niedrigster Bewertung und bei Beschränkung auf die sogenannten Westschäden (ohne mittelbare Schäden) 40 Mrd. DM betragen. Die Bundesregierung hofft, daß die Durchführung des Vierten Teils in den nächsten Jahren jährlich keinen höheren Bedarf als 50 Mio DM erfordern wird.

228. Unter der Voraussetzung, daß für die Zwecke des Kriegsfolgenschlußgesetzes der gleiche Haushaltsansatz wie im Rechnungsjahr 1955 auch in den nächstfolgenden Jahren eingestellt werden kann — nämlich 200 Mio DM — würde für die im Fünften Teil des Entwurfs behandelten wirtschaftsfördernden Maßnahmen ein Betrag von rd. 50 Mio DM jährlich zur Verfügung stehen. Mit Rücksicht auf die vorstehend betonte Unsicherheit der Schätzungen kann eine endgültige Entscheidung jedoch insoweit erst getroffen werden, wenn die Durchführung des Gesetzes angelaufen und ein Überblick über den für die Durchführung der anderen Teile des Gesetzes erforderlichen Finanzbedarf möglich ist.

229. Erhebliche Mittel werden im übrigen noch für den Verwaltungsaufwand erforderlich werden, den die Durchführung dieses Gesetzes zwangsläufig mit sich bringt.

230. Die Kosten für den Grundstückserwerb nach den §§ 20 bis 22 des Entwurfs werden auf insgesamt etwa 100 bis 120 Mio DM geschätzt, die etwa in fünf Jahren aufgebracht werden müßten.

231. Es ist nun in der Öffentlichkeit die Ansicht vertreten worden, daß die Leistungen aus dem Kriegsfolgenschlußgesetz nicht unwesentlich erhöht werden könnten, wenn das auf den Bund übergegangene Reichsvermögen herangezogen würde. Dieser Vorschlag ist

insbesondere von Gläubigern verbriefter Reichsverbindlichkeiten gemacht worden.

Es ist hierzu auf folgendes hinzuweisen: Die in diesem Zusammenhang für das Bundesvermögen genannten hohen Milliardenzahlen schrumpfen auf wenige Milliarden DM zusammen, wenn man, wie dies allein möglich ist, den Wert des im Interesse der Erhaltung des Staats- und Wirtschaftslebens unentbehrlichen Verwaltungsvermögens bei der Bewertung des Reichsvermögens nicht berücksichtigt. Im übrigen haben auf das ehemalige Reichsvermögen aus Anlaß der Behandlung früherer Entschädigungsgesetze auch die in jenen Gesetzen behandelten Geschädigten Anspruch erhoben. Dies gilt insbesondere von den unter das Lastenausgleichsgesetz fallenden Personenkreisen. Die Wünsche dieser Personenkreise in bezug auf das Reichsvermögen sind seinerzeit mit der Begründung abgelehnt worden, daß ein Staatsvermögen nicht als die Deckungsmasse für Entschädigungsansprüche eines Teils der Gesamtheit der Geschädigten angesehen werden könne. Es erscheint daher schon politisch nicht vertretbar, insoweit jetzt zugunsten der durch das Kriegsfolgenschlußgesetz betroffenen Personen oder gar einzelner Personengruppen eine andere Entscheidung zu treffen.

III. Gesamtbetrachtung des Gesetzes

232. Es steht außer Zweifel, daß die im Entwurf vorgesehene Regelung, im ganzen gesehen außerordentlich hart ist. Aus diesem Grunde ist es zweckmäßig, abschließend noch auf folgende Gesichtspunkte hinzuweisen: Das Gesetz bezweckt die abschließende finanzielle Liquidation des Krieges und des Zusammenbruchs. Es ist ein Niederschlag zwölfjähriger Ausgabenwirtschaft des Dritten Reiches, die Bilanz des verlorenen Krieges. Wer kann berechtigterweise erwarten, daß sie eine erfreuliche sein könnte? Wenn dennoch teilweise die Auffassung vertreten wird, daß die Ansprüche gegen das Reich und die Kriegsfolgenschäden im Rahmen dieses Gesetzes eine großzügigere Regelung hätten erfahren können, so ist der Grund für eine solche Ansicht sicherlich nur darin zu suchen, daß der wirtschaftliche und soziale Aufstieg, der kennzeichnend für die Entwicklung in der Bundesrepublik im Verlauf der letzten Jahre ist, das Ausmaß der Katastrophe des Jahres 1945 weithin hat vergessen lassen. Auf Grund der

— durch äußere Einflüsse begünstigten — Erfolge einer ungeheuren Kraftanstrengung des ganzen Volkes und einer planmäßigen, die freie Kräfteentwicklung anregenden und stützenden Finanz- und Wirtschaftspolitik ist auch vielfach der Maßstab für die Möglichkeiten des Bundes verlorengegangen.

Das Gesetz zwingt zum Rückblick auf die Tage des Zusammenbruchs, auf jene Tage also, als sich glücklich schätzen durfte, wer seine und seiner Angehörigen physische Existenz erhalten hatte, und als die Hoffnungen nicht darüber hinausgingen, sie auch in Zukunft erhalten zu können. Damals war jedem Gläubiger einer der in diesem Gesetz behandelten Ansprüche klar, daß angesichts der Katastrophe diesen Ansprüchen ein innerer Wert nicht mehr zukam. Der Verlust der Heimat, der Angehörigen, des beweglichen und unbeweglichen Vermögens, des Berufes usw. war in gleicher Weise ein Beitrag des ein-

zeln zu den Kosten des Krieges wie auch der Verlust des inneren Wertes der Ansprüche gegen das Reich. Mit Ausnahme dieser letztgenannten Verluste haben alle übrigen Schäden und Verluste in irgendeiner Form eine gesetzliche Regelung nach sozialen Gesichtspunkten erfahren. Schon die Notwendigkeit einer gleichmäßigen Behandlung aller — durch den Zusammenbruch in einer inneren Beziehung zueinander stehenden — Tatbestände zwingt dazu, auch den Gläubigern des Reiches grundsätzlich Leistungen nur nach sozialen Grundsätzen zukommen zu lassen, wie es der Entwurf vorsieht. Nur eine solche Lösung wird auch dem Wesen der Bundesrepublik als eines sozialen Rechtsstaates gerecht.

Nicht das Gesetz ist hart, hart waren der Krieg und dessen Folgen, die den inneren Wert der hier behandelten Ansprüche ausgehöhlt haben. Das Gesetz stellt lediglich fest, nimmt aber nichts.

Der Präsident des Bundesrates

Bonn, den 22. Juli 1955

An den
Herrn Bundeskanzler

Mit Bezug auf das Schreiben vom 25. Juni 1955 — 6-53203-1597/55 V — beehre ich mich mitzuteilen, daß der Bundesrat in seiner 145. Sitzung am 22. Juli 1955 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen hat, zu dem Entwurf eines

Gesetzes zur abschließenden Regelung durch
den Krieg und den Zusammenbruch des Deut-
schen Reichs entstandener Schäden (Kriegsfolgen-
schlußgesetz)

die sich aus der Anlage ergebenden Änderungen und Empfehlungen vorzuschlagen.

Im übrigen erhebt der Bundesrat gegen den Entwurf keine Einwendungen.

Der Bundesrat ist der Ansicht, daß das Gesetz seiner Zustimmung bedarf.

Altmeier

Anderungsvorschläge und Empfehlungen des Bundesrates

1. Zu § 1

a) § 1 erhält folgenden Absatz 2:

„(2) Das gleiche gilt für Ansprüche gegen Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände, die aus der Wahrnehmung unabweislicher Aufgaben erwachsen sind, die Länder, Gemeinden oder Gemeindeverbände bis 31. Juli 1945 zur Beseitigung von Kriegsfolgen anstelle an sich zuständiger Reichsbehörden erfüllt haben.“

B e g r ü n d u n g

Der Entwurf geht davon aus, daß nur die Verbindlichkeiten des Reiches, Preußens und des Unternehmens Reichsautobahnen erfüllt und die Schäden ersetzt werden, die nach dem Entwurf zu erfüllen oder abzulösen sind (sogen. Negativ-Klausel). Der Bundesrat glaubt, diese Grundsätze billigen zu können, um eine nicht übersehbare Belastung des Bundes zu vermeiden. Die Negativ-Klausel schließt nur weitere Ansprüche gegen das Reich, Preußen und das Unternehmen Reichsautobahnen aus, nicht aber gleichgeartete Ansprüche gegen die übrigen Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände, die gegen diese aus der Erfüllung von Kriegsaufgaben oder im Zusammenhang mit dem Krieg und seinen Folgen entstanden sind, z. B. Ansprüche aus der Belegung von Wohnungen und Hotels für Flüchtlinge, aus Beschlagnahmen, aus Luftschutzbauten, Behelfsbahnen, Waldeinschlägen (s. BGHZ Bd. 13 S. 395). Der Bundesrat glaubt, daß das Gesetz auch solche Ansprüche von der Erfüllung ausschließen sollte, mindestens soweit sie bis zum 31. Juli 1945 entstanden sind.

b) § 1 erhält folgenden Absatz 3:

„(3) Werden Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände aus Kriegsfolgeschäden (§ 3) oder den in Abs. 2 aufgeführten Maßnahmen in Anspruch genommen, so hat der Bund die entstehenden Aufwendungen zu ersetzen.“

B e g r ü n d u n g

Die Ergänzung soll dazu führen, die genannten Körperschaften in jedem Falle für ihre Aufwendungen schadlos zu halten.

- c) Die Frage, inwieweit rechtskräftige Urteile im Bereich der §§ 1 und 2 durch das Gesetz berührt werden, ist nicht geregelt. Eine gesetzliche Regelung ist aber notwendig und sollte vorgenommen werden.

2. Zu § 4

§ 4 ist die folgende Fassung zu geben:

„§ 4

Dem Gesetz nicht unterliegende Ansprüche und Kriegsfolgeschäden

Unbeschadet der Vorschrift des § 5 Abs. 2 gelten die Vorschriften dieses Gesetzes nicht für Ansprüche (§§ 1, 2) und Kriegsfolgeschäden (§§ 1, 3), soweit

1. diese bereits durch Gesetzgebung der Bundesrepublik Deutschland, ihrer Länder oder der Besatzungsmächte geregelt sind oder
2. eine gesetzliche Regelung in § 5 Abs. 1 vorbehalten ist.“

B e g r ü n d u n g

§ 4 Nr. 2 behält eine Sonderregelung nur für rückerstattungsrechtliche Verbindlichkeiten vor, nicht aber für die übrigen

Fälle des § 5. Hieraus und aus dem Umstand, daß § 61 Abs. 1 Nr. 4, §§ 63, 81 für die Fälle der Demontage- und Restitutionsschäden Regelungen für Härtebeihilfen treffen, könnte zweifelhaft werden, welche sondergesetzliche Regelung für die Fälle der Besetzungsschäden, der Reparations- und Restitutionsschäden usw. überhaupt vorgesehen ist. Es war deshalb erforderlich, den Vorbehalt einer gesetzlichen Sonderregelung für alle Fälle des § 5 aufzunehmen.

3. Zu § 5

- a) In § 5 Nr. 3 sind hinter den Worten „juristischen Personen“ die Worte „privaten oder öffentlichen Rechts“ einzufügen.

Begründung

Es soll klargestellt werden, daß den Personen deutscher Staatsangehörigkeit oder Volkszugehörigkeit juristische Personen des öffentlichen Rechts in Deutschland gleichgestellt sind.

- b) In § 5 Nr. 3 sind die Worte „auf Grund planmäßiger Anordnungen“ durch die Worte „auf Grund von Anordnungen“ zu ersetzen.

Begründung

Der Begriff „planmäßige“ Anordnungen könnte zu Mißdeutungen führen. Jede Anordnung setzt eine Planmäßigkeit voraus. Durch die vorgeschlagene Neufassung wird eine hinreichende Abgrenzung gegenüber den sogenannten wilden Entnahmen oder Plünderungen gewährleistet, die bei der künftigen gesetzlichen Regelung nicht berücksichtigt werden sollen.

- c) In § 5 Nr. 3 sind hinter den Worten „auf Grund von Anordnungen der Besatzungsmächte“ die Worte „oder auf Grund von Vereinbarungen, die auf Veranlassung der Besatzungsmächte abgeschlossen werden mußten“ einzufügen.

Begründung

Vereinbarungen, die auf Veranlassung der Besatzungsmächte abgeschlossen werden mußten, dürfen aus wirtschaftlichen Gründen nicht anders behandelt werden als Anordnungen der Besatzungsmächte.

- d) § 5 ist folgende neue Nr. 5 anzufügen:

„5. Schäden, die durch Zwangsexporte von Holz aus der früheren britischen und französischen Zone im Wege der Direktoperationen und außerhalb der Direktoperationen entstanden sind.“

Begründung

In Textziffer 35 a) letzter Satz der Begründung ist zwar ausgeführt, daß unter § 5 Nr. 3 des Entwurfs auch die Schäden der Waldbesitzer aus den Direktoperationen der Besatzungsmächte fallen, die zum Zwecke der Reparation auf Grund planmäßiger Anordnungen der Besatzungsmächte erfolgten. In der ehemaligen französischen Zone ist aber der zweite Teil der Holzausfuhren nach Angabe der französischen Besatzungsmacht zum Zwecke der Devisenbeschaffung für den deutschen Bedarf durchgeführt worden und nicht zum Zwecke der Reparationen. Ähnliche Tatbestände liegen unter Umständen in der britischen Zone vor. Um auch diese Fälle einer besonderen gesetzlichen Regelung vorzubehalten, ist die vorgeschlagene Ergänzung erforderlich.

- e) § 5 erhält folgenden Absatz 2:

„(2) Bis zum Inkrafttreten der vorbehaltenen gesetzlichen Regelung können Leistungen wegen der in Absatz 1 unter Nr. 1, 3 bis 5 bezeichneten Schäden und Ansprüche nicht verlangt werden. Feststellungsklagen sind ausgeschlossen. Die Vorschriften des Vierten Teils dieses Gesetzes bleiben unberührt.“

Begründung

Die vorgeschlagene Fassung stellt klar, daß in den aufgeführten Fällen ein Klagestopp eingeführt wird.

4. Zu § 5 a (neu)

Folgender § 5 a ist neu einzufügen:

„§ 5 a

Zu erstatten sind Aufwendungen, die den Ländern aus der Munitionsbeseitigung erwachsen sind.“

Begründung

Die Erstattung dieser Aufwendungen durch den Bund erscheint nach der Wie-

dererlangung der Souveränität angebracht.

5. Zu § 9

In § 9 Abs. 4 Nr. 2 wird das Wort „unverzüglich“ durch die Worte „innerhalb von drei Monaten“ ersetzt.

Begründung

Es erscheint sachlich nicht gerechtfertigt, in diesem Falle eine unverzügliche Rücktrittserklärung zu verlangen. Anpassung an § 9 Abs. 4 Nr. 1 ist geboten.

6. Zu § 10

§ 10 Abs. 1 Nr. 1, 2 und 3 ist folgende Fassung zu geben:

- „1. Ansprüche auf Zahlung eines Kaufpreises oder einer Enteignungsentschädigung: in Höhe des Kaufpreises oder der Enteignungsentschädigung mit der Maßgabe, daß für jede Reichsmark eine Deutsche Mark zu zahlen ist.
2. Ansprüche, die nicht auf Geld oder die auf wiederkehrende Leistungen gerichtet sind: in Höhe eines Betrages, der in entsprechender Anwendung der §§ 69, 70 der Konkursordnung zu ermitteln ist.“

Begründung

Der Regierungsentwurf macht hinsichtlich der Entschädigung für Grundstücksinanspruchnahmen einen wesentlichen Unterschied zwischen zwei verschiedenen Fallgruppen. In den Fällen, in denen der Eigentumserwerb der öffentlichen Hand bereits vor dem 1. August 1945 abgeschlossen war, gibt er lediglich eine Quote von 10 v. H. (§ 10), während er in den Fällen, in denen noch keine dingliche Rechtsänderung stattgefunden hat, grundsätzlich eine volle Werterstattung vorsieht (§ 18 ff.). Dieses Ergebnis erscheint rechtlich und politisch untragbar. Bei Grundstücksinanspruchnahmen ist ausnahmslos die volle Werterstattung zu fordern, zumal die öffentliche Hand im vollen Besitz der Grundstückssubstanz verblieben ist. Die Unterscheidung des Entwurfs würde zu einer völlig unterschiedlichen Behandlung der betroffenen Grundstückseigentümer je nach dem zufälligen Stand des steckengebliebenen Verfahrens führen. Eine differenzierte Behandlung der Grundstückseigentümer verbietet sich auch um deswillen, weil diese in der

großen Masse der Fälle gleichermaßen gegen ihren Willen in Anspruch genommen worden sind. Dies gilt insbesondere für die Inanspruchnahmen im Bereich des ehem. Westwalls, wo die Maßnahmen überstürzt vor und während des Krieges durchgeführt wurden, die Art der Durchführung im einzelnen völlig zufällig war und eine Vielzahl kleiner und kleinster ohnehin in den schwierigen Grenzlandverhältnissen lebender Eigentümer betroffen ist. Die vorgeschlagene Regelung würde im Ergebnis auch die Verwirklichung der Forderungen bedeuten, die der Bundesrat bereits in seinem Beschluß vom 19. Dezember 1952 — BR-Drucks. Nr. 420/52 (Beschluß)* — erhoben hatte.

7. Zu § 14

§ 14 ist wie folgt zu fassen:

„§ 14

Zulässigkeit von Aufrechnungen

(1) Die Vorschriften dieses Gesetzes stehen der Aufrechnung mit einem Anspruch (§§ 1, 2), dessen Erfüllung in diesem Gesetz nicht vorgesehen ist, nicht entgegen. § 395 des Bürgerlichen Gesetzbuchs ist nicht anzuwenden.

(2) Ist streitig, ob ein Anspruch (§§ 1, 2) erfüllt ist und sind die Beweismittel infolge des Krieges oder des Zusammenbruches verlorengegangen oder unerreichbar geworden, so ist, wenn der Anspruchsschuldner erhebliche, für die Erfüllung sprechende Umstände dertut, im Zweifel anzunehmen, daß der Anspruch erloschen ist. Satz 1 gilt entsprechend für die Gegenansprüche der in § 1 Nr. 1 bis 3 bezeichneten Rechtsträger.“

Begründung

Die Fassung des Entwurfs begegnet zumindest rechtspolitischen Bedenken. Unter Berücksichtigung der Rechtsprechung ist an dem Grundsatz der uneingeschränkten Aufrechenbarkeit in diesen Fällen festzuhalten. Die vorgeschlagene Fassung trägt auch der Notlage Rechnung, die für die Anspruchsberechtigten durch den Verlust von Beweismitteln entstehen könnte.

8. Zu § 16

- a) In § 16 Nr. 1 Buchstabe b ist vor dem letzten Satz der folgende Satz einzufügen:

*) siehe S. 101

„Für den Nachweis der Eigenschaft als Vertriebener (bb) oder als Sowjetzonenflüchtling (cc) ist die Vorlage des Ausweises nach § 15 des Bundesvertriebenengesetzes vom 19. Mai 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 201) ausreichend.“

B e g r ü n d u n g

Aus Gründen der Verwaltungseinfachung ist es erwünscht, daß der nach § 15 BVFG ausgestellte Ausweis als hinreichendes Beweismittel für das Vorliegen der Vertriebenen- oder Flüchtlings-eigenschaft anerkannt wird. Das Einfügen dieser Bestimmung steht außerdem in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Antrag, den Stichtag in § 16 auf den 31. Dezember 1952 zu verlegen. Sollte der vorgeschlagenen Stichtagsveränderung nicht gefolgt werden, so müßte eine besondere Kennzeichnung der Aussiedlereigenschaft im Ausweis oder durch Bescheinigung der Ausstellungsbehörde erfolgen.

- b) In § 16 Nr. 2 sind hinter den Worten „Juristischen Personen“ die Worte „des privaten oder öffentlichen Rechts“ einzufügen.

B e g r ü n d u n g

Siehe Begründung Ziff. 3 Buchstabe a.

9. Zu § 18

- a) In § 18 Abs. 1 Nr. 3 erhält der letzte Satzteil folgende Fassung:
„... es sei denn, daß
a) die Beseitigung der Beeinträchtigung zur Abwendung einer unmittelbaren Gefahr für Leib und Leben erforderlich ist, oder
b) das Grundstück infolge der Beeinträchtigung durch einen in § 1 Nr. 1 bis 3 genannten Rechtsträger für den Zweck, für den es vor der Inanspruchnahme genutzt wurde, unbrauchbar geworden ist.“

B e g r ü n d u n g

Der Entwurf geht davon aus, daß „Grund und Boden anders als die übrigen Wirtschaftsgüter in der Regel nicht ersetzbar und grundsätzlich unvergänglich“ ist (vgl. Textziffer 61 Abs. 2 der Begründung des Entwurfs).

Er trägt diesem Tatbestand dadurch Rechnung, daß er in §§ 10, 18, 20 bis 22 Ausnahmen von der grundsätzlichen Negativklausel festlegt. Der Regierungsentwurf führt aber diesen Grundsatz nicht in voller Konsequenz durch, indem er diejenigen Fälle von der beabsichtigten Ausnahmeregelung ausnimmt, in denen durch die Inanspruchnahme ein Grundstück für seinen ursprünglichen Nutzungszweck unbrauchbar geworden ist. Es ist daher notwendig, die Ausnahmeregelung sowohl auf die Fälle der Besitzstörung (§ 18) wie auch auf die Fälle der Inanspruchnahme des Besitzes ohne Eigentumsübergang (§ 20) zu erstrecken. Hierbei handelt es sich insbesondere um die Fälle, in denen landwirtschaftliche und sonstige Grundstücke durch Bunker, Höcker, Feuerlöschteiche oder ähnliche Anlagen sowie durch Aufschüttungen zum Bau einer Autobahn für die ursprüngliche Nutzung schlechthin unbrauchbar geworden sind.

- b) § 18 ist der folgende Absatz 4 anzufügen:

„(4) Den Ansprüchen nach Absatz 1 Satz 1 sind die in Grundstücksverträgen mit einem der in § 1 Abs. 1 Nr. 1 bis 3 genannten Rechtsträger vereinbarten Heimfallansprüche gleichgestellt.“

B e g r ü n d u n g

Die Heimfallansprüche stehen dinglichen Ansprüchen gleich und werden im Konkursrecht wie Aussonderungsansprüche behandelt.

10. Zu § 20

§ 20 ist zu streichen; die übrigen Vorschriften des Entwurfs sind entsprechend zu ändern.

B e g r ü n d u n g

§ 20 ist durch die Gesetzgebungskompetenz des Bundes (Art. 74 Nr. 14 GG) nicht gedeckt, da Art. 74 Nr. 14 GG auf Art. 73 und 74 GG verweist und folglich nicht auf die Fälle der Art. 134 und 135 GG angewandt werden kann.

Im übrigen reichen die Enteignungsmöglichkeiten nach den allgemeinen Vorschriften aus.

11. Zu § 42

- a) In § 42 Abs. 1 Satz 3 werden hinter den Worten „Eidesstattliche Versicherungen“ die Worte „des Anmelders“ eingefügt.

Begründung

Es soll klargestellt werden, daß eidesstattliche Versicherungen durch Personen zur Glaubhaftmachung ausreichend sein können.

- b) In § 42 Abs. 4 und 5 sind jeweils die Worte „kann davon ausgegangen werden“ durch die Worte „ist davon auszugehen“ zu ersetzen.

Begründung

Es soll klargestellt werden, daß bei Vorliegen der Voraussetzungen der Absätze 4 und 5 ein Ermessensspielraum für die Prüfstelle nicht gegeben sein soll.

12. Zu §§ 45, 46 und 49

- a) In § 45 Abs. 3 wird der Klammerzusatz gestrichen.
- b) Dem § 46 werden folgende Absätze 2 und 3 angefügt:

„(2) Unter Kammern für Wertpapierbereinigung im Sinne dieses Gesetzes sind die nach § 29 des Wertpapierbereinigungsgesetzes gebildeten Kammern für Wertpapierbereinigung zu verstehen.

(3) Die Landesjustizverwaltung kann für die Bezirke mehrerer Kammern für Wertpapierbereinigung einer von ihnen die Aufgaben und Entscheidungsbefugnisse auf Grund dieses Gesetzes übertragen.“

- c) In § 49 Abs. 4 werden die Worte „und 5“ gestrichen. Es wird folgender Absatz 5 angefügt:

„(5) § 46 Abs. 2 und 3 findet entsprechend Anwendung.“

Begründung zu a) bis c)

Anpassung an § 71 des Bereinigungsgesetzes für deutsche Auslandsbons vom 25. August 1952 (BGBl. I S. 553 ff.).

13. Zu § 55

Der Bundesrat ist der Auffassung, daß die Anmeldestellen über die im § 55 Abs. 1

vorgesehene Gebühr hinaus einen Kostenbeitrag von einer Deutschen Mark für jeden Anmelder vom Bund erhalten sollen.

Begründung

Da die Prüfungspflichten der Anmeldestellen über die im Wertpapierbereinigungsgesetz vorgeschriebenen Prüfungspflichten erheblich hinausgehen (vgl. § 37 in Verbindung mit §§ 16 und 17 des Entwurfs), erscheint es angemessen, hierfür einen Kostenbeitrag aus öffentlichen Mitteln zu leisten.

14. Zu § 58

In § 58 wird in Überschrift und Text das Wort „Verwaltungsanordnungen“ durch die Worte „Allgemeine Verwaltungsvorschriften“ ersetzt.

Begründung

Anpassung an Art. 86 GG.

15. Zu § 62

§ 62 Nr. 2 ist wie folgt zu fassen:

„2. bei Nutzungsschäden und mittelbaren Schäden, insbesondere entgangenem Gewinn, Schadensfolgekosten sowie durch Produktions- und Betriebsverbote oder -einschränkungen entstandenen Verlusten,“

Begründung

Nutzungsschäden sind unmittelbare Schäden. Diesen Standpunkt hat die Bundesregierung selbst in § 12 des Entwurfs eines Schutzbereichsgesetzes eingenommen; dort sind in Satz 2 die entzogenen Nutzungen als ein Fall des unmittelbaren Vermögensnachteiles bezeichnet. Die vorgeschlagene Regelung ändert nichts an der Tatsache, daß im Falle von Nutzungsschäden Härtebeihilfen nicht gewährt werden können.

16. Zu § 63

In § 63 Nr. 3 werden die Worte „fortgeführt worden sein“ durch die Worte „beschafft oder fortgeführt worden sein“ ersetzt.

Begründung

Die Regelung muß auch dann gelten, wenn die Wirtschaftsgüter unrechtmäßig beschafft worden sind.

17. Zu § 69

- a) In § 69 Abs. 1 sind die Worte „und von dem Land Berlin“ zu streichen.

Begründung

Die Worte sind überflüssig, da Berlin zu den Ländern gehört.

- b) In § 69 Abs. 2 ist der Satz 3 zu streichen.

Begründung

Die Mitwirkung der Länder beim Erlass einzelner Durchführungsvorschriften ist sicherzustellen, da die Länder maßgeblich an der Durchführung des Gesetzes beteiligt sind.

18. Zu § 70

In § 70 Satz 3 werden nach dem Wort „Verwaltungsgerichten“ die Worte „an Stelle der in Satz 1 genannten Vertreter“ eingefügt.

Begründung

Es soll klargestellt werden, daß nicht Doppelvertretungen Platz greifen.

19. Zu § 71

- a) In § 71 ist hinter den Worten „sowie die §§“ einzufügen „288“.

Begründung

Die Einfügung dient der Klarstellung.

- b) In § 71 ist hinter „351“ einzufügen „Abs. 1 und 2“.

- c) § 71 ist folgender Abs. 2 anzufügen:
„(2) Der Bund erstattet den Ländern 85 v. H. der ihnen für die Durchführung der Vorschriften dieses Teils entstehenden Kosten einschließlich der Kosten der Gemeinden und Gemeindeverbände. Die Bundesregierung kann mit Zustimmung des Bundesrates durch Rechtsverordnung bestimmen, in welcher Weise diese Kosten pauschal festgelegt werden.“

Begründung zu b) und c)

Es erscheint rechtlich und sachlich bedenklich, die für den Lastenausgleich geltende Regelung der Kostenerstattung zu übernehmen. Es bestehen zunächst verfassungsrechtliche Bedenken, daß der Bund die Erstattung der Verwaltungskosten im Verhältnis zwischen Ländern

und Gemeinden und Gemeindeverbänden einschränkend festlegt. Außerdem erscheint eine nur hälftige Kostenerstattung für die Durchführung der bezeichneten Verwaltungsmaßnahmen keineswegs angemessen. Bei den Härtefällen wird zwar auf die individuelle Bedürftigkeit abgestellt, diese muß sich aber auf Grund bestimmter ganz oder zum Teil untergegangener Rechtsansprüche ergeben. Danach liegt eine Verbindung mit Fürsorgemaßnahmen der Länder, der Gemeinden oder Gemeindeverbände nicht vor. Die Länder sollten daher nach dem zu Art. 120 GG entwickelten Grundsatz nur mit einer angemessenen Interessenquote belastet werden.

20. Zu § 74

In § 74 Abs. 2 sind die Worte „oder in Berlin (West)“ zu streichen.

Begründung

Die Worte sind überflüssig, da Berlin zum Geltungsbereich dieses Gesetzes gehört.

21. Zu § 77

§ 77 ist durch folgenden Absatz 2 zu ergänzen:

„(2) Unberührt bleibt die Erstattungspflicht im Falle der Ausschließung entsprechend der Regelung des § 360 LAG.“

Begründung

Der vorgeschlagene Absatz 2 dient der Klarstellung.

22. Zu § 78

§ 78 Abs. 2 ist wie folgt zu fassen:

„(2) Für die Bewirtschaftung der Mittel gelten die Vorschriften über das Haushaltsrecht des Bundes. Die Bundesregierung kann durch Rechtsverordnung Näheres über die haushaltsmäßige Behandlung, über die Kassen- und Buchführung sowie über die Rechnungslegung bestimmen und dabei die Anwendung der entsprechenden Landesvorschriften zulassen. Die Vorschriften des § 324 LAG und der 8. LeistungsDV-LA finden entsprechende Anwendung.“

Begründung

Die Bestimmung ist dem § 4 Abs. 2 des Vierten Überleitungsgesetzes anzupassen.

Der letzte Satz soll sicherstellen, daß bei der Durchführung des Gesetzes durch gemeindliche Behörden die für diese allgemein geltenden Kassen- und Rechnungsvorschriften anzuwenden sind.

23. Zu § 81

§ 81 ist wie folgt zu fassen:

„§ 81

Darlehen für Wiederaufbau- oder Ausbaivorhaben

Der Bundesminister für Wirtschaft wird ermächtigt, zur Durchführung volkswirtschaftlich förderungswürdiger Wiederaufbau- oder Ausbaivorhaben von natürlichen und juristischen Personen, die durch Schäden im Sinne des § 61 Abs. 1 Satz 1 Nr. 4 und Satz 2 betroffen sind, im Einvernehmen mit dem Bundesminister der Finanzen Darlehen im Rahmen der im jeweiligen Haushaltsplan ausgebrachten Mittel nach Maßgabe von Richtlinien zu gewähren, die er im Einvernehmen mit dem Bundesminister der Finanzen und im Benehmen mit den zuständigen Bundesministern zu erlassen hat.“

Die übrigen Vorschriften des Entwurfs sind entsprechend zu ändern.

B e g r ü n d u n g

Klarstellung der Zuständigkeiten. Richtigstellung der Verweisung.

24. Zu § 82

Gegen die in § 82 des Entwurfs vorgesehene Regelung bestehen Bedenken. Es bedarf der näheren Prüfung, ob in Fällen vorsätzlicher Amtspflichtverletzung eine Verpflichtung der Körperschaft selbst statuiert werden muß und ob es daneben oder statt dessen noch einer Haftung des Beamten bedarf.

25. Zu § 83

§ 83 ist zu streichen.

B e g r ü n d u n g

§ 1 Abs. 4 des Vertragshilfegesetzes vom 26. März 1952 sollte erhalten bleiben. Die Aufhebung des § 1 Abs. 4, der der Herabsetzung einer Schuld durch den Vertragshilfe-Richter eine Grenze in der Höhe einer bestehenden dinglichen Sicher-

ung setzt, könnte insofern für die Länder große finanzielle Bedeutung haben, als Herabsetzungen von Forderungen der Kreditinstitute neue Ausgleichsverpflichtungen der Länder mit sich bringen können. Zudem sind die Fälle, in denen die Aufhebung für die Industrie bedeutungsvoll wäre, überwiegend bereits durch Umstellungsvergleiche mit Zustimmung der Umstellungsbehörden der Länder erledigt. Die bisher bestehenden Bereinigungsmöglichkeiten dürften auch für die noch offenen Restfälle ausreichen. Dabei muß notfalls ein Weg gefunden werden, aus dem Gesichtspunkt des § 1 Abs. 4 des Vertragshilfegesetzes im Einzelfall sich ergebende Schwierigkeiten auszuräumen.

Die Vorschrift des § 1 Abs. 4 des Vertragshilfegesetzes ist seinerzeit Gegenstand eingehender Erörterungen in den gesetzgebenden Körperschaften gewesen. Es geht nicht an, die damals getroffene Entscheidung aus Anlaß des Kriegsfolgenschlußgesetzes aufzuheben. § 1 Abs. 4 des Vertragshilfegesetzes geht von der richtigen Auffassung aus, daß dinglich gesicherte Forderungen im Vertragshilfeverfahren nicht beschnitten werden dürfen; sie würden sonst im Vertragshilfeverfahren schlechter gestellt werden als im Konkurs.

26. Zu § 91

a) § 91 Nr. 4 ist als gegenstandslos zu streichen.

b) § 91 Nr. 3 wird § 91 Nr. 4 und erhält folgende Fassung:

„4. in den §§ 24 und 75 an Stelle der Oberfinanzdirektion der Präsident des Landesfinanzamtes Berlin (Sondervermögens- und Bauverwaltung).“

B e g r ü n d u n g

Notwendige Berichtigung.

c) In § 91 wird folgende Nr. 3 eingefügt:

„3. in § 27 an Stelle des 21. Juni 1948 der 25. Juni 1948,“

B e g r ü n d u n g

Die neu eingesetzte Nr. 3 ist erforderlich, weil in Berlin nicht der 21. Juni 1948, sondern der 25. Juni 1948 der Stichtag der Währungsumstellung ist.

27. Zu § 92

In § 92 erhalten die Eingangsworte folgende Fassung:

„Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe der §§ 12, 13 Abs. 1 . . .“

B e g r ü n d u n g

Notwendige Ergänzung im Hinblick auf § 80 des Entwurfs.

28. Die Bundesregierung wird gebeten, zu erklären

1. daß bei der künftigen gesetzgeberischen Behandlung des ehem. preußischen Vermögens und des Parteivermögens die Regelung des Eigentums nicht der Regelung des Kriegsfolgeschlußgesetzes hinsichtlich der Verbindlichkeiten zu folgen hat;

2. daß der Bund die durch den Wegfall der Bürgschaftsverpflichtungen des Reiches in wichtigen Sonderfällen nötigen Maßnahmen trifft;

3. daß die zu § 61 Abs. 3 vorgesehene Rechtsverordnung gleichzeitig mit der Verkündung des Gesetzes erlassen wird und

4. daß das im Interesse der besonderen Lage der Zusatzversorgungsanstalt des Bundes und der Länder Erforderliche veranlaßt wird.

29. Der Bundesrat hält es für erforderlich, daß in die Schlußvorschriften (Sechster Teil) des Entwurfs eine Bestimmung aufgenommen wird, die die Kosten der Berliner Altbanken für die Erfüllung der Verpflichtungen aus diesem Gesetz in die Regelung des § 45 Abs. 6 Buchstabe b des Umstellungsergänzungsgesetzes einbezieht.

Fußnote zu S. 96

BR-Drucksache Nr. 420/52 (Beschluß)

Der Präsident des Bundesrates

Bonn, den 19. Dezember 1952

An den
Herrn Bundeskanzler

Ich beehre mich mitzuteilen, daß der Bundesrat in seiner 98. Sitzung am 19. Dezember 1952 folgendes beschlossen hat:

Der Bundesrat ersucht die Bundesregierung, dafür Sorge zu tragen, daß der Entwurf eines Gesetzes zur Bereinigung nicht abgewickelter Grundstücksinanspruchnahmen für öffentliche Zwecke, dessen Ausarbeitung der Herr Bundesminister der Finanzen bereits in dem an die Finanzminister der Länder gerichteten Schreiben vom 28. November 1950 — VA — RV 1201 h 2/50 — angekündigt hat, beschleunigt vorgelegt wird. Der Bundesrat ersucht die Bundesregierung, insbesondere dafür Sorge zu tragen, daß die finanziellen Verpflichtungen des Reiches und des ehemaligen Unternehmens Reichsautobahnen aus der Inanspruchnahme von landwirtschaftlichen und forstwirtschaftlichen Grundstücken für Zwecke der früheren Wehrmacht und vor allem aus der Inanspruchnahme von solchen Grundstücken über Befestigungsanlagen im Gebiet des frühe-

ren Westwalls und für sonstige öffentliche Zwecke aus Haushaltsmitteln nach einem auf höchstens drei Jahre abgestellten Tilgungsplan — beginnend mit dem Haushaltsjahr 1953 — abgewickelt werden. Dies gilt insbesondere auch für Verpflichtungen, die aus dem Grunderwerb beim Bau von Reichsautobahnen und den im Zusammenhang hiermit durchgeführten Umlegungs- und Flurbereinigungsverfahren herrühren.

B e g r ü n d u n g

Es ist erforderlich, daß der vom Herrn Bundesminister der Finanzen bereits in seinem Schreiben vom 28. November 1950 angekündigte Entwurf eines Gesetzes zur Bereinigung nichtabgewickelter Grundstücksinanspruchnahmen für öffentliche Zwecke nunmehr beschleunigt vorgelegt wird.

Im übrigen wird auf den Beschluß des Bundestages vom 18. Juni 1952 zu Drucks. Nr. 3426, 2770 Bezug genommen.

Besondere Nachteile haben sich für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe in den Fällen ergeben,

- a) in denen im Zusammenhang mit dem Bau der Reichsautobahnen ein Umlegungs- und Flurbereinigungsverfahren durchgeführt wurde,
- b) in denen Inanspruchnahmen für Befestigungsanlagen im Gebiet des früheren Westwalls erfolgt sind, ohne daß bislang eine ordnungsgemäße Enteignung und Entschädigung erfolgt ist.

Um diesen schwer erträglichen Zustand zu bereinigen, erscheint es über den vorerwähnten Beschluß des Bundestages hinausgehend erforderlich, Haushaltsmittel zur beschleunigten Abdeckung dieser Verpflichtungen bereitzustellen; bei der bisherigen Handhabung würde sich die Regelung dieser Verpflichtungen über 18 Jahre hinausziehen. Es erscheint hiernach notwendig, die in Betracht kommenden Beträge mindestens zu je $\frac{1}{3}$ in den Haushaltsplänen 1953 bis 1955 bereitzustellen.

Dr. Reinhold Maier

Stellungnahme der Bundesregierung zu den Änderungsvorschlägen und Empfehlungen des Bundesrates

1. Zu § 1

- a) Dem Änderungsvorschlag wird nicht zugestimmt.

Begründung

Die vorgeschlagene Ergänzung ist verfassungsrechtlich unzulässig; zur Regelung von Ansprüchen gegen Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände fehlt dem Bund die Gesetzgebungskompetenz aus Art. 134 und 135 GG. Soweit eine Gesetzgebungskompetenz des Bundes aus anderen Vorschriften abgeleitet werden könnte, würde die vom Bundesrat vorgeschlagene Regelung nicht mit Art. 14 GG vereinbar sein.

- b) Dem Änderungsvorschlag wird nicht zugestimmt.

Begründung

Der Zusatz ist, soweit er eine Entlastung der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände für Verpflichtungen vorsieht, die sich aus der Wahrnehmung von Aufgaben an sich zuständiger Reichsbehörden ergeben, nur sinnvoll mit der vorgeschlagenen Ergänzungsbestimmung zu a). Sie ist aus den hierzu angegebenen Gründen abzulehnen. Soweit die Ergänzungsvorschrift eine Freistellung der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände vorschlägt für Aufwendungen, die im Zusammenhang mit der Beseitigung von Kriegsfolgeschäden eingetreten sind, handelt es sich um ein Problem des Finanzausgleichs und des Art. 120 GG und damit der Überleitungsgesetzgebung, die als abgeschlossen angesehen werden muß. Sie kann schon aus systematischen Gründen hier keine Auf-

nahme finden. Die Überleitungsgesetzgebung beruht auf dem Grundsatz, daß Kriegsfolgelasten vom Bund erst von dem Zeitpunkt ab getragen werden können, von welchem ab der Bund über eigene Einnahmequellen verfügt, d. h. grundsätzlich erst ab 1. April 1950.

- c) Der Anregung des Bundesrates, im Gesetz ausdrücklich zu regeln, inwieweit Ansprüche (§§ 1, 2), über die rechtskräftige Urteile vorliegen, durch das Gesetz berührt werden, wird zugestimmt. Es wird aber vorgeschlagen, die Vorschrift nicht in § 1 aufzunehmen, sondern unter die Schlußvorschriften einzureihen und sie wie folgt zu formulieren:

„Die Vorschriften dieses Gesetzes gelten auch für Ansprüche (§§ 1, 2), über welche ein gerichtliches Urteil oder ein Schiedsspruch vorliegt.“

Begründung

Der Gesetzentwurf läßt alle Ansprüche im Sinne der §§ 1 und 2 untergehen, soweit nicht die Ausnahmenvorschriften der §§ 6 ff. Platz greifen. Von dieser Wirkung kann aus Gründen der Gleichbehandlung aller Gläubiger auch dann keine Ausnahme gemacht werden, wenn über den Anspruch bereits ein rechtskräftiges Urteil vorliegt. Ob es einem Gläubiger gelungen ist, sich einen rechtskräftigen Titel zu erstreiten, wird im allgemeinen von Zufälligkeiten abhängig sein. Es wäre deshalb gegenüber denjenigen Gläubigern, die nicht im Besitz eines rechtskräftigen Titels sind, unbillig und mit Art. 3 GG nicht zu vereinbaren, wenn man die

Gläubiger, die im Besitz eines rechtskräftigen Titels sind, gegenüber den sonstigen Gläubigern bevorzugen wollte. Gegenüber diesem Gesichtspunkt muß der Grundsatz der Respektierung rechtskräftiger Urteile zurücktreten.

2. Zu § 4

Gegen die vorgeschlagene Ergänzung bestehen keine materiellen Bedenken, jedoch wird aus gesetzestechnischen Gründen folgende Fassung des § 4 vorgeschlagen:

„§ 4

Dem Gesetz nicht unterliegende Ansprüche und Kriegsfolgeschäden

Die Vorschriften dieses Gesetzes gelten nicht für Ansprüche (§§ 1, 2) und Kriegsfolgeschäden (§§ 1, 3), soweit

1. diese bereits durch Gesetzgebung der Bundesrepublik Deutschland, ihrer Länder oder der Besatzungsmächte geregelt sind, oder
2. eine gesetzliche Regelung in § 5 Abs. 1 vorbehalten ist.

Die Vorschrift des § 5 Abs. 2 bleibt unberührt.“

3. Zu § 5

- a), b) und c) Den Änderungsvorschlägen wird zugestimmt. Sie bedeuten keine sachlichen Änderungen.
- d) Dem Vorschlag wird nicht zugestimmt.

Begründung

Es muß an den Grundsätzen festgehalten werden, die in der Begründung des Regierungsentwurfs unter Textziffer 35 ausführlich dargelegt worden sind.

- e) Dem Änderungsvorschlag wird zugestimmt, aber im Hinblick auf die Ablehnung des Vorschlags zu d) mit der Maßgabe, daß an Stelle von „Nr. 1, 3 bis 5“ zu setzen ist „Nr. 1, 3 und 4“. Außerdem muß der letzte Satz lauten: „Die Vorschriften des Vierten und Fünften Teils dieses Gesetzes bleiben unberührt.“

4. Zu § 5 a (neu)

Dem Änderungsvorschlag wird nicht zugestimmt.

Begründung

Bei der Frage der Erstattung der den Ländern aus der Munitionsbeseitigung erwachsenen Aufwendungen handelt es sich um ein Problem der Überleitungsgesetzgebung. Die beantragte Ergänzung ist aus rechtssystematischen Gründen abzulehnen.

5. Zu § 9

Dem Änderungsvorschlag wird zugestimmt.

6. Zu § 10

Dem Änderungsvorschlag wird nicht zugestimmt.

Begründung

Der Bundesrat hält es für untragbar, daß der Gesetzentwurf in den Fällen, in denen der Eigentumserwerb der öffentlichen Hand vor dem 1. August 1945 abgeschlossen war, lediglich eine Quote von 10 v. H. vorsehen, während der volle Wert erstattet werden soll, wenn noch keine dingliche Rechtsänderung stattgefunden hat. Die im Entwurf vorgesehene Regelung entspricht aber in allen Einzelheiten der Regelung, welche das Umstellungsgesetz in den §§ 16 und 18 für die nicht unter § 14 des gleichen Gesetzes fallenden Verbindlichkeiten getroffen hat. Der Vorschlag des Bundesrates würde dazu führen, daß die Geldgläubiger des Deutschen Reichs, des ehemaligen Landes Preußen und des Unternehmens Reichsautobahnen aus Grundstücksgeschäften das Zehnfache dessen erhalten würden, was in gleicher rechtlicher Lage der Gläubiger eines Privatschuldners beanspruchen könnte. Aus rechtlichen (Gleichheitsgrundsatz!) wie auch aus politischen Gründen kann aber ein Gesetz, welches die Masse der Reichsverbindlichkeiten ersatzlos untergehen läßt, eine solche Vorzugsbehandlung einer einzelnen Gläubigergruppe nicht vorsehen.

7. Zu § 14

Dem Änderungsvorschlag wird mit der Maßgabe zugestimmt, daß in Absatz 2 Satz 1 die Worte „so ist . . . im Zweifel anzunehmen“ ersetzt werden durch die Worte „so wird . . . vermutet“.

8. Zu § 16

- a) Dem Änderungs- und Ergänzungsvorschlag wird nicht zugestimmt.

Begründung

Bei Durchführung des Lastenausgleichsgesetzes prüfen die Ausgleichsämter bei einem Antragsteller u. a., ob Vertriebeneneigenschaft oder Eigenschaft als Sowjetzonenflüchtling vorliegt. Hierbei dient der Ausweis als Vertriebener oder Sowjetzonenflüchtling lediglich als Anhalt, der jedoch die Ausgleichsbehörden nicht bindet. Es würde unerwünscht sein, im Kriegsfolgenschlußgesetz eine Regelung zu treffen, die insoweit von der Fassung und ständigen Übung des Lastenausgleichsgesetzes abweicht, zumal dies auch Rückwirkungen auf die Durchführung der Härterege lung haben würde und die Ausgleichsbehörden damit veranlaßt würden, in einer dem Lastenausgleichsgesetz auch verfahrensmäßig stark angeglichene n Rege lung abweichend von der bisherigen Praxis zu verfahren.

- b) Dem Ergänzungsvorschlag wird zugestimmt.

9. Zu § 18

- a) Dem Änderungsvorschlag wird nicht zugestimmt.

Begründung

Die empfohlene Änderung würde eine Verletzung der Gesamtkonzeption des Gesetzes bedeuten. Der Anspruch auf Beseitigung einer Beeinträchtigung ist wirtschaftlich gesehen ein Schadensersatzanspruch. Es würde nicht sinnvoll sein, einen derartigen Schadensersatzanspruch nur dann zu befriedigen, wenn der Schaden in der Beeinträchtigung eines Grundstücks besteht, und die Pflicht zur Erfüllung eines solchen Anspruchs alsdann auf den Fall zu beschränken, daß das Grundstück unbrauchbar, d. h. nicht nur teilweise unverwendbar, geworden ist. Aus diesen Gründen wäre mit Sicherheit zu befürchten, daß bei Aufnahme einer derartigen Bestimmung die Forderung auf Erfüllung aller Schadensersatzforderungen gestellt würde und daß diesem Verlangen alsdann mit rechtlichen Gründen nicht mehr begegnet werden könnte. Wenn der Gesetzentwurf in § 10 eine Sonderbehandlung von Kaufpreiszahlungen aus Grundstücksgeschäften vorsieht, so im wesentlichen in der

auch aus der Begründung ersichtlichen Erwägung, daß die Grundstücke oder deren Gegenwert in die Verfügungsgewalt und den Nutzungsgebrauch der Bundesrepublik gekommen sind. Diese Erwägung greift aber bei Beeinträchtigung von Grundstücken nicht durch.

- b) Dem Änderungsvorschlag wird nicht zugestimmt.

Begründung

Die Aufnahme einer Bestimmung, nach welcher die in Grundstücksverträgen vereinbarten Heimfallansprüche der Länder zu erfüllen sind, muß in der vorgeschlagenen allgemeinen Form abgelehnt werden. Der Gesetzentwurf sieht in § 20 die Möglichkeit einer Enteignung von Grundstücken vor, die einer der in § 1 Nr. 1 bis 3 genannten Rechtsträger in Besitz hat, soweit die Grundstücke zum Wohle der Allgemeinheit benötigt werden. Wenn demnach unter den genannten Voraussetzungen sogar dem Eigentümer gegenüber die Herausgabe von Grundstücken verweigert werden kann, so muß um so mehr einem etwaigen Bundesbedarf Rechnung getragen werden gegenüber einem nur obligatorischen Anspruch eines Landes auf Rückübertragung des Grundstückseigentums. Der beantragten Ergänzung könnte deshalb überhaupt nur mit der Beschränkung zugestimmt werden, daß eine Rückgabeverpflichtung dann nicht zu erfüllen ist, wenn der Bund das Grundstück für seine eigenen Verwaltungsaufgaben benötigt. Im übrigen handelt es sich bei dem Problem der vertraglichen Heimfallansprüche um einen Sachbereich, der aus rechtssystematischen Gründen in dem Gesetz zur Regelung der Rechtsverhältnisse des Reichsvermögens (Reichsvermögensgesetz) geordnet werden sollte, das sich generell mit der Auseinandersetzung zwischen Bund und Ländern hinsichtlich des Reichsvermögens befassen wird. Für eine Ablehnung sprechen auch Gründe rechtspolitischer Art, da bei der Aufnahme einer entsprechenden Bestimmung in das Kriegsfolgenschlußgesetz die Erfüllung obligatorischer Ansprüche privater Gläubiger auf Eigentumsverschaffung nicht abgelehnt werden könnte.

10. Zu § 20

Dem Vorschlag, den § 20 zu streichen, wird nicht zugestimmt.

Begründung

Die verfassungsrechtlichen Bedenken des Bundesrates werden nicht geteilt.

11. Zu § 42

a) und b) Den Änderungsvorschlägen, die im wesentlichen der Klarstellung dienen, wird zugestimmt.

12. Zu §§ 45, 46, und 49

a), b) und c) Den Vorschlägen wird zugestimmt.

13. Zu § 55

Dem Änderungsvorschlag wird nicht zugestimmt.

Begründung

Durch die vom Anmelder zu zahlende Anmeldegebühr sind auch die Vorarbeiten, die nach § 28 für die Feststellung der persönlichen Voraussetzungen erforderlich sind, als abgegolten anzusehen. Hinzu kommt, daß in § 36 für die persönlichen Voraussetzungen Beweiserleichterungen gewährt worden sind. Im Hinblick hierauf ist davon auszugehen, daß die Feststellung der persönlichen Voraussetzungen in diesen Fällen ohne besondere Mühe getroffen werden kann. Entsprechend den Erfahrungen in der Wertpapierbereinigung kann unterstellt werden, daß im Rahmen des § 36 die überwiegende Mehrzahl der Anmeldungen ihre Erledigung finden wird.

14. Zu § 58

Dem Vorschlag wird zugestimmt.

15. Zu § 62

Dem Vorschlag wird zugestimmt. Er enthält keine sachliche Änderung.

16. Zu § 63

Dem Vorschlag wird zugestimmt.

17. Zu § 69

a) Dem Vorschlag wird zugestimmt. Er enthält keine sachliche Änderung.

b) Dem Änderungsvorschlag wird nicht zugestimmt.

Begründung

Dem Präsidenten des Bundesausgleichsamts muß die Möglichkeit gegeben werden, Verwaltungsvorschriften auch mit Bindung für die Landesbehörden zu erlassen. Die Grundlage für eine solche Ermächtigung des Präsidenten des Bundesausgleichsamts ist in Art. 120 a GG enthalten. Andernfalls müßten sämtliche Durchführungsvorschriften in Form einer Rechtsverordnung der Bundesregierung mit Zustimmung des Bundesrates ergehen. Dies würde eine übermäßige Erschwerung bei der Durchführung des Gesetzes bedeuten. Aus der Verwaltungspraxis im Lastenausgleich ergibt sich, daß der Präsident des Bundesausgleichsamts es nicht versäumen würde, vor dem Erlass seiner Verwaltungsvorschriften die obersten Landesbehörden (Landesausgleichsamter) anzuhören.

18. Zu § 70

Dem Ergänzungsvorschlag wird zugestimmt. Er dient der Klarstellung.

19. Zu § 71

a) Dem Ergänzungsvorschlag wird zugestimmt. Er dient der Klarstellung.

b) und c) Den Änderungsvorschlägen wird nicht zugestimmt.

Begründung

Die verfassungsrechtlichen Bedenken werden nicht geteilt. Sie haben auch seinerzeit nicht bestanden, als § 351 Abs. 3 des Lastenausgleichsgesetzes geschaffen wurde. Die im Gesetzentwurf vorgesehene Härterege lung bedeutet nur eine Vervollständigung des Lastenausgleichs, indem sie bestimmte gegen das Deutsche Reich und gleichgestellte Rechtsträger gerichtete Ansprüche in die Regelung des Kriegsfolgenschlusses einbezieht. Die vom Bundesrat angeführten Gründe für eine Erhöhung der Bundesbeteiligung an den Verwaltungskosten der Länder und Gemeinden (GV) sind nicht stichhaltig. Die bei der Durchführung von Bundesgesetzen ent-

stehenden Verwaltungskosten fallen nach dem Grundsatz der Konnexität zwischen Aufgaben- und Ausgabenverantwortung dem Träger der Verwaltung zur Last. Dieser Grundsatz ist durch das Vierte Überleitungsgesetz, insbesondere auch auf dem Gebiet der Aufwendungen nach Art. 120 GG verwirklicht worden. Eine Interessenquotenregelung ist hier nur für Sachaufwendungen, nicht aber für die Verwaltungskosten vorgesehen. Die Anwendung der Kostenregelung zu Art. 120 GG würde daher zum Wegfall der Kostenbeteiligung des Bundes, nicht aber zu einer Erhöhung auf 85 v. H. führen. Die Frage, ob eine Verbindung mit den Fürsorgemaßnahmen der Länder und Gemeinden (GV) vorliegt, ist für die Tragung der Verwaltungskosten ohne Bedeutung. Das gleiche gilt für die Frage, ob die Mehrbelastung für die Länder und Gemeinden (GV) tragbar ist. Die finanziellen Auswirkungen des Gesetzes für Bund, Länder und Gemeinden sind ausschließlich im Rahmen des allgemeinen Finanzausgleichs zu berücksichtigen (vgl. Begründung zur Finanzreformvorlage der Bundesregierung Nr. 52, 53 und 61 — BT-Drucks. 480 —).

Nach dem Grundsatz der Konnexität zwischen Aufgaben- und Ausgabenverantwortung kommt im allgemeinen eine Beteiligung des Bundes an den Verwaltungskosten der Länder überhaupt nicht in Betracht. Das Vierte Überleitungsgesetz hat nur hinsichtlich der Ausgleichsleistungen des Lastenausgleichsfonds ausnahmsweise eine Kostenbeteiligung des Bundes in Höhe von 50 v. H. der Verwaltungskosten beibehalten; das ist lediglich wegen der unmittelbaren Mitwirkung des Bundes und des Lastenausgleichsfonds bei der Verwaltung der Lastenausgleichsleistungen (Art. 120 a GG) geschehen. Die vorgesehene Erstreckung der Kostenregelung nach § 351 des Lastenausgleichsgesetzes auf den Vierten Teil des Gesetzentwurfs kann nur durch die Einbeziehung der Härtemaßnahmen nach dem Kriegsfolgenschlußgesetz in die Lastenausgleichsregelung

rechtlich begründet werden. Eine Erhöhung der Kostenbeteiligung würde mit dem für die Verwaltungskosten geltenden allgemeinen Lastenverteilungsgrundsatz nicht mehr zu vereinbaren sein. Davon abgesehen könnten die Verwaltungskosten der Ausgleichsämter bei der Durchführung des Lastenausgleichsgesetzes auch nicht von denjenigen Kosten getrennt werden, die durch die Durchführung der im Gesetzentwurf vorgesehenen Härterege lung zusätzlich entstehen werden.

20. Zu § 74

Dem Vorschlag wird zugestimmt. Er enthält keine sachliche Änderung.

21. Zu § 77

Dem Vorschlag wird zugestimmt. Die Ergänzung dient der Klarstellung.

22. Zu § 78

Nur den Sätzen 1 und 2 des Fassungs vorschlags wird zugestimmt.

B e g r ü n d u n g

Es ist nicht möglich, § 324 des Lastenausgleichsgesetzes und die Achte Leistungs-DV-LA entsprechend anzuwenden, denn es handelt sich bei der Regelung nach dem Gesetzentwurf nicht um Mittel des Sondervermögens (Ausgleichsfonds), sondern um Mittel, die aus dem Bundeshaushalt bereitgestellt werden. Deshalb muß eine von dem Lastenausgleichsgesetz unabhängige Regelung getroffen werden. Im übrigen entspricht sachlich die vorgesehene Regelung bereits dem § 4 Abs. 2 Nr. 1 des Vierten Überleitungsgesetzes.

23. Zu § 81

Dem Vorschlag wird zugestimmt. Er enthält keine sachliche Änderung.

24. Zu § 82

Die Bundesregierung sieht nach Prüfung der vom Bundesrat vorgetragenen Bedenken zu einer Änderung der in § 82 des Gesetzentwurfs vorgesehenen Regelung keinen Anlaß.

B e g r ü n d u n g

Die vom Bundesrat vorgetragenen Bedenken sind doppelter Art:

- a) In erster Linie schlägt der Bundesrat vor, alle Schadensersatzansprüche aus vorsätzlicher Amtspflichtverletzung unter die zu erfüllenden Ansprüche (§§ 6 ff. des Gesetzentwurfs) einzureihen. Dieser Anregung vermag sich die Bundesregierung nicht anzuschließen. Die Ansprüche, deren Erfüllung vorgesehen ist, sind nicht unter dem Gesichtspunkt ausgewählt, auf welchem Rechtsgrund sie beruhen. Vielmehr sind Ausnahmen von der Negativklausel der §§ 1 und 2 grundsätzlich nur aus zwingenden sozialen Gründen vorgesehen (§ 6). Soweit sich Amtshaftungsansprüche im Rahmen des § 6 halten, sollen sie erfüllt werden. Darüber hinaus aber kann aus Gründen der Gleichbehandlung eine Erfüllung von Amtshaftungsansprüchen (z. B. wegen Sachbeschädigung oder Vermögensschäden) nicht in Betracht gezogen werden.
- b) Die vom Bundesrat weiter geäußerten Zweifel darüber, ob es neben oder statt der Amtshaftung der in § 1 Nr. 1 bis 3 genannten Rechtsträger noch einer persönlichen Haftung des Beamten bedarf, gehen offenbar davon aus, daß im Sinne der Vorschläge des Bundesrates der Kreis der zu erfüllenden Amtshaftungsansprüche erweitert wird. Da die Bundesregierung diesem Vorschlag des Bundesrates, wie zu a) ausgeführt, nicht folgen kann, ist die zweite Anregung als gegenstandslos anzusehen. Wegen der Gründe, die für die in § 82 vorgesehene Regelung sprechen, wird im übrigen auf die Begründung der Regierungsvorlage Bezug genommen. Im weiteren Gesetzgebungswege wird noch geprüft werden, ob die Vorschrift, soweit sie Geschädigten einen unmittelbaren Anspruch gegen den Beamten gibt, im Hinblick auf die Rechtsprechung, insbesondere des Bundesgerichtshofs (BGHZ 3, 94) entfallen kann.

25. Zu § 83

Der empfohlenen Streichung des § 83 wird widersprochen. Die vom Bundesrat gegebene Begründung für die Streichung dieser Vorschrift erscheint nicht ausreichend. Die Bundesregierung wird aber

bemüht sein, bis zur parlamentarischen Behandlung des Gesetzentwurfs neues Material zur Klärung der Probleme zu beschaffen.

26. Zu § 91

a), b) und c) Den Änderungsvorschlägen wird zugestimmt.

27. Zu § 92

Dem Änderungsvorschlag wird zugestimmt.

28. Die Bundesregierung erklärt schon heute,

1. daß nach ihrer Auffassung bei der künftigen gesetzgeberischen Behandlung des ehemaligen preußischen Vermögens und des Parteivermögens die Regelung des Eigentums nicht gebunden ist an die Regelung, welche das Kriegsfolgenschlußgesetz bzw. das künftige Gesetz zur Regelung der NS-Verbindlichkeiten hinsichtlich der preußischen bzw. der NS-Verbindlichkeiten treffen wird;
2. daß die Bundesressorts prüfen werden, welche Maßnahmen durch den Wegfall von Bürgschaftsverpflichtungen des Reiches getroffen werden können;
3. daß es als erforderlich angesehen wird, die in § 61 Abs. 3 des Gesetzentwurfs vorgesehene Rechtsverordnung gleichzeitig mit der Verkündung des Gesetzes zu erlassen;
4. daß eine im Einvernehmen mit den an der Zusatzversorgungsanstalt des Bundes und der Länder beteiligten Ländern und den Verwaltungsorganen dieser Anstalt zu treffende verwaltungsmäßige oder gesetzliche Regelung anzustreben ist, welche der besonderen, durch die Währungsgesetzgebung und das Kriegsfolgenschlußgesetz geschaffenen Lage der Zusatzversorgungsanstalt Rechnung trägt.

29. Die vom Bundesrat für Berliner Anmeldestellen angeregte Sonderregelung bezüglich der Kostentragung wird für entbehrlich gehalten. Soweit es sich bei den Berliner Anmeldestellen um Altbanken handelt, auf die § 45 Abs. 5 des Umstellungsergänzungsgesetzes vom 21. September 1953 (BGBl. I S. 1439) An-

wendung findet, ist bereits nach Maßgabe des § 45 Abs. 6 Buchstabe b des Umstellungsergänzungsgesetzes Vorsorge getroffen, daß die notwendigen Abwicklungskosten durch zusätzliche Ausgleichsforderungen gedeckt werden. Da nach § 45 Abs. 6 Buchstabe b unter die Abwicklungskosten nicht nur die Kosten für die Erfüllung der Verpflichtungen der Alt-

banken aus der Verwaltung der bei ihrer Berliner Niederlassung geführten Depots, sondern auch die Kosten der Bearbeitung von Anmeldungen zur Wertpapierbereinigung fallen und als Wertpapierbereinigung im weiteren Sinne auch Anmeldungen auf Grund des vorliegenden Gesetzesentwurfs anzusehen sind, bedarf es insoweit keiner besonderen Regelung.